DM 7,50 Österreich 65,– ÖS Schweiz 7,50 sfr Nr. 2 Februar 1990 E 8080 E

CODE

Exclusives aus Politik und Wirtschaft



DDR:
Zur Konvertierbarkeit der Ostmark

Wann ist endlich Schluß mit der Mißachtung deutscher Souveränität durch die Siegermächte?

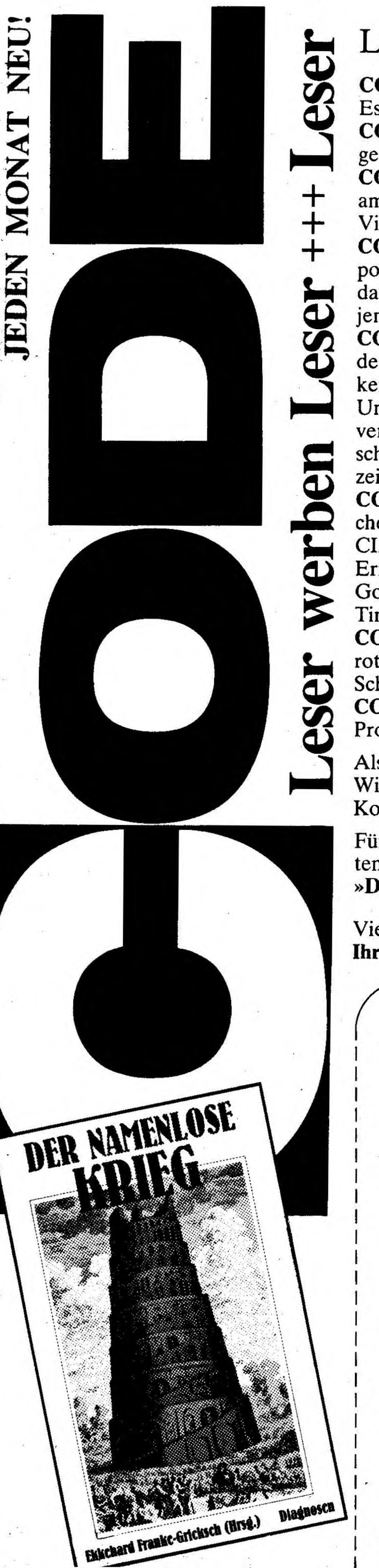
Nationalismus:
Das Japan, das Nein sagen kann

Rüstung:
Wird die NATO nicht mehr gebraucht?

Gold:
Wiederentdeckung des Goldstandards

Eine-Welt-Regierung:
Heimliche Pläne der Internationalisten

Revisionismus:
Das Ende der Umerziehung wird zum Alptraum der Bonner Politiker



Lieber Leser

CODE ist ein Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.
CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.
CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.
CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.
CODE wird in den Fragen des Antizionismus von jüdischen Persönlichkeiten beraten, die der Redaktion ausdrücklich bestätigt haben: »Wir kennen die Zeitschrift und finden darin kein Material, das seiner Natur nach anti-semitisch ist, und verstehen die Position, die Unterschiede zwischen Zionismus und Judaismus aufzuzeigen. Obwohl wir nicht mit allen vertretenen Positionen übereinstimmen mögen, unterstützen wir das Recht darauf, politische Ansichten darzustellen.« Dieser Satz wurde von sechs namhaften Rabbinern unterzeichnet.
CODE verfügt auch auf anderen Gebieten über kompetente Mitarbeiter: Victor Marchetti, Autor des bekannten Bestsellers über den CIA, war stellvertretender Direktor des CIA; Mark Lane, ein bekannter Washingtoner Rechtsanwalt, hat Prozesse wegen der Ermordung des US-Präsidenten John F. Kennedy gegen CIA-Mitarbeiter geführt; C. Gordon Tether, der für den Finanzteil zuständig ist, arbeitet seit langem für die »Financial Times«.
CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun. Dadurch paßt dieses Nachrichtenmagazin auch nicht in das Schablonendenken der im Auftrage des Bonner Staates tätigen »Aufsichtsbeamten«.
CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis Ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch »Der namenlose Krieg«**

Vielen Dank
Ihr Verlag Diagnosen

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ______
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 72,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 72,– DM anbei (Ausland: DM 87,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ Bittet um Übersendung einer Rechnung.

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

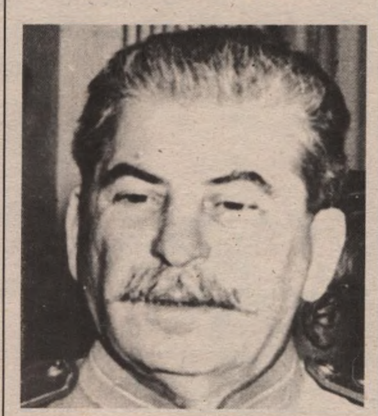
Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

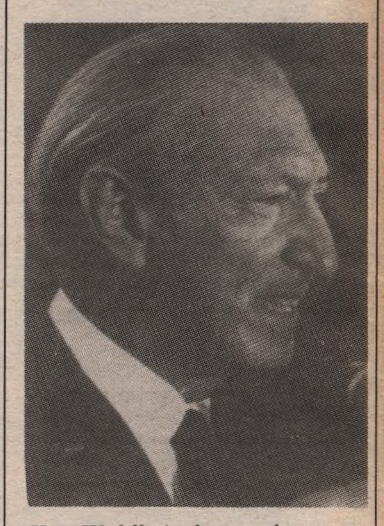
Postleitzahl/Stadt/Land



Exclusives aus Politik und Wirtschaft



Josef Stalin bekam von den Amerikanern alles geliefert, angefangen vom Walzwerg, Lokomotiven und Waggons bis zu Granaten.



Kurt Waldheim lernte als österreichischer Bundespräsident die Taktiken von Edgar Bronfman am eigenen Leibe kennen.

Nr. 2 Februar 1990

Revisionismus



Winston Churchill war ein Mann mit sehr seltsamen Seiten, ein fast perverser Mensch.



Roosevelt gab dem brutalsten Diktator der Weltgeschichte, Stalin, praktisch sein letztes Hemd, um den Bolschewismus vor dem Untergang zu bewahren.

Medizin

Ständige Rubriken

Die Stunde der Wahrheit

Werner Symanek

Das Geschehen am und seit dem 9. November 1989 wird – wie es auch ausgehen mag – wahrscheinlich einmal als „Stunde der Wahrheit“ in die Geschichtsbücher eingehen. Die Deutschen, die diese Stunde hautnah miterlebten, sollten ein waches Auge darauf haben, daß diese Wahrheit nicht schon jetzt oder später verfälscht und manipuliert werden kann.

In einer Diktatur wird von der Regierung klar und offen angeordnet und zensiert, was veröffentlicht, herausgestellt und verschwiegen werden soll. In modernen Demokratien, die von Kennern auch als „real existierende Medien-Diktaturen“ bezeichnet werden, geschieht das gleiche von anderen Stellen auf verschlungenen Wegen, oft auch von „unten“, aber wie wir in diesen Tagen selbst miterleben, genauso wirksam und offensichtlich.

Gesteuerte und zensierte Berichterstattung

Glaubt man unseren Massenmedien, dann spielte die Forderung nach deutscher Einheit bei den Volksprotesten in Mitteldeutschland keine Rolle. In Wahrheit waren und sind Spruchbänder und Sprechchöre bei den Massenversammlungen allgegenwärtig: „Deutschland einig Vaterland!“

Ein Sprecher vor Hunderttausenden: „Wir dürfen den Willen zur Einheit Deutschlands nicht verdrängen!“

Nur ein Bruchteil davon findet man in unseren Massenmedien. Wo die Fernsehkameras solche Bilder streifen, wird schamhaft vorbeigeschwenkt oder umgeschaltet.

Viele berichteten und waren dabei, als ganze Abende lang west- und mitteldeutsche Jugendgruppen gemeinsam am Brandenburger Tor die deutsche Einheit forderten und deutsche Volkslieder sangen. Ausländische Fernsehteams drängten sich, sie zu filmen. Japaner baten sie, die Lieder für ihre Aufnahmen zu wiederholen. Haben Sie im deutschen Fernsehen etwas davon gesehen?

Geheimnisvoll hieß es in der Tagesschau und in den Sondersendungen immer wieder nur: „Die Lage am Brandenburger Tor eskaliert!“ Kein Bild und kein Ton davon, daß junge West- und Mitteldeutsche hier für die Einheit ihres Vaterlandes demonstrierten.

Jeder Hanswurst, der sich gegen die deutsche Einheit ausspricht wird zum Meinungsführer hochgeschaukelt, wie zum Beispiel die Berichte über den Parteitag der Grünen zeigten.

Die Äußerungen höchst unmaßgeblicher Leute wurden und werden von „Tagesschau“, „Tagesthemen“ und „Heute“ geradezu begierig x-mal wiederholt – Hauptsache, sie sprechen sich gegen die deutsche Einheit aus.

Gegen wen sollen wir vorgehen?

Auch US-Präsident George Bush sieht einen neuen Status für Deutschland kommen. Er glaubt aber nicht, wie er der „New York Times“ sagte, daß „Deutschland um der Wiedervereinigung willen“ sich auf einen „Neutralitätskurs“ begibt. Wenn nicht neutral und friedlich, gegen wen sollen wir denn vorgehen, Mr. Bush?

Gegen den, der sich der Wiedervereinigung Deutschlands entgegenstellt? Wer ist das? Wo ist das Feindbild? Wenn nicht neutral, wer ist dann der Gegner, gegen wen sollen wir Partei ergreifen, Mr. Bush?

Gegen die Russen? Gegen die USA? Gegen die jeweiligen „Freunde und Verbündeten“, die uns umklammern, fesseln und jetzt um so schneller und fester „einbinden“ wollen, um uns getrennt zu halten?

Die Mitteldeutschen gegen die Westdeutschen – oder umgekehrt? Wir sind gegen das „gegen“, das unser Volk trennt und nur zerstören und auslöschen kann, leid, leid und nochmals leid, Mr. Bush.

Mehr als ein halbes Jahrhundert lang hat man uns vorgeworfen, uns bestraft und zum Verbrechervolk gestempelt, weil wir angeblich immer wechselweise gegen alle Welt zu Felde gezogen seien. Nun wollen wir endlich nicht „gegen“ irgendwen Partei ergreifen, sondern friedlich und neutral für die Einheit und das Leben unseres Volkes einstehen. Und Sie, Mr. President, hoffen, daß wir uns um der Wiedervereinigung willen nicht auf „Neutralitätskurs“ begeben?

Dann nennen Sie uns klipp und klar den Gegner, der Ihnen vorschwebt, so daß wir wissen und erkennen, wo unsere potentiellen Gegner sind.

Volles Verständnis für Gorbatschow

Im November 1989 meldete die westdeutsche Presse in Schlagzeilen: „Kreml-Chef gegen deutsche Einheit“.

Wie so oft wird auch hier nur die halbe Wahrheit gesagt und damit eine Lüge verbreitet. Kein Kreml-Führer – ob Gorbatschow, seine Vorgänger oder Nachfolger – konnten oder können zustimmen und zulassen, daß die NATO mit ihren Atomraketen und Giftgasmordwaffen und die unter US-amerikanischem Befehl stehende Bundeswehr bis an die Oder-Neiße-Linie vorrückt.

Deshalb, weil Gorbatschow bei der sich überstürzenden Entwicklung fürchten muß, daß die NATO, die EG und die Bundesrepublik die DDR einfach „schlucken“, forderte er die Staats- und Regierungschefs auf, bei ihrem EG-Gipfel in Paris die „Unverrückbarkeit der deutschen Grenzen“ festzuschreiben.

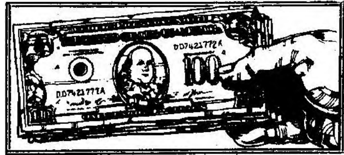
Jeder vernünftige Mensch muß volles Verständnis dafür haben, daß der an allen Fronten bedrängte Gorbatschow die machtpolitischen, militärischen und wirtschaftlichen Folgen eines solchen „Schluckens“ der DDR befürchtet.

Zu Recht bezeichnet Gorbatschow auch die Bundesrepublik als ein „Gebilde“. Seine Äußerung, „es ist nicht die richtige Zeit, bestehende wirtschaftliche und politische Gebilde zu zerstören“, heißt noch lange nicht, daß er gegen die deutsche Einheit ist, wie die Massenmedien, die Westextremisten, Separatisten und Nutznießer der deutschen Spaltung uns glauben machen wollen.

Es ist genau das, was nationale Deutsche seit einigen Jahren gegen alle Verunglimpfungen beharrlich fordern und vertreten: Die Einheit Deutschlands ist nur mit Moskau, nicht gegen Moskau zu erreichen, wie Adenauer und seine Enkel uns vorheuchelten.

Die Voraussetzungen dafür sind ein Abzug aller Besatzungsmächte, ein Austritt der Teilstaatprovisorien aus NATO und Warschauer Pakt, eine Wiedergewinnung der an die EG abgetretenen Souveränitätsrechte sowie die Überwindung der trennenden kapitalistischen und marxistischen Gesellschaftsordnungen durch eine dem Volk verpflichtete Gemeinschaftsordnung.

Nur über diese Schritte kann und wird die „richtige Zeit“ kommen, die bestehenden wirtschaftlichen und politischen Gebilde höchst friedlich und mit Einverständnis Moskaus zu zerstören und die Forderungen nach „Unverrückbarkeit der deutschen Grenzen“ gegenstandslos zu machen: Wir wollen keine Grenzen verrücken, sondern sie aufheben! □



„Wir sind das Volk!“

Siegfried Gärtner

Im Herbst des Jahres 1989 erlebten die Deutschen den spontanen Aufstand eines Teiles des Volkes, der einst sein Herzstück ausmachte und durch brutale Eingriffe an den östlichen Rand des deutschen Volksbodens gedrängt wurde. Es war ein Aufschrei der Massen, die die Spalter und Betonköpfe der SED-Diktatur in Ohnmacht versetzte.

Millionen überschritten die Grenze nach dem Westen des Vaterlandes, alles geriet zu einem Volksfest der Freude, der Herzlichkeit und des Wiedersehens, das die Welt in Staunen versetzte und für uns bewegend und erregend war.

Der Zusammenbruch des Marxismus-Kommunismus

Die Deutschen, bei denen Mangel an nationaler Solidarität als entscheidender Charakterfehler gilt, sind dennoch immer für eine Überraschung gut. Diese Wochen haben gezeigt, und diese Tatsache ist von grundlegender Bedeutung, daß sich ein gewachsenes Volk durch ideologische Berieselung, westlichen Liberalismus hier, östlichen Marxismus dort, auf Dauer nicht auseinanderdividieren läßt.

Noch ein zweites kommt hinzu: Der nun vor aller Augen stehende, auch durch die Ereignisse in Polen und Ungarn bestätigte völlige Zusammenbruch des Marxismus-Kommunismus in Theorie und Praxis. Der Herbst 1989 machte ganze Bibliotheken marxistischer Literatur zur Makulatur.

Was dies bedeutet, ist in seiner weitreichenden Bedeutung noch gar nicht abzuschätzen. Denn was vordergründig wie ein vollständiger Sieg des westlichen Liberalismus aussieht, täuscht. Auch der Liberalismus nämlich wird durch den Zusammenbruch der marxistischen Irrlehre unmittelbar betroffen: Beide Systeme haben dasselbe egalitäre Welt- und Menschenbild.

Vor allem aber sind wir dem sehnlichen Ziel jedes Patrioten ein Stück nähergerückt: Der staatlichen Einheit unseres Volkes. Doch niemand täusche sich darüber: Die Kräfte, die gerade diese Einheit unter allen Umständen verhindern wollen, werden nun voll in Aktion treten.

Minen aller Art sind schon gelegt. Manche machtgierigen Technokraten in Brüssel und anderswo sehen ihre Felle davonschwimmen. Und es gibt bei uns im Land selbst allzuviele, die zu Hassern des eigenen Volkes und seiner Geschichte geworden sind, bedauernswerte Nationalmasochisten, denen eine jahrzehntelange Hetze gegen alles Deutsche Herz und Sinn verkehrt hat. Man wird sie sich merken müssen. Es gibt Parteien, die längst vor das Bundesverfassungsgericht gehören, da sie durch laufende Agitation für die Spaltung des deutschen Volkes gegen die Präambel des Grundgesetzes verstoßen.

Die Militärblöcke müssen verschwinden

Der Weg zur Einheit wird nicht leicht sein. Bonn muß nun unbedingt schleunigst an die Besatzungsmächte in Ost und West herantreten, um sie zu veranlassen, ein gesamteuropäisches Friedens- und Sicherheitskonzept auszuhandeln, in dessen Rahmen die Wiedervereinigung unseres Landes möglich wird. Denn die sogenannte DDR, schon dem Namen her von Anfang an eine Lüge, ist wirtschaftlich bankrott. Gerade deshalb ist die Wiedervereinigung zwingend.

Die Militärblöcke, die unser Land zerschneiden und es im Ernstfall der Vernichtung preisgeben, müssen aus Mitteleuropa verschwinden; denn sie haben ihren Sinn verloren, wenn sie je einen hatten. Ausreden gelten jetzt nicht mehr.

Die französische Bevölkerung hat sich mit einer ebenso erstaunlichen wie beeindruckenden Mehrheit für die Wiedervereinigung der Deutschen ausgesprochen. Dabei richtet sich die Politik Frankreichs seit Jahrhunderten traditionell gegen jede Einheit in Mitteleuropa. Einige Politiker und Publizisten in Paris zeigten sich dennoch auch „schockiert“ über das Umfrageergebnis.

Besonders groß ist die Zustimmung und Unterstützung für das Recht der Deutschen auf Einheit im Norden Frankreichs und in den grenznahen Landesteilen. Ja, das einfache Volk zeigt hüben wie drüben mehr echten europäischen Geist als so mancher Patenteuropäer in hohen Stellungen.

Und Lech Walesa, der polnische Arbeiterführer, nannte jüngst die deutsche Teilung „widernatürlich“. Ein solch unzweideutiges Wort haben wir allzu lange aus dem Mund deutscher Politiker vermißt.

Es gibt keine andere Lösung als diese Wieder- oder Neuvereinigung. Der Name spielt keine Rolle. Die Gefahr einer neuen Vereisung im Ostblock ist noch nicht ganz gebannt und die um ihre Posten bangenden Befürworter zweier „souveräner Staaten“ mit „normalen Beziehungen“ erheben hüben wie drüben schon immer lauter wieder ihre Stimme.

Das war und ist nicht der Wille der Deutschen, die sich am 9. November 1989 auf der Mauer umarmten: Lassen wir den Einheitsfeinden keine Zeit und Ruhe, die Stimmung und die Lage wieder in ihrem Sinne zu einem „friedlich geregelten“ Getrenntsein zu „normalisieren!“. □

Bonn

CSU fiel bei Ausländergesetz um

Alfred König

Bei den Turbulenzen rund um die Öffnung der innerdeutschen Grenze und der sich abzeichnenden Konföderation West- und Mitteldeutschlands ist das Hin und Her um die geplante Novellierung des Ausländergesetzes nahezu untergegangen. In buchstäblich letzter Sekunde hatte die CSU sich entschlossen, diese abzulehnen, um dann wenig später nach nur unwesentlichen Änderungen doch noch zuzustimmen.

Zuerst hatten die Christsozialen noch erklärt, daß der vorgelegte Referentenentwurf „in wichtigen Bereichen zu liberal" ausgefallen sei. Vielmehr müsse es „eindeutige Verschärfungen" insbesondere bei der Abschiebung von Kriminellen, bei der Behandlung sogenannter De-Facto-Flüchtlinge sowie bei der Regelung des Wohnraumnachweises und den Bestimmungen zum Familiennachzug geben.

Weiter ungezügelter Zustrom der Ausländer

Hier hat nun Bundesinnenminister Schäuble winzige Änderungen vorgenommen – und schon kippte die CSU um. Dies ist im übrigen der gleiche Schäuble, der auf dem Gewerkschaftstag der IG Bergbau kürzlich davon sprach, die derzeitige Regierung wolle eine „offene Einbürgerungspolitik" betreiben.

Und der Referentenentwurf weckt trotz anderslautender Meinung von linker und konfessioneller Seite wirklich eher den Eindruck ein Einwanderungsgesetz zu sein, anstatt den nahezu ungezügelten Zustrom der Ausländer in die Bundesrepublik zu stoppen.

So soll ein Ausländer bereits dann eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis erhalten, wenn er sich nur fünf Jahre in der Bundesrepublik aufhält und sich auf „einfache Art in deutscher Sprache" verständigen kann. Diese soll er selbst dann erhalten, wenn er Arbeitslosengeld oder sogar Arbeitslosenhilfe bezieht.

Und ausländische Kinder sollen eine sogenannte „Wiederkehroption" für den Fall erhalten, daß sie als Minderjährige mit ihren Eltern in das Heimatland zurückkehren. Dies sollte bis zum 21. Lebensjahr gelten.

Bezüglich des Familiennachzugs sieht der Entwurf vor, daß Eltern ihre Kinder bis zum 16. Lebensjahr und in Ausnahmefällen sogar bis zum 21. Lebensjahr nachholen können. Im Falle einer Scheidung soll der nachgeholte Ehepartner auch dann nicht abgeschoben werden können, wenn er Sozialhilfe kassiert, die „häusliche Gemeinschaft" aber mindestens vier Jahre auf dem Boden der Bundesrepublik besteht.

Bei der Ausweisung, die erfolgen kann, sofern ein Ausländer „die öffentliche Sicherheit oder Ordnung oder sonstige erhebliche Interessen der Bundesrepublik" beeinträchtigt, muß aber nun auch die Dauer des Aufenthaltes und die familiären Verhältnisse berücksichtigen. Auch dürfen diese Personen nicht in ein Land abgeschoben werden, „in dem ihr Leben oder ihre Freiheit wegen ihrer Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung bedroht sind".

Daß dies auf praktisch jeden Staat in der dritten Welt zutrifft, zeigt die jüngste, nur als skandalös zu bezeichnende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, wonach Tamilen, die in Sri Lanka politisch gegen die dortige Regierung gekämpft haben, Asyl zu erhalten haben. Und das, obwohl die Tamilen im früheren Ceylon nicht gezielt verfolgt werden, sondern – ähnlich wie in Nordirland – unter einer Art von Fanatikern angezettelten Religionskrieg leiden.

Bei der Einbürgerung geht der Gesetzesentwurf in bestimmten Fällen sogar nahe an einen Rechtsanspruch. Dies gilt dann, wenn der ausländische Jugendliche seinen Antrag zwischen dem 16. und 21. Lebensjahr stellt und – neben anderen milden Voraussetzungen – mit Ausnahme von Jugendstrafen keine Straftaten begangen hat. Drogenhandel an der Schule reicht also nicht aus! Und für die ebenfalls geforderte Sicherung des Lebensunterhalts reichen bereits Unterhaltsleistungen von Familienangehörigen oder der Anspruch auf Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe aus.

Dies alles war zuerst für die CDU nicht tragbar. So erklärte ein Sprecher, daß, sollte es zu keinen Korrekturen kommen, sogar das „augenblicklich geltende Gesetz die bessere Alternative zu der Neufassung" sei. Dies hinderte die CSU dann aber nicht, ohne wirkliche Verbesserungen kurz darauf „umzufallen" und dem im großen und ganzen unveränderten Referentenentwurf doch noch zuzustimmen.

FDP droht mit Koalitionsbruch

Die erst erfolgte Ablehnung und die Erreichung wirklich nur winziger Verbesserungen soll in Wirklichkeit eine Art „Denkzettel" an die FDP gewesen sein. Hintergrund sei der massive Druck, den die Liberalen im November 1989 vor der Polenreise auf Bundeskanzler Kohl und die Union ausgeübt hatten. Sie hatten damals gedroht, zusammen mit der SPD zu stimmen, wenn die Bundesregierung vor der Polenreise Kohls nicht eine klare Erklärung abgibt, in der die Oder-Neiße-Linie von der Bundesregierung als polnische Westgrenze bestätigt und als endgültig anerkannt wird. Trotz großer Empörung innerhalb der Unionsfraktion hatte diese dann fast einstimmig dieser Erklärung zugestimmt. Und nun sollte eigentlich diese noch offene Rechnung beglichen werden, doch scheute man sich dann, die Sache durchzuziehen, da die FDP intern erneut mit einem Koalitionsaustritt gedroht haben soll.

Und über eine Verhinderung des immer stärker zunehmenden Mißbrauchs des Asylrechts ist in dem Referentenentwurf nicht ein Wort zu lesen. Dabei hatten in den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres annähernd 99.000 Personen um politisches Asyl ersucht, vorwiegend aus Polen, der Türkei und Jugoslawien. Dies waren 25 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum 1988. Und die Anerkennungsquote sank auf nur noch 5,1 Prozent, nachdem sie 1988 immerhin noch 8,6 Prozent betragen hatte.

Dennoch geschieht absolut nichts! Die Einwanderung in die Bundesrepublik geht nahezu ungezügelt weiter. Und immer mehr Politiker aller Parteien – auch der CDU – fordern immer vehementer die Einführung eines EG-weiten Kommunalwahlrechts. Beim Wegfall der Grenzen ab 1993 dürfte es keine Wahl-Diskriminierung der dann in anderen Ländern als ihrer Heimat arbeitenden Personen geben. Außerdem dürften dann automatisch auch Deutsche in den anderen Ländern wählen, so daß ein Ausgleich gegeben ist, heißt es von den Befürwortern.

Die Realität sieht aber ganz anders aus. Wie aus den Zahlen des Statistischen Bundesamts hervorgeht, lebten Mitte des vergangenen Jahres 1,5 Millionen Türken in der Bundesrepublik, aber nur 2.000 Bundesdeutsche in der Türkei. Bei den Jugoslawen liegt das Verhältnis bei 600.000 zu 600, bei den Italienern bei 500.000 zu 50.000 und bei den Griechen bei 250.000 zu 3.000. Ähnlich sieht es in Spanien mit 150.000 zu 18.000 und in Portugal mit 80.000 zu 1.500 aus. □

Heinz Galinski

Vorbehalte deutscher Juden

Klaus Berber

In der Dezember-Ausgabe stellte CODE einige Fakten über den Vorsitzenden des „Zentralrats der Juden in Deutschland", Heinz Galinski, dar, die nur einen Schluß zulassen: Nämlich den, daß der heute 77jährige nach dem Motto „Weder vergeben, noch vergessen" handelt und bemüht ist, Deutschland für alle Zeiten das Büßerhemd tragen zu lassen. Doch besonders in den vergangenen Monaten ist auch aus jüdischen Kreisen die Kritik an Galinski gewachsen.

Ende 1988 kam die Null-Ausgabe von „Semit – Das Jüdische Magazin" heraus. Diese eigenen Angaben zufolge bewußt polemisch aufgemachte Zeitschrift, die im großen und ganzen allerdings aus deutschnationaler Sicht abzulehnen ist, übt besonders scharfe Kritik an der Politik, vor allem der Besatzungspolitik der derzeitigen israelischen Regierung, setzt sich für die Palästinenser ein, erhebt zum Teil massive Vorwürfe gegen die zionistischen Repräsentanten in der Bundesrepublik und stellt in einigen Berichten sehr interessante Ansichten dieses Personenkreises und besonders Galinskis dar.

Immer einen gewissen Abstand einhalten

So antwortete dieser auf die Frage: „Es ist sicherlich sehr wichtig, daß die junge Generation in die jüdische Gemeinde integriert wird; viele junge Juden möchten sich aber auch in die deutsche Gesellschaft integrieren. Was halten Sie davon?"

Galinski: „Dagegen ist gar nichts zu sagen. Man kann sich jedoch nur in die andere Umgebung integrieren, wenn man selbst einen bewußten jüdischen Standort hat – sein Wissen hat, um auch in der Umwelt, in die man sich integrieren will, zu existieren. Aber nicht assimilieren – das ist ein großer Unterschied. Ich bin strikt gegen Assimilation, weil Assimilation Aufgabe des eigenen Ich bedeutet, letzten Endes Aufgabe des Judentums."

Galinski sagt damit nichts anderes, als daß die Juden sich immer nur mit einem gewissen Abstand in den Staat integrieren sollen. Denn Katholiken, Protestanten und welche Religionszugehörigkeit auch immer, betonen zuerst immer ihre Nationalität und dann ihren Glauben – anders als es Galinski für die Juden fordert.

Wie sehr dies stimmt, zeigt auch die Äußerung des im Dezember 1988 aus dem Zentralrat zurückgetretenen Hermann Alter. Dieser erklärte ebenfalls in „Semit" zur Frage, ob jüdische Jugendliche auch zur Bundeswehr gehen oder von der Wehrpflicht befreit werden sollten: „Solange Politiker, nichtjüdische deutsche Politiker, bei vielfältigen Anlässen immer die besonderen Beziehungen Deutschlands zum Beispiel zu Israel und die besonderen Verpflichtungen Deutschlands gegenüber seinen jüdischen Mitbürgern im Munde haben, solange brauchen wir nicht davon zu reden, daß die Juden einen Sonderstatus kriegen, weil sie nicht dienen müssen. Der Sonderstatus ist aufgrund geschichtlicher Ereignisse, die noch nicht vergessen sind, schlicht und ergreifend da. Ihn wegzuleugnen halte ich für einen Fehler."

In der gleichen Januar/Februar 89-Ausgabe erhebt ein P. J. Blumenthal schwere Vorwürfe gegen den Zentralrat, der seit dem Frühjahr 1988 von Galinski geleitet wird. So schreibt der amerikanische Journalist: „Der Zentralrat der Juden in Deutschland, eine aus der Not des Nachkriegswirrwarrs entstandene Organisation, hat sich zu einer Miniregierung osteuropäischer und einparteiischer Prägung entwickelt. Er gibt sich aus als Repräsentant der Jüdischen Gemeinde in Deutschland, aber in Wirklichkeit vertritt er nicht die Meinungspalette der Juden in Deutschland, sondern nur die Interessen, die er für offiziell erklärt..."

Bis ein aufrichtiges Umdenken beim Zentralrat stattfindet, kann er ebensowenig sagen, er sei quasi der Dachverband der Juden in Deutschland, wie die PLO behaupten kann, sie sei alleiniger Vertreter des palästinensischen Volkes. Denn der Zentralrat bietet keine annehmbare Heimat für alle Juden, das heißt, für alle Schattierungen der jüdischen Belange in Deutschland. Vor einem Pluralismus hat er viel mehr Angst. Das Resultat: Es fehlt am dringend notwendigen Willen zur schöpferischen Demokratie."

Vielmehr sei der Zentralrat ein „Konglomerat gewählter Delegierter aus den verschiedenen Gemeinden, also eine Art Oberster Sowjet", deren Delegierte oft nicht das „Volk" wähle, sondern diese „oft ausschließlich in den Gemeindevorständen auserkoren" würden. Und „obwohl diese jährliche, eintägige Versammlung (des Zentralrats) – wenigstens auf dem Papier – die Verantwortung trägt, dem Direktorium (eine Art Präsidium) Richtlinien zu erteilen, übt die Ratsversammlung in Wirklichkeit, ähnlich wie der Oberste Sowjet in der Sowjetunion, auch bei uns seit vielen Jahren ihre Kontrollfunktion nicht aus. Was bedeutet: Das Direktorium und sein noch kleinerer Kreis von Oberbonzen, genannt Verwaltungsrat, genießen de facto Narrenfreiheit. Der offensichtlichste Beweis ist die Nachmannaffäre."

Blumenthal kommt zu dem Schluß: „Wenn kein Platz für eine großzügige Meinungspalette vorhanden ist – selbst wenn die Diskussion öffentlich ausgetragen wird – dann gibt es nur eine einzige Bezeichnung für unsere kleine jüdische Regierung: Totalitarismus."

Extrem scharfe Kritik äußerte „Semit" sowohl an Galinski als auch an der Berliner Kultursenatorin Anke Martini (SPD) bezüglich der „infamen Behandlung der Überlebenden der Glaubensgemeinschaft Adass Jisroel in Berlin" und besonders an dem Martini-Satz „Das Gemeindeleben ist tatsächlich seit 1939 eingestellt".

Im Editorial der September/Oktober-Ausgabe heißt es hierzu: „Daß hinter dieser verantwortungslosen Stellungnahme der Frau Martini das politische Agieren des Herrn Galinski steckt, der seit eh und je kein jüdisches Gemeindeleben in Erscheinung treten läßt das sich nicht seinem Alleinvertretungsanspruch beugt, macht dieser Bericht deutlich. Man muß sich wirklich fragen, wie ein Staat, der als demokratisch anerkannt werden will, weiterhin die totalitären Machenschaften eines Mini-Cäsars wie Galinski unterstützen kann. Nicht genug, daß die Adassianer von Reinhard Heydrich entrechtet und ausgerottet wurden, jetzt werden sie auch noch von einer Nachfolgerachse Galinski-Martini bekämpft."

Damit wird also von Juden selber ihrem obersten Repräsentanten undemokratisches Verhalten – um nicht schärfere Worte zu gebrauchen – vorgeworfen. Einem Mann, der aber selber nicht müde wird, für die Bundesrepublik angesichts des Wiedererstarkens der nationalen Kräfte die Gefahr einer neuen undemokratischen Entwicklung an die Wand zu malen. Und diese Vorwürfe stammen von – darauf soll noch einmal ganz klar hingewiesen werden – Juden! Würden diese aber mit der gleichen Wortwahl von Deutschen erhoben, wäre ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft wegen antisemitischer Äußerungen wahrscheinlich. Logisch? Nein, aber bundesdeutsche Realität! □

Deutschland-Journal

Engländer sehen Mittelstand als Basis deutschen Wohlstands

Eine sehr interessante Bewertung über die Basis des bundesdeutschen materiellen Wohlstands veröffentlichte kürzlich das britische Wirtschaftsmagazin „The Economist". Danach liege die wirkliche Quelle der wirtschaftlichen Gesundheit der Bundesrepublik in ihrem breit gefächerten Mittelstand begründet. So entfalle auf Unternehmen mit bis zu 500 Mitarbeitern rund die Hälfte des westdeutschen Bruttosozialprodukts. Zudem beschäftigten diese zwei Drittel aller Arbeitnehmer, bildeten die meisten Lehrlinge aus und entwickelten die meisten deutschen Patente. Große Flexibilität und Innovationsfreude will der „Economist" ebenfalls beim bundesdeutschen Mittelstand ausgemacht haben.

Umso schlimmer ist nach Ansicht vieler deutscher Wirtschaftsexperten die „EG-Euphorie" der etablierten politischen Kräfte in der Bundesrepublik zu beurteilen. Denn der geplante europäische Binnenmarkt werde zu einer deutlichen Schwächung besonders des deutschen Mittelstandes führen. Anders als hierzulande sei in den meisten anderen EG-Ländern die Wirtschaft nämlich nicht auf dem Mittelstand, sondern auf der Macht von Konzernen aufgebaut. Diese würden aber nach Öffnung der Grenzen „mit aller Macht" in die Bundesrepublik drängen und mit Dumpingpreisen dem bundesdeutschen Mittelstand viele Aufträge vor der Nase wegschnappen. Eine weitere Gefahr sei die stetige Zunahme von Übernahmen, die sich in den kommenden Jahren noch weiter verstärken werde. Manche Experten wollen sogar nicht ausschließen, daß der Binnenmarkt zu einer deutlichen Erhöhung der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik führen wird. □

Steffi Graf und der Rassismus gegen Südafrika

Der Staat Südafrika wird ständig in der ganzen Welt des Rassismus gegen die schwarze Bevölkerung beschuldigt. Auf einen pauschal gegen Südafrika gerichteten Rassismus hat jetzt aber die deutsche Weltklassetennisspielerin Steffi Graf, die von der sowjetischen Nachrichtenagentur „TASS" zur besten Sportlerin der Welt gekürt wurde, hingewiesen. In einem Interview antwortete die Weltranglisten-Erste auf die Fragen „Wie denken Sie über den Boykott von Südafrika?" und „Meinen Sie, die Politik habe im Sport etwas zu suchen?" wie folgt: „Das ist ein sehr kontroverses Thema. Ich würde sehr gerne nach Südafrika reisen, um das Land zu sehen, aber ich kann nicht. Ich würde gern einmal dort Urlaub machen, aber wenn es herauskäme, könnte ich nicht bei den Olympischen Spielen mitmachen. Das ist traurig. Politik sollte nicht in den Sport hineinspielen."

Was die Sportverbände anderen vorwerfen, haben sie bereits eingeführt: nämlich eine Diktatur. Selbst private Urlaube, um sich eine eigene Meinung über den Staat bilden zu können und nicht auf die meist einseitige Presse angewiesen sein zu müssen, führen zu drastischen Strafen. Wie verträgt sich dieses Urlaubsverbot eigentlich mit dem Grundrecht auf Reisefreiheit? □

„Neo-Nazi-Arzt" die Zulassung entzogen

Dem im schleswig-holsteinischen Sörup praktizierenden Landarzt Hans Christian Krog Pedersen ist von der Ärztekammer des Landes mit sofortiger Wirkung die Zulassung entzogen worden. Aufgrund seiner Äußerungen in der Öffentlichkeit besitze Pedersen nicht mehr das zur Ausübung seines Berufes erforderliche Ansehen und Vertrauen der Bevölkerung. Aufgabe eines Arztes seien Erhalt und Schutz des Lebens und nicht die Diskriminierung von „Menschengruppen, die in besonderem Maße Leiden und Qualen erdulden mußten", lautete die Begründung.

Was war nun geschehen: Der 41jährige Däne hatte es gewagt, die etablierte Geschichtsschreibung über das Dritte Reich zu kritisieren und behauptet, daß es in den damaligen deutschen Konzentrationslagern keine Gaskammern gegeben habe. Sie seien vielmehr erst durch die Siegermächte nachträglich eingebaut worden – was zumindest für das KL Dachau bewiesen ist –. Auch hatte er Kritik an den Männern des 20. Julis 1944 geübt und diese „Mörder" genannt. Die Staatsanwaltschaft Flensburg hat mittlerweile wegen angeblich volksverhetzender Äußerungen Anklage in mehreren Fällen erhoben. □

Wiesenthal legte gefälschtes Dokument vor

Der als Nazijäger bekanntgewordene Simon Wiesenthal, der trotz angeblicher jüdischer Vernichtungspolitik des Dritten Reichs die Gefangenschaft in zwölf Konzentrationslagern überlebte, hat nun ein gefälschtes „Dokument" als Beweismittel vorgelegt.

Die österreichische linke Zeitschrift „Basta" hatte einen Bericht mit einem von Wiesenthal übergebenen Dokument veröffentlicht, wonach Gauleiter Rainer sich persönlich an den Reichsführer-SS, Heinrich Himmler, gewandt habe, um dem Onkel des derzeitigen FPÖ-Bundesparteiobmanns Jörg Haider, Josef Webhofer, den riesenhaften Besitz des sogenannten Bärenthales auf dem Wege der „Arisierung" zuzuschanzen.

Im Rahmen des von Rainers Sohn Friedl angestrengten Rechtsstreits kam der vom Gericht beauftragte Bezirksinspektor Dietmar Junker vom Bundespolizeilichen Kriminaldienst jedoch aufgrund seiner Untersuchungen zu dem Ergebnis, daß es sich bei dem Schreiben um eine dilettantische Fälschung handelt. So stammt beispielsweise die Schreibmaschine, auf der der Brief geschrieben worden war, aus dem Jahre 1946. Die Buchstaben SS waren mit der Hand geschrieben, was sich schon bei Betrachten mit einer einfachen Lupe erkennen ließ. Wiesenthal selber will von der Fälschung nichts gewußt haben. □

Bayern bevorzugt Deutsche für Sozialwohnungen

Der Freistaat Bayern hat jetzt im Bundesrat beantragt, künftig Sozialwohnungen bevorzugt an Deutsche zu vergeben. Das bisher geltende Recht führt nach Ansicht der bayerischen Landesregierung dazu, daß diese billigen Wohnungen überproportional an Ausländer vergeben werden müßten.

So hätten vor allem in Gebieten mit erhöhtem Wohnungsbedarf Ausländer einen höheren Anteil an öffentlich gefördertem Wohnraum als es ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entspreche. Dieses „Ungleichgewicht" soll nun aber abgebaut werden, damit der Staat „seiner sozialen Verantwortung gegenüber der deutschen Bevölkerung" besser nachkommen könne. □

IG Bergbau-Chef neuer DGB-Vorsitzender?

Der Vorsitzende der IG Bergbau und Energie, Heinz-Werner Meyer, soll neuer Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) werden. Berichten zufolge hat die IG Metall als größte und damit mächtigste DGB-Einzelgewerkschaft derartigen Plänen bereits zugestimmt. Grund hierfür sei die „große Erfahrung Meyers im Umgang mit der Verwaltungsbürokratie der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel".

Der bisherige Vorsitzende des DGB, Ernst Breit, hat angekündigt, im kommenden Jahr in den

Ruhestand zu gehen. Als stellvertretende DGB-Vorsitzende werden immer wieder die Namen der stellvertretenden Vorsitzenden der Bundesanstalt für Arbeit, Ursula Engelen-Kefer, und des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Hermann Lutz, genannt. □

DGB gegen Veröffentlichung des „Neue Heimat"-Berichts

Der DGB will die Veröffentlichung des bislang mit der Geheimhaltungsstufe versehenen Berichts des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Klärung des „Neue Heimat"-Skandals verhindern. Möglich wurde dies, weil das Bundesverfassungsgericht jetzt seine frühere einstweilige Anordnung, der Bericht müßte wegen der Rechtsbeschwerde über die erfolgte Beschlagnahme der Aufsichtsratsprotokolle geheim bleiben, aufhob. Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth hatte dies jetzt dem DGB Vorsitzenden Ernst Breit, der Gewerkschaftsholding BGAG und der Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) mitgeteilt. Das Ergebnis war, daß alle drei äußerst nervös reagierten und für den Fall der Veröffentlichung eine Klage androhten.

Neben grundsätzlichen rechtlichen Bedenken über die Aufhebung der Geheimhaltung hinaus, führte DGB-Chef Breit Sorgen wegen der im Herbst stattfindenden Bundestagswahl an. Die Veröffentlichung des bislang geheimen Teils des Ausschußberichts „würde vielen einen willkommenen Anlaß bieten, im Vorwahlkampf oder Wahlkampf frühere Angriffe gegen die Gewerkschaften wieder aufzunehmen in der Annahme, damit auch dem politischen Gegner zu schaden". Auch werde die Koalitionsfreiheit des DGB in rechtswidriger Weise verletzt, wenn die wirtschaftlichen Grundlagen der gewerkschaftlichen Arbeit erschüttert würden, so Breit weiter. Dies sei nämlich der Fall, „wenn der Inhalt vertraulicher Aufsichtsrats-Beratungen aus Unternehmen veröffentlicht werde, an denen Gewerkschaften maßgeblich beteiligt sind".

Wie gerüchteweise zu erfahren war, soll der Hintergrund dieser ganzen DGB-Aktivitäten zur Verhinderung der Veröffentlichung des Ausschußberichts sein, daß zwischen dem „Neue Heimat"-Skandal und der co op-Affäre zumindest personelle Verbindungen bestünden. So war beispielsweise der kürzlich verhaftete ehemalige Aufsichtsratsvorsitzende des alten co op-Konzerns, Alfons Lappas, früher auch Aufsichtsratsmitglied der „Neuen Heimat" und Vorstandsvorsitzender der BGAG. □

IG Metall will 17. Juni als Feiertag abschaffen

Eine „gänzliche Abschaffung" des 17. Junis als Feiertag hat der Vorsitzende der IG-Metall, Franz Steinkühler, zum Abschluß des 16. Gewerkschaftstages gefordert. Als Nationalfeiertag sei der 17. Juni, der an den Aufstand in der DDR gegen die kommunistischen Machthaber des Jahres 1953 erinnert, „historisch längst überholt".

Statt dessen soll nach Ansicht des Chefs der größten DGB-Gewerkschaften der 8. Mai als Nationalfeiertag eingeführt werden. Mit diesem „Tag der Befreiung vom Hitler-Regime" käme man der „antifaschistischen Tradition der DDR" entgegen. Daneben wäre es auch ein Beitrag zum „längst überfälligen antifaschistischen Bekenntnis der Bundesrepublik".

Kein Wort hört man dagegen von Steinkühler über die Konsequenzen, die dieser Tag der deutschen Niederlage für eben dieses Deutschland hatte. Nicht nur, daß große Teile Deutschlands – neben den Polen zugeschlagenen und dem Gebiet der DDR auch das Sudetenland – geraubt wurden, fielen den „Befreiern" Millionen von Deutschen zum Opfer. Alleine rund eine Million Kriegsgefangene ließ, wie James Bacque in seinem Buch „Der geplante Tod" aufdeckte, Eisenhower durch unzureichende Versorgung sterben. Bei der Vertreibung und den Progromen in der CSSR und vor allem in den von Polen besetzten Gebieten wurden ebenfalls Millionen Deutsche auf zum Teil bestialische Weise ermordet. Nicht zu vergessen, die ungerechtfertigte Zahlung von fast 90 Milliarden DM an Wiedergutmachung an Israel und die bis heute andauernde antideutsche Hetze in der Welt. □

Entschädigung für polnische KZ-Opfer verschwunden

Die bundesdeutsche Regierung hatte in den Jahren 1972 und 1973 insgesamt rund 103 Millionen DM zur Entschädigung von in deutschen Konzentrationslagern umgekommenen Polen gezahlt. Nach Informationen der polnischen Bürgerrechtssprecherin Ewa Letowska sollen aber nur 324.000 DM direkt an die betroffenen Familien zum offiziellen Zloty-Kurs gezahlt worden sein. Frau Letowska hat nun von der Regierung ihres Landes eine Erklärung verlangt, wo der Rest des Geldes abgeblieben ist. □

Nach DDR-Öffnung wird der Rechtsextremismus stärker überwacht

Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz hat ab sofort mehr Personal für die Überwachung des sogenannten Rechtsextremismus abgestellt. Gleichzeitig seien Mitarbeiter aus dem Bereich des Linksextremismus abgezogen worden, bestätigte NRW-Verfassungsschutzchef Fritz Baumann. Grund hierfür sei, daß die Wende in der DDR die DKP und andere linke Gruppierungen in schwere ideologische und finanzielle Bedrängnis gebracht habe. „Die kämpfen jetzt ums nackte Überleben", sagte Baumann. Aus der Spionageabwehr sollen im bevölkerungsreichsten Bundesland „vorerst" jedoch keine Beamte wegfallen. □

Ordnungsgemäßes Parken wichtiger als ein Menschenleben

Ein Halteverbot für Autos ist in Bergisch-Gladbach wichtiger als ein Menschenleben – zumindest nach Ansicht des dortigen Ordnungsamtes. Mit der Begründung, auch wenn es um Leben und Tod gehe, müsse Zeit sein, einen Parkplatz zu finden, wies das Ordnungsamt der Stadt den Einspruch einer Krankenschwester zurück. Diese war von der Klinik schnellstens herbeigeordert worden, da es bei einem Notfall um Leben oder Tod gehe. Da die 24jährige aber in der Nähe des Krankenhauses keinen Parkplatz fand, stellte sie den Wagen im Halteverbot ab, woraufhin dieser abgeschleppt wurde. Gegen die Rechnung von 140 DM legte die junge Frau Widerspruch ein. □

Presse muß ihre Quellen nicht offenlegen

Ein Journalist muß selbstrecherchierte Tatsachen nicht offenbaren, die er mittelbar durch einen Informanten erlangt hat und deren Bekanntgabe zur Enttarnung desselben führen könnte. Mit dieser Entscheidung hat der Bundesgerichtshof (BGH) kürzlich einem Journalisten des „Stern" ein Zeugnisverweigerungsrecht zuerkannt (Aktenzeichen: II BGs 355/89).

Folgendes war geschehen: Der Journalist hatte ein Interview mit einem Mitglied der Irisch-Republikanischen Armee (IRA) geführt, der auch Terroranschläge im Ausland begangen haben soll. Nach Veröffentlichung hatte dann Generalbundesanwalt Kurt Rebmann von dem Journalisten Auskunft darüber verlangt, wann, wo und in welcher Sprache das Interview geführt wurde und ob der IRA-Mann hierfür ein Honorar erhielt. □

Bonn

Die Schulden der Parteien

Die politischen Parteien in der Bundesrepublik haben Rechenschaft über ihre Finanzlage im Jahr 1988 abgelegt. In einer Unterrichtung durch Bundestagspräsidentin Professor Dr. Rita Süssmuth sind die Rechenschaftsberichte der Parteien veröffentlicht worden.

Als einzige der Bundestagsparteien war die Christlich Demokratische Union (CDU) laut Rechenschaftsbericht 1988 mit ihrer Bundesgeschäftsstelle überschuldet. Bei der CDU standen Einnahmen von 181,1 Millionen DM und Ausgaben in Höhe von 177,8 Millionen DM gegenüber.

Größter Spender ist die Deutsche Bank

Die Einnahmen setzen sich unter anderem zu 84,5 Millionen DM aus Mitgliedsbeiträgen, 25,2 Millionen DM aus Spenden und 48,2 Millionen DM aus Wahlkampfkostenerstattung zusammen. Aus dem Chancenausgleich flossen 1988 knapp 6,4 Millionen DM in die Unionskassen. Die CDU weist 157,5 Millionen DM als Besitzposten aus, auf denselben Betrag belaufen sich auch die Schuldposten.

Die Partei betont pflichtgemäß, daß die Schuldposten der Bundesgeschäftsstelle deren Besitz um 32,1 Millionen DM überstiegen. Die Parteiführung habe jedoch inzwischen ein Konzept ausgearbeitet, mit dem mittelfristig die Entschuldung gelingen sollte. Neben der Bundesgeschäftsstelle seien auch die Landesgeschäftsstellen im Saarland, in Schleswig-Holstein, in Berlin und in Niedersachsen zum 31. Dezember 1988, dem Stichtag, mit 1,1 Millionen DM 1,3 Millionen DM, 383000 DM und 2200 DM überschuldet gewesen.

Die CDU erkärt, daß sie zum Stichtag 676747 beitragspflichtige Mitglieder gehabt habe.

Als größter Einzelspender erscheint die Deutsche Bank AG mit 404000 DM an die CDU im Rechenschaftsbericht.

Die SPD hat ihr Vermögen gesteigert

Anders als bei der CDU hat sich bei der Sozialdemokratischen Partei (SPD) das Vermögen 1988 erhöht. Die mit 911916 Mitglieder größte Partei verfügte 1988 über 205,1 Millionen DM Einnahmen. 114 Millionen DM steuerten dazu die Mitglieder über Beiträge bei, 19,2 Millionen DM flossen aus Spenden in die SPD-Kassen und 53 Millionen DM nahm die Partei aus der Wahlkampfkostenerstattung ein.

Den Einnahmen standen Ausgaben von 194 Millionen DM gegenüber. Ihren Besitz weisen die Sozialdemokraten für 1988 mit 232,1 Millionen DM aus, ihre Schulden mit 54,1 Millionen DM. Bilanziert wird so ein Reinvermögen von 178 Millionen DM. Größte Einzelspender sind bei der SPD Ernst und Käthe Naumann aus Ahrensburg mit 200000 DM.

Auch die CSU hat Schulden

Die Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU) hat im Jahr 1988 182 738 Mitglieder gezählt, die zu den Gesamteinnahmen der Partei von 44,4 Millionen DM rund 14 Millionen DM Beiträge beisteuerten. 13 Millionen DM Spenden gingen ein, 12,1 Millionen DM flossen der Partei aus Wahlkampfkostenerstattung zu. 2,4 Millionen DM erhielt die CSU außerdem aus dem Chancenausgleich.

Den Einnahmen standen 40,4 Millionen DM Ausgaben gegenüber, der Besitz der Partei belief sich auf einen Wert von 61,7 Millionen DM. Ihre Schulden weist die CSU mit 30,9 Millionen DM aus. Als größten Einzelspender verzeichnet der Rechenschaftsbericht mit 125000 DM den Verein der Bayerischen Metallindustrie in München.

Millionen Schulden bei den Grünen

Auch die Partei die Grünen hat fristgerecht ihren Rechenschaftsbericht vorgelegt. 39,4 Millionen DM hat die Partei 1988 eingenommen. Die Einnahmen setzen sich unter anderem aus 5,1 Millionen DM Mitgliedsbeiträgen, 12,5 Millionen DM Spenden und 9,7 Millionen DM Wahlkampfkostenerstattung zusammen.

Ausgegeben haben die Grünen 1988 rund 37,8 Millionen DM. Ihr Besitz hat einen Wert von 53,7 Millionen DM, mit knapp 52 Millionen DM war die Partei verschuldet. Am Stichtag verfügten 37839 Männer und Frauen über ein Parteibuch der Gründen. Größter Einzelspender der Partei war mit knapp 84600 DM Eckhart Stratmann aus Bochum.

Konkursrecht gilt bei der FDP nicht

Die Freie Demokratische Partei (FDP) bilanziert ihre Einnahmen für 1988 mit 34,2 Millionen DM. 8,5 Millionen DM stammten davon aus Mitgliedsbeiträgen. 11,5 Millionen DM aus Spenden. 8,7 Millionen DM aus der Wahlkampfkostenerstattung und darüber hinaus 2,7 Millionen DM aus dem Chancenausgleich.

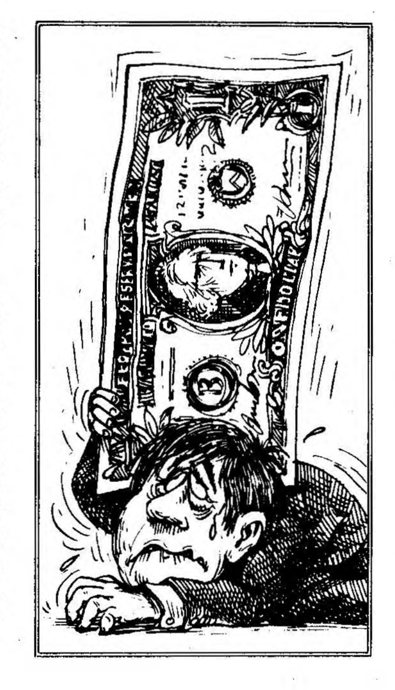
Ausgegeben hat die Partei 1988 knapp 26,9 Millionen DM, ihr Besitz belief sich auf 26,6 Millionen DM, ihre Schulden weist die FDP mit derselben Summe aus. Buchmäßig überschuldet waren nach Angaben der Partei der Landesverband Berlin mit 54600 DM, der Landesverband Hamburg mit 106300 DM, der Landesverband Saarland mit 56100 DM und der Landesverband Schleswig-Holstein mit 183900 DM.

Wegen stiller Reserven im Grundbesitz könne von einer tatsächlichen Überschuldung beim Landesverband Schleswig-Holstein jedoch nicht gesprochen werden, heißt es im Rechenschaftsbericht. Von konkursrechtlichen Vorschriften seien überdies auch die anderen Landesverbände nicht betroffen, weil sie keine rechtsfähigen Vereine seien.

Die Kommunisten waren finanziell gesund

Die FDP hatte Ende 1988 genau 64274 Mitglieder. Ihr größter Einzelspender war im Jahr 1988 der Verband der Metallindustrie Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf mit 215000 DM.

Finanzkräftigste Partei, die nicht im Bundestag vertreten ist, war 1988 die Deutsche Kommunistische Partei (DKP). Sie weist in ihrem Rechenschaftsbericht Gesamteinnahmen von 22,3 Millionen DM aus, die zu 9,8 Millionen aus Beiträgen und zu 10 Millionen aus Spenden stammten. Knapp 22 Millionen DM hat die Partei ausgegeben, ihr Besitz war 6,5 Millionen DM wert, ihre Schulden beliefen sich auf 5,3 Millionen DM. 45347 Männer und Frauen waren Mitglieder der DKP, mit 820000 DM leistete Walter Welker aus Essen die größte Einzelspende. □



Zur Konvertierbarkeit der Ostmark

Hermann Flieder

Ein Schlagwort macht derzeit die Runde bei der Frage der künftigen Wirtschaftspolitik der DDR: Konvertierbarkeit der Ostmark. So sehr diese gewünscht ist, so lang ist allerdings der Weg dorthin, der erst am Ende erfolgreicher Reformen stehen kann. Zu diesem Schluß kommt jedenfalls eine Analyse des ehemaligen Leiters der Planungsabteilung der Deutschen Notenbank, Paul Frenzel, der Ende 1982 nach einem politischen Strafverfahren in der DDR in die Bundesrepublik übersiedelte.

„Das kleine Börsenlexikon" definiert „Konvertierbarkeit" wie folgt: „Möglichkeit Geld beziehungsweise Devisen verschiedener Länder untereinander zum geltenden Kurs frei auszutauschen und darüber frei verfügen zu können." Durch die Konvertierbarkeit der Währungen wird der internationale Handel wesentlich erleichtert, während Vorschriften zur Devisenbewirtschaftung ihn erheblich behindern. Volle Konvertierbarkeit haben nur wenige Länder, darunter die Bundesrepublik.

Auf Dauer kein haltbarer Zustand

Bereits aus diesen wenigen Sätzen wird klar ersichtlich, daß gerade heute in den Zeiten des Welthandels ein Land ohne konvertierbare Währung kaum noch wettbewerbsfähig ist. Zwar verfügen einige Staaten über Möglichkeiten für Kompensationsgeschäfte. Darunter gehört zum Beispiel die UdSSR, die manche Geschäfte mit Erdgaslieferungen bezahlte oder die von den Stromgesellschaften zu erhaltenden Devisen abtrat. Aber auch Gorbatschow hat erkannt, daß dies auf Dauer kein haltbarer Zustand ist und strebt deshalb die freie Konvertibilität des Rubels an.

Einen besonders steinigen Weg hierzu hat aber die DDR zu gehen. Denn, wie hierzulande von „Experten" oftmals vorgeschlagen, eine Währungsreform bringt so gut wie nichts. Denn damit wird das Manko der DDR-Wirtschaft, der exorbitante Warenmangel, nicht beseitigt. Denn bislang lautete die Devise nicht, den Warenmangel durch erhöhte Produktivität der Unternehmen (Stichwort: Modernisierung) zu beseitigen, sondern durch ständige Erhöhung der Preisaufschläge den potentiellen Käuferkreis klein zu halten.

So wurde nach Frenzels Angaben zwischen 1980 und 1984 statistisch eine Erhöhung des Einzelhandelsumsatzes um rund neun Milliarden Mark ausgewiesen. Nach Abzug der Verbrauchsabgaben sei die Preissumme der verkauften Waren aber in Wirklichkeit um zwei Milliarden Mark gesunken. Dadurch werde aber das gesamte Preisgefüge – sowohl der Waren als auch der Leistungen – völlig verzerrt und mache „derzeit die Bestimmung eines Kurses der Mark der DDR im Verhältnis zur DM oder anderen westlichen Währungen unmöglich, und vor allem die Konvertierbarkeit der Mark der DDR".

Frenzel weiter: „Wird das Verbrauchsabgabenunwesen beseitigt, wäre eine Abwertung des Bar- und gesparten Geldes etwa im Verhältnis vier oder fünf zu eins gerechtfertigt, sogar notwendig, denn die Preissumme aller Waren würde sich um etwa 45 Prozent verringern. Dabei könnte eine soziale Komponente durch Festsetzen eines abwertungsfreien Betrages etwa in Höhe des durchschnittlichen Monatsverdienstes der Facharbeiter (rund 850 bis 1000 Mark) berücksichtigt werden."

Ein Aus für Subventionen

Dies würde aber gleichzeitig auch ein Ende der Subventionierung bestimmter Güter, wie etwa der Grundnahrungsmittel, aber auch der Mieten und Eisenbahnfahrkarten nach sich ziehen. Von daher sei der notwendige parallele Schritt die Reform der Löhne, Gehälter und Renten. So beispielsweise die Erhöhung der Mindestrenten und die Abschaffung der Rentenprivilegien der Staatsbediensteten. Bei den Löhnen und Gehältern müßte die Qualifikation wieder belohnt werden. Denn derzeit verdient ein Arzt, Hochschuldozent oder Entwicklungsingenieur oft weniger als ein Bauarbeiter. Dies hat dann aber unmittelbare Folgen auf die Motivation des betreffenden Personenkreises.

Reformen sind, so Frenzel, auch bei den „volkseigenen Betrieben" unumgänglich, soll der Anschluß an den westlichen Produktionsstandard geschaffen werden. Denn heute seien beispielsweise in den DDR-Betrieben die Grundmittel, also der größte Teil des bei Gemeinschaftsunternehmen (im Neudeutsch „Joint-Ventures") zu berücksichtigenden Kapitals, überhöht ausgewiesen.

„Wie", so fragt Paul Frenzel richtig, „soll ein bundesdeutsches Unternehmen hohe Investitionen wagen, wenn es dadurch als Anteilseigner und damit bei der Gewinnbeteiligung benachteiligt wird?"

Als erstes müsse deshalb das Eigentumsmonopol des Staates beseitigt werden, das dazu diene, den Betrieben jederzeit Geldmittel entziehen und die Verfügungsgewalt der Betriebe über die finanziellen Fonds weitgehend auszuschalten. Auf dieser Basis könne aber kein Betrieb mit einem bundesdeutschen oder ausländischen Partner über Kapitalbeteiligung verhandeln. Es genüge also nicht allein die von Frenzel schon geforderte Eigentumsgarantie und die freie Verfügbarkeit der Gewinne. Vielmehr sei die völlige ökonomische Selbständigkeit der Betriebe notwendig.

Die Ausbeutung durch Moskau

Wie schädlich diese bisherige Form sei, könne man daran erkennen, daß die Betriebe bislang die zentral im Plan festgelegten Gewinne abzuführen hatten – selbst wenn der Gewinn gar nicht oder nur zum Teil erwirtschaftet wurde. Diese „ungerechtfertigte Bereicherung des Staates" habe den Anteil der Bevölkerung bei der Verteilung des Nationaleinkommens erheblich sinken lassen. Frenzel zufolge „läßt sich errechnen, daß zwischen 1976 und 1986 die ‚Ausbeutungsrate' – unter Anwendung der Marxschen Formel – um 40 Prozent erhöht wurde".

Eine erhebliche Verlustquelle sei auch die Außenwirtschaft der DDR. Die wegen Tilgung und Zinsen für Westkredite forcierten Exporte seien dabei im Verlauf der vergangenen zehn Jahre „derart unrentabel geworden, daß bei einer Rückführung von einer Milliarde DM Westverschuldung dem Inland für etwa vier bis fünf Milliarden Mark Waren dem Markt entzogen" werden müßten.

Eine große Mitschuld an dieser Misere trage aber auch die „Geheimhaltung der nach Ländern differenzierten, mittels verschiedener Koeffizienten tatsächlichen Umrechnungskurse fremder Währungen" ebenso wie die überhöhten Rohstoffpreise, die die Sowjetunion verlange.

So müsse die DDR zum Beispiel für eine Tonne Erdöl rund 860 Valutamark zahlen und für den Import von Erdöl mindestens 40 Prozent der Gesamtexporterlöse aus der UdSSR aufwenden. Dies ist nach Ansicht Frenzels auch die Ursache für die jetzt bekanntgewordene Staatsschuld von 130 Milliarden Mark. □

Wiederentdeckung des Goldstandards

C. Gordon Tether

Kein Land hat natürlich bei der Organisierung der Entthronung des Goldes nach dem Zweiten Weltkrieg eine größere Rolle gespielt als die Vereinigten Staaten. Fest dazu entschlossen, nichts unversucht zu lassen um zu gewährleisten, daß der Dollar seinen Platz als König des internationalen Währungsschlosses einnahm, führte Washington eine teuflische Kampagne gegen das Gold mit der Begründung, es sei von Anfang an ein Relikt des monetären Barbarismus gewesen.

Anfangs nahm dies die Gestalt einer Weigerung der USA an, einer Neubewertung des Metalls als Gold zuzustimmen, um dem durch Inflation hervorgerufenen Verfall der Kaufkraft des amerikanischen Dollar Rechnung zu tragen. So beharrte Washington ein Vierteljahrhundert lang nach 1945, daß der Wert des Goldes auf dem Stand von 35 Dollar pro Unze, wie Anfang der dreißiger Jahre festgelegt, gehalten werden sollte. Das allzu einfache Argument dafür war, daß der Dollar mit diesem Wert immer noch „so gut wie Gold" sei.

Gold als Rivale zum Dollar

Als dieser Stand Anfang der siebziger Jahre wegen der immer stärker werdenden Nachfrage nach dem schnell dahinschwindenden amerikanischen Goldbestand durch andere Länder zwecks Konvertierung unerwünschter Dollar-Vorräte aufgegeben werden mußte, torpedierte Washington praktisch die monetäre Rolle des Goldes, indem es die Verbindung zwischen ihm und dem Dollar völlig durchtrennt.

Die Auswirkung davon war, daß das Metall in die geldliche Wildnis getrieben wurde. Und die Folgeerscheinung davon war das Ausbrechen eines Finanz-Pessimismus, der im Laufe der Jahre immer zügelloser wurde – was derzeit auf allen Seiten klar erkannt wird.

Nachdem ein Hauptrivale von der Bildfläche verschwunden ist, hat der Dollar am internationalen Finanzfirmament die unangefochtene Vorherrschaft erreicht und beibehalten. Und diese ungeachtet der Tatsache, daß er selbst eine höchst unsichere Einheit geworden ist, die im Hinblick auf andere führende Währungen Jahr für Jahr stark schwankt. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß dies eine Situation ist, die die amerikanischen Behörden nicht wild darauf waren zu ändern.

Aber Washington scheint in den letzten Monaten der Reagan-Regierung damit begonnen zu haben, neu über Gold nachzudenken. Dies kam in dem Vorschlag des Finanzministerium vor rund einem Jahr zum Ausdruck, dem Gold in dem neuen internationalen Geldmeßsystem eine nützliche Rolle zuzuteilen. Vermutlich ist Washingtons Einsicht, daß letztendlich doch etwas dafür spricht, das Gold wieder auf die Bühne zurückzubringen, von dem Gedanken beeinflußt worden, daß es keinen Sinn ergeben würde, das Einfrieren jedes offiziellen Handelsverkehrs mit diesem Metall, das 1971 begann, für alle Zeiten fortzusetzen.

Man könnte sehr wohl erkannt haben, daß Gold dabei helfen könnte, das monetäre Schlachtfeld, das der Finanzfreizügigkeit in den letzten beiden Jahrzehnten auf dem Fuße folgte, aufzuräumen.

Jetzt hat die Einstellung des amerikanischen Finanzministeriums zur Rehabilitierung des Goldes etwas getan, was man nur als einen plötzlichen gewaltigen Sprung nach vorn bezeichnen kann. In diesem Falle ist die Szenerie nicht die westliche Finanzwelt. Sie wird von einem Sowjetrußland bereitet, das mit Finanzproblemen kämpft, die sich seit einiger Zeit aufgestaut haben und sich neuerdings durch die Auswirkungen von Gorbatschows Revolution wesentlich verschlimmert haben.

In seiner vor kurzem stattgefundenen Ansprache an den Finanzausschuß des US-Senats über diesen Gesichtspunkt der internationalen Finanzsituation, sagte der amerikanische Finanzminister Jim Baker, ein in andere Währungen konvertierbarer Rubel sei notwendig, um innerhalb der Sowjetunion eine Marktkonkurrenz zu erzeugen und um die sowjetische Wirtschaft in die der übrigen Welt einzugliedern. Er fuhr dann fort, um für den Gedanken zu werben, daß die UdSSR als größter Goldproduzent der Welt in Erwägung ziehen könnte ihren Goldbestand zur Garantie des Rubelwertes und des Wertes sowjetischer Schuldverschreibungen heranzuziehen.

Der Rubel und die Golddeckung

Der Chef des amerikanischen Finanzministeriums tat, kurz gesagt, nichts anderes, als sich für die Wiederherstellung genau der gleichen Goldwährungskonvertierbarkeit in der UdSSR stark zu machen, die Washington noch bis vor kurzer Zeit als Anathema betrachtete. Darüber hinaus gab er sogar zu verstehen, daß die Sowjets ihre Goldproduktion als Regulator des Geldbestands des Landes benutzen könnten – und zollte damit stillschweigend einem anderen Gesichtspunkt des traditionellen Goldstandards Tribut.

Gleichermaßen relevant ist die offensichtliche Tatsache, daß das Umdenken über Gold in den Korridoren der Macht des Federal Reserve Board, Vorstand der US-Zentralbank, nicht ohne Unterstützung bleibt.

Wayne Angell, ein Gouverneur des Federal Reserve Systems, machte sich zum Echo des Rufs des US-Finanzministerium nach einer Initiative bezüglich des Goldstandards, indem er erklärte: „Ein vom Gold unterstützter Rubel würde im Inland als ehrliches Geld angesehen und unverzüglich international als konvertierbare Währung gehandelt werden. Ohne die Einführung eines ehrlichen Geldes", setzte er hinzu, „kann man von den Bürgern der Sowjetunion nicht erwarten auf die Reformen zu reagieren, da sie keinen bedeutungsvollen Anreiz dazu haben."

Washingtons Gedanken zum Gold

Verzweifelte Situationen verlangen natürlich nach verzweifelten Lösungen. So muß Washingtons Wiederentdeckung der Vorzüge der Lebensart des Goldstandards in Zusammenhang mit seiner Einschätzung der Größenordnung der Finanzkrise gesehen werden, die Gorbatschows UdSSR des „New Look" in den Abgrund zu stürzen scheint. Die Vereinigten Staaten ihrerseits selbst befinden sich nicht in einem solchen Schlamassel und – da sie kein bedeutender Goldproduzent sind oder über riesige Reserven des Metalls verfügen – sind sie nicht so gut wie die Sowjetunion in der Lage für die notwendige Deckung der Konvertierbarkeit der Goldwährung zu sorgen.

Und doch dürfte Washingtons „Umstellung" auf Gold für die Finanzgeschäfte der westlichen Welt und für die Zukunft, die das Gold spielen wird und um diese in Ordnung zu bringen, nicht ohne Bedeutung sein. Es ist schließlich absurd, daß so wenig Gebrauch gemacht wird von den großen Summen offiziellen Geldes, das in staatlichen Goldreserven gebunden ist – sie sind seit 1971 zum größten Teil fast völlig eingefroren. □



Vereinigte Länder des Deutschen Ostens im Deutschen Reich

Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Ost-Brandenburg, Posen, Niederschlesien, Oberschlesien und Sudetenland

Vierter deutscher Nachkriegsteilstaat, 1981 als Bundesstaat im Vertriebenenstand (Exilstaat) gegründet; amtliches Kürzel: VLDO, amtlicher Kurzname: Vereinigte Ostdeutsche Länder.

Deutsche Männer und Frauen! Liebe ostdeutsche Landsleute!

Die deutschen Nachkriegsteilstaaten RÖ (von 1945) sowie BRD und DDR (von jeweils 1949) vertreten nicht das Deutsche Reich, handeln nur für ihr eigenes Teilstaatsgebiet und betrachten sich untereinander überwiegend als Ausland. Für alle drei sind die ostdeutschen Reichsgebiete ausnahmslos Ausland.

Deshalb hat die Nationalversammlung des Deutschen Ostens als Volksvertretung der ostdeutschen Reichsgebiete anläßlich ihrer 5. Tagung am 23.05.1981 die Gründung des ostdeutschen Exilstaates beschlossen und zugleich die **Notverfassung** dieses 4. deutschen Nachkriegsteilstaates verabschiedet. Art. 6 Abs. 2 der Notverfassung lautet: *Das Grundgesetz der Vereinigten Länder des Deutschen Ostens im Deutschen Reich ist die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. 08. 1919 (Weimarer Verfassung – WRV –, RGBl. S. 1383 ff.).*

Das Deutsche Volk hat auf Grund der Verordnung des Rates der Volksbeauftragten vom 30. 11. 1918 (Reichswahlgesetz, RGBl. S. 1345 ff.) seine verfassunggebende Nationalversammlung am 19. 01. 1919 gewählt. Dieser ist ein im Auftrage der Reichsregierung durch Innenstaatssekretär Dr, Hugo Preuß geschaffener erster amtlicher Entwurf in Weimar vorgelegt worden. Nach Beratungen und Entwurfsänderungen ist die **Reichsverfassung** schließlich in dritter Lesung am 31. 07. beschlossen, am 11. 08. 1919 durch Reichspräsident Friedrich Ebert unterzeichnet und drei Tage später im Reichsgesetzblatt verkündet worden.

Diese Reichsverfassung ist durch das Staatsvolk des Deutschen Reiches zu keiner Zeit in verfassungsgemäßer Weise (Art. 76 WRV) aufgehoben oder durch eine andere ersetzt worden. Daher ist die

Weimarer Reichsverfassung jetzt 70 Jahre in Kraft!

Dieser Rechtstatsache ehrend zu gedenken, sollte Aufgabe aller volks- und reichstreuen Deutschen sein! Doch leider schweigt die Mehrheit unseres großen, durch Wohlstand oft gleichgültig gewordenen Volkes.

Dagegen besteht Anlaß zur Trauer und zur Scham, daß im selben Jahr 1989 das westdeutsche **Grundgesetz** und damit der westdeutsche Sieger-Protektoratsstaat bereits 40 Jahre besteht. Für die Schaffung der BRD-Quasiverfassung, des Grundgesetzes, und damit eines neuen Staates (noch nie dagewesenen Namens) bestand nach 1945 überhaupt kein Rechtsgrund und schon gar nicht ein Volksauftrag. Die 1945 absichtlich herbeigeführte und bis heute fortbestehende Handlungsunfähigkeit des Deutschen Reiches beruht ausschließlich darauf, daß Kriegssiegerstaaten die Regierung Dönitz des kriegsunterlegenen Reiches verhafteten und nicht etwa durch Deutsche nach deutschem Recht (Art. 4, 102 ff. WRV) in rechtsstaatlicher Weise aburteilen ließen, sondern erst nach eigens dafür im nachhinein aufgestelltem Siegerrecht durch Richter ihrer Staaten verurteilten, ohne sich selbst nach eben diesem Recht für ihr früheres wie späteres staatsmännisches Tun und Lassen jemals vor einem eigen- oder fremdstaatlichen Gericht zu verantworten. Grundgesetz und BRD sind nur dadurch zustandegekommen, daß Kriegssiegerstaaten unter augenfälliger Mißachtung geschriebenen Völkerrechts (u. a. Art. 43 der Anlage zur Haager Landkriegsordnung) es ausdrücklich so für Gebietsteile des besiegten Kriegsgegners wünschten und sich diesen Vorstellungen ergebene Deutsche, darunter frühere Hoch- und Landesverräter, zur Verfügung stellten.

Ebenso wie RÖ und DDR sind daher auch die aufgedrängte BRD samt ihrem Grundgesetz nicht nur unzweifelhaft **völkerrechtswidrig**, sondern auch **staatsrechtswidrig** entstanden, weil beides mit deutschem Reichsverfassungsrecht (auch dem vor 1933!) schlechthin unvereinbar ist. Obwohl solches Unrecht offenkundig ist, hat sich darüber schon in den 50er Jahren das westdeutsche Bundesverfassungsgericht, gleichsam in eigener Sache, polemisch hinweggesetzt, indem es das durch die Besatzungsmächte den Deutschen gesetzte Siegerrecht zur Grund- und Ausgangslage des „neuen" deutschen Staats- und Verfassungsrechtes erklärte (so in BVerfGE 2,250).

Da verwundert es auch nicht, wenngleich es, besonders auf staatspolitischem Gebiet, für den **sittlichen Tiefstand in den Sieger-Protektoraten** bezeichnend ist, daß Erzieher und andere vom Solde der BRD oder deren Länder abhängige Bedienstete einschlägiger Fachgebiete oft lieber schweigen oder windfahnengleich eine ihren Dienstherren erwünschte staatspolitische Wahrheit vertreten und der Jugend lehren, um so weder Beförderungen noch (Beamten-)Anstellung samt Dienstbezügen zu gefährden.

Wahrheit und Recht mögen sich zwar für lange Zeit verfälschen oder totschweigen lassen, doch sicher nicht für immer! Ostdeutsche Heimat, Glück auf! Es lebe unser Vaterland, das Deutsche Reich!

Augsburg, Krefeld, Ellwangen / Jagst, Hamburg, Seelze / Hannover, Santiago de Chile, den 11. August 1989 (Reichsverfassungstag)

RA Konrad Hoffmann
Präsident der Nationalversammlung des Deutschen Ostens
Verfassungsgemäß amtierender Staatspräsident

Dr. Friedrich-Wilhelm Paetzold **Otto Körner**
Stellvertretende Präsidenten der Nationalversammlung des Deutschen Ostens

Dipl.-Ing. Hans-Joachim Breitkopf
Staatskanzler
Staatsrat für Inneres

RA Siegfried Unnasch
Staatsrat für Äußeres

Prof. Dr. Siegfried Erber
Sonderbotschafter für außereuropäische Angelegenheiten

Jeder Deutsche erhält gegen Fundstellen-Angabe obigen Aufrufes und Übersendung von DM 5,00 in BRD-Briefmarken (oder in Geldscheinen beliebiger Währung) an die **Gemeinschaft Deutscher Osten (GDO),** öffentlichrechtliche Körperschaft ostdeutschen Verfassungsrechtes, Maximilianstraße 14 in D-8900 Augsburg, eine ausführliche Auskunft über die rechtlichen und politischen Grundlagen des ostdeutschen Exilstaates. Im übrigen wenden sich der GDO angehörende und die schwierige exilstaatliche Arbeit in notverfassungsgemäßer Weise selbsttätig unterstützen wollende Deutsche an die **Ostdeutsche Staatskanzlei,** Louise-Schroeder-Straße 17 (Dipl.-Ing. Breitkopf) in D-2000 Hamburg 50.

USA sollen den Sowjets die Schulden erlassen

Mike Blair

Amerikanische Banker üben Druck auf das US-Außenministerium aus, die Milliarden an sowjetischen Kriegsschulden, von denen einige auf den Ersten Weltkrieg zurückgehen, einfach zu vergessen, so daß der Kreml legal verlangen kann, daß amerikanische Banken Hunderte von Millionen Dollar an sowjetischen Schuldverschreibungen unterschreiben.

Um die Schuldverschreibungen in den Vereinigten Staaten umlaufen zu lassen, haben die Sowjets in New York eine Filiale ihrer Bank für Ausländische Wirtschaftsangelegenheiten eingerichtet. Als Vneshekonombank bekannt, richtete die Filiale ihre Hauptdienststelle im Hause 527 Madison Avenue in New York ein.

Die Schulden der Sowjets

Das Problem besteht darin, daß aufgrund der Bedingungen des Johnson Debt Default Act von 1934 Länder, die bei der amerikanischen Regierung in Verzug geraten sind, in den Vereinigten Staaten von der Gewährung von Krediten ausgeschlossen sind.

Die Sowjets schulden den amerikanischen Steuerzahlern derzeit etwa 1,5 Milliarden Dollar von ursprünglich 12 Milliarden Dollar, die auf die eine oder andere Weise über die Jahre hinweg von der amerikanischen Regierung stillschweigend verringert oder abgeschrieben wurden.

Die ursprüngliche Schuld von 12 Milliarden Dollar schloß ein Darlehen von 192.601.297 Dollar ein, das 1917 während des Ersten Weltkrieges der Übergangsregierung von Pre-



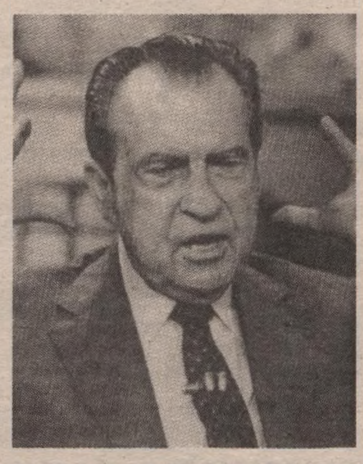
Der sowjetische Diktator Josef Stalin bekam von den Amerikanern alles, was er sich von Roosevelt wünschte.

mierminister Alexander Kerensky gewährt worden war, bevor dieser in der Bolschewistischen Revolution gestürzt wurde.

Die 192.601.297 Dollar, die sich die Sowjets seit der Revolution geweigert haben zu bezahlen, sind das Grundkapital des Darlehens.

Es war nicht möglich, die Summe der aufgelaufenen Zinsen zu ermitteln; es stellte sich aber anhand eines Berichts des amerikanischen Finanzministeriums von 1974 heraus, daß die Zinsen sich zu der Zeit auf 548.315.165 Dollar beliefen.

In dem Bericht wird auch darauf hingewiesen, daß weder vom Kapital noch von den Zinsen jemals etwas bezahlt worden ist, obwohl die Zinsen irgendwann nach dem Krieg durch Liquidation sowjetischer Vermögenswerte in den Vereinigten Staaten um 8.750.311 Dollar verringert wurden.



Im Jahr 1972 stimmte US-Präsident Nixon stillschweigend zu, 722 Millionen Dollar zur Begleichung der Milliardenschuld entgegenzunehmen.

Der Bericht kommt zu der Schlußfolgerung, daß die Sowjets den amerikanischen Steuerzahlern seit 1974 eine Gesamtsumme von 732.166.151 Dollar aus dem Darlehen von 1917 schulden.

Die Masse, der den Vereinigten Staaten ursprünglich geschuldeten Gelder, beläuft sich jedoch auf mehr als 11 Milliarden Dollar durch Hilfeleistungen, die den Sowjets während des Zweiten Weltkriegs unter dem sogenannten Pachtleihgesetz gewährt wurden, das von dem damaligen US-Präsidenten Franklin Delano Roosevelt 1941, Monate bevor das Land nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 in den Krieg eintrat, in die Wege geleitete wurde.

Das Gesetz ermächtigte Roosevelt im Namen „irgendeines Landes, dessen Verteidigung der Präsident als lebenswichtig für die Verteidigung der Vereinigten Staaten erachtet, Kriegsartikel, die nicht ausdrücklich verboten sind, zu verkaufen, zu übertragen, auszutauschen, zu verpachten, zu verleihen oder sonstwie abzugeben".

Roosevelt begann damit, unter dem Lend-Lease Act alles nur Erdenkliche an die Sowjets zu verschiffen, angefangen von Panzern bis zu Damenlippenstiften, und zwar schon mehrere Monate bevor der US-Kongreß Deutschland und Japan und den anderen sogenannten Achsenmächten nach dem Angriff auf Pearl Harbor den Krieg erklärte. Von den ursprünglich mehr als 11 Milliarden Dollar war eine Gesamtsumme von 9.477.666.000 Dollar für Waren bestimmt, die tatsächlich an die Sowjets geschickt wurden, die Restsumme von über 1,5 Milliarden Dollar waren für „Dienstleistungen", darunter Versandkosten vorgesehen.

Insgesamt 49 Prozent der Güter war „Kriegsmaterial" im Wert von 4.651.582.000 Dollar und 51 Prozent „Nichtkriegsmaterial" im Wert von 4.826.084.000 Dollar.

Diese Zahlen wurden von Roosevelts Nachfolger, US-Präsident Harry S. Truman, in seinem „21. Bericht an den Kongreß über Pachtleih-Operationen", der nach dem Kriege herausgegeben wurde, genannt.

„Obwohl Rußland nicht der Hauptempfänger der amerikanischen Lieferungen unter dem Pachtleihgesetz war", schrieb Truman später in seinen Memoiren, „stellten seine Bedürfnisse sicherlich die breiteste Vielfalt dar, die man sich vorstellen kann. Unsere Geleitzüge durch den Nordatlantischen Ozean lieferten komplette Walzwerke, Reifenfabriken, Erdölraffinerien, elektrische Kraftwerke, Eisenbahn-Blocksignalanlagen, Chemiewerke, Lokomotiven und Waggons, Sprengstoffe, Nahrungsmittel, Lkw und andere Fahrzeuge, ganz zu schweigen von Knöpfen im Werte von 1.647.000 Dollar."

Truman unterließ es, Zigarettenetuis, Schallplatten, Haushaltseinrichtungen, Abendgarderobe für Herren und Damen, Lippenstifte, Parfüms, Angelgerät, Puppen, Tresore, Hartpuderetuis mit Spiegel für Damen, Notenblätter, Spielplatzausrüstungen und Uran und

schweres Wasser zur Herstellung von Atombomben zu erwähnen.

Eine erschütternde Enthüllung darüber, was die USA den Sowjets gaben, ist enthalten in dem Buch „From Major Jordan's Diaries" von Major George Racey Jordan, das 1952 herauskam.

Die ursprüngliche Schuld wurde 1949 durch die Rückgabe einiger Schiffe durch die Sowjets aus einer Gesamtzahl von zwölf, die ihnen geliehen worden waren, verringert. Alle zurückgegebenen Schiffe befanden sich in einem beklagenswerten Zustand und waren schrottreif.

Moskau hat die Zahlungen eingestellt

Die Sowjets gaben der Rückgabe der Schiffe eine eigene Note. Die Messedecks einiger Schiffe waren mit menschlichen Exkrementen besudelt.

1972 stimmte die damalige US-Regierung unter Präsident Nixon stillschweigend zu, von den Sowjets 722 Millionen Dollar zur Begleichung der Millardenschuld aus dem Pachtleihvertrag entgegenzunehmen. Die Begleichung sollte in Abzahlungen bis zum Jahr 2001 erfolgen.

Nachdem die Sowjetunion den Vereinigten Staaten in den siebziger Jahren etwa 48 Millionen Dollar gezahlt hatten, wurden die Sowjets wortbrüchig und stellten die Zahlungen schlichtweg ein.

Jetzt halten die Sowjets und das US-Außenministerium geheime Sitzungen ab, um zu versuchen, zu einer Art Arrangement zu kommen, damit die Schulden beglichen werden können, so daß in den Vereinigten Staaten Schuldverschreibungen in Umlauf gegeben werden können, um die zusammenbrechende Wirtschaft in der Sowjetunion mit harter Währung für den Handel aufzumöbeln.

Die Sowjets können das Johnson Debt Default Law (Gesetz über die Nichterfüllung von Schulden) dadurch umgehen, daß sie dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank beitreten.

Das Gesetz wurde nach dem Zweiten Weltkrieg dahingehend geändert, daß Mitglieder der beiden internationalen Banksysteme nicht mehr unter seine Bestimmungen fallen. Dies war auf der Konferenz der alliierten Mächte von Bretton Woods, New Hampshire, 1944, in Vorbereitung der Etablierung der Vereinten Nationen festgelegt worden.

Die Sowjets wollen brave Bürger werden

Die Sowjets wohnten zwar der Konferenz bei, lehnten es jedoch ab, den beiden internationalen Bankinstitutionen beizutreten. Jetzt wo sie es mit einer arm- und beinamputierten Wirtschaft zu tun haben, möchte der sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow, daß die Sowjetunion beiden Agenturen, ebenso wie dem in Genf ansässigen Welthandelssystem, dem General Agreement of Tarifs and Trade (GATT) beitritt.

Ein Beamter des US-Außenministeriums sagte, daß die amerikanischen und sowjetischen Unterhändler bereits zwei Geheimsitzungen über die Regelung von finanziellen Forderungen abgehalten haben, und daß eine weitere geplant sei.

„Wir hoffen", sagte der Beamte, „daß wir in nicht allzu ferner Zukunft zu einer positiven Lösung hinsichtlich der Forderungen kommen werden. Die Sowjets wollen als brave Bürger des Weltwirtschaftssystems gesehen werden."

Wenn das stimmt, dann wäre dies in der Tat das erste Mal. Oleg. P. Enoukow, leitender Angestellter der Zweigstelle der sowjetischen Bank in New York, sagte, es sei „das allgemeine Ziel der Bank, neue Geschäftsmöglichkeiten in den Vereinigten Staaten und für Amerikaner in unserem Lande ausfindig zu machen".

Die Sowjets haben amerikanische Banken aufgefordert, bei der Unterzeichnung sowjetischer Schuldverschreibungen in einer Gesamthöhe von 250 Millionen Dollar die Führung zu übernehmen. □



Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Europäische Gemeinschaft: Oscar Boline; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexiko: Arturo Ramirez; USA: Charles Cooper, George Nicholas, Alec de Montmorency; Zentralamerika: Moises D. J. Ulloa Durate.
Die Mitarbeiter der internationalen Redaktion gehören dem Redaktionsteam der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, Washington, an.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti, Mark Lane.

Die Mitarbeiter der Nahost-Redaktion sind Herausgeber des Informationsdienstes »New American View«, Washington.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight«, einer wöchentlich erscheinenden populistischen Zeitschrift aus Washington. »The Spotlight« wird herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. SE, Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, einem Informations- und Nachrichtendienst. »New American View« wird herausgegeben von Victor Marchetti und Mark Lane, 132 Third St. SE, Washington, D. C., 20003, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 72,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.
Vertrieb Handel im In- und Ausland; Verlagsunion, Friedrich-Bergius-Straße 20, Postfach 5707, D-6200 Wiesbaden, Telefon (0 61 21) 2 66-0, Telex 4 186 116.

Gesamtherstellung: Greiserdruck, Karlsruher Straße 22, D-7550 Rastatt.

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR**, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11 **ISSN 0932-3473**

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 28. Februar 1990 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler. Sollte er CODE nicht führen, dann fragen Sie Ihren Zeitschriftenhändler danach und bitten Sie ihn, daß er Ihnen die Zeitschrift besorgt.

Weltregierung

„Doch wir waren dabei!“

Karl von Wulf

Die Öffnung der innerdeutschen Grenze, die sich abzeichnende Konföderation und eine mittelfristig auch nicht auszuschließende Wiedervereinigung West- und Miteldeutschlands sind derzeit auf der ganzen Welt der beherrschende Gesprächsstoff der Politiker. Zu weitreichend sind nämlich die Konsequenzen, die ein „Großdeutschland“ für das Machtgefüge auf dieser Welt bedeuten würde.

Auch die „International Herald Tribune“ (IHT), das Sprachrohr der Internationalisten in Europa, widmet diesem Thema sehr viel Aufmerksamkeit Ein besonders wichtiger Tag war dabei der 12. Dezember des vergangenen Jahres. In dieser Ausgabe beschäftigten sich gleich mehrere Artikel mit dem thema Wiedervereinigung, das von allen möglichen Seiten beleuchtet wurde, besonders auch aus der Sicht der Juden.

Bevor diese IHT-Artikel analysiert werden sollen, folgendes: „Staunend steht man vor der Tatsache, daß Ben Gurion 1962 („Look Magazine“ vom 16. Januar 1962) das Ende des Kalten Krieges für 1987 ankündigte und Stasi-Spionagechef Markus Wolf nach fast 30 Jahren just 1987, völlig überraschend als Generaloberst – Ehrentitel: Held der Arbeit – zurücktrat („Spiegel“ Nr. 47/89) und nun zur Opposition gezählt wird. Ob sich Kaltenbrunner oder gar Himmler, wenn sie 1943 oder 1944 zurückgetreten wären, auch 1945 als Oppositionelle oder gar Widerstandskämpfer hätten einstufen lassen können?“

Auf der ersten Seite der erwähnten IHT-Ausgabe sind ganz oben als „Lichtbild“ die vier Botschafter der Alliierten des Zweiten Weltkrieges abgebildet, die in Berlin den Status der seit Kriegsende besetzten ehemaligen Reichshauptstadt besprechen, während „Kohl sein Einheitsgerede zurücknimmt“ („Kohl Eases Talk of Unity“). So sagte der Bundeskanzler laut IHT, daß sein am 28. November 1989 vor dem Bundestag verkündeter Zehn-Punkte-Plan mißverstanden oder aus dem Zusammenhang gerissen worden sei. Er habe keinen konkreten Fahrplan von Schritten in Richtung Wiedervereinigung präsentiert, sondern vielmehr eine in Richtung Wahlkampf zielende Herausforderung an die SPD, die nach seiner Ansicht willens sei, die 16 Millionen DDR-Bewohner nach wie vor dem Kommunismus auszuliefern.

Anschließend weist die IHT ausdrücklich darauf hin, daß Kohl sich stets geweigert hat, zu erkennen, daß die Gebiete der Oder-Neiße-Linie „für immer verloren sind“ (man beachte den Imperativ!).

Anheizen mit bestellten Demonstranten

In einem anderen Artikel der selben Ausgabe wird als erster Test des neuen SED-Chefs und Wiedervereinigungsgegners Gregor Gysi die Leipziger Montagsdemonstration vom 11. Dezember 1989 geschildert, bei der die DDR-Bürger, die die Wiedervereinigung verlangten, von bestellten Demonstranten als „Nazischweine“ beschimpft wurden („No to Nazi Swine“).

Der Autor dieses Artikels, ein gewisser David Binder, beschreibt die Gefühle und Ängste der 500 Juden der Ostberliner Gemeinde, wobei betont wird, daß nicht alle religiös orientiert seien, über die Entwicklung hin zu einem einigen Deutschland. Überhaupt stellt Binder das jüdische Element besonders stark heraus.

„... herrscht eine große Freude (bei den Juden der DDR; der Verfasser), daß einer der ihren, Gregor Gysi, mit überwältigender Mehrheit in einer geheimen Wahl am Samstag zum Vorsitzenden der kommunistischen Partei gewählt wurde.

Klaus Gysi, der Vater von Gregor Gysi, einem 41 Jahre alten Rechtsanwalt, wurde als Jude geboren und war bis zu seinem Rücktritt vor einigen Jahren für religiöse Fragen zuständiger DDR-Staatsminister.

Der Sohn ist zwar keine religiöse Person, doch besuchte er in den vergangenen Jahren mehrere von der Berliner Gemeinde gesponsorte kulturelle Veranstaltungen.“

Und nun kommt es: „Die Streitfrage von Juden und Antisemitismus in Ost-Deutschland (gemeint ist natürlich Mitteldeutschland, die DDR; der Verfasser) ist komplexer als in anderen Warschauer Pakt-Staaten. In Ost-Deutschland, ebenso wie in Polen, Ungarn und Rumänien, waren viele Führer, die von Stalin ausgewählt wurden, in diesen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg ein sowjet-ähnliches Staatsgebilde zu installieren, Juden“, so David Binder („... many leaders ... were known to be of Jewish origin“.).

Die Ermordung Herrhausens

Ein Insider hierzu: „In dem Artikel, der insofern beachtlich ist, als daß er den Gefühlen von 500 Menschen eines 16-Millionen-Einwohner-Landes soviel Wichtigkeit beimißt, wird auch berichtet, daß später besonders in Polen und der Tschechoslowakei ‚den Juden‘ das Versagen angelastet und ‚antisemitische Säuberungen‘ vorgenommen worden seien (‚In some cases ... anti-semitic purges were later set in motion, blaming the Jews for failures.‘).“ Wie Binder weiter schreibt, seien in diesen Ländern Bezeichnungen wie Internationalisten, Trotzkisten und wurzellose Kosmopoliten Deckwörter für Juden.

In einem weiteren Beitrag wird über den fehlenden Humor bei zu vielen Witzen der Deutschen sehr eingehend berichtet. Die Betrachtung schließt damit, daß Türkenwitze nichts anderes als verkappte Judenwitze seien.

An anderer Stelle wird die Rolle Stefan Heyms als Vorkämpfer für die DDR-Unabhängigkeit geschildert, wobei besonders hervorgehoben wird, wer jüdischer Herkunft ist.

Ein Insider weiter: „Verschiedene Zeitungen im In- und Ausland, darunter die IHT, sehen einen Zusammenhang der Ermordung Herrhausens mit seinen engen Beziehungen zum Ostblock – womit dieser wohl als Drahtzieher ausscheidet. Der ganzseitige Beitrag des ‚Wall Street Journals‘ machte es noch klarer, indem hierdurch ‚einige europäische Wirtschaftsführer veranlaßt seien, besonders in politischen Fragen ein niedrigeres Profil zu wahren‘“. Angestellte der US-Botschaft hätten bemerkt, daß Herrhausen bei seinem Abendessen mit US-Botschafter Vernon Walters „durch ein ungewöhnlich hohes Kontingent von Sicherheitskräften“ bewacht worden sei.

„Vernon Walters, der vielsprachige US-Topdiplomat, war es, der das ganze Wiedervereinigungsgerede vor einigen Monaten vom Stapel gelassen hatte, nachdem Präsident Gorbatschow das deutsch-russische Verhältnis durch die Idee, das nördliche Ostpreußen mit Königsberg den von Stalin vertriebenen Wolgadeutschen als Teilrepublik der UdSSR zu überlassen und gleichzeitig daraus eine Freihandelszone als Brücke zu schlagen – eine Idee aus dem Hause Herrhausen! – beflügelt hatte.“

Interessanterweise beklagte sich der ehemalige UN-Delegierte der USA, Patrick Moynihan, in einem langen Zweispalter der IHT bitter darüber, daß Amerika immer noch nicht aus Dallas und der Ermordung von Freunden wie Ngo Dinh Niem in Vietman gelernt habe. Zwar sei es nie von den USA befohlen oder selber getan worden. „Doch wir waren dabei“ („But we were around.“). □

Eine-Welt-Regierung

Heimliche Pläne

Erster Teil

Ivor Benson

Das Problem des veränderten Globalismus, der Drang nach einer „Eine-Welt"-Regierung ist ein Thema, das immer mehr Menschen bewußt wird. Einstmals handelte es sich um die idealistischen Tagträume der verrückten Linken, heute wird der Eine-Welt-Plan tatkräftig von der Hochfinanz und vom Big Business gefördert.

„Konservative Führer" haben den Eine-Welt-Gedanken als letzte große Hoffnung für die Vereinigten Staaten übernommen, jetzt wo Amerika sich immer mehr im Konkurrenzkampf mit Japan, Singapur, Südkorea und Taiwan in Asien und der geballten Industriemacht einer neu vereinigten europäischen Wirtschaftsgemeinschaft befindet. Das Thema „gegenseitige Abhängigkeit" klingt mit schöner Regelmäßigkeit in den Finanz- und Leitartikelseiten der Zeitungen an, und die jüngsten Reformen in der Sowjetunion werden als Beweis für die Unvermeidbarkeit der Eine-Welt-Bewegung angeführt.



Lenin wußte, daß Banker die Revolution der UdSSR finanzierten und bei der Schaffung des kommunistischen Staates die wichtigsten Helfer sind.

Konservative führen jetzt die Weltrevolution

Der amerikanische Abgeordnete Bob Traxler aus Michigan erhob sich am 12. April 1989 im Abgeordnetenhaus und gab in den „Congressional Record" das zu Protokoll, was er als einen „besonders scharfblickenden Artikel" in einer kürzlich erschienenen Ausgabe des „Wall Street Journal" bezüglich der „heutigen Bedeutung des Begriffs ‚Eine-Weltler'" bezeichnete.

Die Weltrevolution wird gesellschaftsfähig

Er fuhr fort: „Wie in dem Artikel ausgeführt wird, nehmen die wohlhabenden Konservativen von gestern, die den Begriff ‚Eine-Weltler' als Beleidigung verwendeten, ihn jetzt liebevoll an, weil er, erst einmal abgeändert, ihren wirtschaftlichen und politischen Interessen dient."

Der „Wall Street Journal"-Artikel beginnt mit einer historisch falschen Darstellung: „Vor langer Zeit war es modisch-fein radikale Sozialisten als ‚Eine-Weltler' zu bezeichnen, die glaubten, daß Staatsregierungen ein Anachronismus seien, und daß die Völker der Welt sich eines Tages zu einem einzigen Arbeiterstaat vereinigen würden. Von diesen Leuten gibt es nicht mehr viele. Sogar in der Sowjetunion ist das Konzept veraltet. Aber einige Eine-Weltler sind wieder aufgetaucht – diesmal sind es Konservative."

In der Tat, wie Professor Carrol Quigley sehr ausführlich in seiner großen „Geschichte der Welt in unserer Zeit" mit dem Titel „Tragedy and Hope" erklärt hat, waren die einzigen Eine-Weltler, die wir jemals hatten, jetzt fälschlicherweise als „Konservative" bezeichnet, die Machtausüber der Hochfinanz und des Großgeschäfts – ohne deren Schirmherrschaft und Unterstützung man von all jenen „radikal-sozialistischen" Eine-Weltlern niemals etwas gehört hätte.

Die große Veränderung, die jetzt stattgefunden hat, besteht darin, daß die Waffe des radikalen Sozialismus beiseitegeworfen wurde und jetzt Bemühungen unternommen werden, um der Weltrevolution dadurch Achtbarkeit zu verleihen, daß man sie als „konservatives" Unternehmen darstellt.

Was der Artikel im „Wall Street Journal" deutlich zum Ausdruck bringt, ist, daß das Unternehmen Weltregierung, über das in den letzten 50 Jahren von echten Konservativen so viel geschrieben wurde, eine verwirrende neue Identität angenommen hat und nun im Lichte der drastisch veränderten Umstände der letzten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts sorgfältig neu untersucht werden muß.

Wenn wir jedoch verstehen wollen, was Eine-Welt heute bedeutet, ist es notwendig zu wissen, wie alles vor der Jahrhundertwende begann und welche „Seh-Veränderungen" diese Ziele über die Jahre hinweg durchgemacht haben. Was wir zu verstehen versuchen ist nämlich schlicht und einfach der wichtigste Gesichtspunkt der Machtpolitik unseres Zeitalters.

Das Jahrhundert des Konflikts

Der nun folgende Absatz aus einem Buch von drei amerikanischen Historikern, das 1949 erstmals veröffentlicht wurde, dient als Startpunkt:

„Zwei Weltkriege und dazwischenliegende Kriege, Revolutionen und Krisen werden nun allgemein als Episoden in einem einzigen Zeitalter des Konflikts anerkannt, das 1914 begann und noch nicht abgelaufen ist. Es ist ein Zeitalter, das der Welt mehr Veränderungen und Tragödien gebracht hat als irgendein anderes in der Geschichtsschreibung. Und doch, was auch immer seine endgültige Bedeutung und Konsequenz sein mag, wir können bereits daran denken und darüber schreiben als ein historisches Ganzes" („This Age of Conflict" von F. P. Chambers, C. P. Harris und C. C. Bayley; Harcourt Brace, 1950).

Wann genau dieses „Zeitalter des Konflikts" begann, ist Ansichtssache; einige würden sagen, es begann um die Jahrhundertwende mit dem englisch-burischen Krieg, den wir jetzt als Anfang vom Ende des mächtigen britischen Weltreichs erkennen. Man könnte auch dahingehend argumentieren, daß das, was wir in diesem Jahrhundert erleben, nur Teil eines Prozesses der historischen Veränderung ist, die mit der Französischen Revolution von 1789 begann.

Es kann kein Zweifel über die

„endgültige Bedeutung und Konsequenz“ des Zeitalters des Konflikts bestehen, den die drei Akademiker in einem Buch von rund 900 Seiten aufgezeichnet haben; der Konflikt ist das Produkt einer weltweiten Revolution, die darauf abzielt, die gesamte politische Macht in einer einzigen Weltregierung zu konzentrieren.

Dieser Ehrgeiz verlangt nach Beseitigung jeder separaten Kundgebung örtlicher Macht, einschließlich der separaten Staaten. Da eine alteingesessene örtliche Macht gestört und unterminiert wird, folgen ihr Konflikte und Unruhe auf dem Fuße, so einfach ist das.

Aber eine einfache Antwort kann viele Fragen unbeantwortet lassen wie diese: Welchen Grund haben wir, zu glauben, daß ein Plan zur Weltregierung zur Zeit gefördert wird? Warum reagieren die Völker des Westens so wenig auf die immer offensichtlicher werdenden Anzeichen dafür, daß ihre nationale Identität bedroht wird, und daß sie wie eine Hammelherde auf einen Eine-Welt-Staat zugetrieben werden?

Wer sind die Leute, die dieses große Vorhaben fördern? Wo und wann begann das Ganze? Wie sind all die Krisen und Konflikte benutzt worden, um das große Vorhaben voranzutreiben? Welche Fortschritte sind bei der Durchführung des Plans gemacht worden? Ist es möglich oder wahrscheinlich, daß eine Weltregierung zustandekommt?

Inwiefern könnte das Streben nach einer Weltregierung, das seinen Ursprung im Westen hatte und so eng mit dem Westen verbunden ist, durch das massive Wachstum des industriellen und finanziellen Potentials der Staaten des pazifischen Bereichs, vor allem Japans, betroffen werden?

Die letzte und interessanteste Frage wird in jenem Artikel im „Wall Street Journal“ gestellt, in dem ausgeführt wird, daß die Vereinigten Staaten, die allgemein als Führer der Welt betrachtet werden, sich mehr und mehr verschulden, während Japan zur mächtigsten Gläubigernation der Welt geworden ist.

Es kann keine maßgebendere Aussage über die Tatsachen geben, die die These von einem machtkonzentrierenden weltweiten Netzwerk von Finanziers, Akademikern und Politikern untermauern, als die von Dr. Quigley, dem verstorbenen Professor für Geschichte und Internationale Beziehungen an der Georgetown Foreign Service School in Washington. Er schrieb in seinem Buch „Tragedy and Hope: A History of the Worlds in Our Time“:

Das geheime „Netzwerk“ der Insider

„Ich kenne die Machenschaften dieses Netzwerks, weil ich es 20 Jahre lang studiert habe und anfang der sechziger Jahre zwei Jahre lang seine Papiere und geheimen Aufzeichnungen untersuchen durfte. Ich habe keine Abneigung dagegen oder gegen die meisten seiner Ziele und stand viele Jahre meines Lebens diesem Netzwerk und vielen seiner Instrumente sehr nahe. Ich habe mich sowohl in der Vergangenheit, als auch kürzlich gegen einige Aspekte seiner Politik gewandt, aber im allgemeinen besteht mein Hauptmeinungsunterschied darin, daß das Netzwerk unbekannt bleiben will, und ich glaube, seine Rolle in der Geschichte ist bedeutsam genug, um bekannt zu sein.“

Zu dem „Netzwerk“, über das Quigley schrieb, gehören geheime und halbgeheime Organisationen wie das Royal Institute of International Affairs (RIIA): der Council on Foreign Relations (CFR) – ein Sprößling des RIIA; die Trilaterale Kommission; das Institute of Pacific Relation (IPR); die Bilderberger.

Viel von dem, was wir in „Tragedy and Hope“ lesen, war schon lange, bevor Quigley sein Buch schrieb, bekannt, es war zusammengefügt worden wie Spuren in einem Kriminalfall durch sogenannte Amateur-Historiker, die stets das Vorhandensein einer Art von „Netzwerk“ oder Verschwörung als einzig mögliche Erklärung für das Muster der Einheitlichkeit und der Übereinstimmung in der weltweiten Machtpolitik argwöhnten.

Quigley machte es vollkommen klar, daß die Kapitalisten, die die Mitglieder in diesem „Netzwerk“ ausmachen, immer in Partnerschaft mit Kommunisten und Sozialisten in den Vereinigten Staaten zusammengearbeitet haben. Quigley erklärte: „Die von diesen tatkräftigen Linken ausgeübte Macht war niemals ihre eigene oder kommunistische Macht, sondern letztendlich die Macht der internationalen Finanz-Clique.“

Quigley starb als bitterlich enttäuschter Mann; sein Buch wurde von seinem Verleger, Macmillan Co. aus dem Markt genommen und ist heute nur in einer von einem Privatmann veröffentlichen Ausgabe erhältlich.

Die Macht des Geldes

Das Konzept der Weltregierung war in einer Entschließung verankert, die 1974 auf der sechsten Sondersitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen unter dem Titel „Declaration on the Establishment of a New International Economic Order“ ‚NIEO, (Erklärung zur Errichtung einer neuen internationalen Weltwirtschaftsordnung) verabschiedet wurde. Die Bedeutung dieser Resolution wurde von P. T. Bauer, Professor für Wirtschaft und Staatswissenschaft an der London School of Economics, wie folgt erläutert:

„Die Verfolgung dieser Ziele bedarf einer ungeheuren Erweiterung des Gebrauchs der Zwangsgewalt von Regierungen über Einzelpersonen, denn nichts anderes wäre dazu in der Lage, eine wesentliche Homogenisierung, auf nationaler sowohl als auch internationaler Ebene, von höchst verschiedenen Nationen, Gesellschaften, Gruppen und Einzelpersonen herbeizuführen. Es wird akute politische und soziale Spannungen hervorrufen. Es wird die Energien und Hilfsmittel der Völker von wirtschaftlichen zu politischen Aktivitäten abzweigen. Eine neue internationale Wirtschaftsordnung könnte tatsächlich daraus hervorgehen, aber es wird keine der Freiheit oder des Wohlstands sein.“

Bauer ist sich, wie es jeder intelligente Beobachter sein muß, darüber im klaren, daß es keine „neue internationale Wirtschaftsordnung“ geben kann, die nicht gleichzeitig eine neue politische Ordnung – oder Weltregierung – ist.

Diejenigen, die über die geplante Weltregierung gut informiert sind und, wie Bauer, glauben, daß dieses Ziel nur mit Zwang und Grausamkeit erreicht werden kann, fühlen sich oft außerstande zu verstehen, warum es in der Öffentlichkeit so wenig Reaktionen auf ihre wiederholten Warnungen gibt. Warum diese dumpfe stillschweigende Billigung sogar unter sogenannten Konservativen, Leute mit Meinungen und Einstellungen, die mit den Erfordernissen einer Eine-Welt-Herrschaft gänzlich unvereinbar sind?

Ein gigantischer Marketing-Mechanismus

Der erste Teil der Antwort darauf besteht darin, daß das Drama einer imperialistischen Eine-Welt-Ambition nur Teil eines weit größeren weltgeschichtlichen Dramas ist, in dem wir alle mehr oder weniger verfangen sind. Dieses gewaltigere weltgeschichtliche Drama hat mit Technik, den uns bei unserer Beherrschung der Natur zur Verfügung stehenden Fachkenntnissen und Hilfsmitteln zu tun. Das ganze menschliche Dasein ist von Wissenschaft und Technologie umgestaltet worden – und dieser Vorgang setzt sich mit beschleunigtem Tempo fort.

Was wir unsere moderne Zivilisation nennen, ist wenig mehr als ein gigantischer weltweiter Produktions- und Marketing-Mechanismus, mit der Hochfinanz als Kontrollmechanismus – zunächst nur für kommerzielle Transaktionen und schließlich für alles, auch für die Politik.

Und die meisten Leute im Westen sind so emsig damit beschäftigt, diese Zivilisation arbeitsfähig zu machen und sich in diesem Konkurrenzkampf um ihre privaten Interessen zu kümmern, daß sie nicht in der Lage sind, über politische Angelegenheiten nachzudenken und sie im Innersten nachzu-

Eine-Welt-Regierung

Heimliche Pläne

empfinden. Es ist außerdem eine Zivilisation, in der abweichende Meinungen und Nichtübereinstimmung in vielfältiger Weise bestraft werden können.

Eine der wichtigsten Folgen der neuen Technik war die Umwandlung der gesamten Erdoberfläche in ein Operationsfeld für die neuindustrialisierten Länder des Westens, wodurch ein Zeitalter der miteinander im Wettstreit liegenden Imperialismen und Kolonialismen heraufbeschworen wurde.

Eine globale Umgebung wurde geschaffen, in der nur zu erwarten war, daß Träume einer Eine-Welt-Regierung Gestalt annehmen würden. Denn mit Geld, als einziges Ruhebett und Instrument großer Macht und verfügbar in bislang unerträumten Mengen, schien es dem Geist jetzt möglich zu sein, die Weltgeschichte als Ganzes zu beherrschen und zu formen, so wie es bisher nur die getrennte Geschichte selbständiger Nationen beeinflussen konnte.

Es gibt ein Wort für diese kühne neue Konzept: „Historizismus". Ob dieser Historizismus durchführbar ist oder nicht, ob er den letztendlichen Realitäten der menschlichen Natur und von daher gesehen der Geschichte selbst entgegensteht, ist die Frage, die einige wenige moderne Denker tiefschürfend untersucht haben, die aber für die Politiker oder die Medien niemals zur Diskussion stand.

Die Gedanken von Cecil John Rhodes

Eine Weltrevolutions-Bewegung, die ein Zeitalter des Konflikts und des Leidens ohne Präzedenzfall in der Geschichtsschreibung hervorgerufen hat, hat nur eine oberflächliche Ähnlichkeit mit dem Unternehmen Weltregierung, das gegen Ende des 19. Jahrhunderts erstmals formuliert und vom Stapel gelassen wurde. Aber wir müssen wissen, wie alles begann und von wem es begonnen wurde, wenn wir verstehen wollen, wie und durch wen es in etwas ganz anderes – das „Netzwerk" oder die Verschwörung umgewandelt wurde, mit der die Welt jetzt zu kämpfen hat.

Das „Netzwerk" von dem viel, wenn auch nur dem Namen nach, bis heute übriggeblieben ist, hatte seinen Ursprung in den Gedanken von Cecil John Rhodes, des Multimillionärs, der De Beers, das riesige südafrikanische Diamantbergwerks- und Verkaufskonglomerat gründete und der damit rechnete, daß sein Name in dem Namen eines kleinen Landes in Mittel- und Südafrika – Rhodesien, jetzt Zambia und Zimbabwe genannt – unsterblich gemacht werde.

Rhodes, ein Junggeselle, wurde zur lebenden Verkörperung einer Absicht, die ihn bereits stark zu motivieren begann, als er, im Alter von 24 und bereits wohlhabend, sein zweites Testament machte. Darin ernannte er zwei Testamentsvollstrekker, denen er sein ganzes Geld übergab „an und für die Gründung, Förderung und Entwicklung einer geheimen Gesellschaft, deren wahrer Sinn und Zweck die Erweiterung der britischen Herrschaft überall in der Welt, die Vervollkommnung eines Systems der Auswanderung aus dem Vereinigten Königreich und Kolonisierung durch britische Untertanen aller Länder, in denen die Mittel zum Lebensunterhalt durch Energie, Arbeit und Unternehmungsgeist erreichbar sind, und besonders die Besetzung des gesamten Kontinents von Afrika, des Heiligen Landes, des Tales des Euphrats, der Inseln Zypern und Candia (Kreta), des gesamten Südamerika, der Inseln des Stillen Ozeans, die bisher noch nicht zu Großbritannien gehören ... die spätere Wiedergewinnung der Vereinigten Staaten von Amerika als integraler Bestandteil des britischen Empire ... schließlich die Gründung einer so starken Macht ist, daß danach Kriege unmöglich werden und die besten Interessen der Menschheit gefördert werden."

Es kann daher kein Zweifel darüber bestehen, daß die gesamte Weltregierungs-Bewegung als britisches imperialistisches Unternehmen begann, wobei der Gedanke vorherrschte, das, was damals das größte Reich der Welt war, in einen einzigen Weltstaat zu verwandeln. Um die Zeit, als er sein siebentes und letztes Testament abfaßte, war Rhodes zu der Schlußfolgerung gekommen, die beste Methode, das britische Empire zur Position eines Weltstaates zu erheben, sei die Förderung eines Erziehungswesens an der Oxford University, wo junge Männer, sorgfältig aus Universitäten überall aus den englischsprechenden Ländern, einschließlich Amerika zusammengebracht, und in die bestehenden Geheimnisse seiner großen Mission eingeweiht werden könnten. Nach nochmaliger Überlegung, nach einem Interview mit Kaiser Wilhelm, sollten auch eine Anzahl deutscher Schüler Stipendien gewährt werden, um jedem möglichen Widerstand aus diesen Kreisen vorzubeugen.

Die Vision vom britischen Empire

In diesem letzten Willen steht nichts über eine geheime Gesellschaft, weil eine Geheimgesellschaft mit Rhodes an der Spitze, ein „Circle of Initiates", ein äußerer Kreis oder „Association of Helpers", die später als Round Table Organization bekannt werden sollte, bereits ins Leben gerufen worden war. So war das Herzstück der Geheimgesellschaft schon spätestens März 1894 vorhanden.

Quigley führt eine große Anzahl einflußreicher Männer auf, die in den goldenen und mit Diamanten besetzten Kreis der auserwählten Wenigen hineingezogen wurden, alle fest dazu entschlossen, die Vision von Rhodes vom britischen Empire als Weltregierung in die Tat umzusetzen.

Die Waffe zur politischen Kriegsführung

Wir stellen fest, daß der visionäre Utopianismus von Rhodes und seinem Kreis viel mit dem marxistisch-leninistischen Evangelium gemeinsam hat, das gleichermaßen rationalistisch ist und gleichermaßen von dem Gedanken der Errichtung eines „himmlischen Königreichs auf Erden" beseelt wird, wobei beide Ziele als so edel und so bedeutsam angesehen werden, daß auch die zweifelhaftesten Methoden dadurch gerechtfertigt werden.

Wie die Ereignisse beweisen sollten, hatten Rhodes und seine Helfershelfer keinerlei Skrupel, die faulsten Mittel anzuwenden, um in Südafrika einen bewaffneten Kampf heraufzubeschwören, der stattdessen eine „Hölle auf Erden" herbeiführte. Es war ein Angriffskrieg, der das Leben von Tausenden von Briten und Buren als Soldaten auf dem Schlachtfeld und das Leben einer noch größeren Anzahl von Frauen und Kindern in den Konzentrationslagern forderte, die durch Lord Kitcheners Politik der verbrannten Erde notwendig wurden und ohne die die Buren niemals besiegt worden wären.

Träume von der zukünftigen Seligkeit der ganzen Menschheit reichten mit ihrer Motivationskraft aus, um Südafrika viele Jahre vor und während des Buren-Krieges in eine Schlangengrube des Bösen zu verwandeln, in der die niedrigsten Impulse der menschlichen Natur, wie seit Jahrhunderten niemals zuvor, florierten. Und eine der größten und giftigsten Schlangen war eine Erscheinung, von der die Welt seitdem geplagt wird: eine prostituierte Presse, die als Waffe zur politischen Kriegsführung benutzt wird.

J. A. Hobson, ein führender Autor und Journalist jener Tage schreibt in seinem Buch über den englisch-burischen Krieg über südafrikanische Zeitungen, die „einer kleinen Körperschaft von Männern gehören, von ihr beherrscht und betrieben werden, mit dem direkten Ziel, einen Konflikt herbeizuführen".

Er fügt hinzu: „Was ich beschrieben habe, ist nichts anderes, als eine wortgewandte Fabrik der Falschdarstellung, die den Zweck verfolgt, die Briten zum Handeln anzuregen. Denjenigen, die mit dem Mechanismus nicht vertraut sind, mag es unglaublich erscheinen, daß es mit den modernen Mitteln der Kommunikation möglich war, das Gewissen und den Verstand

Englands zu vergiften. Aber wenn man begreift, daß die große Londoner Presse ihre Informationen fast ausschießlich von der ausgehaltenen Presse Südafrikas erhält, löst sich das Rätsel auf" („The War in South Africa").

Das Erbe der Illuminaten

Der westliche Imperialismus, der britische mehr als irgendein anderer, wenn er sich auch zwangsläufig als erschreckender Fehlschlag herausstellte, wie Hobson in seinem Buch „Imperialism: a Study" voraussagte, hatte einige bedeutende positive Aspekte. Wie der römische Imperialismus vor 2000 Jahren war er auch kreativ und konstruktiv. In Afrika wurde der Sklavenhandel abgeschafft, die Landwirtschaft weitgehend verbessert, Pest und Epidemien beseitigt.

Zerstörungswut war andererseits das Hauptmerkmal der Eine-Welt-Revolutionsbewegung, von der der „englische Gedanke" verdrängt wurde; daher das Zeitalter des Konflikts und des Leidens ohne Präzedenzfall.

Wir können jetzt erkennen, daß der tödliche Fehler in Rhodes' Unternehmen Weltregierung der Faktor des tiefen Geheimnisses war. Dies soll er von den Jesuiten und von geheimen Gesellschaften wie die Illuminaten und die Freimaurer übernommen haben, deren interne Machenschaften, um die Zeit der Französischen Revolution ein Jahrhundert früher herum entlarvt wurden. Denn es war der Faktor der Geheimhaltung, der es möglich machte, daß Rhodes' „Netzwerk" durchdrungen und übernommen und zu ganz anderen Zwecken mißbraucht wurde, als seinen Gründern vorschwebte – darunter die völlige Demontage des britischen Weltreichs, das doch das Modell der neuen Weltordnung sein sollte.

Die geheimen Absprachegremien

Ideen und Träume von einer verheißungsvollen neuen Welt verbreiteten sich rasch, nachdem der Rhodes-Plan in Gang gesetzt worden war.

Als amerikanische Studenten mit Rhodes-Stipendium zur Oxford University kamen, wurden die Tätigkeiten der Round Table-Gruppen auf die Vereinigten Staaten ausgedehnt und lösten eine Bewegung zur Wiedervereinigung von Großbritannien und Amerika mit dem Namen „Union Now" aus, für die sich viele mächtige und einflußreiche Amerikaner, darunter Andrew Carnegie begeisterten. Auch für diese Männer gab das Evangelium Zusammenhalt, moralische Rechtfertigung und soziale Bedeutung für das Leben von Menschen, die sich sonst nur mit einer niedrigen Jagd nach Wohlstand befaßten. Einer der prominentesten Wanderprediger dieser Ethik in den Vereinigten Staaten war Clarence Streit, der in engster Zusammenarbeit mit dem Rhodes Trust wirkte.

Quigley sagt uns, was dann geschah; „Am Ende des Krieges von 1914 wurde es klar, daß die Organisation dieses Systems (der Round-Table-Gruppe) sich weithin ausgedehnt hatte. Wieder einmal wurde die Aufgabe Lionel Curtis übertragen, der in England und in jedem Dominium eine Frontorganisation zu der vorhandenen Round-Table-Gruppe ins Leben rief. Diese Frontorganisation, Royal Institute of International Affairs (Königliches Institut für Internationale Angelegenheiten) genannt, hatte ihren Kern in jedem Bereich der bestehenden untergetauchten Round-Table-Gruppe. In New York war sie als Council on Foreign Relations (Rat für auswärtige Beziehungen) bekannt."

Eine Art unsichtbarer Regierung

Die neuen Organisationen, die die Round-Table-Groups weitgehend ersetzten, verfolgten einen doppelten Zweck. Sie dienten als Brains Trust oder Denk-Tanks, die dem Hauptzweck der Förderung des Eine-Welt-Ideals diente. Da sie direkte Verbindungen zu den obersten Befehlsebenen des Großgeschäfts, einschließlich Banken, mit Regierungen und politischen Parteien und Universitäten unterhielten, dienten diese Körperschaften auch als inoffizielle Arbeitsämter, deren Aufgabe darin bestand, angemessen indoktrinierte Rhodes-Schüler in Positionen zu schleusen, wo man von ihnen erwarten konnte, daß sie ihren ganzen Einfluß ausüben würden, um die gemeinsame Vision eines Eine-Welt-Himmels auf Erden verwirklichen zu helfen.

Der Council on Foreign Relations spielte bei der Gestaltung der amerikanischen Politik, sowohl der Innen- als auch der Außenpolitik, eine so wichtige Rolle, daß man ihn ohne zu übertreiben als Amerikas unsichtbare Regierung bezeichnen kann. In den 38 Jahren vor 1972 waren sämtliche Außenminister bis auf drei Mitglieder des CFR. Dr. Henry Kissinger, US-Präsident Nixons Chef-Sicherheitsberater und späterer Außenminister, kam aus dem Stab des CFR zu seiner Stellung.

Ein Weltsystem finanzieller Kontrolle

Über den CFR ist viel geschrieben worden, aber fast alles kann man als „Untergrund-Literatur" bezeichnen, das heißt, als Schrifttum, das in den Veröffentlichungen des Establishments oder auf den Verkaufstischen der Buchhändler des Establishments nicht zu finden ist.

Gary Allen faßt zusammen: „Obwohl die formelle Mitgliedschaft im CFR sich aus beinahe 1.500 der höchst elitären Namen in den Welten der Regierung, der Arbeit, des Geschäfts, des Finanzwesens, der Kommunikation, der Stiftungen und der Akademikerschaft zusammensetzt, trotz der Tatsache, daß fast jede Schlüsselposition in jeder Regierung seit den Zeiten Roosevelts von CFR-Mitgliedern vertreten war, ist es zweifelhaft, daß ein Amerikaner unter Tausenden auch nur den Namen dieses Rates erkennt."

Wie nur zu erwarten war, waren ein Großteil der vom CFR Ernannten, die in aufeinanderfolgenden Regierungen in Schlüsselpositionen gehievt wurden, Rhodes-Schüler.

In Amerika, von wo aus mächtige Einflüsse, die die politische Entwicklung auf dem ganzen Erdball berührten, herüberströmten, brütete der CFR eine Reihe von Zweigorganisationen aus, von der eine der bedeutendsten das Institute of Pacific Relations (IPR) war, das sich, wie sein Name besagt, hauptsächlich mit den Entwicklungen im Fernen Osten, einschließlich China befaßte. Dan Smoot zählt in seinem Buch „The Invisible Government" noch 13 andere Organisationen auf, in denen der CFR einen vorwiegenden Einfluß ausübte, darunter das American Committee on Africa.

Es war nur zu erwarten, daß mit der Verlagerung des Schwerpunkts der Hochfinanz von London nach New York und die Verbreitung von Agenturen des Council on Foreign Relations die eigentliche Macht des Netzwerks auch nach Amerika verlagert wurde. Schon bald nach Veröffentlichung seines Buches wurde Quigley klar, daß in seinem Bericht über das „Netzwerk" etwas Wichtiges fehlte; nämlich die Geschichte über Dr. Jekyll, die von jemandem geschrieben wurde, der nichts von den nächtlichen Tätigkeiten des abscheulichen Mr. Hyde wußte.

Verlegenheit beim Establishment

Nichtsdestoweniger hatte Quigley genug aufgedeckt, um in den inneren Kreisen des Netzwerks peinliche Verlegenheit hervorzurufen. Als einer der angesehensten Akademiker des Establishments hatte er ohne den Schatten eines Zweifels das Vorhandensein einer finanzkapitalistischen Machtelite nachgewiesen, die sich verbissen zum Ziel gesetzt hat, „ein Weltsystem der finanziellen Kontrolle in Privathänden zur Beherrschung des politischen Systems eines jeden Landes und der Wirtschaft der Welt als Ganzes" zu schaffen.

Aber Quigley sagt nichts über die Tätigkeiten dieser Machtelite. Er sagt uns nicht, warum das Netzwerk stets auf Geheimhaltung bestand, warum es der Geheimhaltung bedurfte; offensichtlich wußte er das nicht. Die Wahrheit dämmerte Quigley allmählich nach 1968, als sein buch „Tragedy and Hope" nicht mehr erhältlich war. Man sprach darüber, daß es eingezogen oder verboten worden sei – der Verlag Macmillan Co. teilte nur mit, es sei vergriffen. □

Europäische Gemeinschaft

Die deutsche Krise

Oscar Boline

Im 40. Jahr seit der Gründung der beiden deutschen Staaten, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, befinden sich beide mitten in Krisen, die die gesamte Planung der Europäischen Gemeinschaft durcheinanderbringen, die darauf abgerichtet ist, ein neues friedliches und einheitliches Europa zu schaffen.

Die voll funktionierende Europäische Gemeinschaft, die der Kontinent seit Ende des Zweiten Weltkrieges anstrebte, war das Ziel politischer und wirtschaftlicher Überlegungen, Planungen und vieler Beratungen.

Kritik seitens der politischen Opportunisten

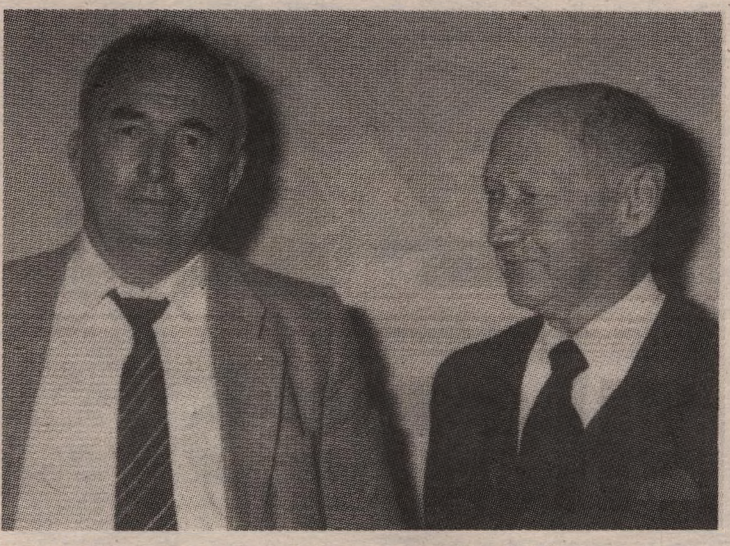
Westdeutschland, wie die Bundesrepublik gewöhnlich im In- und Ausland genannt wird, ist Schauplatz politischer Manöver wie sie Deutschland seit Anfang der dreißiger Jahre, in denen das Dritte Reich entstand, nicht mehr gekannt hat. Die Regierung von Bundeskanzler Helmut Kohl gerät immer mehr unter Kritik, weil sie in der europäischen Politik nicht die starke Rolle spielt, die man eigentlich von Bonn erwartet.

Zum größten Teil konzentriert sich diese Kritik auf Kohls Versagen sich als Führer eines Landes mit der mächtigsten Wirtschaft im westlichen Block zur Geltung zu bringen. Viele sind der Meinung, Deutschland müsse im Vordergrund aller politischen Gespräche mit den führenden Persönlichkeiten Westeuropas und der Vereinigten Staaten stehen.

Kohl ist ein Mann, der gerne in einer Mannschaft arbeitet; er will kein aggressiver Politiker sein, der täglich versucht in die Schlagzeilen zu kommen. Diese Rolle macht ihn unter seinen Staatschefkollegen zu einem angesehenen Mitarbeiter, öffnet aber auch den Weg zu aller Art von Kritik seitens seiner politischen Gegner und der politischen Opportunisten.

Es ist beinahe ein Jahr her, seitdem der britische und amerikanische Plan zur „Verbesserung" der in Deutschland stationierten Kurzstreckenraketen namens „Lance" Schlagzeilen machte. Diese Raketen sind ausschließlich auf Ziele innerhalb der Grenzen der Bundesrepublik und der DDR gerichtet. Aber das vorgeschlagene „Modernisierungsprogramm" würde nur bedeuten, daß die Raketen noch mehr deutsche Ziele treffen könnten. Dies ließ den Ruf wiederaufleben: „Je kürzer die Reichweite, desto toter der Deutsche".

US-Präsident George Bushs und Premierministerin Margaret Thatchers Beharren darauf, daß die Bundesrepublik ihre Pläne für die Lance-Raketen annehmen soll, führte innerhalb Deutschlands zu weit verbreiteten Forderungen, daß Bush und Mrs. Thatcher Deutschlands Rechtsgrundlagen Achtung entgegenbringen sollten. Diese wurden später unter dem Schlagwort „Souveränität" zusammengefaßt, das Mrs. Thatcher selbst in ihrer derzeitigen Auseinandersetzung mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft verwendet. Sie vertritt die Ansicht, daß jene Bürokraten in ihrer Hauptdienstelle in Brüssel durch ihre Bestimmungen die britische „Souveränität" verletzten.



Franz Schönhuber (links), Vorsitzender der Republikaner, sprach mit unserem Mitarbeiter Oscar Boline über die Ziele seiner Partei.

Es war der Erfolg der Republikaner – Deutschlands neue konservative Partei – bei der Wahl zum Europa-Parlament (EP) Mitte Juni 1989, der neue Rufe nach deutscher „Souveränität" entfachte. Hans-Jochen Vogel, Vorsitzender der SPD, erschreckt durch die Gewinne der Republikaner in einstmals sicheren SPD-Gebieten, übernahm das Schlagwort, um die Wähler zu seiner Partei zurückzuholen.

Fragen nach der deutschen Souveränität

Die Briten und Amerikaner werden von der SPD besonders deswegen aufs Korn genommen, weil sie die deutsche „Souveränität" vor allem durch das Statut über die Stationierung der westlichen Streitkräfte in Deutschland verletzten. Dieser Disput über die mutmaßliche Mißachtung der deutschen Souveränität, ob es sich nun um fremde Truppen oder Lance-Raketen handelt, fördert viele Verstimmungen zutage, die sich in den letzten 40 Jahren aufgestaut haben.

Bei den Wahlen im Juni 1989 holten die Republikaner 7,1 Prozent der Stimmen und gewannen sechs Sitze im EP, obwohl sie nur in wenigen Wahlbezirken Kandidaten aufgestellt hatten. Es war für alle Beobachter offensichtlich, daß wenn die Republikaner besser organisiert wären, mit mehr Kandidaten in mehr Wahlbezirken, sie dann zu einer beachtlichen Kraft in der deutschen Politik werden können, mit der die etablierten Parteien rechnen müssen.

Dies erwies sich durch die Ergebnisse der Wahlen in Nordrhein-Westfalen Anfang Oktober 1989, bei denen die Republikaner weiter an Boden gewannen, als richtig. Dadurch erweiterte sich die Erkenntnis, daß die Republikaner jetzt, da Vorbereitungen zu den allgemeinen Wahlen zum Bundestag getroffen werden, die Ende dieses Jahres stattfinden sollen, überall Kandidaten aufstellen werden.

Das Vorbild heißt Bismarck

Es heißt, die SPD sei besonders beunruhigt, weil aus den Ergebnissen der Wahlen in Nordrhein-Westfalen ein weiteres Umschwenken von traditionellen SPD-Anhängern zu den Republikanern erkennbar war. Die Wahl von Republikanern in den Senat von Berlin und in den Stadtrat von Frankfurt im Februar 1989 hatte man zunächst nur als Wahlurnenkapriolen angesehen. Aber jetzt werden diese Ergebnisse als erste Anzeichen des weitverbreiteten Wachstums einer neuen politischen Bewegung betrachtet.

Die meisten Beobachter schreiben dieses Anwachsen der Republikaner dem Talent der ehemaligen Fernsehpersönlichkeit Franz Schönhuber zu. Schönhuber, jetzt Parteivorsitzender der Republikaner, besitzt die Fähigkeit mit einfachen klaren

Begriffen, die jeder versteht, zu den Wählern zu sprechen. Er wird als der deutsche Ronald Reagan angesehen und in Straßburg als der „große Kommunikator" bezeichnet.

Schönhuber spricht frei und deutlich über die auf dem Spiel stehenden Dinge und ist ein Bewunderer von Fürst Otto von Bismarck, den er als den größten deutschen Staatsmann achtet.

Wie Bismarck strebt Schönhuber nach guten Beziehungen zur UdSSR. Er betrachtet das von Bismarck ins Leben gerufene und immer noch bestehende Sozialwesen, in dem jede Mutter, sei sie Frau Krupp mit Milliarden Mark oder der ärmste unverheiratete Teenager, bei der Geburt eines Kindes vom Staat die gleiche monatliche Beihilfe erhält, als weitaus fortschrittlicher als ähnliche Programme in der westlichen Welt.

Schönhuber brachte auch sehr deutlich zum Ausdruck, daß er den zukünftigen politischen deutschen Staat nicht als Abklatsch der Vereinigten Staaten sehen will.

„Mein Ideal ist nicht Amerika", sagte er. „Ich mag die amerikanische Freiheit, aber ich bin kein Anhänger des ‚American way of life'. Es ist ein System, in dem die Stärksten so angesehen werden, als hätten sie den Segen Gottes, während die Schwachen diejenigen sind, die von Gott verflucht werden. Mir gefällt einfach das amerikanische Sozialwesen nicht.

Wie ich schon oft gesagt habe, ist der Kommunismus eine totale Ideologie und ‚Kapitalismus' ist nichts als ein Schlagwort. Wir müssen zwischen beiden einen Weg finden. Wir müssen ein Sozialwesen haben, das ein starkes Mitgefühl für die Menschen hat. Unsere Partei, die Republikaner, hat große Ziele, die nicht vergleichbar sind mit denen der amerikanischen Republican Party. Wir hegen ähnliche Gedanken über persönliche Freiheit, aber nicht über die Verantwortlichkeiten des Staates gegenüber dem Volk. Es ist meine Meinung und die Meinung der Republikaner, daß menschliche Erwägungen, soweit es den Staat betrifft, über alle anderen Erwägungen den Vorrang haben müssen. Wir glauben an den von Bismarck errichteten sozialen Wohlfahrtsstaat."

Als er gefragt wurde, inwiefern die jüngste Flut von Flüchtlingen aus der DDR über die Grenze nach Westdeutschland die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands und die Souveränität beeinflußt, antwortete Schönhuber:

Wir Republikaner sind für die Wiedervereinigung Deutschlands in seinen Grenzen von 1937. Wir wollen einen Friedensvertrag, der unsere Grenzen und die Probleme der deutschen Souveränität ein für allemal regelt. Wir wollen nicht, daß die Amerikaner, die Briten und die Franzosen sich nach Belieben in unsere Angelegenheiten einmischen. Wir wollen nicht so behandelt werden, als seien wir ein drittrangiges besetztes Land. Wir wollen unabhängig sein. Wir wollen nicht länger besetzt sein.

Wir wollen nicht, daß ein deutscher Kanzler in New York oder in Washington in jeder Frage der Außenpolitik nachfragen muß was er tun darf oder muß."

„Wir sind keine Kinder. Wir sind normale Menschen. Wir sind keine Affen oder Löwen oder Nerze. Wir sind entschieden gegen die Ideen Hitlers und haben wiederholt gesagt, daß diese verbrecherisch waren. Wir, die Republikaner, vertreten die Ansicht, daß alle Kernwaffen, seien sie amerikanischer oder russischer Herkunft, Waffen des Teufels sind und auf deutschem oder europäischem Boden nichts zu suchen haben."

Als ich Schönhuber fragte, was er und die Republikaner tun würden, wenn sich auf einer Konferenz zur Regelung der Ansprüche aus dem Zweiten Weltkrieg andere Parteien weigern würden, Deutschlands Anspruch auf Wiederherstellung der Grenzen von 1937 anzuerkennen, antwortete Schönhuber prompt: „Ich werde das akzeptieren. Und die Republikaner auch." □

Terrorismus

Ein weiterer Waffen-für-Geisel-Skandal

Victor Marchetti

Aufdeckung der Fakten hinter dem Bombenanschlag auf die Pan Am 103 war bereits das Thema in der Januar-Ausgabe von CODE. Wir berichteten, daß die amerikanischen und israelischen Geheimdienste zusammen mit der bundesdeutschen Kriminalpolizei versuchten, ihre offensichtliche Nachlässigkeit, den terroristischen Bombenanschlag auf den Pan Am-Flug 103 zu verhindern, zu vertuschen versuchten. Wir schrieben, daß Spitzenbeamte in allen drei Regierungen von dem Betrug wußten und augenscheinlich bei der Vertuschung mitwirkten. Wir begründeten diese Einschätzung auf Aussagen, die in dem für Pan Am erstellten Untersuchungsbericht enthalten sind.

In dem Bericht wurden sechs verschiedene Warnungen vor dem geplanten Bombenanschlag auf den Flug 103 an den CIA zitiert. Diese Warnungen wurden dem israelischen Mossad, dem Bundeskriminalamt (BKA) und sogar den Terroristen selbst zugeschrieben. Die letztere Warnung wurde natürlich unbeabsichtigt abgegeben.

Keine der Warnungen wurden von der CIA-Terrorabwehr-Geiselhilfe-Mannschaft mit dem Decknamen COREA, die seinerzeit auf dem Frankfurter Flughafen im Einsatz war, vorschriftsmäßig beachtet. Die CIA-Mannschaft war in das Drogen schmuggelnde, schießwütige von Monzar al-Kassar beherrschte und von Syrien unterstützte Netzwerk eingedrungen und überwachten dieses. Die CIA-Mannschaft deckte auch insgeheim die Heroin schmuggelnden – in die USA – und schießwütigen Aktivitäten dieser Gruppe, in der schwachen Hoffnung, einen vernichtenden Schlag gegen den Terrorismus zu führen, beziehungsweise in der verfahrenen Lage der im Libanon von den Iran unterstützenden extremistischen Elementen festgehaltenen amerikanischen Geiseln einen Durchbruch erzielen zu können.

Ohne daß die CIA-Mannschaft es wußte ritt eine extremistische palästinensische Gruppe sozusagen auf dem Buckel von al-Kassars Netzwerk, in der Absicht, eine amerikanische Luftlinienmaschine zu sprengen – als Racheakt für den versehentlichen Abschuß einer iranischen Passagiermaschine durch ein amerikanisches Kriegsschiff im Persischen Golf ein Jahr zuvor.

Der CIA komplizierte die Lage in Frankfurt

Bei der extremistischen Gruppe handelte es sich um die Popular Front for the Liberation of Palestine-General Command (PFLP-GC) angeführt von dem Terroristen Ahmed Jibril. Jibril, ein verschworener Gegner des PLO-Versitzenden Jasir Arafat, erhält schon seit langem Unterstützung für seine terroristischen Tätigkeiten sowohl vom Iran als auch von Libyen.

Terrorismus

Ein weiterer Waffen-für-Geisel-Skandal

Wegen ihrer Untergrundverbindungen und Überwachung der Drogentätigkeiten al-Kassars war die CIA-Mannschaft in Frankfurt, die eng mit dem deutschen BKA zusammenarbeitete, davon überzeugt, daß sie von jedem Versuch, die amerikanische Maschine anzugreifen, rechtzeitig erfahren und somit in der Lage sein würde, diesen zu vereiteln. Offensichtlich hatte die CIA-Mannschaft ihre Fähigkeiten – und die der Terroristen – völlig falsch eingeschätzt. Sowohl der CIA als auch seine Untergrund-Stütze, al-Kassar, wurden von Jibrils terroristischen Gruppen überlistet.

Die Lage in Frankfurt wurde in den dem Bombenanschlag auf den Flug 103 unmittelbar vorausgehenden Tagen durch eine interne Verwirrung bei dem CIA weiter kompliziert. Eine andere CIA-Mannschaft, die mit einem Auftrag zur Geiselhilfe im Libanon gewesen war, tauchte unerwartet in Frankfurt auf. Die Mannschaft befand sich auf dem Heimweg, nachdem sie wegen eines Streits um die Zuständigkeit mit der Operation COREA, der sich aus der Rolle des Beschützten, die al-Kassars Schmuggelnetz bei den Aktivitäten des CIA spielte, ergab, von ihrem Auftrag im Libanon davongelaufen war.

Am frühen Abend des 21. Dezember 1988 wurde der Pan-Am-Airliner „Maid of the Seas" durch eine terroristische Bombe über Schottland aus dem Himmel gesprengt. Fünf Mitglieder der Geiselhilfe-Mannschaft wurden bei der Zerstörung der Maschine getötet.

Führt die Spur ins Weiße Haus?

Sobald sich der CIA und andere westliche Geheimdienststellen über das Ausmaß ihrer Fehler klar wurden, wurde unverzüglich eine offizielle Vertuschung des Bombenanschlags in Szene gesetzt. Daß solch ein schwerer Einsatzfehler begangen worden war, der den Tod von 259 Passagieren und Besatzungsmitgliedern und 11 Personen am Boden hervorrief, war für den CIA und die amerikanische Regierung Grund genug, damit zu beginnen, die Wahrheit von dem amerikanischen Volk fernzuhalten. Aber die Tatsache, daß die verdeckten Aktivitäten des CIA in Frankfurt die Kenntnis von und die Beschützung eines Drogenrings, der Heroin in die UsA schmuggelte, mit sich brachten, machten die Notwendigkeit für eine luftdichte Vertuschung sogar noch zwingender notwendig.

In den Monaten, die dem Bombenanschlag auf den Flug 103 folgen, vollbrachte der CIA – mit beträchtlicher Unterstützung durch das BKA, den Mossad und den britischen Geheimdienst (SIS) – eine Meisterleistung in der Verdunklung und Fehlleitung aller Bemühungen, sogar der des FBI, die Wahrheit hinter dieser tragischen Angelegenheit ans Tageslicht zu bringen.

Während sie ihre eigenen Spuren – und diejenigen, die auf die Beteiligung des Weißen Hauses hinwiesen – verdeckte, lenkte der CIA geflissentlich die Aufmerksamkeit von den wirklichen Ereignissen ab, indem er durchblicken ließ, die Katastrophe sei im wesentlichen auf unzureichende Sicherheitsvorkehrungen seitens der Luftfahrtgesellschaft zurückzuführen.

Aber wie das bei vielen Vertuschungen der Fall ist, kommt der Betrug langsam ans Tageslicht. Die Familien der Opfer des Fluges 103, unter anderen, üben weiterhin starken Druck aus, um eine gründliche und offene Untersuchung durchzusetzen. Da sie nicht in der Lage sind, wachsende Zweifel in der Öffentlichkeit zu zerstreuen, hat die Bush-Regierung nunmehr auf den alten Trick zurückgegriffen, eine präsidentiale Kommission zu bilden, die sich mit der Sache befassen soll. Anne McLaughlin, ehemaliger stellvertretender US-Arbeitsminister und Gattin der Fernseh-Persönlichkeit John McLaughlin, wurde ausgewählt, die Kommission zur Untersuchung der Pan-Am-Katastrophe zu leiten.

Die Wahrheit über den Bombenanschlag

Immer wenn das Weiße Haus verzweifelt danach trachtet, einen größeren Skandal zu vertuschen, ruft es eine Kommission auf der Ebene des Präsidenten ins Leben, um das amerikanische Volk zu verwirren und zu täuschen. Das klassische Beispiel hierfür ist die Warren Kommission, die offiziell die Wahrheit bezüglich des Mordes an US-Präsident John F. Kennedy verhüllte. Andere weniger „erfolgreiche" Kommissionen des Präsidenten waren die Rokkefeller Commission, die Mitte der siebziger Jahre versuchte, die schmutzigen Tricks des CIA zu übertünchen, und die kürzliche Tower Commission, der die Aufgabe zufiel, die Fehler in Zusammenhang mit der iranischen Waffen-gegen-Geiseln- und Contra-Affäre zu verdecken.

Dies war die Lage, als wir im vergangenen Monat an die Öffentlichkeit gingen, nachdem wir uns den für Pan Am erstellten vertraulichen Untersuchungsbericht beschafft hatten. Das erste, was wir taten, war die möglicherweise explosiven Behauptungen in diesem Bericht zu überprüfen. Unsere Informationsquellen in Kreisen der Geheimdienste und der Regierung bestätigten im wesentlichen die Richtigkeit des geschilderten Szenarios.

Aber es waren weitere Informationen erforderlich, vor allem, weil der Bericht für Pan Am erstellt wurde, die vielleicht selbst bei ihren Sicherheitsmaßnahmen bezüglich des Fluges 103 fahrlässig gehandelt haben könnte. Darüber hinaus waren die Untersuchungsbeamte, die den Bericht anfertigten, ehemalige israelische Mossad-Offiziere, die vielleicht eigene Interessen verfolgt haben könnten. Nach weiteren Untersuchungen unsererseits wurden die grundlegenden Fakten in dem Bericht jedoch im wesentlichen erhärtet.

Zu diesem Zeitpunkt baten wir einen Mann im amerikanischen Kongreß um Hilfe, der den Mut hat, das System in einer Angelegenheit von dieser Größenordnung und Unsicherheit herauszufordern. Es ist der Abgeordnete James Traficant, der, nachdem er sich von der Richtigkeit des Berichtes überzeugt hatte, diesen bei gleichzeitiger Abhaltung einer Pressekonferenz am 6. November 1989 im Cannon House Office veröffentlichte und damit die Bemühungen, die Wahrheit über den Bombenanschlag auf den Flug 103 ans Tageslicht zu bringen, ins Rollen brachte.

Seitdem führt der CIA – im Namen der Bush-Regierung – hinter den Kulissen einen Krieg, um die Tatsachen von dem amerikanischen Volk fernzuhalten. Wenn auch einige der landesweit erscheinenden größeren Zeitungen den Bericht abgedruckt haben und andere die nunmehr ein Jahr zurückliegende Katastrophe tatkräftig untersuchen, so arbeiten verschiedene andere – darunter die „New York Times" und „Washington Post" anscheinend mit dem CIA zusammen, um die Sache zu vertuschen. Eine ähnliche Situation herrscht in Westeuropa vor.

Aber die Fernseh-Nachrichtenmedien scheinen am meisten von dem CIA eingeschüchtert worden zu sein. Nach abschließenden Interviews mit Traficant lehnten es mehrere Sender in den USA und Europa ab, diese auszustrahlen – nachdem sie von ihren jeweiligen Regierungen unter Druck gesetzt wurden.

In Privatgesprächen haben jedoch viele der Journalisten zu verstehen gegeben, daß ihnen bekannt ist, daß der Bombenanschlag auf den Pan-Am-Flug 103 die Folge eines Versagens der Geheimdienste CIA und Mossad war – und daß ihre Redakteure von der Regierung unter Druck gesetzt werden, den Deckel über dieser Büchse der Pandora zuzuhalten.

Die gleichen Journalisten weisen jedoch auch darauf hin, daß es nur noch eine Frage der Zeit ist, bis dieser Deckel mit Gewalt geöffnet wird – wenn Traficant die Angelegenheit weiterhin im US-Kongreß und in den Medien vorantreiben kann. □

Wird die NATO noch gebraucht?

Mike Blair

Das anscheinende Auseinanderfallen des sogenannten Ostblocks könnte letztendlich die Einsparung von unberechenbaren Milliarden bedeuten, die jährlich von den NATO-Mitgliedsstaaten für die Verteidigung des freien Westeuropas ausgegeben werden.

Niemand hätte es vor einem Jahr gewagt vorherzusagen: Den fast völligen Zusammenbruch eines der linientreuesten roten Regime des Sowjetblocks, der DDR. Alle Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes – nun auch Rumänien – weisen Anzeichen der Demokratisierung auf. Beobachter der Sowjets fürchten sich vorauszusagen, wie weit Glasnost und Perestroika des sowjetischen Staats- und Parteichefs Michail Gorbatschow das Auseinanderfallen der Satelliten-Regime des Sowjetblocks zulassen wird.

0Die Herren des Kreml können sich nicht länger auf die Solidarität der Mitglieder des Warschauer Paktes zur Verteidigung der Sowjetunion und ihrer Satelliten, aus denen sich das Militärbündnis 40 Jahre lang zusammensetzte, verlassen. Gleichzeitig fragen sich amerikanische Militärexperten sowie hohe Militärs in Westeuropa, wie lange es noch dauern wird, bis die NATO nicht mehr gebraucht wird, um den Warschauer Pakt in Schach zu halten.

Wenn der Warschauer Pakt weiter auseinanderfällt, dann wird die NATO so veraltet sein wie das Modell T.

Auch der Warschauer Pakt ist überflüssig

Auf die Führungspersönlichkeiten aller NATO-Staaten wird nämlich bereits starker Druck ausgeübt, die Notwendigkeit für das Vorhandensein der NATO weniger stark zu betonen und die neuen Regierungen Osteuropas weiter zu ermutigen, sich darüber klarzuwerden, daß der Warschauer Pakt ebenso überflüssig geworden ist.

Bei der Vorbereitung dieses Artikels versuchten wir die genauen Kosten zu ermitteln, die der amerikanische Steuerzahler aufbringen muß, um die amerikanische Beteiligung an der NATO fortzusetzen. Genaue Zahlen waren jedoch nicht leicht zu erhalten, obwohl angenommen wird, daß es Amerika von einem Viertel bis zu einem Drittel seines Verteidigungshaushaltes kostet, den Löwenanteil der Verteidigung Westeuropas zu finanzieren.



Das Nato-Hauptquartier in Brüssel: Milliarden Dollar könnten eingespart und beim Krieg gegen die Drogen eingesetzt werden.

Heute unterhalten die Vereinigten Staaten 343423 Soldaten in Westeuropa, die meisten davon – 250168 – sind in der Bundesrepublik stationiert. Das zweitgrößte Kontingent der US-Truppen befindet sich auf Stützpunkten in Großbritannien, nämlich 26669 Soldaten. Auf See befinden sich 19020 amerikanische Seeleute auf Schiffen, die bei der NATO in Diensten stehen.

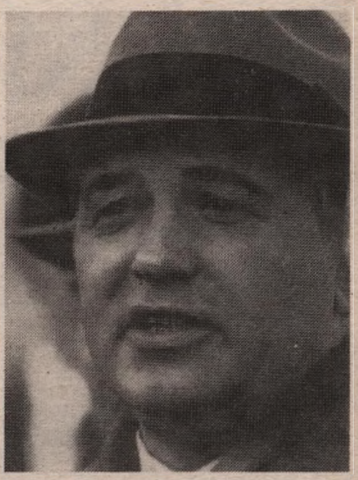
Weitere an die NATO abgestellte amerikanische Verbände sind: Belgien, 3418; Griechenland, 3490; Grönland, 305; Island, 3161; Italien, 14911; Niederlande, 3130; Norwegen, 219; Portugal, 1645; Spanien, 9027 und Türkei, 4964.

Es kostet derzeit den amerikanischen Steuerzahler die unglaubliche Summe von 129900 Dollar pro Jahr, einen amerikanischen Soldaten zu bewaffnen und auszurüsten.

Danach kostet es Amerika mehr als 34 Milliarden Dollar pro Jahr, um seine NATO-Truppen zu unterhalten. Aus einer Informationsquelle verlautet, daß es etwa eine Milliarde Dollar pro Jahr kostet, damit die Vereinigten Staaten ausländische Stützpunkte zur Verteidigung Westeuropas pachten können. Verpächter einiger dieser Stützpunkte sind Länder, die erwarten, daß Amerika sie verteidigt.

Es kostet Amerika etwa 40 Milliarden Dollar jeder Düsen-Kampfjäger, und Hunderte davon sind den Verteidigungsstreitkräften der NATO zugeteilt.

Jeder M-1 Abrams-Panzer kostet mehr als 11 Millionen Dollar und Hunderte werden benötigt, um die amerikanischen Truppen der NATO-Streitkräfte in Europa zu unterstützen.



Michail Gorbatschow kann sich nicht länger auf die Solidarität der Mitglieder des Warschauer Paktes verlassen.

Neue Tötungsangriffs-U-Boote werden in Betrieb genommen, um die U-Boot-Abwehrstreitkräfte der NATO zu verstärken. Die neue Seawolf-Klasse wird die amerikanischen Steuerzahler 1,7 Milliarden Dollar jedes Stück kosten.

Wenn, und es ist ein großes Wenn, die Vereinigten Staaten und Westeuropa sich bald in der Lage sehen werden, ohne große NATO-Ausgaben auszukommen, um kommunistischen Streitkräften des Warschauer Pakts entgegentreten zu können, dann könnten Milliarden von Dollar anderen Bedürfnissen zugeführt werden.

Als Beispiel, viele von Amerikas Milliarden Dollar könnten für einen echten Krieg gegen Drogen abgezweigt werden.

Die Internationalisten hätten wenig Argumente, um jenen zu entgegnen, die schon seit langem fordern, die amerikanischen Truppen aus Europa in die Heimat zurückzuholen. Es gäbe auch kaum Argumente gegen den Gedanken, daß sich die Europäer endlich selbst verteidigen sollten und könnten. □

Geheimdienste

Absprachen zwischen FBI und KGB

Warren Hough und George Nicholas

Das amerikanische FBI, das lange als Bollwerk gegen kommunistische Infiltration und Unterwanderung angesehen wurde, wird gezwungen mit dem KGB, der gefürchteten sowjetischen Geheimpolizei, in Erfüllung eines kürzlich in Moskau von US-Generalstaatsanwalt Richard Thornburgh unterzeichneten Abkommen, zusammenzuarbeiten

Obwohl Sprecher der Bush-Regierung, die sich bei dieser Sache keineswegs wohlfühlen, das Abkommen herunterspielen, sagten bestürzte Geheimdienstexperten in Washington, daß die Vereinbarung „das Tor zu einer neuen Ära gemeinsamer Einsätze, Coups und schmutziger Tricks durch amerikanische und sowjetische Agenten öffnet".

Die neue Allianz zwischen Staatssicherheits-Bürokraten in Washington und Moskau wird als Mittel ins Auge gefaßt werden, um den kubanischen Diktator Fidel Castro, der sowohl für die USA als auch für das reformistische Regime des sowjetischen starken Mannes, Michail Gorbatschow, zu einer Bedrohung geworden ist, zu stürzen, stellen diese Informationen fest.

Ein Sprecher des amerikanischen Justizministeriums bestätigte, daß am 12. Oktober 1989 in Moskau durch Thornburgh und A. T. Sukhorow, dem Generalstaatsanwalt der UdSSR, ein „formelles Zusammenarbeitsabkommen" unterzeichnet wurde, dementierte jedoch diesen Bericht im Hinblick auf Castro und tat die Vereinbarung als „Routineangelegenheit" ab.

„Mit der Vereinbarung wird lediglich unsere langjährige Praxis des Datenaustausches mit den sowjetischen Behörden über Fälle von angeblichen Kriegsverbrechen und ähnliche



US-Außenminister James Baker (links) und der sowjetische Außenminister Schewardnadze sprechen über die Kooperation FBI-KGB.

Ermittlungen, die auf den Zweiten Weltkrieg zurückgehen bestätigt", sagte David Runkel, der Hauptmitarbeiter Thornburghs in öffentlichen Angelegenheiten.

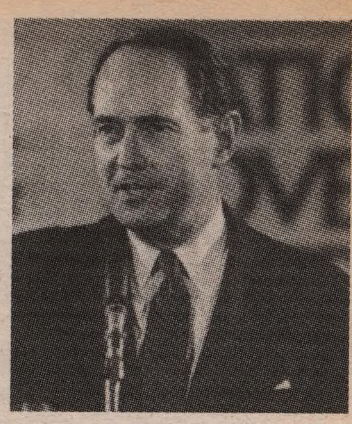
Aber andere Informationen aus dem US-Justizministerium nannten Runkels Erklärungen „dummes Zeug".

Es geht immer noch um Kriegsverbrechen

„Bis jetzt waren die einzigen Beamten, die willens sind mit dem KGB zusammenzuarbeiten, der Mitarbeiterstab des OSI (Office of Special Investigations), erklärte ein altgedienter Untersuchungsbeamter des Geheimdienstes, der kürzlich das US-Justizministerium „angeekelt", wie er sagte, verlassen hat. „Die OSI-Anwälte und Untersuchungsbeamten, die bereit waren mit dem KGB, der für seine berüchtigten abgekarteten Spiele bekannt ist, Informationen auszutauschen, waren Parias des Justizministeriums. Es war ihnen nicht einmal gestattet, ihre Büros in unserem Hauptgebäude einzurichten."

Andere Kreise bestätigten, daß der Mitarbeiterstab des OSI, das wegen seiner Bereitschaft, anrüchige Anschuldigungen von der sowjetischen Geheimpolizei entgegenzunehmen und sie dazu zu verwenden naturalisierte amerikanische Bürger wegen Kriegstaten, die angeblich vor 40 Jahren oder noch längerer Zeit begangen wurden, strafrechtlich zu verfolgen, verachtet wird und von anderen Beamten aus dem amerikanischen Gesetzesvollzug geschnitten werden.

„Das ist der erste Grund, warum dieser neue von Thornburgh unterzeichnete Pakt alles andere als Routine ist", stellte Richard Clement, ein altgedienter Beamter des US-Bundesgeheimdienstes (Federal security), der jetzt ein Berater des Außenministeriums ist, fest. „Unter dem alten System waren nur die Skalpjäger des OSI bereit, mit den sowjetischen Schreckgespenstern zusammenzuarbeiten. Aber jetzt unter diesem formellen Abkommen sind das FBI und andere Dienststellen auch dazu verpflichtet, mit dem KGB Informationen auszutauschen."



US-Generalstaatsanwalt Richard Thornburgh führte eine Delegation nach Moskau, um das Geheimabkommen zu unterzeichnen.

Darüberhinaus, wenn auch der Wortlaut des von Thornburgh unterzeichneten Abkommens sich hauptsächlich mit sogenannten Untersuchungen von Kriegsverbrechern und damit zusammenhängenden Fällen befaßt, ist dies nur der erste Schritt in einer Reihe in Moskau und Washington geplanter gemeinsamer Tätigkeiten, verlautet aus gut unterrichteten Kreisen.

Herzliche Beziehung zwischen KGB und CIA

„Der nächste Schritt wird aus einem Abkommen zwischen den USA und Sowjets bestehen, gemeinsame Einsätze zur Bekämpfung von Terroristen zu übernehmen", sagt Arkadej Matvejew, ein sowjetischer Journalist. „Und dieses Abkommen wird wiederum etwas Neues in die Wege leiten, nämlich internationalisierte Geheimdiensttätigkeiten."

Das Bilderberg-Konsortium, die Analytiker und Planer der Trilateralen Kommission und andere globalistische Makler der Macht freuen sich schon auf die allmähliche Verschmelzung der amerikanischen und sowjetischen Geheimdienstbürokraten. Aber amerikanische Bürger, die daran gewöhnt sind in einem souveränen verfassungsmäßig garantierten Staat zu leben, werden diese Veränderungen als ‚furchterregend und subversiv' empfinden".

„Es besteht kaum eine Frage darüber, das die Eine-Welt-Befürworter eine wesentliche Umwandlung unseres traditionellen Systems planen", sagt ein ehemaliger CIA-Beamter, der jetzt Direktor eines Fonds in Washington ist.

Hinter den Kulissen führten Robert Gates, der ehemalige stellvertretende Direktor des CIA, der jetzt ein hochstehender Stratege des Sicherheitsdienstes im Weißen Haus ist, und General Vitaly Ponomarew, der stellvertretende Chef des KGB, im Sommer 1989 eine Reihe von geheimen Gesprächen in Moskau. Das Thema: „Engere Zusammenarbeit zwischen den beiden Geheimdiensten."

Gemeinsame Bekämpfung des Terrorismus

Die herzlicher werdenden Beziehungen zwischen dem CIA und dem KGB drücken sich in einer Reihe von Entscheidungen aus, die im Herbst 1989 durch das Weiße Haus getroffen wurden. Der erste Schritt war eine Ankündigung durch den US-Außenminister James Baker – ein führender Globalist –, die Reisebeschränkungen, die es für Diplomaten aus dem kommunistischen Block seit langem erforderlich machen sich um eine Sondergenehmigung zu bemühen, wenn sie weiter als 40 km von ihrer Dienststelle reisen, aufzuheben.

Sowohl das FBI als auch das US-Verteidigungsministerium haben ihre Gegnerschaft zu dieser Maßnahme bekundet, während der CIA sie jetzt begrüßt.

„Typischerweise begünstigt das Abkommen die Sowjets," stellte Clement fest, der während der Reagan-Jahre als Sicherheitsdirektor der riesigen General Services Administration (Verwaltung für Allgemeine Dienstleistungen) diente. „Der KGB hat mehr als 200.000 Agenten in diesem landesweiten internen Geheimdienstnetz sitzen, die verfügbar sind, um amerikanische Diplomaten aufzuspüren, wohin sie auch immer in der Sowjetunion reisen mögen. Aber hier sind weniger als 15 Prozent der rund 8.000 FBI-Agenten in der Spionageabwehr tätig."

Viele Mitarbeiter aus Geheimdienstkreisen äußerten sogar noch größere Vorbehalte gegen die nächste geplante Zusammenarbeit zwischen dem KGB und dem FBI: Gemeinsame amerikanisch-sowjetische Aktionen zur Bekämpfung von Terrorismus.

„Dies hat die Leute wirklich erschreckt," berichtete der ehemalige Staatssicherheitsbeamte des US-Justizministeriums. „Sollen wir dem KGB die Entscheidung darüber lassen, wer oder was ein Terrorist ist? Das könnte dazu führen, daß nicht wenige Amerikaner auf kommunistische Haftbefehle hin im Gefängnis landen. Und eine Zusammenarbeit mit der gesetzlosen amoralischen sowjetischen Geheimpolizei kann niemals Gesetzesvollzug genannt werden – jedenfalls nicht nach unserer Auffassung."

Durch internationalistische Insider zu einer Verschmelzung mit Moskau gedrängt, wird die Bush-Regierung auch von dem sowjetischen Führer Gorbatschow mit einem Geheimköder gelockt: Das Ende des gewalttätigen fanatischen und amerikafeindlichen Castro-Regimes im benachbarten Kuba.

„Wir erhalten Berichte, die sowohl in ihrer Häufigkeit als auch in ihrer Zuverläßlichkeit steigen, dahingehend, daß Spitzenpolitiker in Moskau und Washington in Privatgesprächen über einen gemeinsamen Vorstoß reden, Castro zu stürzen – und er ist sehr beunruhigt darüber," berichtete Agustin Alles, Nachrichtenmann des größten spanischsprachigen Rundfunkzentrums in Südflorida.

Andere von uns interviewte Kreise bestätigten diese Berichte mit weiteren Einzelheiten. Aber Beamte des US-Geheimdienstes äußerten sich etwas vorsichtiger: „Sicherlich wäre es schön, wenn der KGB uns helfen würde, Castro hinauszuwerfen," sagt Milan Kowic, ein altgedienter Sachbearbeiter des CIA der jetzt im Ruhestand lebt. „Aber ich mache mir Sorgen darüber, wer der Nächste sein wird." □

Insider

Die Tochter des fünften Mannes

Peter Blackwood

Die italienische katholische Tageszeitung „Avvenire" hat die Spekulation über einen der erregendsten, rätselhaftesten und vertuschten Gesichtspunkte bezüglich der Umstände des Mordes an dem schwedischen Premierminister Olof Palme vom 28. Februar 1986 wieder aufleben lassen.

In der Zeitung von „Avvenire" erschien ein Bericht unter der Überschrift „Zweideutige ‚Wahrheiten' über Palmes Tod", indem die Frage gestellt wird, wie die verbesserte Fähigkeit zur Desinformation seitens des sowjetischen KGB im Zeitalter der Herrschaft von Michail Gorbatschow ausgenutzt wurde, um zu verhindern, daß die Wahrheit über den Mord an Palme bekannt wird.

Palmes angebliche Geliebte

Der Journalist Maurizio Blondet erinnerte daran, daß mehreren schwedischen Untersuchungsbeamten, die von dem Fall Palme zurückgetreten waren, untersagt wurde, die Rolle von Emma Rothschild, Palmes angebliche Geliebte, in der ganzen Angelegenheit zu untersuchen. Blondet stellte fest, daß Emmas Vater, Victor Lord Rothschild, von einigen Leuten in Großbritannien beschuldigt wurde, der viel diskutierte „fünfte Mann" im sowjetischen Kim Philby – Anthony Blunt-Donald MacLean-Guy Burgess-Spionagenetz zu sein.

Die portugiesische Wochenzeitung „O Diabo" griff ebenfalls die „Emma connection" auf. In einem Artikel unter der Überschrift „The Palme Case Again – Inside the ‚Soviet Track'" führt die Zeitung eine Reihe von bisher unbeantworteten Fragen über den Mord an Palme auf, auch über „außereheliche Beziehungen des Premierministers mit der Tochter von Lord Rothschild ... Emma Rothschild".

Die Sache mit Emma Rothschild ist fast zu einem Tabu geworden, seitdem sie im Dezember 1986 in den internationalen Medien wie eine Bombe einschlug. Etwa um den 4. Dezember herum beginnend, und ein paar Tage dauernd, hatten verschiedene Publikationen, darunter die „Daily Mail" und der „Daily Express" in Großbritannien, die „Bild Zeitung" und verschiedene andere nichtschwedische skandinavische Blätter sie als Palmes geheimnisvolle „englische Mätresse" identifiziert.

In Privatgesprächen wurde seinerzeit viel darüber spekuliert, daß sie bei den Umständen um die Mordsache herum eine Rolle gespielt habe, sei es dadurch, daß sie den Mördern einen Tip über seinen Aufenthaltsort gab, oder daß sie vertrauliche Informationen über Palmes Absichten und Pläne an sowjetische Netzwerke durchsickern ließ, oder etwas noch Schlimmeres getan hat.

Polizeichef untersagt die Befragung

Die Story wurde jedoch schnell fallengelassen, wenn auch für einige unternehmungslustige Journalisten die Sache damit noch nicht zuende war. Über das Wochenende vom 6. bis 7.

Insider

Die Tochter des fünften Mannes

Dezember 1986 wurde ein Reporter für Großbritanniens Independent Television tätlich angegriffen, wobei seine Kamera zertrümmert wurde, und zwar von Leibwächtern, die Emma Rothschild begleiteten, als sie ihre Wohnung in Stockholm verließ.

Die Bewertung dieses Vorganges durch eine mit den Sowjets in Verbindung stehende Institution in Stockholm war seinerzeit unzweideutig: „Die schwedische Polizei wird die Emma Rothschild-Story niemals an die Öffentlichkeit bringen."

Hans Holmér, der schwedische Polizeichef, der die Untersuchung leitete, hatte jede Befragung von Emma Rothschild untersagt.

Seit Dezember 1986 ist kaum irgendwo auch nur ein einziger Satz über Emma Rothschilds Verbindungen zu Palme veröffentlicht worden. Es ist eine derart heikle Angelegenheit, daß, nach britischen Informationsquellen, Emma Rothschild sich selbst eingeschaltet hat, um in Großbritannien die Veröffentlichung eines Buches mit dem Titel „Blood in the Snow" („Blut im Schnee"), das von dem britischen Journalisten Chris Mosey geschrieben wurde, zu unterbinden, nur weil darin en passant und in einer höchst unverfänglichen Weise auf ihre Beziehungen zu Palme hingewiesen wird.

Nach der alle zwei Wochen erscheinenden britischen Wochenzeitung „Private Eye" traf Emma Rothschild mit ihrem Freund Lord Weidenfeld, Vorstandsvorsitzender des Verlagshauses Weidenfeld and Nicholson, das das Buch herausgeben sollte, eine Vereinbarung, um die Veröffentlichung zu verhindern. Es ist bis zum heutigen Tage nur in Schweden veröffentlicht worden.

Britische Kreise behaupten auch, daß ein Vertuschungsbuch über den Mord an Palme, das Anfang des Jahres 1989 in Großbritannien veröffentlicht wurde, von Emma Rothschild als Ghostwriter geschrieben wurde.

Lauwarme Erklärung vor dem Parlament

Die Enthüllungen über das Verhältnis von Emma Rothschild zu Palme vom Dezember 1986 erfolgten unter einem höchst bemerkenswerten Zusammentreffen der Ereignisse. Ihr Vater, Victor Rothschild, war in den vorangegangenen drei Wochen Thema einer Kontroverse gewesen. Britische Zeitungen spekulierten darüber, daß er in dem Blunt–Burgess–MacLean–Philby-Spionagenest der „fünfte Mann" gewesen sein könnte. Am 27. November wurde ein Korrespondent der „Daily Mail" von Schlägern überfallen, als er versuchte, Seiner Lordschaft außerhalb der sich im Familienbesitz befindlichen Bank N. M. Rothschild ein paar Fragen zu stellen.

Am 4. Dezember gab die britische Premierministerin Margaret Thatcher vor dem Parlament eine lauwarme Erklärung ab, in der sie nur behauptete, es lägen „keine Beweise" dafür vor, daß Rothschild ein sowjetischer Spion war, die üblichen Formulierungen über seine bekannten Verdienste um das Land aber ausließ.

Tatsache ist aber, daß Victor Rothschild seit 1930 in dem geheimen Cambridghe Apostles-Kult an der englischen Cambridge Universität Mitglied war. Bekannt sind auch seine und seines Vaters Förderung auf verschiedenen Ebenen der Tätigkeiten der sowjetischen Spione Burgess, Blunt und den anderen. Dies ist in zahlreichen Hintergrundberichten dokumentiert worden.

Ob Victor Rothschild der fünfte Mann, oder der erste Mann oder sonstwer ist, er ist sicherlich eine Schlüsselfigur der inneren Kreise des angelsächsischen Gemeinwesens, das als der „Trust" bekannt ist. Man muß nicht nur im Bankenkomplex der Familie Rothschild oder in den besonderen Einzelheiten der Verbindungen zu dem Spionagenetz von Cambridge nach Schlüsseln suchen, sondern in den verzweigten Verflechtungen in der Politik.

In diesem Sinne ist Victor Rothschild einzigartig, da er den Schnittpunkt der prosowjetischen Bestrebungen im Westen, des internationalen Bankwesens, der Politik der „Energieknappheit" der Seven-Sister-Ölgesellschaften, des Wiederauflebens der malthusianischen Ideologien der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, und einige der häßlicheren Gesichtspunkte der Infrastruktur des „wissenschaftlichen Nachrichtendienstes" in Großbritannien darstellt.

Die ganzen sechziger Jahre hindurch war Victor Rothschild einer der höheren Forschungsdirektoren im Shell Oil-Komplex. Von 1965 bis 1970 war er Forschungskoordinator für die Royal Dutch Shell Group. In dieser Zeit trug diese anglo-niederländische Firma mit dazu bei, die malthusianische Bewegung um die Gründung des „Grenzen-für-das-Wachstum"-Club of Rome International herum ins Leben zu rufen.

Das Netzwerk der Verbindungen

In den späteren siebziger Jahren wurde Victor Rothschild von der britischen Regierung zum Leiter eines neugegründeten Denk-Tank auf Regierungsebene, offiziell als Central Policy Review Staff bekannt, ernannt. Obwohl er den CPRS im Ganzen koordinierte, war seine eigene persönliche Spezialität die Frage der Energie. Nach einem Rückblick in die Geschichte des CPRS von 1968 unter dem Titel „Inside the Think Tank", war Rothschild in der Lage, sein „ausgedehntes Netzwerk von Verbindungen und persönlichen Beratern" in den Ölfirmen bei der Abfassung eines Sonderberichts des CPRS über Energie und Preise auszunutzen.

Seit Anfang der siebziger Jahre, so wird in dem Buch berichtet, hatte Shell „Szenarien unter Einschluß von beträchtlichen Erhöhungen der Preise für Öl" entworfen. Als Rothschild im Sommer 1973 seinen Bericht für die britische Regierung fertigstellte, in dem er eine wesentliche Erhöhung der Ölpreise voraussagte, wurden er und seine Mannschaft des „Angsteinjagens" bezichtigt.

Bald danach brach der arabisch-israelische Krieg von Oktober 1983 und die darauffolgende Ölpreiskrise aus. Wie das Buch triumphierend feststellt; „Rothschild und seine Mannschaft hatten Recht behalten. Ihre pessimistische Voraussicht wurde von der Regierung anerkannt."

Mitte bis Ende der siebziger Jahre, nachdem er den CPRS verlassen hatte, war Victor Rothschild in Kampagnen gegen die Kernenergie und für die Verringerung der Weltbevölkerung verwickelt. Er polemisierte in einem öffentlichen Vortrag gegen jene, die glauben könnten, daß die Besiedlung des Weltraumes, angeheizt durch die Entwicklung der thermonuklearen Kraft, eine spätere Lösung des Weltbevölkerungsproblems darstellen könne.

Planungen für den politischen Notfall

Und keineswegs überraschend waren Victor Rothschild und Tochter Emma zentrale Figuren im korporativistisch-malthusianischen institutionellen Apparat, der gebildet wurde, um mit einer Ära des Energiemangels, der Verknappungen, der Sparprogramme und dergleichen fertigzuwerden.

Heute sitzt Emma Rothschild im Kuratorium eines Londoner Denk-Tanks, der sich Institute for Public Policy Research (Institut zur Erforschung der öffentlichen Politik) nennt. Der IPPR ist eine Umgruppierung des alten CPRS – der von Margaret Thatcher vor einigen Jahren aufgelöst wurde –. Vorsitzende des Treuhändergremiums des IPPR ist die Baronin Tesse Blackstone, früher eine Gehilfin von Victor Rothschild im CPRS und Mitverfasserin von „Inside the Think Tank".

Direktor des IPPR ist James Cornford. In der Zeit von 1974 bis 1975, als Professor an der University of Edinburgh, bekleidete Cornford eine Schlüsselposition in der Trilateralen Kommission David Rockefellers. □

ANZEIGE

NEU:

DIE WELTNEUHEIT: OHNE WASSER – OHNE REINIGUNGSMITTEL IN SEKUNDEN GLASKLARE FENSTER

elektrischer Fensterreiniger

Machen Sie Schluß mit dem unangenehmen und lästigen Fensterputzen. Jetzt können Sie auf einfache und problemlose Art alle glatten Flächen (Fenster, Spiegel, Glastüren, Fliesen usw.) reinigen. Hygienisch und keimfrei. Ohne Streifen.

Die Funktionsweise

Der neue **elektrische Fensterreiniger Blitz-Blank-Meister** funktioniert ohne großen Aufwand: ohne Wasser, ohne Reinigungsmittel!

Sie fahren nach Aufheizen des Gerätes leicht über die zu säubernde Fläche. Eine leichte Dampfschicht zwischen der zu reinigenden Fläche und dem Gerät löst jeden Schmutz sorgfältig und sauber auf. Ideal auch für Wintergärten und Büro/Ladengeschäfte mit großen Schaufenstern.



Ein faires Angebot: 14 Tage zur Probe

Wir möchten, daß auch Sie, liebe Leser von CODE, sich von den Vorteilen des Blitz-Blank-Meisters überzeugen. Deshalb bieten wir Ihnen an, das Gerät 14 Tage lang zu testen.

Fordern Sie den elektrischen Fensterreiniger ohne Vorauszahlung und Verpflichtung mit dem untenstehenden Coupon oder einfach per Telefon an. Sie haben dann die Möglichkeit, das Gerät auszuprobieren. Sollten Sie, entgegen unserer Erwartung, nicht mit dem Blitz-Blank-Meister zufrieden sein, so können Sie diesen gegen eine Gebühr von DM 15 wieder an uns zurückschicken. Sie zahlen diese Gebühr nur im Fall der Rücksendung. Wir sind jedoch sicher, daß Sie den tollen Fensterreiniger behalten werden. In diesem Fall überweisen Sie nur den Kaufpreis in Höhe von DM 198.

Einige Auszüge aus den zahlreichen Erfahrungsberichten unserer Kunden:

Eheleute Staps aus Wiggensbach sind begeistert und schreiben:
Schon bei unserer Bestellung waren wir mehr als skeptisch. Wie wird das „Ding" wohl funktionieren? Aber schon nach drei „Übungsfenstern" waren wir hellauf begeistert. Eine tolle Idee!

Dr. Petri aus Vechta ist auch vom Blitz-Blank-Meister überzeugt und berichtet:
Als Skeptiker glaubte ich nicht so recht an die Wirksamkeit Ihres angebotenen Gerätes. Ich entschloß mich jedoch zum Kauf. Meine bisherigen „Fensterputzverrenkungen" hinterließen nur ein „schlampiges" Ergebnis, so daß meine Frau erst richtig „ran" mußte. Heute habe ich die Fakultät gewechselt und bin zum Fensterputz-Meister aufgestiegen; beim dritten Arbeitsgang waren die Scheiben kristallklar dank des Blitz-Blank-Meisters. Ich freue mich schon jetzt auf die großen Augen meiner Frau beim Anblick der glasklar zu erkennenden Umwelt.

Frau Küchle aus Albstadt schreibt:
Ihren Blitz-Blank-Meister habe ich jetzt ausgiebig verwendet und bin sehr begeistert. Fensterputzen war lange Zeit ein großes Problem für mich, da ich nicht mehr auf Leitern steigen kann. Der Reiniger erspart mir dies, und so bereitet es mir jetzt gar keine Probleme mehr. Fensterputzen könnte direkt ein neues Hobby von mir werden...

Frau Gierß aus Stuttgart 1 ist ebenfalls begeistert:
Ich habe den Blitz-Blank-Meister erhalten und sofort in Betrieb genommen. Ich bin sehr angetan, konnte ich doch auf zweimal meine gesamten Fenster sauber machen (15 Fenster – große!) Die Handhabung ist einfach, das Gerät ist nicht zu schwer, die Verlängerung auch auf größere Höhen mit Besenstiel sehr gut.

UNSER GESCHENK:

Alle Leser von CODE, die einen BLITZ-BLANK-MEISTER bestellen, erhalten 10 Reinigungstücher GRATIS.

**Wenn auch Sie in Zukunft ohne Reinigungsmittel und ohne Wasser Ihre Fenster, Spiegel, Glastüren, Fliesen usw. einfach und ohne Kraftaufwand säubern wollen, so sollten Sie noch heute den Coupon ausschneiden und senden an:
VITAL-Versand Tien GmbH, Bentheimer Str. 11, 4460 Nordhorn, oder schnell telefonisch (05921) 4074.**

CODE

BESTELL-COUPON

Ja, auch ich möchte demnächst auf moderne und begeisternde Art Fenster reinigen und bestelle:

- ☐ weitere ausführliche Gratis-Infos
- ☐ Zustellung des Blitz-Blank-Meisters – komplett mit 10 Tüchern
- ☐ auf Rechnung/zur Probe
- ☐ per Nachnahme

Name ____________

Vorname ____________

Straße ____________

PLZ/Ort ____________

Unterschrift ____________

VITAL-Versand Tien GmbH, Bentheimer Str. 11, 4460 Nordhorn

Edgar Bronfman

Die Geschichte einer Familie

Dritter Teil

John Springfield

Als Präsident des Jüdischen Weltkongresses (JWK) wandte Edgar Bronfman die gleichen Methoden an, mit denen das Vermögen seiner Familie durch Alkoholschmuggel zusammengekommen war, um zionistische Belange für seine Geschäfte mit der Sowjetunion auszubeuten.

Edgar Bronfmans zynische und verderbliche Ausnutzung solcher Dinge wie die Strafverfolgung von „Nazi-Kriegsverbrechern" und Freiheit für sowjetische „Refuseniks" (Dissidenten) wurde unter anderem von dem israelischen Premierminister Yitzhak Shamir, dem österreichischen „Nazi-Jäger" Simon Wiesenthal, von in der UdSSR inhaftierten jüdischen Führungspersönlichkeiten und anderen Personen verurteilt. Das Vorgehen Bronfmans unterscheidet sich auch sehr von dem seines Vorgängers im JWK, des verstorbenen Nahum Goldmann, der sich stets bemühte, die allgemein bindenden Aspekte des Judentums in den Vordergrund zu stellen.

Nachfolger für Armand Hammer

In Privatgesprächen erfahren wir von ehemaligen hochstehenden Beamten des amerikanischen Abwehrdienstes, daß Edgar Bronfman Spitzenkandidat für die Nachfolgerschaft des alternden Armand Hammer als Verhandlungsführer zwischen dem Kreml und dem liberalen Establishment der USA über rückwärtige Kanäle ist. Der verstorbene James Jesus Angelton, Verbindungsmann des CIA zum israelischen Mossad, betrachtete Hammer als einen sowjetischen Agenten.

Jahrzehntelang war Hammer Teil des anglo-sowjetischen „Trust", jenes Netzwerkes über das gewisse westliche Banker und Geheimdienstagenten den sowjetischen Staat nach 1917 unterstützen. Obwohl es Beweise dafür gibt, daß Edgar Bronfman der kommende Führer des „Trust" ist, eine Rolle die vielleicht durch seine Familienbindungen zu Verwandten von Lord Victor Rothschild begünstigt wird, ist die einfachere Erklärung hierfür, daß Bronfman motiviert wird, zionistische Belange auf eine für die Sowjetunion günstige Weise auszubeuten, in erster Linie wegen der großen Profite, die er sich von Geschäften mit der UdSSR in Höhe von mehreren Milliarden Dollar verspricht. Es ist bemerkenswert, daß Edgar Bronfman zusammen mit einem Generalleutnant des KGB im Vorstand des US-UdSSR-Trade and Economic Council sitzt, und daß er sein Ost-West-Forum selbst finanziert hat – als Lobby für erweiterte Handelstätigkeit, für von der amerikanischen Regierung unterstützte Kredite und für die Behandlung seiner Geschäftspartner in der Sowjetunion nach der Meistbegünstigungsklausel.

Bronfman, Erbe eines durch Alkoholschmuggel mit Meyer Lansky und Charles „Lucky" Luciano angehäuften Vermögens ist eine jener korrupten, gierigen Figuren, von denen die Sowjets sehr wohl wissen wie man sie ausbeuten kann.

Zu Bronfmans Hauptdienstleistungen für Moskau zählte seine Kampagne gegen die Strategic Defense Initiative, SDI (Strategische Verteidigungs-Initiative), seine Bemühungen der Anklage des Präsidenten Ronald Reagan, die Sowjetunion sei ein „übles Imperium", entgegenzutreten, und seine Rolle bei der Schwächung der Politik Reagans für eine starke Verteidigung während dessen ersten Amtsperiode (1981 bis 1985), indem er die gemeine Behauptung aufstellte, der Staatschef sei Antisemit.

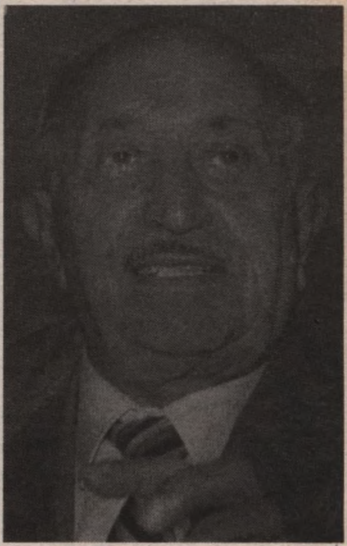


Armand Hammer (links) trinkt mit dem sowjetischen Botschafter Dobrynin auf den Einmarsch in Afghanistan.

Während des Übergangs von der einen Reagan-Regierung auf die andere in den Jahren 1984 bis 1985 erklärte Bronfman, daß er es in dieser Zeit als seine Aufgabe ansehe, zionistische Belange auszubeuten, um die Opposition des Westens gegen das „üble Imperium" zu beenden, so daß der Grundstein für die neue Entspannung gelegt werden konnte, die Michail Gorbatschow seitdem eingeführt hat. Das Schicksal der in der UdSSR verfolgten jüdischen Refuseniks war lediglich ein „Gewinn-Chip" für Bronfman, der dazu aufrief, die Gesetzesänderungen von Jackson Vanik und Stefenson, mit denen der amerikanische Handel mit der Sowjetunion wegen der sowjetischen Menschenrechtsverletzungen eingeschränkt werden sollte, aufzuheben.

Geschäfte mit den Sowjets

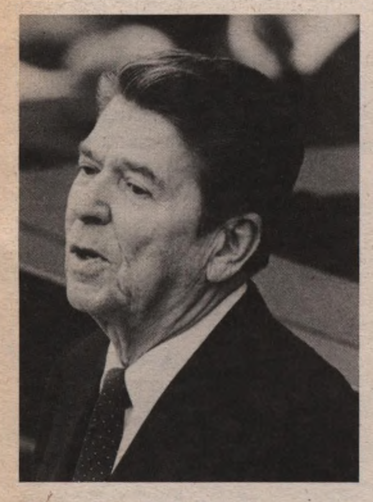
Bronfmans Plan basierte auf von der US-Regierung abgesicherten Krediten für Geschäfte, die er selbst mit den Sowjets abschließen wollte, wobei Gorbatschows Verhalten gegenüber den ethnischen, religiösen und nationalen Statthalterschaften in der Sowjetunion außer Acht gelassen werden sollte; unter anderen auch die Tatsache, daß Truppen des Innenministeriums Giftgas verwendeten um georgische Demonstranten zu ermorden.



Simon Wiesenthal durchlöcherte wiederholt Bronfmans Vendetta gegen Österreichs Präsident Kurt Waldheim.

1984 durften nur 896 Juden die Sowjetunion verlassen – weniger als in allen Jahren nach 1970 – und diejenigen, die in der Sowjetunion leben, wurden durch den KGB systematisch zu einem Abbruch ihrer religiösen und kulturellen Tätigkeiten

gezwungen, wie auf der National Conference on Soviet Jewry (Staatliche Konferenz über das Sowjetische Judentum) bekannt wurde.



Als US-Präsident wurde Ronald Reagan von Bronfman gedrängt, als großer Friedensstifter "für die Geschichtsbücher zu kandidieren.

Und doch, kaum waren diese schrecklichen Zustände – die sicherlich Reagans Analyse des „üblen Imperiums" erhärteten – im Januar 1985 bekanntgeworden, schrieb Edgar Bronfman schon einen Kommentar für die „New York Times" mit der Überschrift: „Die Frage der sowjetischen Juden sollte von der Tagesordnung des Kalten Krieges gestrichen werden und ... sollte als Mittel dienen, um eine Minderung der Spannungen zwischen Ost und West herbeizuführen."

Kritik an Washington im Auftrage Moskaus

Bronfman machte diese Ausführungen genau in dem Augenblick, als die Sowjets Reagans SDI-Programm heruntermachten. Er empfahl, daß die Sowjets ihre psychologische Kriegsführung gegen die Reagan-Regierung durch eine „ernsthafte sowjetische Bemühung" ergänzen sollten, die Auswanderung der Juden zu liberalisieren, und damit „kalte Krieger auf beiden Seiten zu unterhöhlen".

Bronfman drängte Präsident Reagan sogar dazu, als großer Friedenstifter „für die Geschichtsbücher zu kandidieren", indem er SDI, die von Moskaus Propaganda fälschlicherweise als Kriegswaffe anstatt als wichtiger Schritt zur Vermeidung eines Krieges dargestellt wird, aufgibt.

Im Januar 1985 sagte Bronfmans Gehilfe im Jüdischen Weltkongreß, Elon Steinberg, einem Journalisten, daß Bronfmans Vorschlag an die Juden, gegen „Raumwaffen" zu opponieren, auf der Sitzung des Leitausschusses des JWK in Wien diskutiert wurde.

Möglicherweise waren es zwei wesentliche Einflüsse innerhalb des Anglo-Soviet-Trust, die Bronfman veranlaßt haben, die sowjetische Desinformation gegen die SDI nachzuplappern: Armand Hammer und Averell Harriman.

Bei der Gründung des Trust im Jahre 1920 stellte Lenin selbst Hammer Felix Dzersinsky, dem Chef der Tscheka (Geheimpolizei) vor. Nach Unterlagen des US-Außenministeriums hat Hammer die zwanziger und dreißiger Jahre hindurch mit dem sowjetischen Geheimdienst zusammengearbeitet, mit seiner ganzen Familie. Seine erste Frau, Olga Vadina, so heißt es in diesen Unterlagen, war eine „Schwalbe" für die sowjetische Geheimpolizei und war damit beauftragt, Hammer zu assistieren.

Armand Hammer und Averell Harriman

Bronfman unterhielt durch die „Operation Unabhängigkeit", einer Gruppe die ehemals als „The Millionaires'Club" bekannt war, enge Beziehung zu Hammer. Sie steckten mit dem israelischen Minister für Handel und Industrie Ariel Sharon unter einer Decke als sie staatseigene israelische Industrien billig aufkauften. Andere die in diesen Plan zur Ausplünderung Israels verwickelt waren, sind: Edgars Bruder Charles und der Anwalt Kenneth Bialkin, der auch eine führende Figur in der Anti-Defamation League der B'nai B'rith-Loge und Partner der Anwaltspraxis Wilkie, Farr und Gallagher war.

Während Edgar Bronfman sich um die Juden in der Diaspora kümmerte, schwärmte sein Geschäftspartner Armand Hammer zur Zeit der zweiten Reagan-Regierung für Nancy Reagan, und die Sowjets halten es Hammer zugute, daß er durch seine Kanäle zum Weißen Haus das erste Gipfeltreffen zwischen Reagan und Gorbatschow in die Wege leitete.

Hammer ist zusammen mit Bronfman auch ein Vorstandskollege des amerikanisch-sowjetischen Handels- und Wirtschaftsrates, dessen Mitglieder glauben, daß sie von einem erweiterten Handel mit den Sowjets profitieren werden.

Das Verhältnis zwischen Bronfman und Averell Harriman, der bis zu seinem Tod im Jahre 1986 der Guru für das „liberale östliche Establishment" war, läßt sich weniger leicht nachvollziehen. Bronfman und Harriman waren Nachbarn im Hinterland von New York, wo sie häufig über Ost-West-Politik sprachen.

Wie gegen Hammer errmittelte James Angletons Spionage-Abwehrstab auch gegen Harriman, und in „Operation Dinosaur" wurde festgestellt, daß dieser unter den Einfluß des Tscheka-Chefs Felix Dzerzhinsky geraten war, als er in den zwanziger Jahren in der UdSSR eine Mangankonzession betrieb.

Bronfman und Harriman waren eigentlich seltsame Bettgenossen, da Harriman sein Familienvermögen dazu verwendet hatte auf Konferenzen im National History Museum in New York in den zwanziger und dreißiger Jahren internationale Studien für Rassenhygiene zu finanzieren, an denen Rassenwissenschaftler der Nazis mitwirkten. Harriman unterstützte offenbar den faschistischen Diktator Benito Mussolini, nachdem er Rußland verlassen hatte. Harriman führte später eine liberale Parteiung der Demokraten an, die gegen SDI war, im Einklang mit den Sowjets.

Die Jagd auf Dr. Arthur Rudolph

Bronfman machte nicht nur 1985 auf der Vorstandssitzung in Wien den JWK gegen „Raumwaffen" mobil, sondern er unterstützte auch ein Vorgehen des sowjetischen Geheimdienstes gegen amerikanische Wissenschaftler, die die neuen Systeme entwickelt haben, darunter Dr. Arthur Rudolph, der zu Unrecht durch das Office of Special Investigation (OSI) des amerikanischen Justizministeriums „Nazi-Kriegsverbrechen" bezichtigt und im Frühjahr 1984 aus den Vereinigten Staaten ins Exil getrieben wurde.

Bronfman setzte den JWK im Gespann mit dem OSI ein, das zu Recht beschuldigt wird, die stalinistische „Säuberungsjustiz" in die Vereinigten Staaten eingeführt zu haben, und zwar durch Vereinbarungen gegen jene von der UdSSR als „Kriegsverbrecher" zum Ziel genommenen Personen strafrechtlich vorzugehen, durch die Einbringung von „dokumentarischem Beweismaterial", das durch die Abteilung Desinformation des KGB gefälscht wurde und „Zeugenaussagen", die der KGB durch Nötigung erpreßt hatte sowie durch die ungesetzliche Ausweisung von amerikanischen Staatsbürgern, die mit solchem „Beweismaterial" belastet wurden, in sowjetisch besetzte Gebiete, wo sie in Konzentrationslagern gefoltert wurden.

Das OSI entstand während Henry Kissingers Programm „Détente I", (Entspannung I), als 1971 das US-Außenministerium in der Frage der Auswanderung von sowjetischen Juden mit der sowjetischen Generalstaatsanwaltschaft Kontakt aufnahm. Als nächstes wurde 1979 mit Unterstützung der kommunistischen „Mitläuferin" Elizabeth Holtzmann im US-Kongreß das OSI gegründet. Sei Ziel war es, Ermittlungen einzuleiten gegen 200 auf einer Liste von „Nazi-Flüchtlingen" stehende Personen, die von dem der Kommunistischen Partei nahestehenden Propagandisten und Aktivisten in der USA-East German Friendship Society, Charles R. Allen, geführt wird, und die er zusammengestellt hatte, als er noch beim JWK tätig war.

Der KGB lieferte gefälschtes Beweismaterial

Zwei Jahre nach der Gründung des OSI reisten die OSI-Beamten Neal Sher und Allan Ryan

Edgar Bronfman

Die Geschichte einer Familie

nach Moskau, wo sie mit dem sowjetischen Generalstaatsanwalt Roman Rudenko zusammentrafen, der sich vorher mit Kissingers Abgesandten getroffen hatte. Zu den Höhepunkten der Laufbahn Rudenkos gehört, daß er in den zwanziger Jahren während der Hungersnot in der Ukraine Völkermord beging, daß er in den dreißiger Jahren viele von Stalins „Säuberungs"-Prozessen gegen politische Gegner führte, und daß er beim Aufbau des Gulag-Systems für Zwangsarbeiter mithalf.

Als Sher und Ryan vom OSI mit ihm 1981 zusammentrafen, vereinbarten sie, durch den KGB fabriziertes Beweismaterial jener Sorte einzuführen für die das OSI inzwischen berüchtigt ist. Die Taktik der Säuberungsprozesse ist jene „Gerechtigkeit" auf die Bronfman den JWK durch seine Zusammenarbeit mit dem OSI eingeschworen hat.

Als das OSI in den Jahren 1982 bis 1984 zuschlug, war Rudolph, der Konstrukteur der Raketen Pershing I und Saturn, Berater für eine Gruppe von Physikern, die an SDI arbeiteten. Es ist inzwischen erwiesen, daß die Anklage gegen Dr. Rudolph vorsätzlicher Schwindel und darauf abgestimmt war, SDI lahmzulegen, wie die Sowjets verlangten. Diese Tatsache trat nach einer eingehenden drei Jahre währenden Untersuchung der Vorwürfe des OSI gegen Rudolph durch zwei bundesdeutsche Strafverfolgungsbehörden zutage. Sie kamen im März 1987 nach Überprüfung des „Beweismaterials" des OSI und der Aussagen von 300 anderen Zeugen zu der Schlußfolgerung, daß Dr. Rudolph keine „Kriegsverbrechen" begangen hat.

Das OSI hatte eine solche unparteiische, gerichtliche Überprüfung niemals gewollt. So wurde Dr. Rudolph 1982 einer von Eli Rosenbaum, der jetzt Bronfmans Angestellter im JWK ist, geleiteten OSI-Mannschaft gegenübergestellt und mit haltlosen Anklagen terrorisiert, er habe während des Zweiten Weltkriegs, als er als ziviler Wissenschaftler im Mittelwerk in der Konstruktion von V-2-Raketen tätig war, Sklavenarbeiter aus Konzentrationslagern beschäftigt. Rudolph wurde mitgeteilt, daß er, falls er nicht freiwillig auf seine amerikanische Staatsbürgerschaft verzichten würde, einem Verfahren zur Deportation nach Deutschland, dessen Staatsbürger er nicht war, unterzogen würde.

Das OSI lehnte es ab, Rudolph gegenüber die angeblichen Zeugen für diese Greueltaten oder sonstigen Beweismaterialien zu nennen. Mit diesem juristischen Angriff konfrontiert, ohne ausreichende Mittel für eine wirksame Verteidigung, zog es der 77jährige Dr. Rudolph im Mai 1984 vor, die Vereinigten Staaten zu verlassen. Der JWK begrüßte diesen „Sieg".

Als die Regierung der Bundesrepublik Deutschland 1985 die Anklagen des OSI gegen Rudolph nicht bestätigte und gegen seine Ausweisung protestierte, rotteten sich Bronfman und der JWK zusammen, um die große Lüge, die das OSI soeben gegen einen amerikanischen Staatsbürger angewendet hatte, zu rechtfertigen. Unter anderem übergab das OSI dem JWK Niederschriften seines Verhörs von Dr. Rudolph, die der JWK dann in stark verkürzter Fassung an die Medien freigab. Israel Singer vom JWK verurteilte den Leiter des Fernmeldewesens des Weißen Hauses, Pat Buchanan, der schon lange die Verwendung von gefälschtem sowjetischen Beweismaterial durch das OSI kritisiert hatte, als dieser die Frage aufwarf, ob Dr. Rudolphs amerikanische Staatsbürgerschaft nicht wieder hergestellt werden sollte.

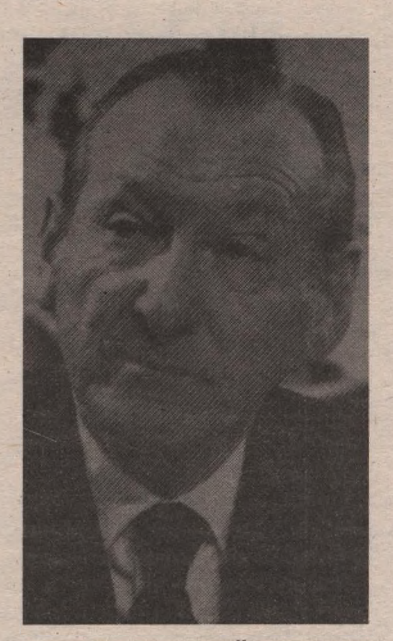
Die Unterstützung durch den JWK machte es dem OSI-Direktor Neal dann möglich, auf einer Weltversammlung von jüdischen Überlebenden des Holocaust im April 1985, wo Sher die wilde Behauptung aufstellte, etwa 600 „Nazi-Wissenschaftler" hätten auf der Gehältsliste der NASA gestanden und das amerikanische militärwissenschaftliche Programm beruhe auf diesen



Edgar Bronfman ist Spitzenkandidat für die Nachfolgeschaft des alternden Armand Hammer.

„Nazis", die US-Regierung mit der Behauptung zu besudeln, sie schütze „flüchtige Nazis".

Das Ziel von OSI und JWK bestand klar und deutlich darin, die SDI-Forschung aufgrund von zurechtgeschwindelten Anklagen genau in dem Augenblick zu stoppen, als sowjetische Spetznaz-Kommandoeinheiten verdächtigt wurden, in dem geheimnisvollen Tod von SDI-Wissenschaftlern in Großbritannien und anderswo verwickelt zu sein.



Kurt Waldheim, Österreichs Präsident, wurde zum Ziel der großen "Nazi Jagd" von Bronfman und seinem Jüdischen Weltkongreß.

Nachdem Bronfman den World Jewish Congress in diese auf vielen Ebenen geführte Kampagne gegen SDI eingespannt hatte, führte er eine Aktion durch, die vielleicht seinen Vorgängern Nahum Goldmann, der sich sein Leben lang um ein besseres Verständnis zwischen den Juden und den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland bemüht hatte, noch mehr schokkiert und verärgert hätte.

Die „Bitburg"-Kampagne gegen Reagan

Es bot sich nämlich im April 1985 eine Gelegenheit, noch stärkeren psychologischen Druck auf Präsident Ronald Reagan auszuüben, als die „New York Times" plötzlich „herausfand", daß dieser sich mit der Absicht trug auf seiner Reise nach Deutschland auch den Friedhof von Bitburg zu besuchen – die Reiseroute für den Deutschland-Besuch war schon seit Herbst 1984 öffentlich bekannt –. Die „New York Times" nannte die Reise „kontrovers", weil herausgekommen sei, daß zwei Nazi SS-Offiziere auf dem gleichen Friedhof zusammen mit amerikanischen Soldaten und Soldaten der deutschen Wehrmacht bestattet sind. Bitburg ist eine Stätte, an der Einheiten der US-Army schon seit Jahrzehnten jedes Jahr Gedenkstunden abhalten. Anzeichen, die darauf hinweisen, daß die Sowjets bei dem sich daraus ergebenden Protest gegen den Bitburg-Besuch eine Rolle spielten, werden durch die Tatsache erhellt, daß der sowjetische Beamte Aleksandr Sukharev auf dem Höhepunkt dieses Protestes eine ausgedehnte Rundreise durch die Vereinigten Saaten unternahm. Er ist der Justizminister der Russischen Föderativen Republik und hatte an der Verbindung des OSI zum Desinformationsdienst des KGB, die mit dem Generalstaatsanwalt der stalinistischen „Säuberungsprozesse" Rudenko geschmiedet wurde, mitgewirkt. Er ist auch einer der sowjetischen Sponsoren von Edgar Bronfmans häufigen Reisen nach Moskau.

Moskaus Belohnung für Bronfman

Genau in der Mitte des Sukharov-Besuchs verkündete Bronfman der „Washington Post",

daß der JWK sich auf internationaler Ebene zusammenschließen würde, um den Präsidenten daran zu hindern, Bitburg zu besuchen. Wenn das Weiße Haus dennoch darauf bestehen würde, dann würde man den Präsidenten körperlich daran hindern, auch das Lager Bergen-Belsen zu besuchen, warnte der damalige Vizepräsident des JWK und Bronfmans Gehilfe Kalman Sultanik. Böses verkündend sagte Sultanik, daß der Präsident das Konzentrationslager „nur mit Hilfe der Polizei" betreten würde.

Während der Bitburg-Kontroverse kündigte Edgar Bronfman, dessen JWK tagtäglich Schmähungen gegen Präsident Reagan geschleudert und ihn beschuldigt hatte gegenüber dem Nazismus „weich" zu sein, einen „Durchbruch" in den sowjetisch-jüdischen Beziehungen an. Er sagte, Sukharev habe ihn für den 22. Juli zu seiner ersten offiziellen Reise nach Moskau als Präsident des JWK eingeladen. Vorgeblich war der Zweck dieser Reise eine bedeutende Verstärkung der Auswanderung von sowjetischen Juden nach Israel, die Anerkennung Israels durch die Sowjets und andere Abkommen zu erreichen.

War diese Reise eine sowjetische Belohnung an Bronfman für dessen Kampagne, Präsident Reagan und Bundeskanzler Helmut Kohl, dessen Land seinerzeit wegen der Stationierung von Pershing-II-Raketen Ziel einer intensiven Attacke der „irregulären Kriegführung" durch die Sowjets und deren Agenten war, in peinliche Verlegenheit zu bringen?

Bemerkenswerterweise verurteilte der damalige Außenminister Yitzhak Shamir, heute Israels Premierminister, Bronfmans Reise in die Sowjetunion und sagte, Israel habe „für seine Kontakte mit Moskau keine privaten ausländischen Emissäre nötig". Shamir ging noch weiter und sagte, Bronfman sei „nicht dazu befugt im Namen Israels und des jüdischen Volkes zu verhandeln" und er fügte hinzu, der JWK möge sich auf seine „menschenfreundliche Rahmentätigkeit" beschränken.

Nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion veranlaßte Bronfman den JWK zu seiner nächsten großen „Nazi-Jagd". Diesmal war der ehemalige Generalseketär der Vereinten Nationen, Kurt Waldheim, das Ziel, der angetreten war, den Wahlkampf um das Amt des österreichischen Bundespräsidenten zu gewinnen. Bei dieser berüchtigten Konfrontation wendete Bronfman Taktiken an, die von Verdrehung von Tatsachen bis zu Behauptungen über Zeugenbestechungen reichten, und die eine ärgerliche Verurteilung seitens des bekannten „Nazi-Jägers" Simon Wiesenthal und anderer nach sich zogen, und die den JWK fast gespalten hätten, als österreichische führende Persönlichkeiten des Judentums warnend darauf hinwiesen, daß solche schmutzigen Tricks eine antisemitische Welle auslösen könnten.

Der Fall Kurt Waldheim

Im wesentlichen bestanden die Beschuldigungen des JWK darin, daß wie Edgar Bronfman am 4. Mai 1987 auf einer Pressekonferenz in Budapest ausführte, Waldheim Leutnant in einer sehr großen Wehrmachtseinheit war, die mit Kriegsverbrechen gegen Juden und Partisanen in Verbindung gebracht wurde, und er somit ein „wesentlicher Bestandteil der Nazi-Tötungsmaschinerie war". Daher, fügte Bronfman hinzu, ist es „fast ein Verbrechen sehr viel mit diesem Mann zu tun zu haben". Bronfman meinte zum Schluß Böses verkündend, wenn Waldheim „auch nur etwas Patriotismus in seiner Seele hege, seine Ärzte für ihn eine Lösung finden würden, damit er zurücktritt.

Wer lügt? Michael Graff, Generalsekretär der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), sagte am 11. April 1986, daß in der Kampagne gegen Waldheim Dokumente benutzt wurden, die „manipuliert sind". Dann behauptete am 4. Juni 1986 das österreichische Magazin „Wochenpresse", ihm liege die Aussage eines ehemaligen griechischen Partisanen, Sokratis Chatzisvangelis, vor, daß der JWK ihn mit der Zahlung von 150.000 Dollar bestechen wollte, Beweismaterial gegen Waldheim herzustellen.
Vielleicht die beste Analyse des Beweismaterials des JWS stammt von Simon Wiesenthal, der Bronfmans Vendetta gegen Waldheim wiederholt durchlöcherte. Schon am 11. März 1986 sagte Wiesenthal, es gebe keine Beweise, um die Beschuldigung wegen „Kriegsverbrechen" zu untermauern. Als nächstes griff die „Jerusalem Post" am 4. April 1986 den JWK wegen seines „billigen Demagogentums" an und fragte, „ob es der Stein der Weisen wäre, die Behandlung der Waldheim-Affäre dem Jüdischen Weltkongreß mit seinen manchmal recht seltsamen Dienstleistungen zu überlassen".

Der Keil zwischen Washington und Wien

Dann schrieb im Mai 1986 Tuviah Friedman, Direktor des Instituts für Dokumentation in Israel, eine weitere größere „Nazijagende" Organisation, einen Brief an die „Jerusalem Post", in dem zu lesen war: „Es erscheint mit seltsam, daß nach 40 Jahren der JWK plötzlich mit seinen Behauptungen über Waldheim herauskommt." Und schließlich sagte Wiesenthal im Juni 1986 klar und deutlich, daß aus dem Beweismaterial des JWK nicht hervorgehe, daß Waldheim „ein Verbrechen empfahl oder daß er ein Verbrechen befahl".

Trotz dieser Vorsicht seitens der „Nazi-Jäger" auf internationaler Ebene, übte der JWK ungeheuren Druck auf den amerikanischen Generalstaatsanwalt Edwin Meese aus, der dem OSI gestattete, Waldheim auf eine „Watch List" von Personen zu setzen, denen die Einreise in die Vereinigten Staaten verwehrt wird.

So haben Bronfman und das OSI Moskau dadurch geholfen, daß sie einen Keil zwischen den Vereinigten Staaten und Österreich trieben, während einflußreiche sowjetische Agenten sowohl Bundeskanzler Helmut Kohl als auch Papst Johannes Paul II. wegen ihrer von hohen Grundsätzen getragenen Unterstützung des österreichischen Bundespräsidenten angriffen.

Die Waldheim-Affäre wurde zum Sprungbrett für eine ähnliche Bronfman-Kampagne, die dann praktisch zu einem Staatsstreich in der Bundesrepublik Deutschland führte, als Bronfman sich am 11. November 1988 an die Spitze der öffentlichen Anklage stellte, mit der Forderung, der Präsident des Deutschen Bundestags, Philipp Jenninger, möge zutrücktreten, indem er Jenningers leidenschaftliche Verurteilung des jüdischen Holocaust in einer Rede, die dieser am Vorabend der sogenannten „Reichskristallnacht" vor dem Parlament gehalten hatte, grob verzerrte. Einen Monat vor dem Sturz Jenningers hatte Bronfman Ostberlin besucht, wo der Chef der mitteldeutschen Kommunisten, Erich Honecker, ihm die höchste Ehre, die „Freundschaft des Volkes in Gold", zuteil werden ließ.

Während Bronfman öffentlich Jenningers Kopf forderte, den Wiesenthal und andere einen wahren Freund Israels genannt hatten, wurde die interne Aktion, diese große Lüge gegen Jenninger wirksam zu machen, von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) durchgeführt, die schon früher von staatlichen Behörden der Bundesrepublik Deutschland als Teil des Desinformationsdienstes A des KGB, der vom Geheimdienst der DDR, der Stasi, geleitet wird, identifiziert wurde.

An hervorragender Stelle war auch der „Nazi-Jäger" Beate Klarsfeld an den Angriffen gegen Jenninger beteiligt, die gemeinsam mit Bronfmans JWK den Papst Johannes Paul II. wegen seiner mutigen Unterstützung des Bundespräsidenten Waldheim verurteilt hatte. In ihrer 1972 erschienenen Selbstbiographie „Wo immer sie sein mögen", gibt Beate Klarsfeld zu, daß sie eine Agentin der DDR und Freundin Erich Honeckers war, mit Bindung an das Netz der terroristischen Baader-Meinhof-Gruppe, das ausgeworfen worden war, um die Bundesrepublik Deutschland „unregierbar" zu machen, was auch das erklärte Ziel der VVN ist.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß unter Edgar Bronfman der Jüdische Weltkongreß falsche Anklagen des „Nazi-Revanchismus" verwendete, um die politischen Ziele der Sowjetunion durchzusetzen, und sei es nur damit die Bronfmans ihr mit Alkoholschmuggel erworbenes Vermögen durch Handelsabschlüsse mit Gorbatschow in Höhe von vielen Millionen Dollar weiter aufbauen können. □

Französischer Minister für totalen Krieg gegen Drogen

„Ein totaler Krieg muß geführt werden gegen Drogen, die Plage der modernen Zeit", schrieb der französische stellvertretende Außenminister Edwige Avice in der französischen Tageszeitung „Le Figaro".

Avice verlangte, daß „Lösungen für die Wirtschaft, Volksgesundheit, das Sozialwesen und die öffentliche Ordnung" gefunden werden müssen. „Die Vereinten Nationen, Amerika und Europa hallen wider von dem Echo der Rede des Präsidenten Baro, es ist unmöglich, nicht Partei zu ergreifen."

Der sozialistische Minister erklärte, daß „der Drogenhandel, wie berichtet wird, einen Umsatz von 500 Milliarden Dollar, das heißt 40 Prozent der Gesamtschuld der dritten Welt, oder die Gesamtheit der Schulden Lateinamerikas aufweist.

Der Preiszusammenbruch des kolumbianischen Kaffees hat einen sofortigen Anstieg des Coca-Anbaus in Kolumbien verursacht. Aber das Einkommen der Farmer kann nicht mit den Millionen von Dollar verglichen werden, die aus dem Wiederverkauf von Drogen erzielt werden. Das Geld wird durch Steuerhäfen und Banken außerhalb der Küste gewaschen." □

Gorbatschows Reformen als faschistisch angegriffen

Marjorie Brady, stellvertretender Direktor der Russian Research Foundation (Russische Forschungsstiftung) in London, griff in einem Kommentar mit der Überschrift „The Fascist Element in Perestroika", der im „Wall Street Journal" veröffentlicht wurde, die sogenannten Reformen des sowjetischen Führers Michail Gorbatschow an. Brady schrieb: „Die neuen sowjetischen Wirtschafts- und Sozialstrukturen zielen darauf ab, sich einem anderen Modell als dem Markt anzupassen.

Während Gorbatschow von einigen starren zentralen Kontrollen abkommen will, versucht er unbedingt Wirtschaftsstrukturen von einer Art zu schaffen, die bei den Gedankenschulen in der Wirtschaft Österreichs oder Chicagos kaum Anklang finden werden. Herr Gorbatschow sucht nach einem dritten Weg.

Die Nähe der sowjetischen Perestroika zu der faschistischen Sozial-Blaupause war augenscheinlich, als Herr Gorbatschow dem sowjetischen Volksdeputierten-Kongreß seine Wirtschaftsvision vorlegte."

Brady fährt fort: „Im Gegensatz zu der weit verbreiteten Meinung erfüllte Mussolini nicht sein Versprechen dafür zu sorgen, daß die Züge pünktlich fuhren. Es ist zweifelhaft, ob eine Firma nach sowjetischem Stil die sowjetischen Züge pünktlich fahren lassen, oder die Läden mit Ware füllen wird, nach denen die Verbraucher so verzweifelt verlangen". □

Britischer SAS bildet Guerillas aus

Truppen des britischen Special Air Service (SAS) haben kambodschanische Guerillas ausgebildet, die jetzt mit Pol Pots Roten Khmer kämpfen, berichtet die Zeitschrift „Jane's Defence Weekly".

Auf Betreiben der Vereinigten Staaten genehmigte das britische Verteidigungsministerium 1985 die Beteiligung des SAS. Und aus Kreisen in Hongkong verlautet, daß Veteranen aus dem Krieg um die Malwinen-(Falkland)-Inseln nach Thailand geflogen wurden, um ein „Sabotage-Bataillon" zusammenzustellen, das vorgeblich von Truppen kommandiert wird, die loyal zu dem ehemaligen kambodschanischen Herrscher Prinz Sihanuk stehen. Diese Truppen werden jetzt in die „Nationalarmee" des von den Roten Khmer dominierten kambodschanischen Vier-Parteien-Widerstands, bei weitem die am besten bewaffnete und mächtigste der Gruppen, eingegliedert. Unter dem Diktator Pol Pot töteten die Roten Khmer während ihres kurzlebigen Regimes drei Millionen Kambodschaner.

Großbritannien hat eine Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen mitunterstützt, in der „fremde – das heißt vietnamesische – bewaffnete Einmischung in und die Besetzung von Kampuchea bedauert wird". In der UN-Resolution wird zu einer „umfassenden Lösung" in Kambodscha aufgerufen und auf den amerikanisch-chinesischen Plan zur Einbeziehung der Roten Khmer in eine Koalitionsregierung in Phnom Penh hingewiesen. □

Rote Armee verlangt Lebensmittel

Die sowjetische Rote Armee startet eine Gegenoffensive gegen die Politiker, die versuchen, den Haushalt der Armee zu beschneiden und die militärische Macht einzudämmen. Die Sowjetarmee warnt: Genug mit der Hungerbesoldung. In der sowjetischen Soldatenzeitung „Roter Stern" erschien kürzlich ein Artikel von General Kanarik, der eine von dem sowjetischen Verteidigungsministerium gebildete Kommission zur Untersuchung des Zustands der Sowjetarmee leitete.

Über Kanariks Untersuchungsergebnisse wurde in „Roter Stern" unter der Schlagzeile „Die Armutsschwelle" berichtet. Er schreibt ganz unverblümt: „Ein Volk, das seine eigene Armee nicht ernähren will, ernährt die Armee des Feindes."

Kanarik berichtet, daß sich in der ganzen Sowjetarmee eine beträchtliche Unzufriedenheit breit macht. „Eine Armee ist stark, wenn das Volk sie liebt. Aber die Menschen spucken uns an, wenn wir vorübergehen, in den baltischen Ländern, im Transkaukasus. Die sowjetischen Streitkräfte sind nicht motiviert und werden nicht verstanden."

Kanarik sagt, die Haushaltsbeschneidungen machen die Lebensbedingungen noch mißlicher. Allein im Militärbezirk Leningrad haben 200 junge Offiziere um ihren Abschied gebeten und diese „hohe Zahl ist nur die Spitze des Eisbergs, des Geistes der Demobilisierung".

Er schreibt, daß 91 Prozent von 2000 Offizieren aus einer Stichprobenerhebung sich darüber beklagt haben, daß ihr Sold der „von ihnen geforderten körperlichen Anstrengung, Energie, Zeitaufwand und psychologischer Verantwortung" nicht entspricht. Oft hätten die Familien nichts zu beißen und zu brechen, und ihre Unterkünfte seien schlecht. „Junge Offiziere leben im Elend".

Ein sowjetischer General sagte zu Kanarik; „Ein Soldat in der amerikanischen Armee verdient mehr als ich, und ich bin General, und ein jüngerer Offizier in der amerikanischen Armee verdient mehr als unser Verteidigungsminister."

Die Sowjetarmee als Institution hat „keineswegs das Handtuch geworfen", schlägt aber gegen jene zurück, die versuchen, sie am Zügel zu halten. □

Ehemaliger britischer Verteidigungschef beklagt Zusammenbruch

Der ehemalige britische Verteidigungsminister Michael Heseltine verwies auf den Zusammenbruch des Fertigungssektors und rief zu einer interventionistischen Industriepolitik auf.

„Es treibt mir die Tränen in die Augen, ansehen zu müssen, was geschieht. Der Zusammenbruch des Produktionsbereiches ist der Kernpunkt dessen, was falsch gelaufen ist, und wir müssen die Ernsthaftigkeit der Lage erkennen. Die Wirtschaft wird nicht ganz einfach durch den Druck der hohen Zinssätze in Ordnung kommen."

Auf der Jahreskonferenz der Conservative Party in Blackpool vollzog Heseltine einen vernich-

tenden Angriff auf die Wirtschafts- und Industriepolitik der Regierung. Sein Angriff konzentrierte sich auf die Industriepolitik Thatchers, vor allem auf die Weigerung des Staates, die britische Industrie zu unterstützen, und auf den Glauben, die britische Wirtschaft könne durch Dienstleistungen ohne eine Produktionsbasis überleben.

Heseltine griff auch den Punkt an, daß Großbritannien versuche, mit Dienstleistungen, Tourismus und Überseegewinnen allein zu überleben. „Unsere Rivalen übertreffen uns, weil sie die Dinge herstellen,die wir einführen", sagte er. Er rief zu einer interventionalistischen Strategie zum Wiederaufbau der Industrie auf. Notwendig sei ein „Klima der langfristigen vorzüglichen Leistung, der dazugehörigen Disziplin, um dieses Ziel zu erreichen, und der regierungsseitigen Unterstützung solcher Bemühungen".

„Der Preis, den die Gesellschaft für die Politik der letzten zehn Jahre zu zahlen hat, sind verschmutzte Flüsse, Straßen voller Unrat und Menschen, die sich auf Haustürschwellen zur Ruhe legen."

Heseltines Initiative steht im Widerspruch zum Ausblick des britischen Finanzministers Nigel Lawson, der im Mai 1985 vor dem House of Lords gesagt hatte: „Ich muß gestehen, ich verstehe das Argument nicht, daß ein Pfund, das durch Dienstleistungen verdient wird, nicht eben so viel wert sein kann, wie ein Pfund, das durch die Produktion von Fertigwaren verdient wird. Wenn sich herausstellt, daß wir weltweit tüchtiger bei der Erbringung von Dienstleistungen als bei der Herstellung von Gütern sind, dann liegt das Interesse unseres Landes in einem Überschuß bei Dienstleistungen und einem Defizit bei Waren." □

Warnung vor einem finanziellen Hiroshima

Die italienische Tageszeitung „La Repubblica" warnte in einem Leitartikel vor einem finanziellen „Hiroshima", ausgelöst durch eine massive Ausgabe von neuem Geld für das internationale Finanzwesen. Der Leitartikel kommentiert: „Der bereits im Umlauf befindliche Papierberg ist gewaltig, so daß, wenn massive neue Massen hineingebracht werden, die Folge davon ein finanzielles Äquivalent der auf Hiroshima abgeworfenen Atombombe sein wird, aber im weltweiten Ausmaß."

Der „Papierberg" ist außer Kontrolle geraten, warnte „La Repubblica" und fügte hinzu, daß dies nicht nur auf die Vereinigten Staaten, sondern sich auch auf Europa bezieht. □

Französischer Experte warnt vor einem nuklearen Sarajewo

Die Krise des Sowjetreiches birgt ungeheure Gefahren in sich, darunter die Möglichkeit eines nuklearen Sarajewos, und der Westen ist völlig unvorbereitet, um diesen Gefahren zu begegnen, warnte Pierre Lellouche, der außenpolitische Berater des ehemaligen französischen Premierministers Jacques Chirac in einem Kommentar in der Zeitschrift „Newsweek-International". Der Titel trägt die Überschrift „The Soviet Threat is Real" („Die sowjetische Bedrohung ist real"). Es heißt dort: „Wir im Westen sind uns der Gefahren nicht bewußt, die das Auseinanderbröckeln von Moskaus Imperium in sich birgt."

Lellouche schreibt, die vorherrschende Stimmung im Westen ist eine der Selbstgefälligkeiten. Dies, so sagt er, ist „unklug, denn die Bedrohung aus dem Osten könnte realer sein als je zuvor. Die Sowjetunion hat immer noch die größte Armee der Welt und rund 25 000 Kernwaffen, und eine destabilisierte, aber immer noch mächtige Sowjetunion ist gefährlich. Zu erwarten, daß die UdSSR ruhig zusehen wird, wie ihre Regierung, ihr Land und ihre Verbündeten auseinanderfallen, kommt reinem Tagträumen gleich. Dies mag sehr wohl die Ruhe vor dem Sturm sein. Und wir sollten darauf vorbereitet sein. Wir im Westen sollten erkennen, daß wir die Lage, der wir uns gegenübersehen, nicht in der Gewalt haben. Wenn man sich die Leistung des Westens in den letzten Monaten betrachtet, bekommt man den Eindruck, daß wir glauben, wir hätten es mit einem kurzfristigen Problem zu tun. Dies ist ein schwerwiegendes Mißverständnis. Dies ist nicht die Zeit zur Selbstgefälligkeit. Es ist eine Zeit großer Hoffnung, aber auch eine von großen potentiellen Gefahren. Ein halbes Jahrhundert lang machten wir uns Sorgen über ein Szenario ähnlich wie 1939, mit einem neuen Hitler, der wieder einen Blitzkrieg auslöst. Es kann durchaus sein,daß wir in eine Lage geraten, die viel näher bei 1914 liegt, mit vielen potentiellen Sarajewos."

Lellouche greift westliche Politiker an, weil sie so sehr auf militärische Abrüstung fixiert sind, daß die sozialen und wirtschaftlichen Realitäten Osteuropas unbeachtet bleiben.

„Alles, womit die Vereinigten Staaten bislang vorwärts gekommen sind, sind 500 Millionen Dollar für Polen – der Preis für einen einzigen B-2 Stealth-Bomber". □

Spanien fordert Marshall-Plan um Kokain zu stoppen

Spanien hat auf einer Versammlung von Drogenbekämpfungs-Experten und für die internationale Sicherheit verantwortlichen Staatssekretäre in Madrid einen „Mini-Marshall-Plan" vorgeschlagen, um die Kokain erzeugenden Länder in die Lage zu versetzen, andere Produkte zu erzeugen. Vertreter aus Spanien, Italien, den USA, Frankreich, Kolumbien, Bolivien und Peru nahmen an der Sitzung teil.

Pläne für die Industriestaaten, den Polizeikräften von Lateinamerika mit Knowhow und technischer Unterstützung zur Seite zu stehen, wurden ebenfalls besprochen.

Der französische Staatspräsident François Mitterrand unterstrich, daß die Banken ihre Bücher offenlegen müssen, wenn der Kampf gegen den illegalen Drogenhandel erfolgreich sein soll. „Ich verlange beim Kampf gegen Drogendealer äußerste Härte", meinte Mitterrand. □

Türkisch-syrische Krise durch Flugzeugabschuß

Am 21. Oktober 1989 schossen zwei syrische MiG-21 zwanzig Kilometer innerhalb der türkischen Mittelmeerprovinz Hatay ein türkisches propellergetriebenes Vermessungflugzeug ab, wobei zwei Piloten und drei Techniker den Tod fanden. Dem Abschuß folgte eine diplomatische Krise, deren Schwerpunkt in erneute systematische Ausschwärmung von kurdischen PKK-Terrorkommandos aus Syrien heraus liegt.

Der türkische Premierminister Turgut Özal beschuldigte Syrien, kürzlich eine Vereinbarung von 1987 gebrochen zu haben und warnte davor, daß dies eine Vergeltung nach sich ziehen könnte. Laut „Financial Times" könnte eine Form der Vergeltung darin bestehen, den Fluß des Euphratwassers nach Syrien hinein zu stoppen, ein Schritt, der sich ohnehin als notwendig erweisen könne, da die Landwirtschaft der Türkei im letzten Frühjahr von einer schweren Dürre betroffen wurde, die der türkischen Wirtschaft einen Verlust von mindestens zwei Millionen Dollar brachte.

Das Toben der PKK geschah zeitgleich mit einem internationalen kurdischen Kongreß in Paris, auf dem Frankreichs First Lady Danielle Mitterrand den Vorsitz führte. Ein groß herausgestellter Redner war ein sowjetischer Kurde, der mitteilte, daß nach einer neuen Volkszählung mehr als zwei Millionen Kurden in der Sowjetunion leben. Der Kongreß rief Proteste aus Ankara hervor. □



Satanismus

Die Verbindung zwischen Drogen und Rock

Peter Blackwood

Wenn auch verhalten, lenkte die American Medical Association (AMA) die Aufmerksamkeit auf die Verbindung zwischen Rock und einem gefährlichen Verhalten Jugendlicher. Zum ersten Mal hat eine „im Trend liegende" nicht-religiöse Organisation eine direkte Verbindung zwischen Rockmusik und Experimentieren mit Sex, Drogen und Satan aufgezeigt.

Die angesehene Group on Science and Technology der American Medical Association hat einen Bericht herausgegeben mit dem Titel „Adolescents and Their Music" („Heranwachsende und ihre Musik"), in dem Ärzten, die Teenager behandeln, geraten wird, sich des Zusammenhangs zwischen Rockmusik, besonders der „Heavy-Metal"-Abart, und abwegigem und asozialem Verhalten bewußt zu sein.

Haß und Drogen in den Liedertexten

Die Studie wurde in der Ausgabe des „Journal of the American Medical Association" (JAMA) vom 22. September 1989 veröffentlicht. „Ein Aspekt der Umgebung der Heranwachsenden, der seit seinem Erscheinen in den fünfziger Jahren Anlaß zur Besorgnis gibt, ist die Rolle der Rockmusik, speziell deren Liedertexte", heißt es in dem Bericht.

Diese Besorgnis wurde noch verstärkt durch die bildliche Darstellung auf Rockmusik-Videobändern", deren „gewalttätige und sexuelle Inhalte... für viele verwirrend sind". Heavy Metal-Musik „stellt einen lauten, pulsierenden Rhythmus dar und die Liedertexte sind voller Hinweise auf Haß, Mißbrauch von Drogen, sexuelle Verwirrungen und gelegentlich wird der Satanismus verherrlicht".

Obwohl der Bericht äußerst konservativ ist – er schließt mit der Feststellung ab, daß kein substantieller Beweis dafür vorliegt, daß Rock einen schädlichen Einfluß auf das Verhalten von Heranwachsenden hat –, übt er nichtsdestoweniger eine nützliche Funktion aus, indem er zahlreiche Untersuchungen zitiert, aus denen stillschweigend ein Kausalverhältnis zwischen der Begeisterung von Heranwachsenden für Rockmusik und der Beteiligung am Drogenmißbrauch und anderen destruktiven Verhaltensweisen hervorgeht.

Indem versichert wird, daß „als wichtigstes Element der Vergesellschaftung von Heranwachsenden... die negative Aussage der Rockmusik nicht außer Acht gelassen werden sollte", weist die Studie warnend darauf hin, daß es für Teenager, die tief in der Heavy-Metal-Subkultur versunken sind, „Beweise, wenn auch nur anekdotenhafte, gibt, die darauf hindeuten, daß diese Heranwachsenden Gefahr laufen könnten, sich zu Drogenmißbrauch oder gar zur Beteiligung an satanischen Aktivitäten hinreißen zu lassen".

In der Studie werden mehrere Morde angeführt, „die mit einer Faszination für Heavy-Metal-Musik in Zusammenhang standen"; darunter der Fall des „Night Stalker" (Nachtwandler)-Serienmörders Richard Ramircz, der satanische Slogans und Symbole an den Tatorten seiner Verbrechen zurückließ und „von der Heavy Metal Band AC/DC besessen gewesen sein soll".

Sie weist auch auf zahlreiche andere Studien hin, in denen Heavy-Metal-Rock und andere Arten von Rockmusik mit Drogenmißbrauch und vorehelichem Sex in Verbindung gebracht werden.

Eine solche Studie über chemisch abhängige Heranwachsende fand heraus, daß 60 Prozent der Befragten Heavy-Metal-Rock als ihre Lieblingsmusik angaben, was den Autor zu der Feststellung veranlaßte, daß derartige Musik bei empfindsamen Teenagern mit destruktivem Verhalten einhergehe und dieses fördern könne.

Eine andere Studie über die Auswirkung vom Musik-Fernsehen (MTV) entdeckte, daß Schüler der 7. und 10. Klasse, nachdem sie mehr als eine Stunde lang Videos mit einer Auswahl von Musik betrachtet hatten, „im Vergleich zu einer Vergleichsgruppe von anderen Heranwachsenden, eher dazu neigen, vorehelichen Geschlechtsverkehr gutzuheißen". Eine Verhaltensstudie „fand heraus, daß laute Musik-Videos die Betrachter sofort nach dem Anschauen gegen Gewalttätigkeiten abgestumpft haben".

Es gibt keinen „guten Rock"

Aber vielleicht das erschreckendste Untersuchungsergebnis über das der JAMA-Report berichtet, ist die Tatsache, daß der durchschnittliche Teenager zwischen der 7. und 12. Klasse sage und schreibe 10500 Stunden Rockmusik hört.

Die Studie enthält zwei größere Schwachpunkte. Erstens, hat sie nicht erkannt, daß im Falle der Rockmusik das Medium in der Tat die Botschaft ist. Es gibt keinen „guten Rock". Die Musik selbst ist menschenfeindlich und muß daher zu menschenfeindlichem Verhalten aufstacheln.

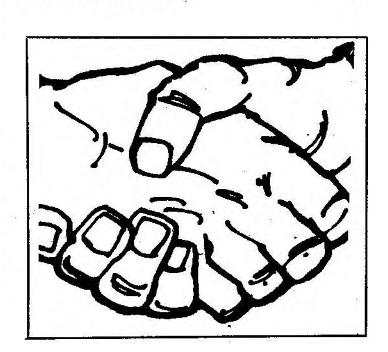
Obwohl ausgesprochen satanische und pervertierte Liedertexte und mit dem Auge wahrnehmbare Bilder die negativen Auswirkungen der Rockmusik verschlimmern, ist es die Art der Musik, die anstößig ist. Der Versuch, in einem typischen Heavy-Metal-Stück die Wörter „Gott" und „Liebe" durch „Satan" und „töten" zu ersetzen, mag noch verheerendere Auswirkung auf die menschliche Psyche hervorrufen, weil er im Unterbewußtsein den Gedanken an das Gute mit dem gleichsetzt, was kraft ihres geistlosen Chaos im wesentlichen vom Übel ist.

Ein Bestandteil kultureller Kriegsführung

Die Autoren der JAMA-Studie versäumen es nicht nur, ein Werturteil gegen Rock abzugeben, sondern sie unterlassen es auch, die Art von kultureller Renaissance, basierend auf der Förderung von großer klassischer Musik, vorzuschlagen, die das offensichtliche Gegengift gegen die Banalität und Verderbtheit ist, die die Popkultur im allgemeinen charakterisiert.

Der zweite größere Schwachpunkt der Studie ist die Behandlung von Rock als soziologisches Phänomen statt als eine vorsätzliche Verschwörung gegen den menschlichen Geist.

Trotz dieser Probleme hat die AMA dadurch einen wichtigen Dienst geleistet, daß sie, wenn auch verhalten, auf die dem Rock innewohnenden Gefahren hinweist und nützliche Munition für jene liefert, die versuchen, die Rock-Bewegung als kulturelle Kriegführung gegen die westliche Zivilisation zu brandmarken. □



Zionismus und Politik

Israel Shahak

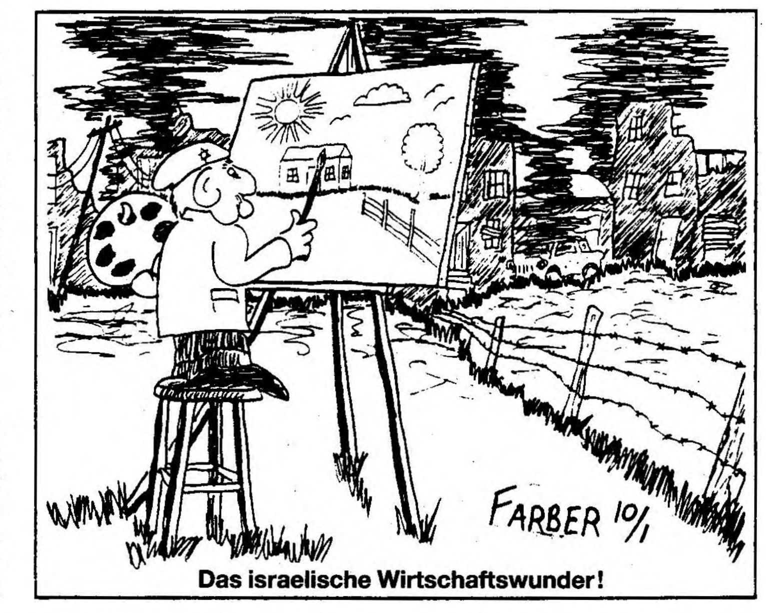
Die Meinung eines Insiders über den zionistischen Staat. Dr. Israel Shahak ist ein führender Bürgerrechts-Aktivist und einer von Israels lautstärksten Gegner der zionistischen Politik. Bis letztes Jahr war er Professor für Chemie an der Hebräischen Universität in Jerusalem.

Es war ein großer Schock als herauskam, daß der israelische Premierminister David Ben Gurion gelogen hat. Ich hatte wirklich geglaubt, der Suez-Krieg von 1956 sei ein Verteidigungskrieg gewesen. Aber dann kommt er und sagt, es ist ein Krieg, um das Königreich von David und Salomon und Sinai sei kein Teil von Ägypten. Ich sah ein, daß ich diesen messianischen Gedanken bekämpfen mußte.

Ich glaube immer noch, daß das Palästinenserproblem nicht der entscheidende Faktor der Lage im Nahen Osten ist. Die Schwierigkeit der Situation liegt darin begründet, daß es Israels Wunsch ist über den ganzen Nahen Osten zu dominieren. Die Palästinenser sind lediglich die ersten Opfer.

Ich benutze das Wort „dominieren", weil die meisten Israelis keine weiteren Gebiete annektieren, ebenso wie Menachem Begin den Libanon nicht annektieren wollte, sondern nur die Vorherrschaft dort auszuüben wünschte. Es besteht der Wunsch, diese Wasserquellen, die jenseits von Palästina liegen, zu dominieren.

Ich glaubte, daß Juden, die nicht in einer jüdischen Gesellschaft leben, verrückt seien. Das ist, was die Zionisten den Juden einreden wollen. Israelisch-jüdische Erziehung beruht immer noch auf der Vorstellung, daß nur Juden in der jüdischen Gesellschaft in Palästina – jetzt Israel – gesunde Menschen und alle anderen Juden geisteskrank oder zumindest halb geisteskrank seien. Israelis, die auswandern, werden das auch, wie Jitzhak Rabin häufig sagt.



Das israelische Wirtschaftswunder!

Ich hätte mich auch dann gegen den Zionismus gestellt, wenn der jüdische Staat auf einer unbewohnten Insel, die irgendwo im Ozean aus dem Nichts auftaucht, errichtet worden wäre, weil ich glaube, daß seine grundsätzlichen Prämissen über Juden und über die gesamte Menschenrasse einfach falsch sind.

Wegen der Eroberung und wegen des Willens zur Vorherrschaft werden immer mehr Juden zu Soldaten und dann immer mehr Soldaten zu Agenten der Geheimpolizei, und am Ende des Prozesses steht eine Gesellschaft, in der die Juden nur Eroberer, Geheimagenten und Soldaten sind und sein werden. Das übrige wird von Sklaven erledigt.

Ich habe die Ausdauerkräfte der Palästinenser falsch eingeschätzt. Die palästinensische Gesellschaft, die ziemlich durch Drogen infiziert war, vor allem im Gazastreifen vor zwei Jahren, ist, glaube ich, jetzt in dieser Hinsicht eine der saubersten Gesellschaften. Die Unterdrückung der Prostitution, die Gleichheit oder Fastgleichheit der Frauen, dies alles sind Quellen ihrer Stärke. Palästinenser besitzen wunderbare Kräfte der Ausdauer und der Errungenschaft.

Das Argument, daß Israel von einem Palästinenserstaat gefährdet würde, entbehrt jeder Grundlage. Solange die Amerikaner ein Israel unterstützen, das über den Gebieten herrscht, unterstützt es nach strategischen Begriffen etwas, was immer mehr einem zerbrochenen Schilfrohr ähnelt.

Palästinenser und die Intifada

Die Gesellschaft, als moderne Gesellschaft, ist im Untergang begriffen solange Israel die Gebiete besetzt hält, und wird daher für amerikanische Zwecke immer nutzloser. Israel will von den Vereinigten Staaten grenzenlose Unterstützung. Und dies ist natürlich eng mit Israels Streben nach Vorherrschaft im Nahen Osten verknüpft. Diejenigen in den Vereinigten Staaten, die sagen, daß sie Shamir oder irgend eine israelische Regierung oder Einrichtung unterstützen, um damit amerikanischen Zwecken zu dienen, machen einen Fehler. Welche Zwecke die Amerikaner auch immer im Nahen Osten verfolgen, die Unterstützung des heutigen Israel wird diesen nur entgegenwirken und sie zerstören.

Die amerikanisch-jüdische Gemeinschaft ist gegen einen „zusätzlichen Palästinenserstaat". Ein „zusätzlicher Palästinenserstaat" bedeutet, daß Jordanien jetzt in ihren Augen ein palästinensischer Staat ist. Aber der amtliche Namen Jordanien lautet das „Haschemitische Königreich Jordanien", und nicht der „erste palästinensische Staat".

Es bedeutet, so direkt wie irgendetwas in der Politik gesagt werden kann, daß die derzeitige Regierung von Israel durch seine treuen amerikanisch-jüdischen Diener beabsichtigt, Jordanien zu erobern und dessen Regime zu ändern. Andernfalls hätten sie in einer formalen Erklärung nicht durchblicken lassen, daß Jordanien nicht Jordanien ist.

„Yedioth Aharonot", eine israelische Zeitung mit großer Auflage, ermittelte in einer kürzlichen monatlichen Meinungsumfrage, daß 58 Prozent der israelischen Juden mit einem Bürgerkrieg unter den Juden rechnen, und nur 40 Prozent tun das nicht. Natürlich gelangten diese Ergebnisse nicht in die „New York Times" oder die „Washington Post".

Der israelische Schriftsteller Amos Oz schwörte auf einer Massenversammlung in Tel Aviv fast einen Bürgerkrieg herauf, als er sagte, daß die religiösen Siedler und andere Fanatiker den Likud immer stärker dominieren. Er glaubt, daß die Siedler, nachdem sie mit den Palästinensern abgerechnet haben – was für ihn der weniger bedeutsame Teil ist –, die israelische Gesellschaft dann in eine Gesellschaft umwandeln werden, die für Juden wie er kein Platz mehr wäre, an dem es sich lohnt zu leben. □

Gefahr für Israels Sicherheit

Trotz des ständigen Geschreis der amerikanisch-zionistischen Pro-Israel-Lobby mit der Behauptung, der zionistische Staat lebe unter ständiger Bedrohung einer arabischen Invasion, ist es in Wirklichkeit so, daß die israelischen Streitkräfte (IDF) derartige Befürchtungen nicht hegen. Immer wieder haben IDF-Generäle und Strategen in ihren militärischen Fachzeitschriften geschrieben, daß sie keine Bedrohung durch einen arabischen Angriff erkennen können, und daß sie zuversichtlich sind, daß Israel jede Kombination arabischer Streitkräfte, die möglicherweise angreift, besiegen könnten.

Und doch beharren zionistische aktivistische Organisationen und Publikationen darauf, die Fiktion unter ihren Anhängern im amerikanischen Kongreß aufrechtzuerhalten. Es handelt sich hier um einen ausgezeichneten Trick zur Auftreibung von Geldern. Er dient auch dazu, sich die weitere Unterstützung Israels durch den amerikanischen Kongreß zu sichern – und zwar sowohl in der Form von Finanzhilfe für den israelischen Militärindustrie-Komplex wie auch einer Untergrabung der Bemühungen seitens der US-Regierung, den gemäßigten und freundlich gesinnten arabischen Ölstaaten Waffen zu verkaufen.

Während also das Jewish Institute for National Security Affairs neue Bedrohungen gegen Israel erfindet, um das „strategische Verhältnis" zwischen den Vereinigten Staaten und dem Judenstaat zu festigen, schreibt General Dan Shomron, der Stabschef der IDF, er mache sich über die arabische Bedrohung keine allzu großen Sorgen. Aber die palästinensische Intifada, die er als „Volksaufstand" bezeichnete, sei doch eine Gefahr für Israels Sicherheit.

Gleichermaßen, während das Washingtoner Institute for Near East Policy – das wenig mehr als ein Sprachrohr für die AIPAC ist – in der Ausgabe der Zeitschrift „Moment" wegen der neuen Bedrohung Israels durch den Irak die Trommel rührt, schreibt der General der Reserve Aharon Levran des Jaffe Centre for Strategic Studies, die arabische Bedrohung sei von geringer Bedeutung. Aber wie Shorom setzt er hinzu, daß die Intifada eine Bedrohung von großer Bedeutung sei.

„Das Fehlen eines deutlichen Erfolgs bei der Bekämpfung des Palästinenser-Aufstands", schreibt Levran, „ist ein Sicherheitsproblem erster Größenordnung, da es weitreichende strategische Folgen für Israels Zukunft haben kann. Der Aufstand verlangt von Israel einen hohen Preis. Doch seine schwerwiegendste strategische Bedeutung liegt darin, daß nach 40 Jahren Besatzung die Palästinenser den Weg gefunden zu haben scheinen, Israel zu überwinden oder ihm ihren Willen aufzuzwingen."

Und Levran sagt: „Jetzt besteht zum ersten Mal die Möglichkeit, daß die Palästinenser durch einen gewaltigen Kampf ihr Ziel – die Unabhängigkeit – erreichen können, während Israel trotz seiner soldatischen Tapferkeit den Anschein erweckt, einen solchen Kampf schwer gewinnen zu können.

Obwohl dies kein klassischer Krieg ist, ist es deutlich ein Krieg mit anderen Mitteln und ein Machtkampf, dessen Ausgang Israels Zukunft tief beeinflussen wird."

Obwohl er es nicht sagt, stimmt Levran offensichtlich mit Shomrons Schlußfolgerungen überein, daß Israels Atomwaffenarsenal praktisch gewährleistet, daß kein arabischer Staat angreifen wird. Es sind nämlich die Araber, die in Furcht vor Israel leben und nicht umgekehrt.

Was den Palästinenser-Aufstand betrifft, so sieht Israels militärische Führung wenig Hoffnung, außerhalb einer ausgehandelten friedlichen Lösung. Wie Shomron kürzlich vor der Knesset sagte, wenn Israel nicht dazu bereit ist, mit den Palästinensern in der West Bank und im Gazastreifen ein Abkommen zu treffen, dann bleiben ihm nur drei Möglichkeiten zur Auswahl: Die Palästinenser massenweise auszuweisen, sie bis zur Unterwerfung auszuhungern oder sie alle umzubringen.

Solche militärischen Ratschläge sind für israelische Politiker, vor allem für zionistische Eiferer wie Premierminister Jitzhak Shamir, schwer zu schlucken. Aber sie müssen für die amerikanisch-zionistische Israel-Lobby noch schwerer zu verdauen sein.

Es wäre eine zähe Verkaufsarbeit für Israel-freundliche Aktivisten in Washington, sogar für die besten Freunde Israels im amerikanischen Kongreß, ganz zu schweigen den amerikanischen Steuerzahler davon zu überzeugen, daß die US-Regierung eine derart brutale und blutige Politik unterstützen sollte. Kann es sein, daß der Stein mächtiger als das Schwert ist? □

Das große amerikanische Schwindelspiel

Das Weiße Haus zeigt seine Meisterschaft in einer Karneval-Narretei. Obwohl die Bush-Regierung eine Schau abzog, als sei sie ehrlich verärgert, nachdem die NBC-Nachrichtensendung berichtet hatte, daß Israel im Austausch für Uran die Technologie ballistischer Raketen an Südafrika abgibt, war weder der Präsident noch das Außenministerium ernst darauf bedacht, Israel für diese vermutliche Bedrohung des Völkerfriedens zu bestrafen. Nun, warum dann die ganze Aufregung?

In den kürzlichen Berichten in den Medien darüber, daß Israel Südafrika an der Raketen-Technologie teilhaben läßt, wurde aufgeführt, daß die Vergabe dieser Technologie gegen amerikanische Gesetze verstoße, weil diese Raketen zum Abschuß von Atomwaffen verwendet werden können.

Aber es wäre sinnvoller gewesen, wenn die Bush-Regierung wegen Israels eindeutig nachgewiesenem Besitz von Atomwaffen – ein Verstoß, der die USA dazu berechtigt, dem zionistischen Staat Hilfeleistungen zu verweigern – Alarm geschlagen hätte, anstatt sich darüber zu beklagen, daß Israel ungesetzlicherweise Raketen-Knowhow gegen südafrikanisches Uran tauscht.

Aber die Verärgerung war mehr Getöse als alles andere, das darauf abzielte, die Ereignisse zu manipulieren, aber kein aufrichtiger Zorn. Nach einer von einem hochstehenden Mitarbeiter des US-Außenministeriums vor einem Kongreß-Ausschuß abgegebenen Erklärung, sind die Vereinigten Staaten nicht dazu bereit, ihr strategisches Verhältnis zu Israel wegen der Sache mit der Übergabe von Technologie zu gefährden. Der stellvertretende amerikanische Außenminister Richard Clarke sagte vor einem Unterausschuß des Hauses, daß die Bush-Regierung Israels Entwicklung der ballistischen Mittelstreckenraketen Jericho II nicht als „destabilisierend" genug betrachte, um entweder eine Einstellung der Hilfe an Israel oder eine Einschränkung der militärischen Zusammenarbeit zu rechtfertigen.

Interessanterweise wurde der eigentliche Kernpunkt – die verbotene Übergabe dieser Technologie an die Südafrikaner – niemals erwähnt. Und was vielleicht noch interessanter ist, Clarke setzte Israels Erwerb von chinesischen ballistischen CSS2-Raketen im Jahr 1988 mit Israels Jericho II gleich. Clarke gab seine Erklärung bei einer Anhörung über den bevorstehenden Verkauf von 315 in den USA gebauten M-1A2-Panzern an die Saudis.

Die Situation bleibt jedoch unangenehm für die Israelis, die sofort ihre Public Relations-Maschinerie auf volle Touren brachten, um der unvermeidlichen Öffentlichkeit und amtlicher Mißbilligung entgegenzuwirken. Die Washingtoner „Jewish Week" berichtete, daß „israelische Beamte und ihre amerikanisch-zionistischen Anhänger über die Schädigung von Israels Image durch die Berichte über die Zusammenarbeit mit Südafrika tief besorgt waren". Und die israelische Botschaft dementierte die Berichte sofort und teilte mit, daran „sei kein Wort wahr".

Aber das US-Außenministerium war anderer Meinung. Indem sie sich weigerten, Berichte zu bestätigen oder zu bestreiten, stellten höchste amerikanische Regierungsbeamte, darunter der amerikanische Außenminister James Baker, sich unwissend und brachten Israel gegenüber verschwommene Drohungen zum Ausdruck für den Fall, daß die Berichte der Wahrheit entsprechen sollten.

Tage später sagte Margarete Tutwiler, die Sprecherin des Außenministeriums: „Baker hat die Sache nicht vergessen. Der Außenminister wird das tun, was er für notwendig erachtet." Und US-Senator Robert Dole, der von der Washingtoner „Jewish Week" als „kürzlicher Kritiker Israels" bezeichnet wird, sagte, er sei „nicht sicher", daß er so weit gehen würde, die Hilfe an Israel zu streichen, aber er würde „den Israelis gegenüber eine sehr starke Erklärung dahingehend abgeben, daß wir diese Art von Zusammenarbeit nicht gutheißen".

Es gibt viele Gründe, warum die israelische Zusammenarbeit mit Südafrika zu diesem Zeitpunkt aufgegriffen wird und es sind mit Sicherheit nicht die gleichen, die von der Regierung verbreitet werden. Schließlich sind weder Israels Entwicklung von Atomwaffen, noch seine Zusammenarbeit mit Südafrika keineswegs Dinge, die den amerikanischen Politikern oder dem Geheimdienst vorher nicht bekannt waren. Und sie wußten auch schon seit Jahren von der Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern bei der Entwicklung von anderen Waffen. Zum Beispiel ist der südafrikanische Düsenjäger Cheetah dem israelischen Lavi – der von den USA unter der Bedingung, daß die Technologie in Israel bleibt, finanziert wurde – verdächtig ähnlich.

Was mit den kürzlichen Enthüllungen erreicht wurde, war, Israel die Daumenschrauben anzusetzen zu einem Zeitpunkt, wo die Bush-Regierung versucht, die Entwicklung von strategischen Waffen seines eigensinnigen Verbündeten zu zügeln, während sie gleichzeitig versucht, bei Verhandlungen mit den Palästinensern in den besetzten Gebieten aus der toten Ecke herauszukommen. Es war nur ein Spiel. Am Ende erwiesen sich die amerikanischen Enthüllungen über die israelisch-südafrikanische Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Atomwaffen nur als Sturm im Wasserglas.

Aber die Bush-Regierung spielte das Spiel voll durch. Premierminister Jitzhak Shamir, der die USA besuchen und zu amerikanisch-zionistischen Gruppen sprechen und Gelder für die Neuansiedlung von sowjetischen Juden in Israel auftreiben wollte, wurde auf die Folter gespannt, ob er auch nur eine formelle Einladung vom Weißen Haus für seinen Besuch bekommen würde. Über die kalte Abfertigung, die Shamir möglicherweise zuteil geworden wäre, wurde in Israel auf den Titelseiten der Zeitungen berichtet und die israelische Tageszeitung „Hadashot" warnte davor, daß, wenn das Weiße Haus sich weigern würde, Shamir zu empfangen, dies als „beißende und unnötige Beleidigung" gegenüber dem Premierminister, gegenüber Israel und gegenüber den amerikanischen Juden ausgelegt würde. Bush gab schließlich nach und das Weiße Haus gab eine formelle Einladung an den Premierminister heraus, aber nur Tage bevor er seine geplante Rundreise durch die USA beginnen wollte. □

Israels Handelsbindungen zu Japan

Israel wünscht schon seit langem starke Wirtschaftsbeziehungen zu Japan, aber bislang war die zionistische Regierung in dieser Hinsicht erfolglos. Das Fehlen einer natürlichen Handelsbeziehung zwischen den beiden Staaten sowie der arabische Wirtschaftsboykott des zionistischen Staates haben Israels beste Bemühungen stets behindert. Nun scheint jedoch ein Durchbruch bevorzustehen.

Eine Gruppe von israelischen Beamten des Ministeriums für Industrie und Handel, angeführt von dem stellvertretenden Generaldirektor Max Livnat, hielt sich in Japan auf, um Geschäfte anzukurbeln. Livnat kehrte mit der Überzeugung nach Hause zurück, daß der „bilaterale Handel zwischen Israel und Japan sich in den kommenden zwei oder drei Jahren wesentlich verstärken wird. Sie wollen Beziehungen zu uns entwickeln", sagte er.

Die großen Hoffnungen der Israelis beruhen weitgehend auf ihren einzigartigen Handelsabkommen mit den USA und der Europäischen Gemeinschaft, mit denen Israel ein Freihandelsabkommen getroffen hat. So könnte Israel – und will auch – als Kanal für japanische Exporte in diese Länder dienen. Zum Beispiel durch die Bildung von Joint-Ventures mit japanischen Firmen könnten israelische Firmen eine Mehrwertfunktion auf verschiedene japanische Produkte ausüben und diese unter der Zollfreiheit ihrer Freihandelsverträge in die USA oder die Europäische Gemeinschaft exportieren.

Dieser Gedanke scheint Fuß zu fassen, zumindest bei einigen japanischen Firmen. Im letzten Sommer gab Honda Pläne zur Eröffnung eines Autowerks in Israel bekannt und in jüngster Zeit haben japanische Geldanleger israelische Firmen, darunter Electronics Systems Ltd. in Herzliya und H. C. Algae in Eilat aufgekauft. Andere Abschlüsse stehen bevor.

Der israelische Handel mit Japan war traditionsgemäß geringfügig, er ist jedoch in den letzten Jahren stetig gewachsen: Von 385 Millionen Dollar im Jahr 1985 auf 1,1 Milliarden Dollar im Jahr 1986, und es wird geschätzt, daß er 1989 fast zwei Milliarden Dollar erreicht hat. Die Bilanz ist zu Israels Gunsten, weitgehend, weil ein Großteil des Handels aus israelischen geschliffenen Diamanten besteht, die von Japanern gekauft werden. Im Rahmen einer weiteren Arbeitsgemeinschaft, die kürzlich bekanntgegeben wurde, kaufte Tasaki Shinju Co. – japanische Perlenhändler – eine Diamantenschleiffabrik.

Die Israelis hegen schon seit langem eine Haß-Liebe gegenüber den Japanern. Sie bewunderten und beneideten Japans technologische und kommerzielle Entwicklung. Sie versuchten, ihre eigenen Interessen und Fähigkeiten auf diesen Gebieten auf die der Japaner zu beziehen. Aber die Japaner reagierten nur zögernd auf die israelischen Annäherungsversuche und wenn sie es taten, dann waren diese Reaktionen für die Israelis überraschend und enttäuschend.

Im vergangenen Jahr führte der japanische Handelsminister auf Einladung Israels eine Delegation, in der mehr als 300 japanische Firmen vertreten waren, auf eine Erkundungsreise nach Israel. Es wurden keine Handelsgeschäfte von irgendwelcher Bedeutung abgeschlossen, aber zum großen Erstaunen ihrer israelischen Gastgeber, gab die japanische Delegation am Ende des Besuches eine Erklärung ab, in der Israel wegen seiner Behandlung der Palästinenser verurteilt wurde. Indem sie dieser Verletzung auch noch eine Beleidigung folgen ließen, leistete die Delegation auch noch einen finanziellen Beitrag an die Palästinenser.

Monate später versuchten die Israelis wieder einmal ihre Wirtschaftsbeziehungen zu Japan dadurch zu verbessern, daß sie ihre eigene Handelsdelegation nach Japan entsandten. Aber die konnte auch keine bedeutsamen Vereinbarungen treffen.

Der Minister für Industrie und Handel, Ariel Sharon, der derzeit mit politischen Angelegenheiten beschäftigt ist, begleitete die Handelsdelegation nach Japan nicht. Sharon gab vor zwei Jahren auf einer Handelskonferenz in Washington vertraulich bekannt, er wünsche keine Geschäfte mit den Japanern zu machen.

Die zionistische Regierung ist jedoch dazu entschlossen, ihre Beziehungen zu Japan zu verbessern. Der Außenminister Mosche Arens hielt sich fünf Tage lang in Japan auf und arbeitete dort mit den Japanern eine Vereinbarung zur Bildung einer gemeinsamen Kommission für den Austausch von Besuchen und zur Führung von regelmäßigen Gesprächen über politische und wirtschaftliche Fragen aus.

Obwohl der japanische Premierminister Toshiki Kaifu Arens dazu drängte, mit der PLO zu verhandeln und Land für Frieden einzutauschen, wird Arens Besuch von den Israelis als erfolgreich erachtet. □

Anti-Defamation League

Die kommende Schlacht

Victor Marchetti

Nachdem sie zwei Jahre lang in der Defensive war – weitgehend wegen der schlechten Publicity, die Israel sich selbst durch seine hartnäckige Weigerung zu einer friedlichen Einigung mit den Palästinensern zu kommen bereitet hat, plant die Anti-Defamation League (ADL) der B'nai B'rith-Loge einen Gegenangriff auf breiter Basis, um die steigende Flut der „Israel und Juden feindlichen Meinung" in der amerikanischen Öffentlichkeit zurückzudrängen, heißt es aus wohl unterrichteten Kreisen der zionistischen Lobby.

Außerdem plant die ADL die Regierung von US-Präsident George Bush sowohl frontal als auch von den Seiten herauszufordern. Die Zionisten-freundliche Bruderschaft und die Freunde Israels im amerikanischen Kongreß werden eingesetzt, um jede Initiative des Weißen Hauses, die als schädlich für Israel erachtet wird, zu unterminieren und Druck auf die Regierung auszuüben, eine Israel freundlichere Haltung anzunehmen – wie das in den „Schönwettertagen von Ronald Reagan" der Fall war.

Anhebung des amerikanischen Bewußtseins

Unterdessen werden in der amerikanischen Regierung gut plazierte Kollaborateure und Sympathisanten „ihren Beitrag dazu leisten", ebenso wie einflußreiche Persönlichkeiten, die dem US-Präsidenten und seinen Hauptberatern nahestehen. Die Nachrichtenmedien werden ebenfalls „stark dazu ermutigt", sich Israel freundlicher zu nähern als das in den letzten Jahren – seit dem Erwachen der Intifada, dem palästinensischen Aufstand – der Fall war.

Die neue Offensive wird von einem Vorstoß zur „Anhebung des Bewußtseins" der Amerikaner, insbesondere der amerikanischen Juden, gegenüber der Bedrohung durch Antisemitismus gekennzeichnet sein. Dies ist natürlich eine faule Sache, aber sie wird benutzt werden, um den Angriff gegen die Bush-Regierung und deren ausgewogener Einstellung zu den Nahostfragen zu maskieren. Nach der Denkweise der ADL kann es nur eine richtige Nahostpolitik geben: Totale Unterstützung für Israel und den Zionismus. Alles was dahinter herhinkt, ist nach der Auslegung ein unwiderlegbarer Beweis für Antisemitismus.

Instinktives Mißtrauen gegenüber Bush

Indem sie ihre Führungsrolle in der Judenheit noch einmal durch Angriffe auf Präsident Bush deutlich macht, führt die ADL eine immer länger werdende Liste von Beschwerden, die es auszubeuten gilt – angefangen von der Tatsache, daß der Präsident von der amerikanischen Judenheit noch niemals als wahrer und ergebener Freund Israels erachtet worden ist. Die Juden hätten Bush gegenüber stets ein instinktives Mißtrauen gehegt, das zum Teil auf dessen familiärer Herkunft, das heißt seiner Zugehörigkeit zu Amerikas weißem angelsächsischem protestantischem Establishment von Neuengland seit dessen Gründung, beruht. Seine Lippendienste gegenüber Israel während der Reagan-Jahre – und besonders heute – haben wenig dazu beigetragen ihre Meinung zu ändern.

Der landesweite Direktor Abraham (Abe) Foxman und andere Führer der ADL, vor allem Seymour Reich, Präsident der B'ai B'rith-Loge und Vorsitzender der Conference of Presidents of Major American Jewish Organizations, glauben, daß Bush und seine Regierung tatkräftig darauf hinarbeiten, den Einfluß der zionistischen Pro-Israel-Lobby in mehrfacher Hinsicht zu beschneiden. Einerseits hat es die Liquidierung des Kalten Krieges dem Präsidenten ermöglicht, die zügellose proisraelische neokonservative Bewegung mit ihren schrecklichen Warnungen vor der sowjetischen Bedrohung im Nahen Osten beiseitezuschieben.

Gleichzeitig, so glaubt die ADL, hat die Regierung ein sorgfältige ausgearbeitetes Programm in Angriff genommen, um Israels Bedeutung dadurch weiter zu untergraben, daß sie die Freundschaft und langfristige Bedeutung der gemäßigten ölproduzierenden arabischen Länder für die Vereinigten Staaten fördert und hervorhebt. Teil dieses Programms sei die ständige Flut von „Ölgeschichten", die in den letzten Monaten ihren Weg in die amerikanische Presse gefunden hätten. Dieses „neue Ölbewußtsein" sei der zugrundliegende Faktor der Bereitschaft der Regierung, auf größere Verkäufe von Kriegsmaterial an die Araber zu drängen – trotz der Macht der proisraelischen Bruderschaft im Kongreß.

Die Geschichten aus dem Weißen Haus

Die Änderung in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen ermöglichte es der Regierung auch in gewissem Ausmaß, einer weiteren langfristigen Angelegenheit auszuweichen, die amerikanischen Juden am Herzen liegt: Das sowjetisch-jüdische Flüchtlingsproblem. Unter normalen Umständen wären die ADL und die zionistische Lobby in der Lage gewesen, alle Juden, die die UdSSR verlassen wollen, den USA aufzuzwingen.

Die ADL und ihre Freunde sind jedoch besonders wütend darüber, was sie als die „Bush-CIA-Taktik" bezeichnen, die jetzt angewendet werde, um Israels Image in der Wahrnehmung der amerikanischen Öffentlichkeit zu beflecken. Sie glaube, daß das Weiße Haus unter Ausbeutung des sinkenden Prestiges Israels, das von der emotionellen Berichterstattung der Nachrichtenmedien über die palästinensische Intifada herrührt, willkürlich Stories durchsickern lassen hat, die Israel in einem schlechten Licht darstellen.

Zu diesen Berichten, die später durch vertrauliche Bestätigungen durch den CIA untermauert wurden, gehören durchgesikkerte Meldungen, die den Staat Israel mit dem kolumbianischen Kokainkartell in Verbindung bringen. Darin wird enthüllt, daß israelische Waffenhändler Waffen und „Ausbildung zur Terroristenbekämpfung" an die Drogenlords verkauft haben. Und erst in jüngster Zeit ließ das Weiße Haus wissen, daß Israel Südafrikas Atomwaffen-Entwicklungsprogramm unterstützt hat.

Tadel für jede Kritik an Israel

Diese Reihe von Entwicklungen, zusammen mit der offensichtlichen Absicht der amerikanischen Regierung, die Verhandlungen mit der PLO, Ägypten und anderen arabischen Staaten und ihren Bemühungen, auf eine friedliche Regelung des Palästinenserproblems zu drängen fortzusetzen, hat das Niveau der Bewußtseinsspaltung innerhalb der ADL und des aktivistischen Judentums auf einen Höhepunkt gebracht.

„Das Syndrom ‚wir gegen sie' ist wieder einmal im Spiel", sagt ein ADL-Aktivist, „und der Faktor des ‚Belagerungszustands' wird auch bald seinen Beitrag dazu beisteuern. Für Foxman und Reich gleitet die Situation mit Bush aus der Hand. Israels Überleben steht auf dem Spiel, und das Gespenst des Antisemitismus bedroht wieder einmal die amerikanische Judenheit. Das ist das Zeug, welches vielen Leuten Feuer unter dem Hintern macht." □

Churchill und der Zweite Weltkrieg

Erster Teil

David Irving

Der britische Historiker David Irving hielt auf der neunten internationalen Konferenz des Institute for Historical Review einen Vortrag zum Thema „Churchill und der Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg". Irving ist auch Verfasser einer sehr kritischen Biographie über Churchill, deren erster Band bisher nur in englischer Sprache vorliegt.

Churchill war ein prächtiger Mensch, ein wunderbarer Schriftsteller, ein brillanter Redner. Selbst wenn er am schlechtesten schrieb, war er besser als viele von uns anderen Autoren, wenn wir entschieden unser Bestes tun. Ich habe das schon oft gesagt und es ist zweifellos die Wahrheit. Er hatte die Gewohnheit nach einem schneidenden Satz zu suchen, und wenn ich auf meine eigenen Untaten in den letzten 25 Jahren – mein Leben als Autor – zurückschaue, dann fällt mir gelegentlich ein Satz ein, den ich im zweiten Band von „Churchills Krieg" zitiere: „Das Leben eines Menschen ähnelt einem Gang durch eine lange Passage, an der die Fenster zu beiden Seiten geschlossen sind. Jedesmal, wenn man ein Fenster erreicht, wird es durch eine unsichtbare Hand geöffnet; aber das Licht, das es hereinläßt, erhöht durch seinen Kontrast lediglich die Dunkelheit am Ende."



Winston Churchill brauchte den Krieg für seinen Ehrgeiz, Diktator von Großbritannien zu werden.

Ein Mann mit sehr seltsamen Seiten

Ein eindrucksvolles Beispiel für Churchills anschauliche Schreibkunst. Und doch war er ein Mann mit sehr, sehr seltsamen Seiten. Er war fast ein perverser Mensch, der es liebte, sich in den Leuten zur Schau zu stellen. Man wird dies allerdings in der üblichen Churchill-Biographie nicht finden. Man findet es aber in meiner Arbeit. Solche Blitzlichter eines reifen Scharfsinns wurden abgeschwächt durch zeitweilige Verhaltensweisen, die Zeugen nur als kindisch bezeichnen konnten.

Der gleiche General, der gelangweilt beobachtete, wie Churchill wieder einmal in Wut geriet, bemerkte zu Hugh Dalton, dem Minister für Economic Warfare (wirtschaftliche Kriegsführung): „Man hat das Gefühl, daß eine Kinderschwester kommen müßte, um ihn abzuholen."

Einige seiner Fetische müssen ihre Wurzeln in seiner ruhelosen Kindheit gehabt haben. Er hatte die wunderliche Gewohnheit, sich zur Schau zu stellen, genau wie ein ungezogenes Kind, sowohl seinen jungen Sekretären, als auch seinen Respektspersonen gegenüber. Jeder glaubte, ihm wäre eine einzigartige Bevorzugung zuteil geworden, aber dies geschah so häufig, daß es eigentlich keine Zufälle gewesen sein können.

Ganz gleich, wie hochstehend die betreffende Persönlichkeit war – mit Ausnahme, so scheint es, Seiner Majestät –, es konnte ihr passieren, daß sie von Großbritanniens Premierminister unter dem einen oder anderen Vorwand im Zustand völliger Nacktheit empfangen wurde.

Churchill empfing häufig seine Minister im Bad sitzend oder gerade aus dem Bad heraussteigend – und die so beglückten Leute wurden später als Churchills „Companions of the Bath" (Eigentlich: Angehörige des niedrigsten Standes des Ritterordens, hier: „Badgefährten") bezeichnet. Er ähnelte nach der Formulierung des Brigadegenerals Menzens, Chef des Geheimdienstes, einem in einen seidenen Kimono gehüllten „hübschen rosaroten Schweinchen".

„Manchmal", so erinnerte sich „C" im Jahre 1967, „mußte ich mit dem PM sprechen, als er unbekleidet war. Und einmal, als er sich in der Badewanne befand, bemerkte er mir gegenüber, er habe nichts vor mir zu verbergen."

In einem anderen Falle bedeutete ihm Churchill zu schweigen und wies auf seinen Perserkater Nelson, der gerade aus dem Fenster schaute: „Er steht in Verbindung mit den Pelikanen am See", sagte er, und die leiten unsere Informationen an den deutschen Geheimdienst weiter!"

Splitternackt mit einer Zigarre im Mund

Nicht einmal Ausländern wurde diese Tortur erspart: Am 23. August 1941 bat er den Butler von Chequers Court (seit 1917 Landsitz der britischen Premierminister), Elliot Roosevelt zu ihm zu führen. „Ich klopfte an die Tür", schrieb der Sohn des US-Präsidenten, „und trat ein. Churchill diktierte gerade seinem Sekretär etwas und hatte dabei eine dicke Zigarre im Mund ... er war splitternackt und marschierte im Zimmer auf und ab."

Andere kamen bei ihm kaum gnädiger davon; er trug seine weiße Leinenunterwäsche als er im Mai 1943 den kanadischen Premierminister Mackenzie-King empfing: „Er bot einen tollen Anblick, sah aber wie ein Knabe aus – die Bakken rosarot und sehr frisch". (Ich bin nicht sicher, welche Backen er meinte!).

Dies ist eines der Probleme, mit denen Churchill es in den Kriegsjahren zu tun hatte: Die Amerikaner dazu zu überreden einzutreten und seinen Krieg für ihn zu führen. Denn bis spätestens 1940 war es Churchills Krieg geworden. Er hatte nichts mehr mit Polen zu tun, Polen war vergessen, sobald Polen besiegt war, aber der Krieg wurde spätestens 1940 eine Sache der Selbstverlängerung. Es war für Churchills eigene politische Herrschaft wichtig geworden, daß der Krieg weiterging.

Churchill kam im allgemeinen gut an

Weniger als 20 Prozent der Amerikaner vertraten im Juni

Revisionismus

Churchill und der Zweite Weltkrieg

1942 die Ansicht, daß es nach dem Krieg zu einer engeren Zusammenarbeit mit Großbritannien kommen sollte. Dies wurde im Juni 1942 durch eine Gallup-Umfrage ermittelt. Für sie waren die Briten aristokratisch, hochnäsig, selbstsüchtig, arrogant und kalt. Nun, es ist nichts dabei, arrogant zu sein, wir haben viel Geld dafür ausgegeben, unsere Jungen in Schulen zu schicken, um ihnen Arroganz beizubringen.

Die Gallup-Umfrage ergab auch, wie die Engländer damals die Amerikaner sahen: Deren Image war von Einbildung, überheblicher Selbstsicherheit, Verbrecherunwesen, Schiebung und Korruption geprägt – dies klingt beinahe antisemitisch –.

Churchill kam im allgemeinen gut an: 45 Prozent mochten ihn – 25 Prozent mochten Tschiang Kai-schek. Sieben Prozent mochten Stalin. Zu denjenigen, die ihn nicht mochten, gehörten die Neger, die Iren, die Farmer im Mittelwesten und Bürger deutscher Abstammung – aus irgendeinem merkwürdigen Grund!

Als Churchill in den Vereinigten Staaten an Land ging, erhielt er keineswegs nur einmütig begeisterte Zuschriften. Die Akten des FBI, die ich im Rahmen meiner Churchill-Forschung eingesehen habe, enthalten einige kostbare Briefe, die das FBI abgefangen hatte, darunter folgendes anonymes Schreiben einer kalifornischen Mutter mit drei Kindern:

„Jedesmal, wenn Sie bei uns an Land gehen, bedeutet dies etwas Schreckliches für uns. Warum bleiben Sie nicht daheim und schlagen Ihre Schlachten selbst, anstatt uns da hineinzuziehen, um Ihren erbärmlichen Hals zu retten? Sie nutzen unseren Vollidioten von einem Präsidenten auf widerliche Weise aus" (19. Juni 1942).

Sehen Sie, wenn ich als Historiker für irgend etwas bekannt bin, abgesehen davon, ein lästiger Bursche zu sein, dann dafür, daß ich die Dinge aufdecke. Und die Dinge aufdekken, bedeutet nicht unbedingt, daß man ins Archiv geht, dort etwas sieht und sagt: „Schauen Sie sich das an, das ist etwas ganz Außergewöhnliches."

Suche nach den Lücken in den Akten

Wenn man lange genug in die Archive geht, zehn oder zwanzig Jahre lang, dann wird man das, was ich einen „Lückologen" nennen möchte.

Ich kann in Archiven Lücken aufspüren, und diese werden immer schwieriger aufzuspüren, weil sie überkleistert und die Akten geschlossen worden sind, und erst nachdem man die Archive über einen Zeitraum von vielen Jahren durchforscht hat, bekommt man so ein Gespür dafür, daß etwas nicht da ist, was da sein sollte. Und man bekommt diese Art von Gespür, wenn man in die amerikanischen Archive schaut und dann in die britischen Archive, und dann nach Australien oder Kanada und zu den anderen Archiven geht, und einem plötzlich einfällt: „Moment mal, in den amerikanischen Archiven habe ich einen ganzen Haufen von Dokumenten darüber gefunden, aber hier befinde ich mich in dem Archiv außerhalb von London, und doch ist da eine Lücke!"

Es dauert lange, bevor man seinen Finger auf jene Lücke legen kann – weil sie nicht da ist –, da ist nicht unbedingt ein Hinweis, auf dem zu lesen ist: „Was ist das für eine Lücke. Versuchen Sie herauszufinden, was es ist".

Auf diese Weise bin ich so etwas wie ein Lückologe (Lükkenforscher) geworden und ich suche danach, was in den Akten fehlt. Und besonders in der Geschichte darüber, wie es uns gelang, die Amerikaner 1941 mit hineinzuziehen – da sind Lücken. Es gibt Lücken in den Akten, die sich vor allem mit Japan und den Vereinigten Staaten befassen. Und es gibt Lücken in den Akten bis ganz zurück nach 1936, als die Amerikaner erstmals in das Britische Empire einfielen.

Unterlagen bis zum Jahr 2017 gesperrt

Sie wissen nichts von dieser Invasion, weil jetzt angesichts der Tatsache, daß wir ein besonderes Verhältnis zu Ihnen haben, niemand mehr sehr viel Aufhebens darüber macht. Es gibt nicht nur einen Staat, der ein besonderes Verhältnis zu Ihnen hat, da ist noch ein anderer – jedesmal, wenn Israel als Amerikas treuester Freund bezeichnet wird, fährt Mrs. Thatcher zusammen –. Und die Tatsache, daß Sie uns gelegentlich gemein behandelt haben, wird fein säuberlich übersehen.

Die Tatsache, daß Sie uns 1940 bis 1941 rücksichtslos ausgeplündert haben, wird übersehen. Ebenso die Tatsache, daß Präsident Roosevelt 1936 US-Marines aussandte, um die Insel Kanton zu besetzen, seinerzeit britischer Besitz im Bereich der Phoenix-Inseln im Südpazifik, damals nur von einem British Resident (mit großem „R") bewohnt, der eine Eingeborene zur Frau hatte – sie lebten in einer Grashütte und ließen den Union Jack an einem Flaggenmast wehen –. Die Pan Am benötigte die Insel bei ihren Flügen zum Südpazifik als Zwischenlandepunkt, und daher schickte Roosevelt die Marines dorthin, um die Briten hinauszuwerfen.

Nun, vielleicht ist es für Sie überraschend, daß es in den britischen Archiven keinerlei Hinweis darauf gibt. Aber im Katalog der britischen Archive findet sich ein Hinweis darauf. Es heißt dort: „American policy: Canton Island, closed until the 21st century" („Amerikanische Politik: Kanton-Insel; geschlossen bis zum 21. Jahrhundert"). Alle Seiten, die sich auf diese peinliche Periode beziehen, sind bis 2017 geschlossen – daher werde ich sie nie zu sehen bekommen.

Dies ist ein typisches Beispiel für Lücken, nach denen man sucht. Man findet Unterlagen darüber in den amerikanischen Archiven, deutlich genug, und auf diese Weise bin ich zum erstenmal auf diese Dinge gestoßen – in den Privatpapieren von Harold Ickes, der seinerzeit Secretary of the Interior (Innenminister) war. Es gehörte zu seinem Wirkungskreis.

Ich glaube, Professor Warren S. Kimball, der ein großer Churchill-Forscher im amerikanischen Universitätswesen an der Rutgers University ist, war die erste Person, die auf die Lücken in den britischen Archiven in bezug auf die japanischen Akten aufmerksam machte. Denn alle Geheimdienstakten, die sich auf Japan beziehen, sind eingezogen worden, und nicht nur irgendwelche Akten, die sich auf Japan beziehen, sondern genau der Monat vor Pearl Harbor, verschwunden, nicht mehr in den britischen Archiven.

Geheimnis um die Akten über Pearl Harbor

Ich erwähne bescheiden die Tatsache, daß man, wenn man sich ein wenig umschaut, noch andere Lücken sehen kann. Wenn man sich die Biographie von Winston Churchill betrachtet, die von Martin Gilbert geschrieben und von Heinemann veröffentlicht wurde; er ist der autorisierte Churchill-Biograph – was eher darauf hindeutet, daß niemand anders über Churchill schreiben sollte, aber ich habe mir angemaßt, auf meine anmaßende Weise, eine nicht autorisierte Biographie zu schreiben –, wenn man sich also Martin Gilberts Biographie betrachtet, dann stellt man auf einer Seite im vierten Band fest, daß mit Sicherheit etwas daraus entfernt worden ist, was sich auf den 26. November 1941 bezieht, der ein sehr wichtiger Tag in der Geschichte vor Pearl Harbor ist.

Der 26. November 1941 ist der Tag, an dem wir auf die Amerikaner einredeten, den Japanern gegenüber standhaft zu bleiben und damit sicherzustellen, daß der Krieg ausbrechen würde. Und an diesem Tag in Martin Gilberts Biographie werden Sie feststellen, daß offensichtlich irgendwann ein Absatz entfernt worden ist, weil es einen Hinweis auf einen Brief gab, den Churchill an den Präsidenten schrieb, der aber an jenem Tag herausgenommen wurde – und wir wissen, daß er verschwunden ist,

denn im nächsten Absatz fährt Martin Gilbert dummerweise mit den Worten fort: „... am gleichen Tage geschah dies und das!"

Und hier ist nicht mehr der gleiche Tag gemeint. So konnte man ausfindig machen, wo die Lücke war. Es ist offensichtlich alles wieder in Ordnung gebracht und die Seiten sind neu gesetzt worden, denn etwas in bezug auf den 26. November 1941 war daraus entfernt worden.

Wenn man in den amerikanischen Archiven unter diesem Datum nachschaut und sich in das Gebäude der National Archives an der Pennsylvania Avenue in Washington D. C. begibt und alle Telegramme betrachtet, die an dem betreffenden Tage zwischen London und Washington hin- und hergingen, etwa vierzig von ihnen liefen über Botschaftskanäle, dann sieht man die Seriennummern der Telegramme und plötzlich sind da zwei Telegramme, die Seriennummern hatten, die nicht im Archiv sind – sie sind aus dem Archiv verschwunden. Und so etwas gab es nicht. Wenn einem Telegramm eine Seriennummer zugeteilt worden war und diese Telegrammnummer nicht benutzt wurde, dann kommt ein unbeschriebenes Blatt ins Archiv mit der Referenznummer „nicht benutzt".

Keiner der Historiker kam darauf

So wurden zwei Telegramme aus dem Archiv entfernt, da die Numerierung eine Lücke aufweist. Und wir wissen nicht genau, was am 26. November geschah, abgesehen von seltsamen Anspielungen darauf in den Tagebüchern von Roosevelts Stab. Dadurch fangen die Lücken an, bedeutungsvoll zu werden. Und dann wird einem klar, warum man über die britischen und amerikanischen Archive nicht so ganz glücklich ist – und es ist ein Riesending, es ist so groß, daß man sich fragt, warum man es nicht gleich entdeckt hat.

Und gerade die großen Dinge fallen den Leuten oft nicht auf. Wie zum Beispiel in dem berühmten Fall der Adolf Hitler-Tagebücher, die 1983 veröffentlicht wurden. Ich interessierte mich für die chemische Untersuchung des für den Einband verwendeten Klebstoffs und der Tinte und des Papiers und so weiter – aber es war die dicke Sache, die wir alle übersahen. Ich muß das zugeben. Das war die Tatsache, daß als ich die Tagebücher sah – da waren 62 davon auf dem Tisch aufgestapelt – alles die gleichen Hitler-Tagebücher in seiner Handschrift, anscheinend echt.

Etwas ganz Offensichtliches hätte uns jedoch allen auffallen müssen: Die Tatsache, daß wenn es 62 Tagebücher gab, alle die gleichen, auf jenem Tisch im Jahre 1983, dann bedeutete dies, daß damals im Jahre 1920 Adolf Hitler in ein am Ort befindliches Schreibwarengeschäft gegangen ist und gesagt hat: „Ich hätte gerne 62 Tagebücher bitte ... ich will ein Tagebuch schreiben!"

Sehen Sie? Keiner von uns kam darauf, ich muß das zugeben, obwohl ich mich irgendwie schäme, dies zuzugeben. Und so ist es auch mit den Archiven in Übersee, in London und hier in Washington. In Washington hat die amerikanische Regierung jetzt alle abgefangenen japanischen Meldungen freigegeben. Alles, was entschlüsselt wurde aus den japanischen diplomatischen Akten, einigen der Marineakten sowie Militärsignale, die wir 1940 und 1941 und danach den berühmtem „Magic"-Maschinen, dem Depeschenschlüssel „Purple" und verschiedenen anderen Schlüsseln aus dieser Serie entschlüsselt haben, ist jetzt von der NSA (National Security Agency) an das Staatsarchiv (National Archives) in Washington freigegeben worden. Millionen von Seiten von abgefangenen Meldungen, die die Japaner hervorbrachten und von Entschlüsslern der US-Army und Navy während des Zweiten Weltkriegs entschlüsselt wurden, befinden sich in amerikanischen Archiven. In den britischen Archiven befindet sich nicht eine einzige Seite einer von den Engländern entschlüsselten japanischen Meldung.

Das ist nicht so leicht festzustellen, denn es ist eine Lücke! Es gibt keine Sorte von Lücken auf den Regalen mit einem Schild auf dem steht: „Hier werden die von den Engländern entschlüsselten Meldungen einmal hinkommen, wenn sie freigegeben werden!" Man schweigt ganz einfach völlig still darüber.

Engländer kannten alle japanischen Geheimnisse

Zum Beispiel stieß ich vor einigen Monaten auf eine Anordnung von Churchill in Sachen Sicherheit. Man beobachtete die Bewegungen des japanischen Außenministers. Churchills Stabschef, ein Mann namens Ismay, schreibt an Churchill: „Nun, was machen wir mit dem beigefügten Dokument?" Und das beigefügte Dokument, das vom Inhalt her gesehen ganz offensichtlich eine abgefangene japanische Meldung vom Februar 1941 ist, wurde von der britischen Regierung eingezogen. Und da ist ein Einzugsblatt, auf dem steht, daß das beiliegende Dokument entfernt worden ist, aber man weiß nicht, was es ist. Man weiß nur durch Rückschlüsse aus Begleitschreiben, daß es sich um eine abgefangene japanische Meldung handelt.

Nun, was bedeutet dies alles? Es bedeutet, daß wir Engländer in den Jahren vor Pearl Harbor mit Sicherheit japanische Signale lasen. Ich möchte kurz darauf eingehen genau welche Codes wir lasen, und das bedeutet, daß wir uns so sehr dafür schämen, was wir aus jenen Signalen herausbekamen, daß wir nicht zuzugeben wagen: Erstens, daß wir überhaupt japanische Meldungen empfingen, und zweitens wir nicht das Risiko einzugehen wagen, irgendwelche dieser Meldungen für das Archiv freizugeben, falls in fünf Jahren von heute so ein schlauer David Irving daherkommt und sieht, welche Folgerungen daraus zu ziehen sind. Wir sind berechtigt, eine weitere Folgerung, drittens, daraus zu ziehen, nämlich daß Leute, die Dinge verbergen, dies im Grunde aus einem schlechten Gewissen heraus tun.

Soweit uns bekannt ist, haben die Amerikaner keine ihrer abgefangenen japanischen Meldungen verborgen. Ich glaube, jeder befugte Historiker wird mit mir bei dieser Feststellung einer Meinung sein. Die Amerikaner waren sehr freizügig bei der jetzigen Freigabe aller ihrer abgefangenen Meldungen in das Staatsarachiv. Es ist in der Tat eine verwirrende Fülle von abgefangenen Meldungen – wir wissen nicht, was wir mit ihnen anfangen sollen –, es gibt Millionen davon. Kein einzelner Historiker hat die Zeit dafür, sie alle durchzusehen, so viele sind es. Und doch haben wir Engländer nicht eine einzige Seite freigegeben. Man findet nicht einmal hier und dort falsch eingeordnete Seiten in den Archiven – alle sind fleißig aus den Akten aussortiert worden.

Wichtige Akten fehlen im Archiv

Ich glaube, was hier geschehen ist, war folgendes: Damals, im September 1939, begannen wir die verschlüsselten Einsatzmeldungen der japanischen Flotte, JN-225 (JN: Japanese Navy) zu lesen, und diese abgefangenen Meldungen der japanischen Marine wurden schließlich von uns auf einer weit höheren Ebene gelesen, als es den amerikanischen Entschlüsslern möglich war.

Ich könnte Ihnen verschiedene Dokumente vorlesen, wenn ich Ihnen die Verärgerung darlegen wollte, die die Amerikaner uns gegenüber darüber empfanden, daß wir nicht alles an sie freigaben, was wir hatten. George Marshall schrieb diesbezüglich Briefe an den Präsidenten. Ein Mann namens McCormack wurde 1943 nach Großbritannien geschickt, um herauszufinden, ob es irgendeine Möglichkeit gab, die britischen Nachrichtenbehörden zu veranlassen, noch mehr von ihren abgefangenen Meldungen freizugeben, denn es war den Amerikanern inzwischen bewußt geworden, daß wir mehr entschlüsselten als wir freigaben.

Und wir stehen jetzt vor dem Problem herauszufinden, warum wir die abgefangenen JN-225-Meldungen nicht an das Archiv in Großbritannien freigegeben haben und ob wir berechtigt sind, Schlußfolgerungen daraus zu ziehen. Es ist eine Lücke und

Revisionismus

Churchill und der Zweite Weltkrieg

es ist eine peinliche Lücke. Ich glaube, das ist ein Grund warum – wie Warren Kimball ausführte – gewisse auf Japan bezogene Akten des britischen Außenministeriums von September bis Oktober und besonders im November 1941 völlig aus dem britischen Archiv entfernt wurden, obwohl sie sich anscheinend nur auf Japan beziehen und nicht unbedingt abgefangenes Material enthalten. Sie wurden unter Verletzung unserer Dreißig-Jahre-Regelung aus dem Archiv entfernt und werden archiviert, wenn wir alle längst tot sind. Dies ist wiederum eine Handlungsweise des schlechten Gewissens.

Lesen sie keine gedruckten Tagebücher!

Mein Kollege John Costello, ein hervorragender Schriftsteller, der detaillierte Bücher über Pearl Harbor geschrieben hat, stellte formelle Anträge an das Ministry of Defence in Großbritannien und ihm wurde gesagt: „Es wäre nicht im nationalen Interesse, diese Akten freizugeben". Nicht im nationalen Interesse! Jetzt, fast 50 Jahre später, dürfen wir immer noch nicht erfahren, was vor Pearl Harbor geschah?

Schauen wir uns einmal einige der anderen Lücken an, so daß Sie sehen können, auf welche Weise wir alle an der Nase herumgeführt worden sind und wie es möglich war, daß einige unserer berühmtesten Historiker nicht herausgefunden haben, wie wir in die Irre geführt wurden. Schauen wir uns zum Beispiel einmal das Privattagebuch von Henry Stimson an.

Der US-Secretary of War (Kriegsminister), Henry Stimson, Republikaner, ein älterer Herr, aufrichtig, nett und freundlich, anständig, schrieb ein sehr ins einzelne gehendes Tagebuch. Wie es einige andere Kabinettsmitglieder – gottseidank – auch getan haben, diktierte er es auf eine Diktaphonscheibe. Wenn er sich am Ende eines Tages zurückzog, diktierte er, was er zu sagen hatte auf eine Scheibe und am nächsten Morgen arbeitete die Sekretärin auf der Schreibmaschine auf, was der Chef am Vortage diktiert hatte. Diese Tagebucheintragungen sind manchmal 25 oder 30 Seiten lang und wenn Sie zur Yale University gehen, dann können Sie das Henry Stimson-Tagebuch im Original lesen.

Ich betone die Bedeutung für jeden von Ihnen, der schreiben oder wissen will, was wahre Geschichte ist: Lesen Sie keine „gedruckten" Fassungen von Tagebüchern, lesen Sie das Original, wenn Sie die Gelegenheit dazu haben. Wenn nicht, dann beschaffen Sie sich Mikrofilm oder Fotokopien, denn nur dann bekommen Sie ein Gefühl dafür, wo die Fälschung vorgenommen worden ist.

Vielsagende Korrekturen der Tagebuchschreiber

Ich erinnere mich daran, eines von Rommels Tagebüchern gelesen zu haben: Rommel hatte im November 1941 gerade eine besonders dumme Schlacht verloren und eine oder zwei Wochen später wurde ihm klar, was für einen dummen Fehler er gemacht hatte und er ließ seinen Sekretär, einen Unteroffizier die betreffende Seite im Tagebuch neu schreiben – und korrigierte dadurch die Geschichte nach dem Ereignis! Der Unteroffizier setzte sich nieder und schrieb den Text peinlich genau ab und er beging den Fehler, den wir alle am ersten Tag des neuen Jahres begehen, er setzte das falsche Jahr im Kopf der Seite ein: November 1942! Das ist sehr verräterisch.

Das gleiche passiert in Henry Stimsons Tagebuch, im Monat vor Pearl Harbor. Wenn Sie in das Original-Tagebuch schauen, dann finden Sie klare Beweise dafür, daß an den Seiten des Stimson-Tagebuchs vor Pearl Harbor herumgepfuscht wurde. Wahrscheinlich von ihm selbst.

Alle Sekretärinnen haben ihre eigenen höchst persönlichen Gewohnheiten: Sie rücken um eine gewisse Anzahl von Buchstaben in der ersten Zeile eines Absatzes ein, sie betätigen nach einem Punkt oder Komma zwei- oder dreimal die Leertasten, sie unterstreichen das Datum oder nicht, sie schreiben 23 Zeilen auf einer Seite oder was auch immer. Und Stimsons Sekretärin, eine Chefsekretärin in der obersten Etage in Washington, tat genau das. Sie tippte das Tagebuch in peinlichster Genauigkeit. Das bedeutet natürlich, daß wenn sie einen Absatz auf einer Seite oder einen oder zwei Sätze herausnimmt und neu schreibt, man dies feststellen kann. Und natürlich, wenn jemand anders dies zwei oder drei Jahre später tut, das heißt den Text neu schreibt, dann ist es noch besser festzustellen, weil es dann eine andere Sekretärin ist.

Wenn Sie sich das Stimson-Tagebuch anschauen, werden Sie feststellen, daß im November und Oktober 1941, zwei Monate vor Pearl Harbor, wiederholt Passagen aus dem Stimson-Tagebuch entfernt worden sind, und daß aus Gründen, die ich soeben beschrieben habe, Seite für Seite von einer anderen Sekretärin neu geschrieben worden sind.

Und am Tage Pearl Harbors selbst, 7. Dezember 1941, finden wir, daß ab Seite drei das ganze Tagebuch neu geschrieben wurde. Wiederum von der gleichen Sekretärin, und zwar diejenige, die es drei oder vier Jahre später neu schrieb, denn es enthält immer die gleichen ureigensten Gewohnheiten der zweiten Dame und nicht der ursprünglichen Sekretärin.

Verschlüsselte Nachrichten über den Wetterbericht

Wieviele Historiker haben das herausgefunden? Und sind wir berechtigt, irgendwelche Schlüsse zu ziehen, was hineinkam und was herausgenommen worden ist? Nun, wie das Glück so will, am 4. November 1944 erhielt Stimson einen seltsamen Telefonanruf von Henry Morgenthau. Henry Morgenthau, Finanzminister, rief Henry Stimson an, er war tief beunruhigt, weil die Beschuldigung erhoben worden war, der Morgenthau-Plan habe das Leben von zwei Divisionen GI's gekostet. Morgenthau ruft also Stimson an und bittet sozusagen um Absolution. Er sagt: „Sagen Sie, daß dem nicht so ist, Henry!"

Und wenn Sie das Morgenthau-Tagebuch einsehen, in der Roosevelt-Bibliothek in Hyde Park, dann finden Sie folgenden interessanten, mit Bleistift geschriebenen Eintrag, den wiederum niemand entdeckt hat – nicht einmal Arthur Schlesinger jun., soviel ich weiß –, 4. November 1944, 8 Uhr 45: „Rief Henry Stimson, Cold Springs, an und drang auf ihn ein, er möge doch etwas tun (Deweys Behauptung, der Morgenthau-Plan habe den Krieg verlängert, zu bestreiten). Er klang müde, müder als je zuvor. Er sagte, er sei müde, weil er in den letzten zwei Wochen am Pearl-Harbor-Bericht gearbeitet habe, um alles herauszuhalten, was dem Präsidenten schaden könnte."

Da haben wir es! Um die gleiche Zeit herum ging er seine Tagebücher durch und dachte: Mein Gott, habe ich das in den Tagebüchern niedergelegt? Das nehme ich lieber heraus: „Miß Moneypenny, würden Sie bitte diese Seiten für mich tippen?" – Es ist also eine Vertuschung.

Verräterische Lücken in den Archiven

Wieder einmal können Sie ausfindig machen, was aus jenen Seiten verschwunden ist. Denn wenn Sie das ganze Jahr 1941 lesen, stellen Sie fest, daß Stimson alle anderen Monate hindurch Tag für Tag die Einzelheiten der Magics, die er bekommt, die abgefangenen Meldungen der Japaner, die diplomatischen Berichte, schriftlich niederlegt. Stimson legt sie so lange jeden Tag schriftlich nieder, bis urplötzlich, kurz vor Pearl Harbor, um den 3. November herum, jeder Hinweis auf Japan austrocknet. Ab 3. November, bis hindurch zum 26. November, gibt es anscheinend in seinen Tagebüchern, in der überarbeiteten Fassung, überhaupt keinen Hinweis auf Japan.

Nun, das kann auch nicht anders sein. Was er getan hat: Er ist sein Tagebuch durchgegangen und hat systematisch alles herausgenommen. Denn er ist fürchterlich erschrocken, weil hier ein Beweisstück nach dem anderen darüber vorliegt, daß die Japaner etwas im Schilde führten. So

ging er sein Tagebuch von vorne bis hinten durch und beseitigte alle diese Hinweise.

Nun ist in den britischen Archiven noch eine andere Lücke und wiederum springt einem dies nur dann ins Auge, wenn man das Thema intensiv in den anderen Archiven bearbeitet hat. Dies betrifft die „Winds message". Ich möchte mich hier nicht auf eine komplizierte Beschreibung dessen einlassen, was die „Wind message" war. Möge es genügen zu sagen, daß die Japaner sich darüber klar geworden waren, daß sie, wenn der Krieg ausbrechen würde, eine geheime Methode haben müßten, um ihren Botschaftern im Ausland mitzuteilen, wer der Feind sei und wann der Krieg ausbrechen wird. Sie entschlossen sich daher dazu, die verschiedenen Botschaften anzuweisen, beim örtlichen japanischen Wetterbericht, der überall in der Welt ausgestrahlt wurde – eine gewöhnliche von Tokio ausgestrahlte Wettervorhersage, – aufzupassen. Diese entfernt liegenden Botschaften in London, Rom und Berlin sollten auf gewisse Meldungen achten, wie der Wind wehte und ob es regnen würde.

Und auch die „Windmeldungen", am 19. November 1941 aus Tokio herausgegeben, wurden von uns entschlüsselt – diese vorbereitende Meldung vom 25. November, sollten wir sagen – wurde von uns, den Engländern und Amerikanern am 25. November entschlüsselt. Botschaften gingen an alle unsere Abhörstellen hinaus: Singapur, Hongkong, die Ost- und Westküste der Vereinigten Staaten und Großbritannien – auf das geringste Zeichen der Sendung „Winds execute" zu achten.

Churchills großer Alptraum

Im amerikanischen Archiv befinden sich tonnenweise Dokumente über die „Windmeldung", in der SRH-Serie im Staatsarchiv (National Archives), Record Group 557. Sie werden feststellen, daß es Darlegungen darüber gibt, es gibt Zusammenfassungen, es gibt Überlegungen und Anschuldigungen und Debatten und Pearl Harbor-Hearings über die „Winds message".

Wir Engländer wurden auch aufgefordert, unsere Ohren für die „Winds message" offenzuhalten. Offensichtlich, weil wir die „Winds message" wahrscheinlich ebenfalls empfangen würden. Denn die besonderen Eigenheiten der Verbreitung von Funkwellen bringen es mit sich, manchmal aus Tokio ausgestrahlte Rundfunkmeldungen zu empfangen, die die Amerikaner nicht empfangen können. Daher hörten wir sie auch ab. Und doch, wenn Sie in das auf Japan bezogene britische Archiv schauen, wenn Sie auch in das BBC-Archiv schauen, dann werden Sie nicht einmal einen Hinweis auf die „Winds message", ganz zu schweigen auf die Suche nach ihnen oder deren Ergebnis finden. Haben wir nun oder haben wir nicht jene „Winds message" empfangen, die uns hinreichend warnten, ebenso wie die Amerikaner, nämlich am 4. Dezember, also drei Tage vor Pearl Harbor, daß Japan kurz davorstand, Großbritannien und die Vereinigten Staaten anzugreifen, nicht Rußland.

Nun, ich glaube, wir haben sie empfangen. Ich glaube, daß unsere Geheimdienste die „Wind message" empfangen haben, und daß Churchill diese lebenswichtigen Informationen entweder an die Vereinigten Staaten weiterleitete oder nicht.

Die Amerikaner wollten keinen Krieg

Churchills großer Alptraum durch das ganze Jahr 1941 hindurch war, daß er in einen Krieg mit Japan – allein – hineinstolpern könnte. Und daß die Vereinigten Staaten sich bis zur letzten Minute heraushalten und dann immer noch nicht eintreten würden. Das steht in allen Überlegungen Churchills sowohl innerhalb wie außerhalb seines Kabinetts und in Privatgesprächen an der Wand geschrieben. Aber natürlich bedeuteten Churchills Überlegungen innerhalb seines Kabinetts nicht sehr viel, weil sein Kabinett so viel Gehirn hatte, wie die Band in der Jonny Carson Show.

Sehen Sie, Churchill wußte zwar, daß Roosevelt den Krieg wollte, ihm war aber auch Roosevelts Grundproblem bekannt, nämlich, daß das amerikanische Volk keinen Krieg wollte. Churchill tat daher alles, was er tun konnte, um Roosevelt aus seinem Dilemma herauszuhelfen.

Wir lasen die verschlüsselten deutschen U-Boot-Meldungen. Wir wußten, wo sich die deutschen U-Boote im Atlantik befanden. Deswegen gab sich Churchill alle Mühe sicherzustellen, daß unsere Geleitzüge, die, von amerikanischen Schiffen begleitet, über den Atlantik kamen, direkt auf die deutschen U-Boote zuhielten. Er hoffte, daß die U-Boote ein amerikanisches Schiff versenken würden. Jetzt, wo wir nach und nach Zugang zu allen Akten bekommen, haben wir klar vor Augen, was vor sich ging. Man fängt an zu verstehen, wo die britischen Staatsinteressen liegen; nämlich diese Dinge niemals freizugeben.

Damals, im Jahre 1941, war Churchills größtes Problem der Botschafter, Joseph P. Kennedy, der amerikanische Botschafter im Court of St. James, einer meiner Lieblingscharaktere des Zweiten Weltkriegs, Vater des späteren John F. Kennedy, der aber nicht zu meinen Lieblingscharakteren zählte. Joseph Kennedy war ein ruhmreicher irisch-katholischer Eiferer. Roosevelt hatte einen Sinn für Humor, als er ihn zum Botschafter für London ernannte, und er gab zu, daß es nur so eine Art Witz sein sollte. Churchill empfand dies aber alles andere als einen Witz als er Premierminister wurde.

Was Churchill im Schilde führte

Kennedy hatte die Gewohnheit, die Wahrheit nach Washington zu berichten. Als Kennedy zu Chamberlain, dem Premierminister, ging und ihn fragte, warum dieser Churchill nicht in seinem Kabinett haben wollte, antwortete Chamberlain: „Der Mann ist sehr labil, und er ist zu einem doppelfäustigen Trinker geworden."

Churchill wußte, was Kennedy berichtete, denn wir lasen auch die amerikanischen Depeschenschlüssel und Churchill tat alles, um Kennedy loszuwerden – mit sauberen oder faulen Tricks. Wie aus seinen Tagebüchern klar hervorgeht – wir haben einige Bruchstücke aus Kennedys Tagebüchern, die recht interessant sind, denn er war bösartig antisemitisch eingestellt –, glaubte Kennedy, Churchill sei zu allem fähig, die Vereinigten Staaten in den Krieg hineinzuziehen. In einem Telegramm berichtet er nach Washington, er glaube, daß Churchill drauf und dran sei, die amerikanische Botschaft in London zu bombardieren und dann zu behaupten, die Deutschen hätten es getan.

Später, im gleichen Jahr, als Kennedy sich entschließt, in Florida Ferien zu machen, nimmt er zunächst das Flugzeug nach Lissabon und geht dann an Bord der „USS Manhattan" und fährt damit über den Atlantik. Er hatte ein wenig Angst bekommen, denn er wußte, mit wem er es zu tun hatte. Er hatte es mit Churchill zu tun, er schickte ein Telegramm zum US-Außenministerium des Inhalts: „Geben Sie bitte bekannt, daß wenn die ‚USS Manhattan' torpediert und versenkt wird, dies nicht als casus belli angesehen wird, daß die Vereinigten Staaten deswegen keinen Krieg erklären werden, weil ich Grund zu der Annahme habe, daß Churchill den Plan hegt, die ‚USS Manhattan' zu torpedieren, da er weiß, daß ich an Bord bin!"

Diese Telegramme sind natürlich nicht in den veröffentlichten Bänden über die Auslandsbeziehungen der Vereinigten Staaten enthalten. Ich fand sie im Archiv – sie sind in Suitland, Maryland –, und ich zitierte sie bereits im ersten Band meiner Churchill-Biographie und werde im zweiten Band noch amüsantere Telegramme zitieren. Sie beweisen, daß Kennedy richtig erkannt hatte, was Churchill im Schilde führte. Er versuchte, die Vereinigten Staaten auf Biegen oder Brechen in den Krieg hineinzuziehen. □

Der vorstehende Beitrag von David Irving ist in englischer Sprache erstmalig in der Zeitschrift „The Journal of Historical Review", Ausgabe Herbst 1989, erschienen. Diese Zeitschrift wird vom Institute for Historical Review, P. O. Box 13 06, Torrance, Kalifornien, herausgegeben.



Revisionismus

Mein Leben als Revisionist

Vierter Teil und Schluß

Robert Faurisson

Der französische Professor Robert Faurisson hat mit seinen revisionistischen Erklärungen, Schriften und Studien weltweit eine lebhafte und kontroverse Diskussion unter den Historikern ausgelöst. Er mußte für seine revisionistischen Äußerungen massive Kritik und grausamen Terror erleiden.

Fünfunddreißig Jahre wollte man uns weismachen, daß das Wannsee-Protokoll (20. Januar 1942) ein Beweis für die beabsichtigte Vernichtung der Juden ist. Dann wurde diese Behauptung stillschweigend fallengelassen. Das Dokument selbst ist suspekt. Viele Revisionisten lehnen es folglich ab, ihm irgendeinen Wert beizumessen. Ich gehörte auch zu ihnen; jetzt nicht mehr. Ich glaube vor allem, daß das Dokument falsch gelesen wurde, auch von mir. Wir waren alle Opfer einer derartigen psychologischen Konditionierung, daß wir in den beiden entscheidenen Absätzen Wörter wie „Freilassung“ und „Aufbau“ sowie den in Klammern gesetzten Satz („Siehe Erfahrung der Geschichte“) nicht sehen konnten. Im Lichte dieser Begriffe, die man manchmal sogar verschwinden läßt, wenn das Protokoll angeblich wiedergegeben wird, sage ich, daß das, was Heydrich auf der Konferenz in Berlin-Wannsee im Auge hatte, eine Freilassung der Juden war, die den Krieg überleben würden, und einen jüdischen Aufbau nach der furchtbaren Prüfung des Krieges und der Zwangsarbeit.

Ein Volk unter anderen

Die Geschichte ist voll von derartigen körperlichen und moralischen Prüfungen, aus denen ein Volk, so sagt man, regeneriert hervorgeht. Die Nationalsozialisten, die in dieser Hinsicht den Zionisten sehr nahestanden, dachten, daß nach dem Krieg „die Besten“ unter den Juden eine Elite darstellen würden; die Keimzelle eines jüdischen Aufbaues, wo körperliche Arbeit, landwirtschaftliche Kolonien, das Gefühl einer gemeinsamen Bestimmung den Aufbau einer jüdischen Heimstätte ermöglichen würde; die Juden sind letzten Endes ein Volk unter anderen und keine „Parasiten“.

Ich erinnere daran, daß es noch im März 1942 und vielleicht sogar noch später in Neuendorf, im nationalsozialistischen Deutschland, einen Kibbuz gab – Documents on the Holocaust, Yad Vashem, 1981, Seite 155 –.

Professor Dr. Robert Faurisson (rechts) begleitete in Toronto den Prozeß gegen Ernst Zündel (links).

Hilberg und Browning auf „Null“ reduziert

Der Rückzug der Vernichtungsspezialisten über einen Zeitraum von 35 Jahren hinweg, läßt sich an den aufeinanderfolgenden Erklärungen ermessen, die sie zu dem angeblich von Hitler erteilen Befehl abgegeben haben. Zunächst ließ man uns in dem Glauben, es sei ein schriftlicher Befehl vorhanden; dann wurde uns dieser Befehl als mündlich präsentiert; heute will man uns einreden, dieser Befehl habe aus einem einfachen „Kopfnikken“ (sic!) seitens Hitler bestanden, der kraft einer Fähigkeit des Gedankenlesens sofort von einer ganzen Bürokratie verstanden wurde!

Die Theorie des „Kopfnickens“ geht auf Christopher Browning und die des Gedankenlesens auf Raul Hilberg zurück. Wir haben somit den Bereich des NICHTS erreicht. Hilberg, der ein Verfechter des schriftlichen Befehls – oder sogar zweier schriftlicher Befehle – war, wußte von vornherein, daß er keinen Beweis für das Vorhandensein dieses Befehls – oder beider Befehle – vorbringen konnte. Zu einem späteren Zeitpunkt um 1984 herum wurde er sich darüber klar, daß die Theorie des mündlichen Befehls auch unhaltbar war; auf dem Kolloquium von Stuttgart (3. bis 5. Mai 1984) übernahm er nämlich ein revisionistisches Argument und erklärte bezüglich des angeblich von Eichmann oder von Höss erhaltenen mündlichen Befehls:

„Eichmann und Höss haben nicht selbst mit dem Führer gesprochen. So hören wir nur von einem Mann wie Eichmann, der von Eichmann gehört hatte, der von Himmler gehört hatte, was Hitler gesagt hatte. Für den Geschichtsschreiber ist das allerdings nicht die beste Quelle“ – „Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg“, DVA, 1985, Seite 187 –.

Die Auschwitz-Alben von Klarsfeld

Serge Klarsfeld, der Ehemann von Beate Klarsfeld, hat unfreiwillig zum Rückzug der Vernichtungsspezialisten beigetragen. Um die These der angeblichen Vergasungen in Auschwitz-Birkenau zu untermauern, blieb ihm nichts anders übrig, als zu einem groben Betrug zu greifen.

1985 veröffentlichte er ein Album mit fast 190 Fotos, die 1944 in Auschwitz von einem deutschen Fotografen aufgenommen wurden. Einige dieser Fotos waren bereits bekannt. Das Ganze hätte schon 1945 veröffentlicht werden sollen; es ist so reich an Informationen, daß ich persönlich nichts ken-

ne, was besser über die Realität von Auschwitz aufklärt als diese erstaunlichen Fotografien. Dieser verhältnismäßig ehrlichen Ausgabe gab Klarsfeld den Titel „Das Auschwitz-Album/Lili Jacob's Album", – New York, The Beate Klarsfeld Foundation, Vorwort vom 5. August 1980 –. Diese Ausgabe kam nicht in den Handel, sondern wurde, so scheint es, den großen Bibliotheken und den wichtigsten jüdischen Verbänden vorbehalten.

Im darauffolgenden Jahr veröffentlichte er die gleichen Fotos unter folgendem Titel „The Auschwitz Album/A Book Based Upon an Album Discovered by a Concentration Camp Survivor, Lili Meier", Text von Peter Hellmann – New York, Random-House, 1981 –. Diesmal waren die Aufmachung des Buches und der Kommentar zu den Fotos nicht so ehrlich.

Mit der französichen Ausgabe fiel Serge Klarsfeld ganz einfach auf Verfälschung zurück. Es muß gesagt werden, daß ihm dabei von einer seltsamen Persönlichkeit geholfen wurde: ein Apotheker namens Jean-Claude Pressac, dessen Dienstleistung sogar Georges Wellers, der ihn zunächst beschäftigt hatte, jetzt zurückweist. Der Titel lautete „Das Auschwitz-Album, nach einem Album, das von Lili Meier, Überlebende des Konzentrationslagers aufgedeckt wurde", Text von Peter Hellmann, übersetzt aus dem Amerikanischen von Guy Casaril, französische Ausgabe bearbeitet und ergänzt von Anne Freyer und Jean-Claude Pressac – Editions du Seuil, 1983 –.

Die Reihenfolge der Fotos wurde völlig durcheinandergebracht, um die These der Vernichtungsspezialisten zu erhellen. Einige Überschriften der verschiedenen Abschnitte waren abgeändert; neue Überschriften wurden sogar gefälscht, um den Eindruck zu vermitteln, es handele sich um Original-Überschriften; die Kommentare waren völlig willkürlich.



Der Eingang zum Lager Auschwitz-Birkenau, mit dem sich Faurisson sehr eingehend beschäftigt.

Ein Plan von Birkenau wurde hinzugefügt – Seite 42 –, aber dieser wurde vorsätzlich gefälscht. Dies geschah so: Um den Leser glauben zu machen, daß die Gruppen von jüdischen Frauen und Kindern, die von dem Fotografen zwischen den Krematorien II und III überrascht wurden, nicht weiter gehen konnten und daher in den „Gaskammern" dieser Krematorien endeten, durchschnitten Klarsfeld und Pressac schlichtweg an dieser Stelle einen Weg, der in Wirklichkeit bis zu einer großen Brauseanstalt weiterführte – hinter dem Bereich der Krematorien gelegen –, wohin sich diese Frauen und Kinder auch begaben. Mit einem weiteren Trick vermieden sie jeden Hinweis auf einen Sportplatz, längs des Krematoriums III gelegen: diese Vergnügungsstätte war schlecht mit der Nähe eines Ortes vereinbar, wo jeden Tag Tausende von Juden vergast worden sein sollen.

Alle Erklärungen haben eine gemeinsame Quelle

Am 29. Mai 1986 gab Klarsfeld in einem Gespräch mit der Wochenzeitung „VSD" – Seite 37 – zu, daß noch niemals „echte Beweise" für das Vorhandensein von Gaskammern veröffentlicht wurden, sondern „Ansätze von Beweisen, die Faurissonier zwar in Verlegenheit, aber noch nicht zum Schweigen gebracht haben". So haben wir sogar von diesem Pfleger der Gerechtigkeit das Geständnis, daß man die ganze Welt dazu verpflichtet hatte, an diese Gaskammern zu glauben, ohne daß jemals ein Beweis veröffentlicht wurde, jedenfalls nicht bis Mai 1986, das heißt mehr als 40 Jahre nach Kriegsende!

Das ist auch ein stillschweigendes Eingeständnis, daß Georges Wellers in seinem Buch von 1981 „Les Chambres à gaz ont existé/Documents témoignages, chiffres" („Die Gaskammern waren vorhanden/Dokumente, Zeugenaussagen, Zahlen"), Gallimard, 1981, keine „echten Beweise" vorgelegt hat. Was dieses Werk darstellt, ist das Vorhandensein von Krematorien. Klarsfeld räumte auch mit dieser Erklärung ein, daß ein anderes Werk ein Fehlschlag war: „Les Chambres à gaz, sécret d'Etat" (wörtlich: „Die Gaskammern, Staatsgeheimnis") verfaßt von 24 Autoren, darunter Wellers, Edition de Minuit, 1984; die deutsche Originalausgabe, 1983 vom Fischer-Verlag herausgegeben, trägt den Titel „NS-Massentötungen durch Giftgas".

Effektiv beruht dieses Werk auf folgender Theorie: Die Gaskammern waren das größte aller Geheimnisse, Staatsgeheimnis. Man darf nicht erwarten, daß Beweise im üblichen Sinne des Wortes entdeckt werden. Auf dem Umschlag sind zwei Dosen Zyklon abgebildet. Nach einer Formulierung, die ich aus dem Munde von Michel de Boüard hörte, „erschießt man uns in diesem Buch mit Fußnoten und es gibt so gut wie keine Quellen dafür an". Ich selbst möchte hinzufügen, daß diese Fußnoten keinerlei wissenschaftlichen Wert besitzen; sie verweisen zum größten Teil auf Erklärungen von deutschen Staatsanwälten oder Richtern über Auschwitz, Treblinka, Sobibor usw. Was man uns jedoch verheimlicht ist, daß alle diese Erklärungen eine gemeinsame Quelle haben: Die Zentralstelle in Ludwigsburg, die seinerzeit von Adalbert Rückerl geleitet wurde, Landesjustizverwaltung zur Aufklärung von NS-Verbrechen. Mit anderen Worten, Herr Rückerl, einer der Hauptautoren des Buches zitiert sich selbst, um zu beweisen, daß er Recht hat!

1987 besuchte mich der Journalist Michel Folco. Ich zeigte ihm das Interview mit Serge Klarsfeld. Ich teilte ihm mit, daß ich eine Gegendarstellung an „VSD" geschickt hatte, die mir schließlich verweigert wurde. Folco wollte anschließend einerseits Georges Wellers und andererseits Serge Klarsfeld aufsuchen. Wellers war über dieses Interview von Klarsfeld in „VSD" unterrichtet. Er fand es ärgerlich und bedauerlich. Es entspann sich ein ziemlicher Wirbel, an dessen Ende Klarsfeld am 23. März 1987 – das heißt sechs Monate nach dem Interview – ein Dementi herausgab, aber ein Dementi, das einer Bestätigung gleichkam und das nicht von „VSD", sondern in der Zeitschrift von Georges Wellers „Le Monde juif" – Januar–März 1987, Seite 1 – veröffentlicht wurde.

Klarsfeld schrieb: „Es ist augenscheinlich, daß in den Jahren nach 1945 die technischen Aspekte der Gaskammern ein vernachlässigtes Thema waren, weil sich niemand vorstellen konnte, daß man eines Tages deren Vorhandensein beweisen muß."

Das Geständnis ist bezeichnend. Wie Klarsfeld selbst sagt, hat man die „technischen Gesichtspunkte" der Tatwaffe „vernachlässigt" und nicht daran gedacht „deren Vorhandensein nachzuweisen"! Kein Gericht, angefangen vom Nürnberger Gerichtshof, hat sich in allen Strafprozessen dieser Art

Mein Leben als Revisionist

wirklich darum bemüht, die ordentliche Verfahrensweise einzuhalten. Die Gaskammer war die tragende Säule des ganzen Gebäudes der Verbrechen, die den Deutschen angelastet werden, aber man hatte „versäumt", sie nach seinen „technischen Gesichtspunkten" zu untersuchen.

Folgen eines Geständnisses von Jean Daniel

In Frankreich war „Le Nouvel Observateur" von Jean Daniel die Wochenzeitung mit großer Auflage, die am meisten erpicht darauf war, den Revisionismus zu bekämpfen. Mehr als einmal hatte sie Fotos von „Gaskammern" veröffentlicht. Aber nachdem er seine Schlacht verloren hatte, gab Daniel am 26. April 1983 – Seite 31 – zu: „Es gibt kein einziges Foto von Gaskammern."

Das besagt, daß das, was man noch heute beharrlich den Touristen als Gaskammern in Struthof, in Mauthausen, in Hartheim, in Dachau, in Majdanek darbietet, nur eine Täuschung ist. Von September 1983 bis September 1987 verzichtete die französische Presse sozusagen auf die Veröffentlichung von Fotos von Gaskammern, was immerhin ein Fortschritt gegenüber der amerikanischen Presse ist, die weiterhin Fotos von sogenannten „Gaskammern" veröffentlicht.

Die Angst, Dokumente zu enthüllen

1986 wurde von einem amerikanisch-jüdischen Anwalt, Gerald L. Posner, ein Buch mit dem Titel „Mengele, The Complete Story" – in Zusammenarbeit mit John Ware, New York, McGraw-Hill – veröffentlicht. Der Titel ist irreführend in dem Sinne, daß der Verfasser uns offensichtlich verheimlicht, was Mengele nach dem Kriege über Auschwitz geschrieben haben kann. Auf Seite 48 wird berichtet, daß Mengele sich laut Aussage seines Sohnes Rolf bezüglich seiner in Auschwitz verbrachten Jahre „völlig ohne Reue" zeige und „keinerlei Scham" an den Tag lege.

Ich neige meinerseits dazu zu glauben, daß Mengele keine Reue und keine Scham an den Tag legte, weil es nichts zu bereuen gab, und nichts, worüber er sich schämen müßte. Ich bin davon überzeugt, daß seine persönlichen Unterlagen die revisionistischen Ansichten voll bestätigen, und daß aus diesem Grunde die Vernichtungsspezialisten, die sich diese Papiere über seinen Sohn angeeignet haben könnten, sich weigern, deren Inhalt bekanntzugeben. „In Rolfs Wohnung befanden sich zwei Koffer mit mehr als 30 Bänden von persönlichen Niederschriften Mengeles", Seite 302.

Ich denke insbesondere an ein Schriftstück mit der Überschrift „Fiat Lux" – das auf Seite 316 erwähnt wird –; der Titel läßt vermuten, daß Mengele darin ein Licht auf die Realität von Auschwitz wirft. Ich bin nicht der einzige, der vermutet, daß Gerald Posner, Rolf Mengele und eine ganze Mannschaft angeblicher Experten oder Forscher uns diese Dokumente vorenthalten.

Man liest in „Holocaust and Genocide Studies" – Band 2, Nr. 1, 1987, Seite 9 –: „Hatte (Mengele), der nichts bereute, tatsächlich über die entscheidenden Jahre nichts schriftliches niedergelegt? Und wenn er über diese Jahre geschrieben hat, wer hat diese Notizen vernichtet oder versteckt?"

Ich glaube, daß die Behandlung, die somit den Niederschriften von Dr. Mengele zuteil wurde, ein stillschweigender Beweis dafür ist, daß die Revisionisten Recht haben, wenn sie behaupten, daß wesentliche Dokumente der Überprüfung durch Historiker entzogen werden. Die Wahrheit über Auschwitz liegt in Moskau, in Arolsen (Hessen) und in New York oder irgendwo in der Bundesrepublik Deutschland bei den Manuskripten Mengeles; in Arolsen beim Internationalen Suchdienst des Roten Kreuzes, der den Revisionisten seit 1987 verschlossen ist und der reich an unschätzbaren Dokumenten über das Schicksal eines jeden in Auschwitz Internierten ist; und in Moskau, wo man bislang fast alle von den Deutschen in der Zeit von 1940 bis 1945 geführten Sterberegister (Totenbücher) unter Verschluß hält. Die übrigen Totenbücher – zwei oder drei Stück von ihnen – befinden sich im Auschwitz-Museum und vielleicht auch in Form von Fotokopien in Arolsen, aber auch dort wird jede Einsicht verwehrt. (Anmerkung: In der Zwischenzeit – September 1989 – sind die Totenbücher von Auschwitz von Gorbatschow freigegeben worden. Sie enthalten die Namen von rund 74.000 Personen, die in Auschwitz gestorben sind; die Redaktion).

Meine Frage lautet: „Warum haben die Holocaust-Historiker die systematische Unterschlagung von Dokumenten jahrzehntelang stillschweigend hingenommen? Worauf warten sie, bevor sie diese Dokumente veröffentlichen?

Unfreiwillige Enthüllungen über das Entstehen des Mythos

1985 (Copyright 1984) veröffentlichte David S. Wyman „The Abandonment of the Jews/America and the Holocaust", 1941 bis 1945, Pantheon Books. Dieses Werk, das in der Tradition ähnlicher Werke von Arthur Morse, von Walter Laqueur oder von Martin Gilbert angesiedelt ist, in denen diese Autoren sich damit befaßt haben, was die Alliierten während des Krieges über Auschwitz oder andere „Vernichtungslager" gewußt haben könnten, offenbart bei seinem Verfasser darin eine Gutgläubigkeit und sogar eine Einfältigkeit, die von Europäern gewöhnlich „amerikanisch" genannt wird. Das Vorwort wurde von dem unredlichen Zeugen Elie Wiesel geschrieben und die Zeugenaussage, mit der das Buch beginnt, stammt von Hermann Gräbe, einem notorischen Falschzeugen – siehe „Der Spiegel", 29. Dezember 1965, Seite 26–28.

Laut Wyman hätten die Alliierten glauben müssen, was sie über Auschwitz und Treblinka hörten, aber sie glaubten in Wirklichkeit nicht daran. Sogar in Moskau, im Mai 1945, waren die amerikanischen Zeitungskorrespondenten anscheinend unaufmerksam oder skeptisch.

Wyman schreibt: „Darüber hinaus wußten die amerikanischen Korrespondenten nichts von oder glaubten nicht an die früheren Berichte über Auschwitz (früher als der berühmte sowjetische Bericht vom 6. Mai 1945), darunter derjenige der im November (1944) der breiten Öffentlichkeit vom War Refugee Board (WRB) bekanntgegeben wurde."
Die Alliierten waren sehr wohl berechtigt, sich so zu verhalten und nicht an den WRB Report vom November 1944 zu glauben, der hauptsächlich auf Rudolf Vrba zurückgeht, oder an den sowjetischen Bericht über Auschwitz vom 6. Mai 1945, das heißt, das Dokument USSR 008, das unter seinen vier Unterzeichnern den Biologen Lysenko und den Metropoliten Nikolaus oder Nikolai zählte; ersterer wurde nach dem Kriege als Fälscher entlarvt, während letzterer die Gefälligkeit so weit trieb, daß er das falsche Gutachten unterschrieb, mit dem den Deutschen das Massaker von Katyn angelastet wurde (Dokument USSR 054). Seite für Seite hilft David S. Wyman ungewollt mit, darzulegen, daß die Revisionisten in zwei wesentlichen Punkten Recht haben:

Erstens: Die angeblichen „Informationen" über die Judenvernichtung waren nichts als verwirrende, verschwommene, widersprüchliche, absurde Gerüchte;

Zweitens: Die jüdischen Verbände und vor allem der Jüdische Weltkongreß, dessen Vorsitzender der Rabbiner Stephen Wise war, übten ständig Druck auf die Behörden und die Medien aus, um diese Gerüchte als Tatsachen zu präsentieren.

Das Wort „pressure" (Druck) kommt in diesem Buch immer wieder vor. Die angebliche Gleichgültigkeit oder Untätigkeit der amerikanisch-jüdischen Verbände während des „Holocaust" ist ein Mythos; die Realität ist, daß diesen Verbänden trotz ihrer fortwährenden

Druckausübung große Skepsis entgegengebracht wurde, was auch ganz normal ist, wenn man an den Mangel an Substanz der angeblichen „Informationen" über die „Judenvernichtung" denkt. Auf jeden Fall legt dieses Buch entgegen der Absicht seines Verfassers offen, wie während des Krieges der Mythos des Holocaust und der Gaskammern geboren wurde und sich entwickelt hat. Wyman hätte sich viel Arbeit ersparen können, wenn er den herrlichen Artikel von Arthur R. Butz „Context and Perspective in the ‚Holocaust' Controversy" („Zusammenhänge und Ausgangspunkte in der „Holocaust-Kontroverse") gelesen hätte, den dieser auf der Konferenz der Revisionisten im Jahr 1982 vortrug und der am Schluß der neueren Auflagen seines Buches „The Hoax of the Twentieth Century" abgedruckt ist – Seite 335–369.

Zugeständnisse von Pierre Vidal-Naquet

Pierre Vidal-Naquet hat soeben seine antirevisionisten Schriften neu herausgebracht. Das Werk trägt den Titel „Les Assassins de la Memoire", Editions de la Découverte, 1987. Der Verfasser macht darin den Revisionisten eine Reihe von Zugeständnissen, wobei das erste darin besteht, ihnen vorzuwerfen, daß sie, wie er sich ausdrückt, die Geschichte sondern die „Erinnerung" ermorden. Er gibt ihnen auch in vielen anderen Punkten Recht; Hinsichtlich des mehr als suspekten Charakters der Zeugenaussage, die dem SS-Mann Pery Broad zugeschrieben wird – Seite 54 –; hinsichtlich des Wertes des „in Nürnberg angesammelten Beweismaterials", – Seite 47 –; hinsichtlich der Tatsache, daß Simone Veil unter ihrem Mädchennamen Simone Jacob zu den Vergasten gezählt wurde – Seite 65 –. Es sei beiläufig erwähnt, daß dies auch für den kommunistischen Funktionär der großen französischen Arbeiterzentrale, Henri Krasucki und für dessen Mutter zutrifft; ebenso wie für Gilbert Salomon, in Frankreich heute der „Fleischkönig" genannt, sowie auf einige Tausende von weniger berühmten Juden Frankreichs; hinsichtlich der Heiligsprechung des jüdischen Volkes wegen Auschwitz und hinsichtlich des Profits, den Israel und einige jüdische Gruppen daraus ziehen – Seite 125, 130, 162, 214, Fußnoten 90 und 93, 223 (Fußnote 90) –; hinsichtlich der Aussage des SS-Mann Kurt Gerstein, das „voller Widersprüche und voller Dinge ist, die kaum zu glauben sind", – Seite 154 –; hinsichtlich der Zahlen der Auschwitz-Opfer: vier Millionen nach den Polen und den Sowjets, „um dreieinhalb Millionen herum" für Lanzman, aber eine Million für Vidal-Naquet (ich persönlich glaube eher an 50.000 bis 60.000 Tote, aber bislang wurde noch keine amtliche Untersuchung durchgeführt und die Totenbücher von Auschwitz werden immer noch von den Alliierten unter Verschluß gehalten); hinsichtlich der „imaginären Gaskammern" – Seite 219, Fußnote 44 – .

Das interessanteste Zugeständnis bezieht sich auf Auschwitz I: Vidal-Naquet glaubt nicht mehr an die Echtheit der Gaskammer in diesem Lager. Aber die „Gaskammer von Auschwitz I" wird von Millionen von Touristen besichtigt, denen sie als echt präsentiert wird – Seite 131–132 und Fußnote 94 auf Seite 214 –.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, daß die erste Person unter den Historikern jüdischer Abstammung, die das Nichtvorhandensein einer Gaskammer in Auschwitz I bestätigte, Olga Wormser-Migot war, und zwar schon 1968 – „Le Système concentrationnaire nazi (1933–1945)", Presses Universitaires de France –; sie schrieb damals; „Auschwitz I .. ohne Gaskammer" – Seite 157 –.

Gerichtliche Unterdrückung eine gefährliche Waffe

Vidal-Naquet trat wie ein Staatsanwalt gegen die Revisionisten auf. Er ging soweit, mich beim Poliakov-Verfahren vor Gericht anzuklagen. Er vertritt die Meinung; „Man muß über die Revisionisten diskutieren ... man diskutiert nicht mit den Revisionisten" – „Les Assassins de la Mémoire", Seite 10 –.

Um einen Vergleich aus dem Sport heranzuziehen, Vidal-Naquet glaubt, er sei stärker im Tennis als Faurisson, aber nicht nur das, er behauptet auch, Faurisson betrügt beim Tennis. Aber wenn dieser ihm ein Match vorschlagen würde, vor einem Schiedsrichter und einem Publikum, dann würde er gerne spielen, aber nur unter der Bedingung, keinen Gegner vor sich zu haben. Er fordert vom Schiedsrichter, ihn von vornherein als Sieger zu erklären und die Zuschauer müssen diese Entscheidung als rechtsverbindlich anerkennen.

Vidal-Naquet befürwortet die Unterdrückung derjenigen, die er „die Mörder", „die kleine niederträchtige Bande", „die Exkremente" nennt. Aber nach den Erfahrungen, die er gemacht hat, erscheint ihm die Unterdrückung in juristischer Form leider gefährlich; genauer gesagt, die Richter Frankreichs verurteilen zwar die Revisionisten, wie man es von ihnen verlangt, aber nicht so hart wie Vidal-Naquet und seine Freunde es gerne hätten.

Er schreibt; „Die gerichtliche Unterdrückung ist eine gefährliche Waffe, die sich gegen jene wenden kann, die sie handhaben. Der 1979 von verschiedenen antirassistischen Verbänden gegen Faurisson angestrengte Prozeß endete mit einem Beschluß des Berufungsgerichts von Paris mit Datum vom 26. April 1983, mit dem die Ernsthaftigkeit der Arbeit von Faurisson anerkannt wird; das ist wohl der Gipfel, und mit dem er praktisch nur verurteilt wurde, weil er böswillig handelte, indem er seine Thesen in Slogans zusammenfaßte" – Seite 182 –.

Hier kann der Rückzug der Vernichtungsspezialisten an der Tatsache ermessen werden, daß diese endlich gezwungen werden, vier Jahre nach dem Ereignis, daß das Pariser Gericht die Ernsthaftigkeit meiner Arbeit anerkannt und mich praktisch (schwer) verurteilt hat, weil ich seiner Ansicht nach böswillig handelte, als ich meine Thesen in Slogans zusammenfaßte. Es darf nicht vergessen werden, daß man seit vier Jahren, von 1983 bis 1987, erfolgreich den Wortlaut des Gerichtsbeschlusses so verfälscht hat, daß der Eindruck entsteht, ich sei wegen Geschichtsfälschung verurteilt worden.

In Frankreich glauben einige jüdische Autoren nicht mehr an die Gaskammern oder raten dazu, nicht zu sehr auf eine Untersuchung über das Vorhandensein dieser erstaunlichen Waffe zu bestehen. Das trifft für Joseph Gabel zu, der schrieb; „Faurisson hat es mit wirklichem Geschick verstanden, die Fehler seiner Gegner auszubeuten" und „die Diskussion zu den schwächsten Positionen der ‚Exterminationisten' (sic) abzulenken (Exterminationisten = Vernichtungsspezialisten oder Verfechter der Vernichtungsthese)." Er fährt fort; „Es war nutzlos und gefährlich, sich auf eine derartige Diskussion (über die technischen Probleme der Funktion der Gaskammern) einzulassen. Es genügt festzustellen, daß die Massenvergasung technische Probleme aufwirft ..., daß es nicht den Opfern obliegt, den Schlüssel zur Lösung dieser Probleme zu liefern ... Diese Diskussion über die technischen Gesichtspunkte des Völkermords vor einer Öffentlichkeit, die reicher an Vorurteilen als an Kenntnissen ist, war eine falsche Taktik. Die Herren Vidal-Naquet, Wellers und ihre Kollegen haben sich auf dem vom Gegner ausgewählten Schlachtfeld herumgeschlagen" – „Réflexions sur l'avenir des juifs", Klincksiek, 1987, Seite 135–136.

Geständnis als Zeitbombe

Die Zeitschrift „Article 31" war schnell dabei, einen Brief von Ida Zajdel und von Marc Ascione – Januar/Februar 1987, Seite 22 – zu veröffentlichen, in dem die These entwickelt wird, nach der die Gaskammern niemals vorhanden waren; sie wurden von einigen SS-Leuten ausgedacht, die somit in ihren „Geständnissen" eine „Zeitbombe" gegen die Juden legten.

Eine Zeitschrift mit akademischem Niveau wie „Holocaust and Genocide Studies", die erst kürzlich ins Leben gerufen wurde, bekundet, daß selbst die Verantwortlichen für Yad Vashem sich jetzt dessen bewußt sind, daß es für die Historiker nicht mehr möglich ist, die Geschichte des Holocaust unter Mißachtung der Wahrheit zu schreiben wie das bislang die

Revisionismus

Mein Leben als Revisionist

Regel war. Ich empfehle den Revisionisten, diese Zeitschrift, die von Yehuda Bauer und Harry James Cargas herausgebracht wird, aufmerksam zu lesen.

Ich beobachte schon seit einigen Jahren die Veröffentlichungen von Yehuda Bauer; ich stelle bei ihm eine „revisionistische" Tendenz fest, sich Fragen zu stellen über die nationalsozialistische Politik gegenüber den Juden und über gewisse Elemente, die darauf hinweisen, daß diese darauf abzielt, während des ganzen Krieges mit den Juden der internationalen Kreise in Verbindung zu bleiben, um eine Auswanderung, nicht aber eine Vernichtung der europäischen Juden zu erleichtern – „Europa-Plan", die mäßigende Rolle Himmlers, die Joel Brand-Affäre, Verhandlungen mit tschechischen, schwedischen, schweizerischen, ungarischen Juden –. Sogar in der Frage der „Einsatzgruppen" ist man sich jetzt dessen bewußt, daß alles, was die Verfechter der Vernichtungsthese propagiert haben, überprüft werden muß, vor allem die Zahlen der Hinrichtungen – „Holocaust and Genocide Studies, Band 2, Nr. 2, 1987 und insbesondere die Seiten 234–235 –.

Die tönernen Füße der Legende

Nur diejenigen, die erst kürzlich Revisionisten geworden sind, können sich vorstellen, daß der Revisionismus ebenso sicher den Sieg über die These der Vernichtungsspezialisten davontragen wird, wie der Tag auf die Nacht folgt. In Wirklichkeit werden die Lügen der Vernichtungsspezialisten der breiten Öffentlichkeit noch jahrzehntelang auferlegt werden. Um die Fabeln eines Krieges zu durchbrechen, scheint ein neuer Krieg notwendig zu sein. Ohne den Zweiten Weltkrieg wäre das Greuelmärchen über die von den „Boches" im Ersten Weltkrieg abgehackten belgischen Kinderhände vielleicht heute noch im Geiste der breiten Öffentlichkeit lebendig.

Wie Arthur R. Butz darlegt – „The Journal of Historical Review, Frühjahr 1980, Seite 9 –, ruht die Holocaust-Legende auf tönernen Füßen. Dieser Koloß kann unseren Horizont noch eine beträchtliche Zeit lang verdunkeln. Je mehr die Revisionisten sich zuflüstern, daß die Füße dieser Legende aus Ton sind, umso mehr werden die Holocaust-Gläubigen uns mit ihrem Trommelwirbel übertönen. Auf akademischem Gebiet werden sie mehr und mehr „Kolloquien" veranstalten, die eigentlich nur Soloquien sind.

Ich zweifle daran, daß die Lobby der Vernichtungsspezialisten auf akademischen Gebieten einen anderen Erfolg erringen werden, als die Historiker einzuschüchtern. Es wird immer deutlicher werden, daß diese Lobby nichts zur Geschichtswissenschaft beiträgt: weder ein neues Dokument, noch einen neuen Gedanken. Die Historiker können sich streng genommen nur im revisionistischen Sinne entwickeln.

So erlebten wir das Entstehen des „Funktionalismus" im Gegensatz zum Intentionalismus", und so entwickelt sich in Deutschland mit Hillgruber, Nolte, Fest ... eine neue Bewertung und Relativierung des Holocausts, die ich meinerseits sofort als „Ersatzrevisionismus" bezeichnet habe. Am Rande dieses „Ersatzrevisionismus" und des wirklichen Revisionismus kauern sich in Erwartung besserer Zeiten qualifizierte Historiker wie Hellmut Diwald, Alfred Schickel und David Irving. Bei den Revisionisten wächst vor allem mit Mark Weber (USA), Carlo Mattogno (Italien) und Enrique Aynat (Spanien) eine neue Generation heran. Ich weiß noch andere Namen zu nennen, halte es aber für ratsamer, das jetzt noch nicht zu tun.

Eine bequeme Form der Indoktrination

Das Shoah-Business wird weiter blühen. Es werden immer mehr Holocaust-Museen entstehen, und die Holocaust-Propaganda wird weiterhin in die weiterbildenden Schulen und Universitäten eindringen. Die Konzentrationslager werden zu Attraktionen, die mit Disneyland vergleichbar sind. Es genügt diese Lager heute zu besuchen, um sich darüber klar zu werden, daß sie in zwei- oder dreihundert Jahren immer noch da sein werden: ihr touristischer Wert ist offenkundlich.

Polen zieht kaum Touristen mit „harter" Währung an, außer wegen Auschwitz, Majdanek, Treblinka und einiger anderer Lager. Die „Reiseleiter" fangen an, sich den Gewinn auszurechnen, den sie aus diesen Orten ziehen können, wo es eigentlich garnichts zu sehen gibt, wo dieses Vakuum aber ständig mit „Symbolen" aufgefüllt wird. So wenig es mit den Augen zu sehen gibt, umso mehr stellt man uns in der Einbildung zur Schau.

Von diesem Standpunkt aus gesehen ist Treblinka ein idealer Ort. Alles ist dort symbolisch: der Eingang zum Lager, seine Umzäunung, die Eisenbahnschienen, die Zugangsrampe, der Weg zu den Gaskammern und zu den Scheiterhaufen unter freiem Himmel, der Standort dieser Kammern und Scheiterhaufen. Die polnischen Behörden werden daher ein ebenso riesigeres Museum bauen wie das eigentliche Lager, das in Wirklichkeit klein ist – nicht einmal 200 mal 50 Meter.

In der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich gibt es wahrscheinlich schon jetzt kaum noch ein Schulkind, einen Soldaten oder Polizeibeamten, der nicht ein oder mehrere Konzentrationslager besuchen mußte, um sich von den Schrecken des Nationalsozialismus berieseln zu lassen und sich im Vergleich dazu von den Tugenden der dortigen „demokratischen" Regierungen zu überzeugen. Man kann sich keine Regierung vorstellen, die die Verantwortung dafür übernehmen wird, eines Tages auf diese so bequeme Form der ideologischen Indoktrination zu verzichten.

Es gibt keinen Grund dafür, warum Israel und der Jüdische Weltkongreß ihre Forderungen und ihre Bemühungen zur Förderung der Holocaust-Religion einschränken sollten. Milliardäre jüdischer Abstammung, wie in Frankreich der Baron Rothschild, in Großbritannien Robert Maxwell, in Italien Carlo de Benedetti, in Moskau Armand Hammer, in den Vereinigten Staaten und Kanada Edgar Bronfman werden wahrscheinlich immer mehr Geld bekommen – denn es ist zweifelhaft, daß sie ihr eigenes Geld ausgeben werden –, um den Auswirkungen der revisionistischen Skepsis entgegenzutreten. Das persönliche Vermögen von Edgar Bronfman, heutiger Vorsitzender des Jüdischen Weltkongreß und Schnaps-Kaiser, wird auf 3,6 Milliarden Dollar geschätzt. Die französichen Revisionisten wiegen sozusagen nur 3 Franken und 6 Sous. Es ist daher klug, sich nicht in irgendwelche Illusion über die Erfolgsaussichten in der breiten Öffentlichkeit zu ergehen, deren Presse von diesen Magnaten beherrscht wird.

Leute haben mir gesagt, ein Wunder sei stets möglich. Die politische Weltlage kann sich in einem für den Revisionismus günstigen Sinne entwickeln. Wer weiß, ob sich die arabisch-muselmanische Welt nicht eines Tages müde wird, die Lektion über den jüdischen Holocaust, die man ihr erteilt hat, wiederzukauen? Wer weiß, ob die kommunistische Welt mit den abrupten Veränderungen in ihrer Innen- und Außenpolitik nicht bald erkennt, daß der Augenblick gekommen ist, um die offizielle Geschichte über Katyn und Auschwitz „richtigzustellen" und zum Beispiel zu den „Totenbüchern" von Auschwitz freien Zugang zu gewähren? Wer weiß, ob die Historiker der dritten Welt oder der ehemaligen dritten Welt nicht eines Tages damit beginnen werden, die Geschichte des Zweiten Weltkriegs aus ihrer Sicht zu schreiben ohne sich groß um die Tabus der westlichen Welt zu kümmern?

Es wird noch lange das Schicksal der Revisionisten sein, in Dunkelheit und Gefahr zu arbeiten. Ihr Abenteuer gleicht dem der Renaissance, wo einige Geister fast überall in Europa sich gleichzeitig und spontan zum Kampf gegen das Dunkel des Aberglaubens aufmachten? Diese Forscher der Renaissance leisteten ihre Arbeit dadurch, daß sie zu den Urtexten, zur analytischen Kritik, zur sachlichen Überprüfung zurückkehrten; sie zogen den Zweifel dem Glauben vor; sie wandten sich vom Glauben ab und der Vernunft zu. □

Nationalismus

Das Japan, das Nein sagen kann

Karl Philipp

Unter dem Titel „Das Japan, das Nein sagen kann“, verfaßten Sony-Chef Akio Morita und Shintaro Ishihara ein Buch mit gewaltiger Sprengkraft. Gedacht war besagte Literatur nur für Japaner. John Hillkirk von der amerikanischen Tageszeitung „USA Today“ schreibt dazu: „Ausgehungerte Piranhas gleich, verschlingen amerikanische Kongressabgeordnete, CIA-Agenten und Geschäftsleute die illegalen Übersetzungen dieser Publikation.“ Hunderte von Kopien wurden bereits durch die Hochleistungskopierer amerikanischer Büros gejagt.

Was ist so explosiv an diesem Buch? Das Buch charakterisiert die USA als ungeliebten Freund, als rassistisches Land und es läßt durchblicken, daß Japan die ihm aufgezwungenen Kapitulationsbedingungen zu vergelten gedenkt.

Die Autoren schreiben unverhohlen, daß die USA nicht mehr fähig sind, ihre eigenen Probleme zu bewältigen und daß sich Japan alleine deshalb alle „wohlmeinenden“ Einmischungen in japanische Angelegenheiten verbittet. Japan und insbesondere die japanische Führung wird aufgerufen, aufzustehen und „Nein“ zu „Onkel Sams“ Forderung zu sagen, japanische Ausfuhren zu beschränken, aber amerikanische Einfuhren zu fördern.

Das für Amerikaner Undenkbare wird ausgesprochen. Japan könnte, sollte es dazu genötigt werden, das Gleichgewicht der Kräfte in der Welt durch den Verkauf von Computerchip-Technologie an die Sowjetunion dramatisch verändern.

Fast alle Seiten des Buches reflektieren eine in Japan wachsende Übereinstimmung, eigene nationale Interessen gegenüber den USA in Zukunft unnachgiebig geltend zu machen. Tatsächlich antwortete Japan kürzlich auf ein Nachsuchen der Bush-Administration nach einem freieren Warenverkehr mit einem „Sieben-Punkte-Plan“. Darin bot Japan der US-Regierung mit zynisch-ironischen Worten an, die marode amerikanische Wirtschaft, quasi unter japanischer Aufsicht, neu zu gestalten und zu reorganisieren.

Japanische Waren überschwemmen die westlichen Länder. Durch eine geschickte Kalkulation können sie weltweit die Preise mit ihren Produkten unterbieten.

Unglaublich. Ein Peitschenhieb aus sicherer Entfernung auf den torkelnden Riesen? Aus japanischer Sicht wankt der in sich verfaulte, ausgehöhlte, sterbende Koloß – tödlich angeschlagen – unter seinem als Sterbetuch über ihm wehenden Sternenbanner. Es scheint, als beziehe der ewig lächelnde Zwerg aus dem Land der aufgehenden Sonne schon jetzt Posten, um den Sturz des fallenden Giganten genüßlich von seinem Logenplatz aus verfolgen zu können.

Japan hat das amerikanische Wirtschaftssystem defacto zur Kapitulation gezwungen. Ishihara und Morita sagen völlig unverblümt, was einflußreiche japanische Geschäftsleute bislang nur im privaten Kreis und hinter vorgehaltener Hand auszusprechen wagten.

Diese sich fortentwickelnde japanische Selbstsicherheit ließ der Vorstandsvorsitzende von Japans größter Unternehmerorganisation Keidanren, Kazuo Nukazawa, während eines Interviews mit der in allen amerikanischen Bundesstaaten erscheinenden Tageszeitung „USA Today“ durchblicken. „Die USA tun so“, bemerkte Nukazawa nicht ohne Spott, „als hätten sie das Recht, Veränderungen zu verlangen. Aber ein solches Recht besitzen sie nicht mehr.“

Beobachter glauben, aus dieser Aussage die Drohung herausgehört zu haben, Japan könnte seine jährlichen Käufe von amerikanischen Schuldverschreibungen in Höhe von 30 Prozent des gesamten Ausgabewertes einstellen.

Buchautor Ishihara, dem man die besten Chancen als Premier für die neunziger Jahre einräumt, läßt die Katze aus dem Sack. „Während des Zweiten Weltkrieges bombardierte die amerikanische Luftwaffe zivile Ziele in Deutschland“, erklärt er nicht ohne Verbitterung, „aber nur auf das bereits kapitulationsbereite Japan wurden Atombomben zu Testzwecken geworfen. Das war eine ganz abscheuliche Art von Rassismus.“

Solche Äußerungen passen in der Tat zu Aussagen prominenter japanischer Persönlichkeiten, die vorsichtig artikulieren, man strebe die Zerstörung der amerikanischen Wirtschaft als Rache für Nagasaki und Hiroshima an. „Der Bombenangriff am 7. Dezember 1941 auf Pearl Harbor verlief noch erfolglos“, versucht sich der in Hawaii ansässige japanische Geschäftsmann Kim Kaharito süffisant zweideutig zu formulieren, „die kommerziellen Offensiven der achtziger Jahre hingegen werden uns den Endsieg bringen. Heute gehören uns mehr als fünfzig Prozent aller Hotels auf Hawaii. Ohne uns geht hier nichts mehr.“

Und ein ehemaliger in Hamburg stationierter japanischer Marineattachée gelobte kürzlich in Toronto: „Japan befindet sich im Krieg mit den USA. Wir werden Amerika wirtschaftlich besiegen. Wir werden Vergeltung üben für den uns von den USA zugefügten Gesichtsverlust im Pazifik.“

Der totale Wirtschaftskrieg Japans gegen die USA soll mit weiteren wirkungsvollen und anderen weitreichenden politischen Veränderungen flankiert werden. „Es gibt in Japan bedeutende Wirtschaftsführer“, berichtet Ishihara ungeniert,

Nationalismus

Das Japan, das Nein sagen kann

„die schon seit langem großes Interesse an der Entwicklung von Sibirien hegten. Viele von ihnen sind der Meinung", enträtselt er die japanische Marschrichtung, „daß Japan neutral werden und für den Fall, daß die Sowjets die besetzten Inseln im Norden zurückgeben, das mit den USA bestehende Sicherheitsabkommen aufkündigen solle. Und dafür gibt es mittlerweile berechtigte Aussichten."

Der kühne japanische Wirtschaftsplan

Solche Aussagen lassen die Amerikaner erschaudern. „Niemals zuvor", gesteht Demokrat James Exon, „habe ich ein Buch so viel Konsternation in Washington auslösen sehen wie dieses Dokument. Ich kann gar nicht glauben, was da zu lesen ist. Auch wenn es ursprünglich nur für Japaner gedacht war."

Und Republikaner Mel Levine schmollt schreckverzerrt: „Das Buch liefert die nackten Beweise dafür, daß Japan seine Wirtschaftsmacht dazu benutzt, uns herumzuschubsen."
Exon komplettiert Levins Befürchtungen: „Das Buch ist Teil eines kühnen japanischen Wirtschaftsplans, welcher Japan in die Lage versetzen soll, uns zu diktieren, was wir zu tun und zu lassen haben."

Aber am meisten ist man in „Capitol Hill" darüber entsetzt, daß Japan seine „High-tech-Muskeln" spielen lassen und den Sowjets Computerchips liefern könnte. „Die Leute vom ‚Hügel' (US-Regierung)", vermeldet Levine besorgt, „sind von dieser Strategie abgeschreckt. Sie fürchten sich davor, von den Japanern als ‚Geiseln' im Geschäft mit den Sowjets genommen zu werden."

Als die Wogen der Entrüstung in Washington sich aufzutürmen begannen, versuchten die Japaner zu beschwichtigen. „Ich stimme nicht mit allen nationalistischen Ansichten meines Kollegenautors Ishihara überein", versicherte Morita den Reportern während einer Pressekonferenz im November 1989. Auch die japanische Regierung ließ nichts unversucht, die entstandene Kontroverse herunterzuspielen.

„Ishihara", beschwichtigten Mitglieder der japanischen Regierung, „vereinigte ja nur die drittmeisten Stimmen als Linksradikaler bei der letzten Präsidentschaftswahl auf sich." Fürwahr, wenig tröstliche Dementis und Distanzierungen. Oder machen sich die Japaner etwa auf fernöstliche Art über die selbstgefällige US-Administration lustig? Die Amerikaner fragen sich naiv erregt, warum denn dieses Buch überhaupt gedruckt wurde und warum es nur in Japanisch erscheinen durfte.

Japan bewahrte sich die nationale Würde

Eines steht fest. Die Japaner verfolgen einen Plan. Einen raffinierten Plan. Kaltblütig und lächelnd. Vergleiche zwischen Deutschland und Japan anzustellen, muß erlaubt sein. Schließlich waren das Deutsche Reich und das Königreich Japan Verbündete im Zweiten Weltkrieg und letztendlich unterlagen beide dem gemeinsamen Feind USA. Beide Länder wurden gezwungen, bedingungslos zu kapitulieren und beide Staaten mußten nach dem Zusammenbruch rechtlos und gedemütigt sogenannte Kriegsverbrecherprozesse über sich ergehen lassen. Interessant die Entwicklung bei ein und derselben Ausgangslage. Wirtschaftlich und politisch vollzog sich bei beiden Kriegsverlierern eine sehr ähnliche Entwicklung.

Im Gegensatz zu den Nachkriegsregierungen der beiden besetzten deutschen Teilstaaten verstanden die Japaner die ihnen gemachten Schauprozesse als Demütigung. Schon sehr bald legte der japanische Kaiser an den Gräbern der von den Amerikanern gehenkten japanischen Militärs Kränze nieder und erklärte diese zu Volkshelden. Durch diese Haltung bewahrte sich Japan seine nationale Würde.

Bemerkenswerterweise gab es in Japan trotz der unvorstellbaren wirtschaftlichen Aufbauarbeit im Gegensatz zur Bundesrepublik niemals Bedarf an fremdländischen Arbeitskräften. Auf keinen Fall wollte man in Nippon eine Verfremdung des japanischen Wesens riskieren.

Der ehemalige Ministerpräsident Nakasone erklärte den wirtschaftlichen Erfolg seines Landes damit, daß es in Japan keine Rassenvermischung gebe. Nur deshalb sei der fleißige japanische Volkscharakter erhalten und stark geblieben. Fremdländische Einflüsse hätten zwangsläufig gegensätzliche Strömungen hervorgerufen, die den Interessen des japanischen Volkes zuwidergelaufen wären.

Für diese Äußerungen mußte sich Nakasone entschuldigen. Aber seine vor dem Parlament abgegebene Entschuldigung ähnelte sehr der Distanzierung von Morita gegenüber seinem Buchautorenkollegen Ishihara sowie den Beschwichtigungsformeln des japanischen Parlaments, Ishihara habe ja nur die drittmeisten Stimmen bei der Präsidentschaftswahl erhalten.

Nakasone entschuldigte sich zwar vor allen Menschen, die er durch seine Aussage möglicherweise verletzt habe. Gleichzeitig bekräftigte er, daß die völkische Unversehrtheit Japans für Volk und Land ein Glück sei. „Und es macht uns stark", fügte er hinzu.

Es wäre im Land des Fujijama undenkbar, daß der eigene Präsident seinem eigenen Volk die abscheulichsten Verbrechen anlastet. Die Japaner glauben nicht, daß sich Herr von Weizsäcker beispielsweise im Januar 1989 über die wahren Täter von Katyn in Unkenntnis befand. Legte von Weizsäcker nicht kurz vorher noch Schuldbekenntnisse im Namen aller Deutschen für angeblichen von Hitlers SS im Wald von Katyn verübten Morden an etwa 15000 polnischen Offizieren und Soldaten ab?

Nur zwei Monate später bereitete Gorbatschow dieser ekelerregenden Lüge ein Ende. Stalins mordende Soldateska war für das Genickschußmassaker verantwortlich. Bis heute hat der Bundespräsident kein Wort über seinen Irrtum, kein Wort der Entschuldigung gegenüber seinem Volk verloren. Genauso verhält es sich mit den 240 000 von den Stalin-Truppen abgeschlachteten Ukrainer.

Der Bundespräsident findet kein Wort über den Irrtum

„Warum meldet sich Ihr Bundespräsident eigentlich nur dann zu Wort", wollte der japanische Geschäftsmann Kim Kaharito wissen, „wenn er seinem eigenen deutschen Volk irgendein Verbrechen andichten kann? Warum tritt er nicht als Anwalt seines so sehr verleumdeten Volkes in Erscheinung. Warum weigert er sich, den nach der Kapitulation an etwa einer Million deutscher Kriegsgefangener verübten Massenmord auf Befehl des aus Schweden stammenden General Eisenhower anzuprangern?"

Tatsächlich zeichnet sich der Bundespräsident durch betretenes Schweigen immer dann aus, wenn deutschen Menschen großes Leid zugefügt wurde. „Kaharito ist nicht auf dem laufenden", widerspricht der britische Historiker David Irving dem Japaner, „der Bundespräsident ist lernfähig geworden. Er behauptet nicht mehr, daß er wisse, daß es in Auschwitz Gaskammern zur Tötung von Juden gegeben habe."

Anlaß für Irvings Äußerung waren mit dem Bundespräsidenten geführte Schriftwechsel im Zusammenhang mit Irvings Vortragsreisen in der Bundesrepublik, Österreich, USA und Spanien. Der Historiker spricht seit Juni 1989 in überfüllten Sälen vor Tausenden von wißbegierigen Menschen über das Gutachten des Amerikaners Fred Leuchter, Ingenieur für Gaskammern zur Tötung von Menschen. Das Gutachten zieht das Fazit, daß es weder in Auschwitz, Birkenau noch Majdanek Gaskammern zur Tötung von Menschen gegeben habe.

Der Bundespräsident erhielt in diesem Zusammenhang zahlreiche Briefe. Viele wollten wissen, wie er als Staatsoberhaupt

zu dieser „Sechs-Millionen-Weltlüge" noch schweigen könne. Im April 1989 zum Leuchter-Gutachten befragt, ließ der Bundespräsident mitteilen, daß ihm das Gutachten bekannt sei. Aber es stünde im „Widerspruch zu den von Geschichtswissenschaftlern ermittelten Fakten".

Als von Weizsäcker im August 1989 erneut angeschrieben wurde, ließ er wissen, daß er „keinen Grund habe, an den von den Geschichtswissenschaftlern ermittelten Fakten zu zweifeln".

Auf eine im Oktober erfolgte Anmahnung eines Schreibens vom Juni, ließ der Bundespräsident überraschenderweise mitteilen: „In der Sache selbst (ob es Gaskammern in Auschwitz gab oder nicht) kann der Herr Bundespräsident nichts sagen."

Der Herr Bundespräsident kann also nicht sagen, ob es Gaskammern gab oder nicht. „Dem Bürger in der Bundesrepublik", schüttelt der spanische Verleger Varela ungläubig den Kopf, „versucht Herr von Weizsäcker allerdings ein für alle Zukunft geltendes Schuldbekenntnis abzunötigen."

Unsere Bonner Politiker wären gut beraten, sich die Haltung der japanischen Regierung zu eigen zu machen, bevor sie im Eifer ihrer volksschädigenden Umtriebe die unveräußerlichen Rechte des deutschen Volkes wie Konfetti über dem Globus ausstreuen.

Die Mordgrenze im Herzen Deutschlands fällt, die Mördergilde im anderen Teil des entrechteten und besetzt gehaltenen Deutschen Reiches muß abdanken, die Bedrohung fehlt, aber dennoch versucht Bundesverteidigungsminister Stoltenberg uns einzureden, daß wir die NATO mit ihren nach Leipzig und Dresden gerichteten Raketen brauchten.

„So wie uns der Bundespräsident erfundene Greuelpropaganda angelastet hat", entrüstet sich Erhard Grossmann im Gespräch mit Landsleuten aus der DDR, „werden wir jetzt belogen, daß die uns im gesamtdeutschen Massengrab wiedervereinende NATO einem friedlichen, neutralen Gesamtdeutschland vorzuziehen sei."

Anschauungsunterricht über die Ziele unserer „Besatzer-Freunde" lieferte uns der US-Außenminister Baker einen Tag nach der am 11. Dezember 1989 abgehaltenen Sitzung der Außenminister der vier Besatzungsmächte in Berlin. Er bestimmte keck, daß man jenseits des Atlantiks einer Wiedervereinigung natürlich zustimme. Voraussetzung dafür sei allerdings, daß diese Wiedervereinigung im Rahmen der NATO vollzogen werde. Mit anderen Worten soll der 51. Bundesstaat der USA, die Bundesrepublik, nach Osten ausgedehnt, sprich vergrößert werden.

Gorbatschow, der noch im Anschluß an den Gipfel mit Bush in Malta vor der Presse gelobte, „die Wiedervereinigung sei allein Sache der Deutschen", gab plötzlich Bundesaußenminister Genscher während dessen Besuch in Moskau im Anschluß an Malta unmißverständlich zu verstehen; „Die Sowjetunion hält an den bestehenden Grenzen fest."

Als Genscher Parteichef Gorbatschow ein Buch mit den Worten überreichte: „Herr Generalsekretär, ich erlaube mir, Ihnen ein Buch über die Deutschen zu schenken. Vielleicht trägt es dazu bei, daß Sie uns besser verstehen", antwortete Gorbatschow in deutsch: „Ich verstehe Sie sehr gut. Hoffentlich verstehen Sie uns auch."

Was hat wohl den Sinneswandel bei Gorbatschow ausgelöst? Lange darüber nachzugrübeln ist überflüssig. Nach der Aussage Gorbatschows in Malta im Zusammenhang mit der deutschen Wiedervereinigung wurde Genscher offensichtlich von seinem „Vorgesetzten" Baker nach Moskau gejagt, um den Sowjets klar zu machen, eine Wiedervereinigung kann nur unter einer weiterhin gültigen amerikanischen Vorherrschaft erfolgen.

Dazu kann Gorbatschow natürlich niemals sein Einverständnis geben. Er kann unmöglich zulassen, daß sich die USA mit ihrer gewaltigen Kriegsmaschinerie und ihren deutschen Frondienstsoldaten als Elitetruppen weiter vor die Moskauer Haustür robben. □

Revisionismus

Alptraum Bonner Politiker

Alfred König

Seit nunmehr etwas mehr als zwei Jahren existiert der in München ansässige „Verein zur Förderung deutscher Interessen". Zweck des Vereines ist die Verbreitung heimatlichen kulturellen Gedankengutes zum Wohl des deutschen Volkes sowie „den Schutz der Heimat öffentlich zu vertreten und dem deutschen Volke zugefügten Schaden materieller wie immaterieller Art und Benachteiligungen offen zu verurteilen".

Hierzu veranstaltet der Verein auch des öfteren Veranstaltungen, auf denen Grundsatzreferate zu bestimmten Themen gehalten werden. Eines der letzten war das von Dr. Richard Pemsel gehaltene Referat mit dem Thema „Geschichtliche Entlastung Deutschlands – ein Alptraum für deutsche Politiker?" Pemsel stellte dabei einige bemerkenswerte Gedankengänge auf.

Zur Beantwortung obiger Fragen ging Pemsel zuerst auf den Ausgangspunkt der Anti-Deutschland-Hetze, den Nationalsozialismus und das Dritte Reich, ein. Er kam dabei zu dem Ergebnis, daß viele der gegen Deutschland gerichteten Vorwürfe „auf den im deutschen Nationalcharakter angelegten Hang zur Kriegslüsternheit, Aggressivität und Intoleranz zurückzuführen" sind. Dies habe sich stets durch die „Argumentation" der Gegner Deutschlands wie ein roter Faden gezogen.

Der Hauptvorwurf lautete aber, daß Hitler-Deutschland durch den „Überfall" auf Polen den Zweiten Weltkrieg vom Zaun gebrochen, Millionen von Juden ermordet habe und die Bundesrepublik heute für alles, was damals geschehen sei, die Verantwortung trage.

Nach einer kurzen Darstellung der wirklichen damaligen Verhältnisse – und nicht der heute im Sinne der Siegermächte geschönten –, teilte Pemsel die große Mehrheit der heutigen Politiker in fünf Kategorien ein, denen allen aus höchst unterschiedlichen Gründen daran gelegen sei, die angebliche Alleinschuld Deutschlands für alle Zeiten festzuzementieren.

Die erste und unbedeutendste Gruppe stellten die Leute, die persönlich oder im Freundes- und Verwandtenkreis im Dritten Reich Unrecht erfahren haben oder die durch unentwegte Schilderungen über deutscherseits begangene Untaten so beeindruckt sind, daß eine innere Sperre vorhanden ist. Diese gestatte es ihnen dann aber nicht, die breite Wirklichkeit zu sehen, andere Argumente aufzunehmen und zu verarbeiten. Pemsel nennt sie „Menschen, die bei einer einschlägigen Diskussion allein auf ‚Sendung' und nicht auf ‚Empfang' zu schalten verstehen". Auf der anderen Seite vergäßen sie aber, daß sie gewählt sind, das Wohl des deutschen Volkes zu vertreten und zu mehren.

Qualitativ ungleich bedeutender sei die zweite Gruppe, die sich vor allem aus Politikern der obersten Etagen rekrutiere. Zwar sei es von den heute maßgebenden Politikern richtig, keine komprimierten Vorwürfe gegen die sogenannten Siegermächte vorzubringen, da dies nur zu einer neuen Einheitsfront gegen Deutschland führen würde, doch sei es aber auch falsch, „das durch die

Revisionismus

Alptraum Bonner Politiker

Nürnberger Prozesse eingeleitete Bild für alle Zeiten hinzunehmen". Daß es nämlich in dieser betreffenden Epoche herum nur zwei Kategorien von Staaten und von Menschen gegeben habe, gute und böse, und daß damit alles erklärt sei.

So müsse doch zum Beispiel Beachtung finden, daß dem aus Deutschland-Italien-Japan bestehenden Dreierpakt noch folgende Staaten beigetreten waren: Ungarn, Rumänien, Slowakei, Bulgarien sowie kurzfristig Jugoslawien mit dem nachfolgenden Putsch und später Kroatien. Und Spanien und Finnland hätten zumindest Verständnis signalisiert. Ebenfalls hatte die Sowjetunion mit dem Hitler-Stalin-Pakt beim Polenfeldzug gemeinsame Sache mit den Nationalsozialisten gemacht. Damit unterstellten die heutigen Politiker aber stillschweigend, daß die diesen Völkern angehörenden Bürger – immerhin ein großer Teil der Weltbevölkerung – „gewissermaßen einen geistigen oder moralischen Defekt" gehabt hätten.

Als aus seiner Sicht gute, weitsichtige Politik führte Pemsel das Verhalten der Politiker nach der Ermordung zweier Polizeibeamte durch einen abgewiesenen Asylbewerber in Stuttgart an, der noch drei weitere Beamte schwer verletzte. Die Politiker, in diesem Fall Späth und Rommel, hätten die Tat verurteilt und sie nicht in Schutz genommen und den Angehörigen jede Anteilnahme entgegengebracht. „Zugleich scheuten sie sich aber nicht, in der Stunde des Schmerzes, gewissermaßen am offenen Sarg, davor zu warnen, daß sich in der Bevölkerung pauschalierter Haß gegen den Kreis der Asylbewerber entladen könne."

Das gleiche müsse aber nun auch auf den anderen Feldern der deutschen Außenpolitik, beispielsweise im Verhältnis zu Polen, zum Ausdruck gebracht werden. Mit folgender Argumentation: In der Bundesrepublik sei ein tiefer Wandel vonstatten gegangen. Die Deutschen hätten nahezu einmütig Imperialismus und Chauvinismus abgeschworen, hätten damit aber auch das Recht, nicht selber einen Chauvinismus der anderen Länder zum Opfer zu fallen – so wie es derzeit geschehe!

Die dritte Politikergruppe „setzt sich aus einem weniger erfreulichen Potential zusammen". Es seien die Politiker, denen mangelndes Engagement, mangelndes Wissen und auch mangelnder Mut zur Vertretung deutscher Interessen zu eigen sind. Diese seien die große Zahl der Opportunisten, die es mit einem Wort Mark Twains hielten: „Demokratie beruht auf drei Prinzipen: auf der Freiheit des Gewissens, auf der Freiheit der Rede und auf der Klugheit, keine der beiden in Anspruch zu nehmen."

Vom Historikerstreit und allen damit zusammenhängenden Fragen wüßte und verstünde dieser Personenkreis nur soviel, daß er sagen müsse, die Verbrechen des Nationalsozialismus hätten den Charakter der Einzigartigkeit in der Geschichte. Dies sei dann soweit gegangen, daß der Geschichtsprofessor Ernst Nolte, der es 1986 wagte, auf die geschichtliche Wahrheit hinzuweisen, daß auch der nationalsozialistische Judenmord nicht einzigartig, der Archipel Gulag ursprünglicher als Auschwitz und der Klassenmord der Bolschewiken das „logische und faktische Prius" des Rassenmords der Nationalsozialisten gewesen sei, sogar persönlich diffamiert wurde.

Die zweite These dieser Opportunisten-Politiker laute, daß jeder, der Hitlers „Mein Kampf" gelesen habe, hätte wissen müssen, was auf die Welt zukomme. Doch dies sei nicht einmal beim Nürnberger Hauptprozeß gesagt worden. Dort hieß es damals: „Mein Kampf ist lediglich als eine literarische Übung zu betrachten, ebensowenig enthält es Richtlinien als starre Politik oder einen unabänderlichen Plan". Auch habe sich Hitler nach seiner Regierungsübernahme oftmals von den darin enthaltenen Thesen distanziert und habe erklärt, daß er sich nicht so früh hätte festlegen dürfen. Und selbst das Parteiprogramm der NSDAP, das Versailles sogar zeitlich noch näher als „Mein Kampf" steht, habe zur Ernährung des Volkes und zur Ansiedlung des Bevölkerungsüberschusses Kolonien und keine Landnahme im Osten gefordert.

Als dritten Punkt führen diese Politiker immer an, daß die deutschen Verbrechen nicht mit anderen Verbrechen „aufgerechnet" werden dürften. Doch gerade dies entpuppe sich bei näherer Betrachtung als „besonders wenig stichhaltig". Vor allem werde dieses Wort von diesen Verfechtern einer alleinigen deutschen Schuld absichtlich mißverstanden oder mißbraucht. Denn eine Aufrechnung habe keineswegs den Effekt, daß sich der Aufrechnende damit von seiner Schuld befreien könnte. Auch bedeute es nicht, daß jemand die Zahl der Opfer zahlenmäßig „aufrechnet".

Vielmehr wollen die Verfechter eines „Aufrechnungsverbotes" nach Ansicht Pemsels in dem Bestreben, eine lupenreine Alleinschuld Deutschlands aufrechtzuerhalten, verhindern, daß Verbrechen der ehemaligen Kriegsgegner Deutschlands überhaupt nur angesprochen oder gar untersucht werden. Dies sei aber nichts anderes als ein Versuch, „die Geschichtsschreibung zu korrumpieren". Denn fremde Untaten seien ebenso Bestandteil der Geschichte wie deutsche Untaten.

Dementsprechenden Versuchen würde oftmals entgegnet, die Verbrechen der anderen Seite seien nichts anderes als eine Folge des von Hitler begonnenen Kriegs. Wie falsch dies sei, könne alleine daran erkannt werden, daß beispielsweise Teile der polnischen Bevölkerung kurz vor und kurz nach Kriegsbeginn zigtausend Volksdeutsche auf zum Teil bestialischste Weise abgeschlachtet hätten. Sie könne jedoch nicht als Auslöser für die später erfolgten Geschehnisse während der deutschen Besetzung Polens gewertet werden, „da sowohl eine andere Struktur als auch eine andere Dimension vorlagen". Und ebensowenig könnten die großen Vertreibungen als Folgen der deutschen Besetzung in Polen und in der Tschechoslowakei gewertet werden.

Die vierte Politiker-Gruppe bestehe aus Personen mit einer belasteten Vergangenheit im Sinne der heutigen Zeittendenz. Diese hätten nur die Wahl, entweder mit Charakter unterzugehen oder sich anzupassen – und viel zu oft würde das zweite dem ersteren vorgezogen. Ein Beispiel hierfür sei der derzeitige österreichische Staatspräsident Kurt Waldheim.

Die fünfte und letzte Gruppe sei die aktivste und am wenigsten belehrbare. Es handele sich um die Gruppe von Politikern, die marxistisch oder jedenfalls extrem weit links eingestellt seien. Obwohl der Nationalsozialismus den Versuch dargestellt habe, die beiden entgegengesetzten Hauptströmungen der Weimarer Zeit, die nationale und die soziale Komponente, in einem gemeinsamen Lager zu integrieren, hätten jedoch alles in allem genommen eher konservative und „rechte" Bevölkerungsteile diese Staatsform akzeptiert gehabt. Alleine aus dem Grunde der Gewährleistung des Privateigentums auch für Industrie und den Großgrundbesitz, dem betonten Nationalgedanken sowie der Disziplinierung fast aller Lebensbereiche und der Hervorhebung des Leistungsprinzips.

„Je kompromißloser aber heute durch die extreme Linke pauschal alle Erscheinungen aus der Epoche des Dritten Reiches abgewertet werden und je mehr das damalige deutsche Bürgertum mit seinem Ordnungs- und Sicherheitsbedürfnis, je mehr das damalige Schul- und Bildungswesen, die Industrie, die Wirtschaft, die Finanz, die Justiz, das Beamtentum und die überwiegend patriarchalische Familienstruktur kritisiert und indirekt für das schreckliche Desaster mitverantwortlich gemacht werden, um so eher treffen Kritik und Vorwurf gegen den Nationalsozialismus zugleich das traditionelle oder rechte Gedankengut als solches, das mit dem Nationalsozialismus nichts zu tun hat." □

Verein zur Förderung deutscher Interessen e.V., Postfach 1311, D-8046 Garching.

Zweiter Weltkrieg

So half Roosevelt Stalin

Mike Blair

Kurz nach dem 22. Juni 1941, als deutsche Panzer und eine Armee von drei Millionen Mann in die Sowjetunion eindrangen, begann eine streng geheime Korrespondenz zwischen dem amerikanischen Präsidenten Franklin Delano Roosevelt, dem britischen Premierminister Winston Churchill und dem sowjetischen Staatschef Josef Stalin, dem brutalsten Diktator der Weltgeschichte.

Stalin befand sich in großen Schwierigkeiten. Das deutsche Schreckgespenst wälzte einen demoralisierte sowjetische Armee Tag für Tag Dutzende von Kilometer vor sich her, und Stalin verlor keine Zeit, um Roosevelt und Churchill um Hilfe zu bitten.

Beispiel aus der geheimen Korrespondenz

Natürlich befand sich Großbritannien selbst mitten in einem massiven Angriff durch die Luftwaffe, der Churchill kaum in die Lage versetzte, Stalin aus seinen Schwierigkeiten herauszuhelfen.

Aber jenseits des Atlantiks sollte das sogenannte Waffenarsenal der Demokratie den Angriff auf Pearl Harbor erst einige Monate später erleiden. Roosevelt fiel darum die Aufgabe zu, das sowjetische Sklavenreich zu schützen, und der amerikanische Präsident nahm diese Herausforderung an; er gab Stalin praktisch Onkel Sams letztes Hemd, um den gottlosen Bolschewismus vor dem Untergang zu bewahren.

Einige Musterbeispiele aus der geheimen Roosevelt-Churchill-Stalin-Korrespondenz, die im Sommer 1941 begann, beweisen wie Roosevelt Stalin gestattete, Amerikaner in den europäischen Krieg hineinzuziehen, den weder der amerikanische Kongreß, noch das Volk der USA wollten.

31. August 1941.

Roosevelt und Churchill an Stalin: „Wir arbeiten im Augenblick zusammen, um Sie mit dem Höchstmaß an Lieferungen zu versorgen, die Sie am dringendsten benötigen. Viele Schiffsladungen haben bereits unsere Küsten verlassen und mehr werden in der nächsten Zukunft folgen."

30. September 1941.

Roosevelt an Stalin: „Ich bin zuversichtlich, daß Möglichkeiten gefunden werden, notwendiges Kriegsmaterial und Nachschub zu beschaffen, um Hitler an allen Fronten, einschließlich unserer eigenen, zu bekämpfen."

Roosevelt lieferte alles, was Stalin wünschte

Nachdem Stalin Roosevelt seine „Einkaufsliste" von Ausrüstungsteilen vorlegt, teilt Roosevelt durch ein Aide Mémoire Stalin am 2. November 1941 mit, er habe „alle Teile von Militärausrüstung und Kriegsmaterial genehmigt und die Anweisung erteilt, daß die Rohmaterialien im Rahmen der Möglichkeiten so schnell wie möglich geliefert werden ..., daß er den Befehl erteilt habe, mit den Lieferungen unverzüglich zu beginnen und sie im größtmöglichen Umfang fortzusetzen ..., daß sofortige Vorkehrungen getroffen werden, so daß Lieferungen unter dem Lend-Lease Act bis zum Wert von einer Milliarde Dollar erfolgen können ..., daß vorbehaltlich der Genehmigung durch die sowjetische Regierung ... von den Vereinigten Staaten keine Zinsen auf solchen Verschuldungen erhoben werden, die der sowjetischen Regierung entstehen könnten, mit den Zahlungen erst fünf Jahre nach Kriegsende begonnen werden soll, und daß die Zahlungen erst nach Ablauf dieser Fünfjahresfrist über einen Zeitraum von zehn Jahren hinweg erfolgen sollen".

2. November 1941.

Stalin an Roosevelt: „Ihre Entscheidung, Herr Präsident, der Sowjetunion ein zinsfreies Darlehen von einer Milliarde Dollar zu gewähren, so daß sie die Lieferung von Kriegsmaterial und Rohstoffen an die Sowjetunion bezahlen kann, wird von der Sowjetunion mit tiefgefühltem Dank akzeptiert ...

Auf Anweisung der Regierung der UdSSR bringe ich mein völliges Einverständnis mit Ihren Bedingungen zur Gewährung des Darlehens zum Ausdruck, dessen Rückzahlung fünf Jahre nach Kriegsende beginnen und über einen Zeitraum von zehn Jahren nach Auslauf der Fünfjahresfrist fortgesetzt werden soll."

Insgesamt bekommt Stalin neun Milliarden: 13. Februar 1942.

Etwas über zwei Monate vor diesem Datum wird ein Großteil der US-Pacific Fleet in Pearl Harbor vernichtet und die Japaner sind dabei, die amerikanischen Streitkräfte auf Bataan und Corregidor in den Philippinen zu vernichten. Roosevelt zu Stalin: „Ich wurde soeben davon unterrichtet, daß die sowjetische Regierung an uns Anforderungen gestellt hat für Ausrüstungen und Kriegsgerät, dessen Wert über die eine Milliarde Dollar hinausgehen wird, die im vergangenen Herbst unter dem Lend-Lease Act zur Verfügung gestellt wurde ...

Deshalb schlage ich vor, daß unter dem gleichen Act Ihrer Regierung noch einmal eine Milliarde Dollar unter den gleichen Bedingungen, unter denen die erste Milliarde zugeteilt wurde, zur Verfügung zu stellen sind ... Es kann ... sich als gegenseitig wünschenswert erweisen, finanzielle Abmachungen, die wir jetzt treffen, später zu überprüfen, um sie gegebenenfalls den veränderten Bedingungen anzupassen."

18. Februar 1942.

Stalin an Roosevelt: „Ihre Entscheidung, Herr Präsident, der Regierung der UdSSR noch einmal eine Milliarde Dollar unter dem Lease-Lend Act zu gewähren, wird mit aufrichtiger Dankbarkeit akzeptiert ... Unter Bezug auf die von Ihnen angezogene Sache möchte ich sagen, daß, um die Entscheidung nicht zu verzögern, die Sowjetunion im Augenblick die Angelegenheit der Überprüfung der Bedingungen für die zweite Milliarde Dollar nicht aufgreifen ... und auch nicht dazu aufrufen wird, die extreme Belastung, die der Sowjetunion durch den Kampf gegen unseren gemeinsamen Feind auferlegt wird, gebührend zur Kenntnis zu nehmen.

Gleichzeitig stimme ich mit Ihnen völlig überein und hoffe, daß wir später gemeinsam den Zeitpunkt festlegen werden, wann es gegenseitig wünschenswert sein wird, die finanziellen Vereinbarungen, die jetzt getroffen werden, zu revidieren, um den oben beschriebenen Umständen besonders gerecht zu werden."

Anmerkung: Weder die zwei Milliarden Dollar, noch die neun Milliarden Dollar, die Stalin später unter dem Lend-Lease Act zur Verfügung gestellt wurden, sind jemals zurückgezahlt worden.

Stalin fordert mehr und mehr: 5. Oktober 1942.

Stalin an Roosevelt: „Es wäre sehr gut, wenn die USA die monatliche Lieferung mindestens folgender Posten gewährleisten könnte: 500 Jäger, 10.000 Lkw, 5.000 Tonnen Aluminium und 4.000 bis 5.000 Tonnen Sprengstoffe. Außerdem benötigen wir innerhalb von 12 Monaten zwei Millionen Tonnen Getreide (Weizen) und soviel wie wir haben können an Fetten, konzentrierten

Zweiter Weltkrieg

So half Roosevelt Stalin

Nahrungsmitteln und Dosenfleisch.

Wir könnten einen beträchtlichen Teil der Lebensmittellieferungen mit sowjetischen Schiffen über Wladiwostok hereinholen, wenn die USA damit einverstanden wären, der UdSSR mindestens 20 bis 30 Schiffe zu überstellen, um unsere Flotte wieder aufzufüllen." Stalin bekam die Schiffe.

8. Januar 1943.

Roosevelt an Stalin: „Ich habe in die Wege geleitet, daß Ihnen 1943 ab Januar 200 C-47 Transportmaschinen zur Verfügung gestellt werden ... Ich werde alles tun, was ich kann, um Ihnen weitere 100 zu geben, aber Sie können fest mit den 200 Flugzeugen rechnen."

23. Januar 1944.

Bei der Kapitulation Italiens im Jahre 1943 hatte Stalin ein Drittel der italienischen Flotte verlangt, worauf Roosevelt und Churchill antworteten: „In bezug auf die Übergabe von italienischen Schiffen an die Sowjetunion ... der wir beide in Teheran zugestimmt haben, erhielten wir ein Memorandum der Joint Chiefs of Staff ...

Aus Gründen, die in diesem Memorandum dargelegt sind, glauben wir, daß es für unser dreifaches Interesse gefährlich wäre, eine Überstellung durchzuführen oder den Italienern irgendetwas davon zu sagen, bis ihre Zusammenarbeit keine taktische Bedeutung mehr hat.

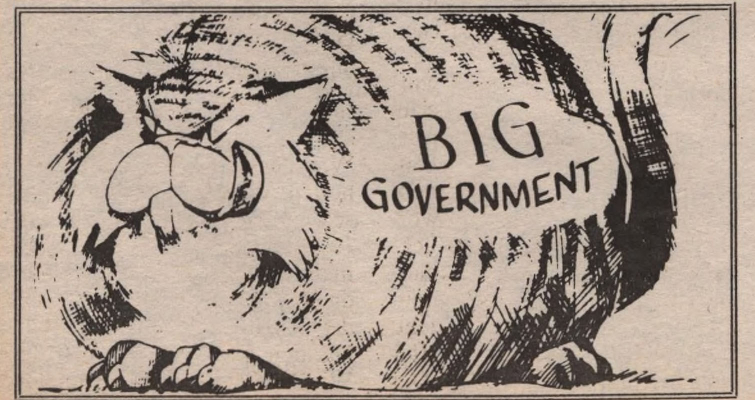
Nichtsdestoweniger, wenn es nach reiflicher Überlegung Ihr Wunsch wäre, daß wir so verfahren, dann werden wir uns insgeheim an den (italienischen) Marschall (Pietro) Badoglio wenden, um mit ihm die notwendigen Vereinbarungen zu treffen, ohne daß diese den italienischen Marine-Streitkräften allgemein zur Kenntnis gebracht werden müssen. Wir sind uns jedoch der Gefahren einer solchen Verfahrensweise sehr bewußt ... und haben uns daher entschlossen, folgende Alternative vorzuschlagen.

Das britische Schlachtschiff ‚Royal Sovereign' ist kürzlich in den Vereinigten Staaten umgebaut worden. Es ist mit Radar für alle Waffentypen ausgerüstet. Die Vereinigten Staaten werden etwa zur gleichen Zeit einen leichten Kreuzer, die ‚Milwaukee', zur Verfügung stellen."

Stalin bekommt die Schiffe

Später übergaben die Briten den Sowjets das Schlachtschiff, vier Unterseeboote und neun ehemals amerikanische Zerstörer. Die Vereinigten Staaten übergaben den Sowjets die „Milwaukee", 77 Minensucher, 103 U-Boot-Jäger, 28 Fregatten, 202 Torpedoboote, vier schwimmende Trockendocks, vier 250-Tonner Pontonkähne, drei Eisbrecher und 15 Schleppkähne.

Die Briten bekamen die „Royal Sovereign" 1949 reif für den Schrotthaufen zurück, und die Vereinigten Staaten bekamen auch 1949 die „Milwaukee", vier Frachter und zwei Eisbrecher zurück, alle reif für den Schneidbrenner. □



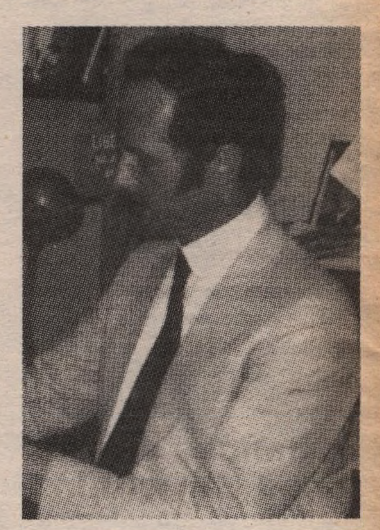
Nikolai Tolstoy

Ein Historiker kämpft für die Wahrheit

Peter Blackwood

Graf Nikolai Tolstoy wurde bei dem durch das Mitglied des britischen Oberhauses, Toby Low, alias Lord Aldington, angestrengten Verleumdungsprozeß auf Grund der historischen Auffassung der Briten von Verleumdung übel mitgespielt. Diese Auffassung besteht darin, daß die Wahrheit bei Verleumdung keine Verteidigung ist. „Je größer die Wahrheit, desto größer ist die Verleumdung", heißt es sogar.

Das britische Rechts-Establishment kann keine harte Kritik an den Lords des englischen Königreichs ertragen. Tolstoy wurde das Opfer der im Vereinigten Königreich herrschenden Auffassung über Wahrheit, Verleumdung und die Privilegien der oberen Klassen. Er sagte die Wahrheit über Aldington und mußte daher bestraft werden. Das Urteil in Höhe von 1,5 Millionen Pfund fiel dreimal so hoch aus wie das bis dahin höchste Urteil in einer Verleumdungsklage in Großbritannien.



Nikolai Tolstoy wurde ein Opfer der in Großbritannien herrschenden Auffassung von historischer Wahrheit.

Es geht wieder einmal um Kriegsverbrechen

Der Historiker Graf Nikolai Tolstoy wird gegen das Urteil des britischen Gerichts Berufung einlegen. Nach diesem Urteil soll der revisionistische Autor einen britischen Peer (Adligen) verleumdet haben, indem er behauptete, der Lord des Königreichs habe ein Kriegsverbrechen begangen, als er nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kriegsgefangene Kosaken und antikommunistische Jugoslawen gegen ihren Willen an Josef Stalin und Josip Broz Tito ausgeliefert hat.

Tolstoy sagte dem Gericht, er hege „keinerlei Bedauern" wegen von ihm gegen Toby Low, Lord Aldington, erhobenen Anklagen in einem Prozeß, der zwar in Großbritannien und auf dem europäischen Kontinent weithin Beachtung fand, der aber in den Vereinigten Staaten der Aufmerksamkeit der Medien entgangen zu sein scheint.

Schadensersatz wegen „Falschbehauptung"

Tolstoy und Nigel Watts, ein Grundstücksentwickler aus Kent, haben bestritten, in einer 1987 hergestellten und an das Winchester College, dessen Rektor der Lord seinerzeit war, an beide Häuser des Parlaments und an Einwohner von Aldington, des Heimatdorfes des Lords in Kent, versandten Broschüre ihn verleumdet zu ha-

ben. Tolstoy schrieb Teile der Broschüre und diese wurde von Watts hergestellt und vertrieben.

Ein britisches Schwurgericht sprach Tolstoy und Watts wegen „Falschbehauptungen“ schuldig und gestand Aldington Schadensersatz in Höhe von 1,5 Millionen Pfund zu. Dem Duo wurden auch eine Million Pfund an Gerichtskosten für den langen Prozeß, der im Oktober 1989 begann und am 30. November 1989 zu Ende ging, aufgebrummt.

Tolstoy sagte, Aldington sei als Brigadegeneral Toby Low im Fünften Corps in Südösterreich nach Ende des Zweiten Weltkriegs direkt für die „Repatriierung“ von Antikommunisten, die gegen die Streitkräfte Stalins und Titos gekämpft hatten, verantwortlich gewesen. Er bezog sich dabei auf das „entscheidende“ Eingreifen von Harold Macmillan, damals britischer Residierender Minister im Mittelmeerraum, und die Rolle von Aldingtons Kommandeur General Keightley.

Nach dem revisionistischen Historiker war es unmöglich, zwischen der Rolle Aldingtons und Keightleys einen Unterschied zu machen. Der General war gestorben bevor Tolstoy ihn befragen konnte. Aber es sei nicht „unvorstellbar“, daß Aldington ohne Billigung seitens seines Kommandeurs gehandelt hat.

„General Keightley könnte gesagt haben; ‚Erledigen Sie diese Dinge; sie sind ein Ärgernis; sehen Sie zu, daß Sie sie loswerden; säubern Sie das Corps-Gebiet‘“, sagte Tolstoy.
Befragt, ob er glaube, daß Aldington „das getan hat, was Sie sagen, weil ihm von General Keightley befohlen wurde, es zu tun“, erwiderte der Graf: „Sehr wahrscheinlich.“

Die Zwangsrückführung der Kosaken

Ein wesentlicher Punkt der Tolstoy-Schrift war die Anklage, Aldington habe vorsätzlich die Befehle des Oberkommandos der Achten Armee und aus dem Hauptquartier der alliierten Streitkräfte in Zusammenhang mit den Repatriierungen mißachtet...

Tolstoy behauptete, die britischen Behörden hätten beharrlich die Untersuchung eines „monströsen Verbrechens“, das sich aus der Zwangsrückführung von Kosaken und titofeindlichen Jugoslawen am Ende des Krieges ergab, unterdrückt. Der Autor sagt, die „bestehenden Mächte“ hätten die konstante Haltung eingenommen, jeder ordnungsgemäßen Diskussion über die Ereignisse in Südösterreich im Mai 1945 aus dem Wege zu gehen. Er verglich die amtliche Haltung zu der Auslieferung von Kosaken und Jugoslawen an die bolschewistischen Streitkräfte und dem anschließend an ihnen begangenen Massaker mit der erfolgten Untersuchung seitens des britischen Verteidigungsministeriums, die den österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim von der Anklage der Mittäterschaft bei der Ermordung von sechs britischen Kommandoangehörigen entlastete.

Im Kreuzverhör sagte der Graf zu den Geschworenen: „Hier haben wir es mit dem Tod von 70000 Menschen in Friedenszeiten zu tun und keinerlei Untersuchung irgendwelcher Art hat stattgefunden. Viele mächtige Institutionen haben vorsätzlich jede offene Diskussion über diese Angelegenheit unterdrückt oder verzerrt oder sich an der Unterdrückung und Verzerrung beteiligt.“

Der Befehl wurde unmenschlich ausgelegt

Tolstoy ist Verfasser des 1986 herausgekommenen Buches „The Minister and The Massacre“, in dem er vor allem die Rolle Macmillans als britischer Residierender Minister für den Mittelmeerraum unter Beschuß nimmt. Im Falle der Jugoslawen heißt es in dem Befehl – von General Robertson im Hauptquartier der alliierten Streitkräfte am 14. Mai 1945 –, daß das gesamte in Gefangenschaft geratene Personal mit nachgewiesener jugoslawischer Staatsangehörigkeit das in den deutschen Streitkräften gedient hatte, Titos Armee zu übergeben sei.

Aus dem Buch zitierend sagte der Anwalt, der Graf habe ausgeführt, daß der Robertson-Befehl „jegliche Sympathie für die beabsichtigten Opfer ausschloß und gleichzeitig inklusiv genug gewesen sei, um praktisch auf alle uniformierten jugoslawischen Flüchtlinge angewendet zu werden.“

Im Kreuzverhör beschuldigte Tolstoy Aldington, den Befehl eifrig auf die „extremste und unmenschlichste Weise“ ausgelegt zu haben.

Das Gericht stellte die Behauptung nicht in Frage, daß Tausende von nichtdeutschen Soldaten, die im Zweiten Weltkrieg in der deutschen Wehrmacht gedient hatten, den bolschewistischen Streitkräften und damit dem fast sicheren Tod ausgeliefert wurden. Auch stellten weder das Gericht noch Aldington selbst Tolstoys Behauptung in Frage, daß hochstehende alliierte Beamte, aus dem Militär- wie auch aus dem Zivilbereich, diese Politik vorsätzlich betrieben, obwohl sie genau wußten, was mit den Kriegsgefangenen geschehen würde.

Sir Charles Villiers, Offizier zur Kriegszeit und später Vorstandsvorsitzender von British Steel, war ein Hauptzeuge für Aldington, aber Tolstoy nannte ihn einen „Lügner“.

Folterungen und Massaker standen Gefangenen bevor

Villiers kommandierte seinerzeit die 6th Special Force of the Special Operations Executive. Er bestätigte Aldingtons Behauptung, letzterer „habe keine Ahnung“ davon gehabt, daß den titofeindlichen Jugoslawen Folterungen und Massaker bevorstanden. Villiers sagte, ihm sei von einem führenden jugoslawischen Partisan, später ein hochstehender Diplomat unter Tito, versichert worden, daß nur diejenigen, die im Verdacht standen, Kriegsverbrechen begangen zu haben, „rechtmäßig bestraft“ würden. Andere, so sei ihm gesagt worden, würden nach ihrer Rückkehr nach Jugoslawien „umerzogen“. Als Antwort darauf sagte Tolstoy dem Gericht: „Ich befürchte, daß Sir Charles uns hier Lügen auftischt. Das steht meiner Meinung nach außer Frage.

Er verbrachte nach eigenem Eingeständnis acht Monate in Titos Hauptquartier. Wenn er tatsächlich glaubt, in Jugoslawien wären ordentliche Gerichte tätig gewesen oder wahrscheinlich tätig gewesen, oder daß Partisanen umhergingen, um irgendwelcher Kriegsverbrechen verdächtigte Personen sorgfältig abzuurteilen – ich glaube nicht einen Augenblick, daß er die Wahrheit gesagt hat.“

Villiers sei „genau der richtige Mann gewesen, um herauszufinden, was innerhalb von Jugoslawien vor sich ging“, und es sei unvorstellbar, daß er nicht gewußt haben soll, wie sich die Partisanen ihren Feinden gegenüber verhielten. Der Graf sagte dem Gericht auch, er glaube, daß ein Oberleutnant Lockheed, der ebenfalls ausgesagt hat, er habe nichts von Massakern oder Folterungen an den Repatriierten gewußt, gelogen hat. „Ich bin sicher, daß er lügt“, sagte Tolstoy. „Er war dort an der Grenze.“

Der Druck des Establishments

Im Falle des Brigadegenerals Charles Tryon-Wilson, der dem Gericht erzählt hatte, er habe nichts von dem Schicksal gewußt, das die Jugoslawen ereilen würde, sagte Tolstoy vor Gericht aus, dieser sei „einer von den Leuten gewesen, die es hätten wissen müssen“. Er betrachtete Tryon-Wilson als im allgemeinen ehrlich, behauptete jedoch, der ehemalige Offizier sei unter dem „Druck des Establishment“ geraten, einiges von dem, was er vorher persönlich zu ihm, Tolstoy, gesagt hatte, abzuändern oder zurückzunehmen. „Ich mache beträchtliche Zugeständnisse für hohes Alter und auch für den Druck, dem man ausgesetzt wird“, sagte Tolstoy.

In der Broschüre schrieb Tolstoy, es entspreche nicht der Wahrheit, daß Aldington keinerlei Ahnung von den wahrscheinlichen Schicksalen der Jugoslawen gehabt habe. Er meinte, wenn dies wahr wäre, dann wäre er wohl „praktisch der einzige britische Soldat in Kärnten gewesen, der von der Wirklichkeit der Situation nichts wußte“. □

Medizin

Was man bei Krebs tun kann

Heinrich Nehus

Das Vierteljahrhundert moderner Krebstherapie wird begleitet von viel menschlicher Hoffnung, Enttäuschung und nicht zuletzt vom Leid aller daran Beteiligten, besonders den davon betroffenen Patienten. Am Ende dieses Fortschritts steht in den meisten Fällen der „austherapierte Patient", der oft wider Erwarten über Monate, manchmal Jahre, nicht nur mit seiner Krankheit lebt, sondern als Ausdruck seines bis zum letzten Atemzug noch intakten Abwehrsystems, auch noch gegen diese Therapie kämpft, indem er zum Zweck der Selbstentgiftung, zum Beispiel mit Erbrechen und/oder Durchfall, sich der toxischen Substanzen zu entledigen versucht.

Jedem noch normal und logisch Denkenden muß doch klar sein, daß hypothetische und therapeutische Denkansätze nie zum Ziel führen können. Krebskrankheiten und Krebsheilung mit der heutigen naturwissenschaftlichen „modernen Krebstherapie beziehungsweise Onkologie" sind zwei Dinge, die sich gegenseitig ausschließen beziehungsweise in sich widersprechen. Mit Antibiotika, Zytostatika, Strahlentherapie, Impftherapie, die allesamt das sogenannte Immunsystem schwächen, wird man niemals Krebskrankheiten, Aids oder ähnliche chronische Krankheiten echt kausal heilen können.

Die ganze Wahrheit heißt neue Krankheiten

Was in den echten naturwissenschaftlichen Disziplinen üblich und für den Fortschritt notwendig ist, daß die Wissenschaftler ihre Forschungshypothesen und Ergebnisse selbstkritisch immer wieder in Frage stellen sollten. Dazu ist die moderne medizinische Forschung auf vielen Teilgebieten, speziell in der Onkologie, nicht mehr in der Lage oder gewillt.

Und wenn diese „moderne Krebstherapie" stolz darauf ist, daß sie etliche maligne Erkrankungen besonders im Kindesalter heilen könne, dann sind diese Aussagen nur die halbe Wahrheit



Gesunde Ernährung ist im Kindesalter wichtig, wichtiger ist jedoch in diesem Alter die Ausschaltung der Intensivmedizin.

Die größte Schädigung des Menschen entsteht doch über die Genetik schon, nicht nur durch die Nahrungsmittelvergiftung von außen und innen, sondern vor allen Dingen durch die Medikamenten-Inwelt-Vergiftung. Diesen Fakt sollte diese Wissenschaft endlich zugeben!

Die ganze Wahrheit aber ist, daß diese sogenannten Heilungen Defektheilungen sind, das heißt durch diese Therapie werden unwiderruflich neue Krankheiten für die Patienten und spätere Generationen induziert. Die Onkologie betreibt hier einen unverantwortlichen Umgang mit dem Begriff Heilung. Trotz dieser vorprogrammierten Mißerfolge darf mit diesen hochtoxischen Therapieformen weitere an Tier und Mensch experimentiert werden.

Weder das Bundesgesundheitsministerium, noch das Bundesgesundheitsamt, weder der Bundesforschungs- oder Umweltminister und keine grauen, roten oder schwarzen Umweltschützer fühlen sich angesprochen, wenn es um die weiter zunehmenden Inweltbelastungen beim Menschen selbst geht.

Was für die Umwelt gilt, soll für den Menschen nicht gelten?

Ein fatales Beispiel dafür, wie die moderne Medizin in Forschung und Therapie sich verselbständigt hat und die bitter notwendigen Kontrollfunktionen nicht mehr greifen. Welch eine machtvolle Lobby muß dahinter stehen, die alle so lange hinters Licht führen kann?

Eine machtvolle Lobby muß dahinter stehen

Selbst unser zum Kahlschlag ansetzender Bundesarbeitsminister in seiner unbekümmerten, fröhlichen und nicht zu bremsenden Art, sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr und merkt nicht, daß er schon auf einem Auge blind geworden ist, indem er ohne sachlichfundiertes Wissen über homöopathische Einzel- oder Komplexwirkungen, den Sensenschnitt zum Beispiel bei Komplexmitteln ansetzt, die mehr als sechs Einzelmittel enthalten. Es wäre interessant zu erfahren, wer ihm diesen Unsinn ins Ohr geflüstert hat?

Wenn nicht bald ein kausales Umdenken in der Medizin erfolgt, und zwar um 180 Grad, dann müssen wir damit rechnen, daß nachfolgende Generationen beten: „Herr vergib ih-

nen, obwohl sie wußten, was sie taten!“

Wenn ein bekannter Physiker einmal sagte, daß die Physik bei der Explosion der Atombombe ihre Unschuld verloren habe, dann müssen wir heute feststellen, daß die moderne Medizin spätestens mit Beginn der Transplantation eines Affenherzens auf einen Menschen, der Reproduktions- und Genchirurgie, der totalen Anheizung der Intensivmedizin und der modernen Krebstherapie, ihre Unschuld verloren hat.

Generell jede Krankheit, ob vom Symptom oder von der Ursache her betrachtet, ist kein Zerstörungsprozeß, sondern im Gegenteil: Krankheit ist ein echtes Heilbestreben des Organismus in Richtung Gesundung beziehungsweise zumindest in Richtung Lebensverlängerung. Das heißt, daß zu keinem Zeitpunkt eines noch so schweren Krankheitsgeschehens, der Körper Fehlregulationen durchführt, mit denen er sich schadet, oder gar „selbst umbringen“ könnte. Das ist ein Naturgesetz. Daraus leitet sich der nächste Fakt ab, daß die derzeitig hochgejubelte Immunologie absolut falsch ist, da sie auf Fehlschlußfolgen aufbaut, unter Verwechslung von Ursache und Wirkung.



Der Natur eine Chance geben heißt auch die Verordnung von unschädlichen Arzneimitteln.

Die entscheidende Frage ob, wo und wie Fortschritt einzudämmen ist, muß heute jeder für sich entscheiden. Ich kann uns allen nur die dazu notwendige Weisheit, Hilfe und Zivilcourage wünschen.

Krankheit ist ein echtes Heilbestreben

Welche hypothetischen Grundlagen hat die kausale Regena-Ganzheits-Zell-Regenerationstherapie nach Stahlkopf von den akuten über die chronischen Krankheiten bis hin zum Krebsgeschehen, und warum ist die Notwendigkeit des geistigen Umdenkens um 180 Grad erforderlich?

Die Hauptansatzpunkte beziehungsweise Hauptaussagen der Regena-Forschung sind:

Hier, und nur hier allein beginnt sich das erste Kettenglied zu bilden, einer von uns, durch Herrn Stahlkopf darauf hingewiesenen Kausal-Ursachenkette. Mit diesem Naturgesetz-Ergebnis hat Stahlkopf vor über 34 Jahren die umfassende, von uns hier vertretene „kausale Regena-Ganzheits-Zell-Regenerationstherapie“ aufbauen können.

Krebs ist keine Sonderkrankheit, sondern der Endzustand eines tausendfaltig unterschiedlichen pathogenen Stoffwechselprozesses. Wer Krebs heilen will, der muß in der Lage sein, alle akuten Krankheiten von der leichten Grippe bis zu den chronischen Krankheiten und schweren Infektionskrankheiten hin, mit echt kausalen ganzheitlichen und nebenwirkungsfreien Mittelwirkungen und einer damit zu erzielenden Zellregeneration auszuheilen und nicht einzuheilen wie generell bisher. Dazu müssen gesunde Einflüsse von der Umwelt her und eine gesunde Ernährung kommen.

Im Gegensatz zu der Erregerhypothese der „modernen naturwissenschaftlichen Medizin“ steht unsere klare Aussage: Ursache der Infektionskrankheiten sind niemals die verschiedenen Bakterien, Viren oder Pilze, sondern die Ursache ist immer der schon vorher bestehende, gestörte pathologische Stoffwechsel beziehungsweise der Nährboden oder das Milieu, in dem die Erreger sich erst krankhaft bilden und vermehren können nach dem bekannten Motto: Gesunder Nährboden gibt gesunde Keime. Dagegen führt der kranke Nährboden zu pathogenen Keimen oder Erregern.

Hier wird von seiten der Schulmedizin in verhängnisvoller Weise wiederum Wirkung und Ursache verwechselt. Was bedeuten nun diese Aussagen im einzelnen?

Fieber ist Ausdruck eines Heilbestrebens

Im Sinne des Grundgesetzes der Selbsterhaltung unternimmt die Natur generell – aber auch der dieser untergeordnete kranke Organismus nichts, um sich selbst zu schaden, oder gar durch Außerkraftsetzung seiner Selbsterhaltungsbestreben, die wir Immunität beziehungsweise Abwehrsystem nennen, sich selbst zu zerstören.

Weil diese Gesetzmäßigkeit feststeht, baut die Natur zur Überwindung der kausalen Ursachen jedes pathogenen Prozesses – auch beim Krebsgeschehen – den bewußten Abwehrprozeß in Richtung Selbstheilung auf.

Daher ist – in einigen Beispielen – dargelegt: Fieber Ausdruck eines Heilbestrebens zum Abbau über Ausscheidung von Toxinen; Rotzschnupfen oder eine Sinusitis, ein Reinigungs- und Ausscheidungsprozeß im Sinne eines echten Heilbestrebens; Husten, ein bewußter Körperreiz, um pathogene Schleimmassen entgiftend auszuscheiden, über Lösung mit darauf einsetzenden Wirkstoffgruppen.

Hautkrankheiten, akute wie chronische, generell alle Entzündungen, sind bewußte, körpereigene gesuchte Prozesse, um ganzheitlich gestörte oder blockierte Ausscheidungs- oder Entgiftungsprozesse über die Schaffung einer Art „Not-Ventils“ zur Ausleitung zu bringen mit dem dafür bekannten Symptombild, weil es sich hier um hochfeine Molekulargifte mithandelt, die gegebenenfalls verstopften, normalen Ausscheidungs- und Reinigungswege hierfür nicht mehr zur Verfügung stehen.

Darum wiederum: Nur „kausale Regena-Ganzheits-Therapie“ kann echt helfen. Umgekehrt: Wäre der Toxinanfall „normal“ und die Ausscheidungswege für diese Stoffe funktionell intakt und gesund, entfiele die kausale Ursache für die Entzündung.

Schmerz ist ein Warnsystem und bildet sich durch einen zellulären Toxinstau, der ursächlich abgeleitet werden muß. Dies ist Kausal-Denken, denn es gibt kein Schmerzzentrum, wie die Schule irrig behauptet.

Auch das sogenannte „Herdgeschehen“ ist aus unserer kausalen Schau kein Versagen der Abwehr, sondern die Abwehr selbst.

So sind zum Beispiel vereiterte Mandeln für uns der kausale Hinweis dafür, daß wir es mit einer Folgeerscheinung eines pathologischen Stoffwechsels zu tun haben, der das humorale System toxisch belastet und verseucht hat und daß hier zum Beispiel schon vorher die Nieren schleichend entzündet waren mit einer zum Beispiel insuffizienten Entgiftungsleistung über oft Jahre hinaus.

Mit einer Erregerbehandlung oder chirurgisch durch eine Mandelentfernung wird wohl die Wirkung beseitigt, aber nicht die Ursache und letztere wirkt weiter und weiter.

Medizin

Was man bei Krebs tun kann

Es fällt einem schwer, nicht in Sarkasmus zu verfallen, wenn man verfolgt, wie die „moderne naturwissenschaftliche Medizin" bei allen sogenannten neuen und bislang unbekannten Erkrankungen bei Menschen, Tier und Pflanzenbereich, krampfhaft mit allen Mitteln eine Erregersuche betreibt in dem Glauben, damit die Ursache gefunden zu haben.

Das Gegenteil ist der Fall. Der Gesamtstoffwechsel ist hier schon so stark krankhaft verändert und vergiftet, daß praktisch tausende von Erregern hier ihren Nährboden finden können. Und deren Reservoir ist unerschöpflich. Und mit jeder Antidotgabe belasten wir den Stoffwechsel weiter und die Schäden und Probleme werden immer größer in Richtung Zellatenz und Entartung.

Wir haben mit unserer kausalen Therapie über Regena-Blut-, Lymph- und Darmentgiftung plus spezifischer Mittel, die Möglichkeit, selbst schwerste Infektionskrankheiten wie zum Beispiel Tbc, Typhus, Leberentzündung, Hirnhautentzündung und Entzündung des Gehirns echt auszuheilen.

Wir entgiften durch unsere Mittelwirkungen den kranken Nährboden, neutralisieren ihn damit mit der Folge, daß den pathogenen, sogenannten Erregern, die Lebensgrundlage entzogen wird, so daß diese quasi „verhungern". Sie sterben oft schneller ab, wie durch direkten „Antidot-Beschuß". Dazu brauchen wir keine Antidote und Impfsera.

Mit unserer Therapie haben wir die Aussage von Pasteur: „Die Mikrobe ist nichts, das Terrain ist alles", echt nachvollzogen.

Kommen wir nun zu unserer kausalen ganzheitlichen Krebsursachen- und Therapieschau: Die Krebserkrankung steht nach unserer Sicht am Ende eines individuell unterschiedlichen vielfältigen pathologischen Stoffwechselgeschehens. Für uns ist die Krebserkrankung kein zerstörerischer Prozeß, der mit der abnormalen und unkontrollierten Zellteilung beginnt und eingeleitet wird.

Wir sprechen nicht wie die Schulmediziner von der Krebszelle, die sich auch nach dem heutigen Wissenstand nicht von einer gesunden Zelle unterscheidet bei ihrer Entstehung, sondern von einer Not-Zelle, aus der sich im Zellverband der wachsende Primärtumor bildet – wie später auch im Sekundärherd der Metastasen.

Diese Not-Zell-Bildung folgt einem wiederum sinnvollen Ordnungsprinzip in Richtung Lebenserhaltung beziehungsweise Lebensverlängerung mit dem Zweck, in dem so wachsenden Notzellverband eines jeden Krebskranken alle anfallenden Stoffwechselgifte, als auch spezifische Krebsgifte, aus dem humoralen System herauszufiltern, darin abzulagern mit dem Ziel, über diese Maßnahmen Blut und Lymphe weitgehend toxinfrei zu halten in Form einer „Mülldeponie".

Der Forschungsirrtum der Krebsforschung

Nach der Auffassung der Schulmedizin: Abnorme virulente Zellwucherung – Krebs, um jedes Mittel, was die Zellwucherung beeinflußt oder eventuell verhindert, als kausales Krebsheilmittel anzusehen, liegt aus unserer Sicht der entscheidende hypothetische Forschungsirrtum der gesamten bisherigen Krebsforschung.

Solange der Primärtumor wächst beziehungsweise Notzellen als Krebs-Gift-Mülldeponie sich bilden können, besteht keine akute Lebensgefahr, wie auch Professor Dr. med. Karitzki, Bremen, schon vor 40 Jahren bestätigend äußerte. Gefährlich wird es erst dann, wenn beim Primärtumor diese lebensverlängernde Notzellbildungskraft erschöpft ist.

Professor Karitzki sagte dazu: „Nicht der wachsende Tumor ist akut lebensbedrohend, sondern der nicht mehr wachsenkönnende, kleine, stille, Tumor." Bei diesem letzten besteht kurzzeitig akute Lebensgefahr, weil laut Stahlkopf das vorhanden Zellulargut zu degeneriert ist, um keine neue Notzellbildungskraft aufbauen zu können.

Dieser Vorgang ist in Wahrheit die kausale, intakte Abwehr und entgegen aller wissenschaftlichen falschen Deutung eben kein Zerstörungsprozeß, sondern auch hier wieder die Form der bis dato echten Abwehr selbst, als nach wie vor Lebenserhaltungsprozeß.

Im weiteren Verlauf der Krebserkrankung ist die Metastasenbildung, wiederum nach Stahlkopf, so zu erklären, daß die lokale Notzellbildung, wie bei der Entstehung des Primärtumors, aus dem noch weitgehend intakten oder gesunden Gewebe entsteht. Darum kann in diesem Zustand der Tumor selbst nicht mehr wachsen, obwohl die Krebsgifte weiter aus dem Keimdrüsensystem produziert werden und den Giftpegel in individueller Unterschiedlichkeit der Patienten, bis an die Grenze der Lebensbedrohlichkeit in Blut und Lymphe, gespeichert werden.

In diesem Zustand des überhöhten Toxinanfalles in Blut und Lymphe wird dann der lebensbedrohliche Zustand erneut über echte Abwehr in einen lebensverlängernden, rettenden Zustand umgewandelt, über die Auslösung des physiologischen Prozesses, indem die Metastasenbildung eingeleitet wird. Dieser letzte Rettungsversuch, so bezeichnet ihn Stahlkopf, geschieht über die Eigenmobilisation aller im Organismus noch vorhandenen, weitgehend gesunden Zell-Verbände zur Notzell-Bildung mit dem Ziel der „Mülldeponie-Bildung".

Letzter Versuch zur Lebensverlängerung

Das heißt, daß vom „großen oder kleinen Zeh" aufwärts bis zu den Zellverbänden des Gehirns, Notzelle um Notzelle gebildet wird, um in diese, wie beim Wachstum des Primärtumor, die in Blut und Lymphe gespeicherten Krebs- und Humangifte abzuführen und in den Notzell-Verbänden, wie den Honig in die Bienenwabe, einzulagern in Form einer „Mülldeponie" unter dem Terminus Metastasen.

Also, auch hier läuft alles unter dem Begriff einer echten Abwehr, weil schlechthin niemals die Natur ihre Ordnungsgesetze verläßt, um sich etwa selbst umzubringen, wie die Wissenschaft es leider behauptet.

Zusammengefaßt ist also die Metastasenbildung laut Stahlkopf ein sogenannter letzter Rettungsversuch in Richtung Lebensverlängerung zu sehen, weil ohne dieselbe die genannten Krebs- und Humangifte diese dann zur Selbstzerstörung führen würden.

Setzt also in diesem Zeitpunkt endlich der behandelnde Arzt die „kausale Regena-Ganzheits-Zell-Regenerationstherapie" ein, kann der Patient noch gerettet werden, weil über die umfassende Blut- und Lymphentgiftung der angeführte Entstehungsprozeß von den Metastasen hin zum Primärtumor völlig schädigungsfrei und damit echt zellregenerativ zurückgeführt werden kann.

So ist also die Metastasenbildung als ein sogenannter „letzter Rettungsversuch" des Organismus zu verstehen, einer Selbstvergiftung und der danach erfolgenden Selbstzerstörung vorzubeugen auf Zeit, in der Hoffnung, auch zu diesem Zeitpunkt noch durch eine kausale Therapie gerettet werden zu können.

Wenn aus unserer Regena-Krebsganzheitsschau die Immunität auch bei der Krebserkrankung nicht versagt, worin sind dann die Grundursachen zu sehen?

Ursächlich unterscheiden wir nach Stahlkopf: Den „Ur-Krebs", den es schon immer gegeben hat und der besonders durch spezifische Erbgifte verursacht wird. Den „Neuzeit-Krebs", der durch zusätzliche degenerative Zellschäden mit den Folgen eines pathogen veränderten innerzellulären Stoffwechsels, die individuell unterschiedlich organspezifisch wirksam verursacht werden, durch die Symptom-Therapie-Form mit allen iatrogenen Folgen. Als größten Folgeschaden als Ursache für den Neuzeit-Krebs nennt Stahlkopf, wissen-

schaftlich beweisbar, jede Einzelimpfung plus nachfolgenden weiteren „Impf-Aufpfropfungen“, die über Generationen, spätestens in der vierten bis sechsten Generation, zum Zell-Tod führen.

Drittens gibt es den echten „Zellulär-Krebs“ als bösartige Variante des Neuzeit-Krebses, der sich gegenüber dem Ur-Krebs dadurch unterscheidet, daß er keine eigene Abwehr- und Rettungsaktion mehr aufbauen kann durch Primärtumor- und Metastasenbildung. Zwischen dem Neuzeit- und Zellulärkrebs bestehen fließende Übergänge.

Hauptsurache der Inweltvergiftung

Ursache des Neuzeitkrebses ist also in erster Linie der verhängnisvolle Irrweg der modernen Medizin in bezug auf fehlgeleitete Aktivierung des Immunsystems durch zunehmende Massenimpfungen gegen praktisch alle Krankheiten, durch eine falsche „Erreger-Krankheitshypothese“.

Diese falsche Immunisierung hat aus der vorher gesunden, abwehrstarken Zelltätigkeit, eine völlig degenerierte abwehrschwache, latente Krebszelle und damit ein latentes, unfunktionsfähiges Zellsystem gemacht.

Dazu kommen dann die nunmehr seit Generationen zunehmenden iatrogenen Schäden auf das Zellularsystem mit allen Antidoten gegen Erreger, mit der Substitutionstherapie, der Hormontherapie, von den Kalzium-, Vitamin- und Eisenspritzen, den Extern-Arzneimittelwirkungen, den belastenden balneologischen Anwendungen wie Fango, Moorbad, Sauna und den Krebsnoxen, wobei letztere zunehmend Luft, Wasser, Boden und Nahrung belasten.

Diese so zu Unrecht gepriesenen Erfolge der modernen wissenschaftlichen Zeitepoche haben zu den umfassendsten sträflichen degenerativen Zellveränderungen geführt, die das genetische Material von Generation zu Generation mehr und mehr schädigt mit dem Folgezustand der mehr und mehr zunehmenden Morbidität.

Hauptursache der Inweltvergiftung sind jedoch zu allererst die Impftherapie und Medikamentenschäden. Darum die zunehmende Notwendigkeit, schädigungsfreie Kausal-Mittel-Wirkungen zu finden und einzusetzen.

Obwohl akute, chronische und Krebserkrankungen im Kindesalter zunehmen, ist die Schulmedizin zur Selbstkritik nicht fähig und klammert sich selbst mit ihren Therapien in Schwangerschaft, mit der Intensivmedizin in der Geburts- und Nachgeburtsperiode und auch später bei der Diskussion über Krankheits- und Krebsursachen aus, obwohl diese bei der Diskussion über Zunahme der chronischen und Krebserkrankungen gerade im Kindesalter als erste in Betracht gezogen werden müßten.

Wir regen uns vehement über die Hormon-, Antibiotika- und andere Medikamentengaben in der Tierhaltung und Tierzucht auf und merken gar nicht, daß wir das gleiche bei uns selbst und unseren Kindern tun im exzessiven Gebrauch von allen möglichen und unmöglichen Vitaminkonzentrationen, Kraftnahrungen, Pillen jeder Kategorie einschließlich Antibiotika, Anabolika und Hormonen.

Unsere kausale Krebstherapie besagt, daß nur bei der regenerativen Gesundung der Zelle und damit des Zellsystems, die Steigerung der echten Abwehrkraft des Organismus gegen alle Krankheiten erreicht werden kann. Unter Berücksichtigung aller Vorkrankheiten setzen wir gezielt unsere kausale Regena-Krebs-Therapie ein.

Das spricht für die kausale Krebs-Ganzheitstherapie

Welche objektiven Fakten sprechen für die Richtigkeit der kausalen Krebs-Ganzheitstherapie?

Erstens: Der Mißerfolg der wissenschaftlichen Forschung, denn wenn deren Erkenntnisse richtig wären, müßten sie zum generellen Erfolg geführt haben.

Zweitens: Die Regena-Forschungshypothesen und ihre kausale Therapie lassen sich in 22jähriger Praxisführung lückenlos nachvollziehen.

Drittens: Diese Therapie läßt sich sowohl bei allen Krankheiten des Menschen, als auch bei allen akuten und chronischen Krankheiten im Tier- und Pflanzenbereich anwenden, was die Umfassenheit und Einmaligkeit dieser Therapie weiter untermauert.

Welche Therapieerfolge dürfen wir bei Krebspatienten mit unserer Therapie erwarten?

Erstens: Selbst in weit fortgeschrittenen Krebsstadien mit generalisierter Metastasierung sehen wir eine eindeutige Verlängerung der Überlebenszeit gegenüber anderen Therapien und was weitaus wichtiger ist, ein kaum für möglich gehaltenes körperliches Wohlbefinden und weitgehende Schmerzfreiheit bis kurz vor dem Tode. Das heißt weiter, wir sehen unter unserer Regena-Therapie keine durch die moderne Therapie ausgezehrten und austherapierten Patienten, die sich weigern, immer wieder aufs Neue stationär behandelt werden zu müssen. Unsere Krebspatienten sehen die Krankenhäuser praktisch nie.

Zweitens: Diese Vorteile unserer Therapie zeigen sich auch bei den Patienten, die sich gleichzeitig aus welchen Gründen auch immer, einer schulmedizinischen Krebstherapie unterziehen.

Drittens: Bei älteren oder alten Patienten, die über mehrere Jahre wegen anderer chronischer Krankheiten mit unserer Ganzheitstherapie behandelt werden, sehen wir äußerst selten Krebserkrankungen und wenn einmal ein Krebs diagnostiziert wird, kann praktisch immer nur chirurgisch therapiert werden, weil keine Metastasierung vorliegt.

Viertens: Oft erleben wir, daß bei Krebspatienten, die die schulmedizinische Krebstherapie abbrechen, die Krebskrankheit durch unsere Therapie zum Stillstand oder zur Rückbildung kommt.

Fünftens: Der entscheidende und einmalige Vorteil unserer kausalen Ganzheitstherapie ist, daß wir eine echte kausale Prophylaxe gegen alle chronischen Krankheiten und der Krebskrankheiten betreiben können, indem wir alle akuten Krankheiten mit unseren Arzneimittelwirkungen ausheilen können und somit chronische Krankheiten verhindern.

Der Natur die Chance geben, selbst zu heilen

Das heißt noch konkreter ausgedrückt: Krebstherapie fängt für uns kausal bei allen akuten Krankheiten im Kindesalter, in der Schwangerschaft, während und nach der Geburt unter weitestgehender Ausschaltung der Intensivmedizin an und vor allem bei der Behandlung aller akuten und chronischen Leiden.

Wenn wir diesen Weg konsequent beschreiten, unter Respektierung naturgesetzmäßiger Grenzen und Möglichkeiten unseres Handelns, dann werden die chronischen und Krebserkrankungen allgemein und besonders im Kindesalter entscheidend zurückgehen, ebenso wie die Zunahme von Zuckerkrankheit, Rheuma, Herz- und Kreislauferkrankungen und die Gesundheitskosten werden auch in Zukunft für alle finanzierbar bleiben und es wird keine Zweiklassenmedizin geben.

Aus unserer Ganzheitsschau des Krebsgeschehens therapieren die Schulmediziner alle, das heißt auch die sogenannten Alternativ-Mediziner, ob es die Mistel-Therapie ist oder die mit Carnivora, Selen, die Sauerstoffmehrschritt-Therapie nach Professor von Ardenne, die Hyperthermie, bestimmte Vitamintherapien, spezielle Diäten und was sonst noch angeboten wird, nur symptomatisch mit vielen schädigenden Wirkungen am Schwanzende einer mehr oder minder langen Krebserkrankung.

Können Sie sich wirklich allen Ernstes vorstellen, daß man mit irgend einem Einzel- oder Wundermittel ein so komplexes Krankheitsgeschehen wie den Krebs heilen kann? □

Dr. med. Heinrich Nehus, Wilhelmshaven, ist Mitglied des Regena-Ärztekreises. Sie erhalten die Anschriften der Mitglieder über die Firma Regenaplex, Robert-Bosch-Straße 3, D-7750 Konstanz.

Vertrauliches

Brasilien

Japan ist das Vorbild

Der brasilianische Abgeordnete Oswaldo Lima Filho, Chef der Nationalistischen Parlamentarischen Front (FPN), verteidigte in einem Interview mit dem „Jornal do Comercio" das japanische Modell zur Entwicklung gegen das liberale Modell.

Bei der Diskussion über das Programm und die Politik der FPN wies Lima lebhaft die liberalen Ideen jener zurück, die die totale Öffnung Brasiliens gegenüber den internationalen Märkten vorschlagen. Die FPN hat nicht die Absicht, das Land gegenüber Fremdkapital zu verschließen, sagte er, sondern möchte lieber das japanische Modell der Einschränkung von Fremdkapital annehmen.

Lima griff den Schritt zur „Privatisierung" des staatlichen Sektors an, darunter Firmen wie Petrobras, die staatliche Stahlfirma, und die Entwicklungsfirma Carajas. Er sagte: „Die großen westlichen Mächte, die Urheber der Auslandsschulden Brasiliens, ziehen durch alle Massenmedien, um Staatsunternehmen zu erwerben, die mit dem Blut und dem Opfer des brasilianischen Volkes aufgebaut wurden, und die der Stützpfeiler der Volkswirtschaft sind." □

Argentinien

Oberst Seineldin zum Rücktritt gezwungen

Oberst Mohamed Ali Seineldin, Führer des nationalistischen Flügels der argentinischen Armee, wurde durch eine Entscheidung des Army Promotions Board and Army Chief of Staff, General Isidro Cáceres, gezwungen, in den Ruhestand zu treten. Oberst Seineldin sollte im Dezember 1989 zum General befördert werden, aber in einer am 1. November in Buenos Aires bekannt gegebenen Entscheidung erklärte General Cáceres, Seineldin sei „unfähig, weiter aktiv zu dienen".

Die Entscheidung war das Werk des Oberkommandos, das den Obersten schon seit langem aus dem aktiven Dienst entfernen wollte. Die Handlungsweise des Oberkommandos ist eine Backpfeife für den Präsidenten Carlos Menem, der kürzlich Seineldin und 181 andere Offiziere, die während des Regimes von Raul Alfonsin von 1988 bis 1989 an militärischen Aufständen beteiligt waren, begnadigt hat. Seineldin erklärte, er werde die Entscheidung nicht anfechten, aber Menem kann sie mißbilligen.

Als Held des Krieges um die Malwinen im Jahr 1982 führte Seineldin im Dezember 1988 eine Aufstand gegen Alfonsins militärfeindliche Politik an und verlangte, daß Maßnahmen getroffen werden müßten, um der Institution der bewaffneten Streitkräfte die Würde wieder zu geben. Seinerzeit war Seineldin in Panama stationiert, wo er als Militärattaché und Berater für die panamesischen Streitkräfte diente.

Das Gremium klagte Seineldin an, seinen Posten in Panama „ohne Genehmigung" verlassen zu haben, „durch Betrug ins Land gekommen zu sein" und „Forderungen bezüglich der Militärpolitik der Regierung" aufgestellt zu haben.

Die Auswirkung der Entscheidung besteht darin, die kürzlich gewährten Begnadigungen für die Nationalisten wieder rückgängig zu machen und sie effektiv für jene, die während des Krieges gegen Unterwanderung in den siebziger Jahren Tausende von Bürgern „verschwinden ließen" und für die linken Terroristen, gegen die sie kämpfen, aufrechtzuerhalten. □

Japan

Sony-Vorsitzender übt Kritik an den USA

Akio Morita, Vorstandsvorsitzender der japanischen Firma Sony Corporation, verurteilte die Besessenheit der „nachindustriellen Gesellschaft" zur Untergrabung der Produktionskapazitäten und Verwandlung der amerikanischen Wirtschaft in eine „Wirtschaft ohne Substanz", in einem Buch, das er zusammen mit Shintaro Ishihara geschrieben und das den Titel trägt „A Japan That Can Say No".

Morita schreibt darin: „Es wurde gesagt, Amerika trete in eine sogenannte nachindustrielle Gesellschaft ein, wo das Gewicht des Dienstleistungssektors wächst. Doch wenn die Menschen vergessen, wie Waren hergestellt werden, und das scheint in Amerika der Fall zu sein, dann werden sie nicht in der Lage sein, sich auch nur mit den grundlegendsten Notwendigkeiten zu versorgen. Amerikaner machen heute Geld, indem sie es hin- und herschieben, statt Güter mit einem tatsächlichen Wert zu schaffen und zu produzieren.

Ich hielt in Chicago eine Rede mit dem Titel ‚Ten Minutes versus Ten Years', (‚Zehn Minuten gegen zehn Jahre'). Ich stellte fest, daß wir Japaner unsere Geschäftsstrategien zehn Jahre im voraus planen und entwickeln. Als ich einen amerikanischen Finanzmann fragte: ‚Wie weit planen Sie?', war die Antwort: ‚Zehn Minuten!'

Die amerikanische Wirtschaft ist demnach ohne Substanz. Sie muß zu einer wirklichen Produktionswirtschaft zurückkehren, aber ein Zehn-Minuten-Gewinnzyklus ermöglicht es den Firmen nicht, in eine langfristige Entwicklung zu investieren. Geschäft ist nach meiner Ansicht nichts anders als ‚Mehrwert'; wir müssen den Dingen Wert und Weisheit hinzufügen, und das ist es, was Amerika vergessen zu haben scheint – und es ist einer der beklagenswerteste Gesichtspunkt des heutigen Amerikas.

Der Zusammenbruch der amerikanischen Wirtschaft würde eine weltweite Katastrophe hervorrufen; der ‚schwarze Montag' des Jahres 1987 ließ vorübergehend allen Nationen einen kalten Schauer den Rücken herunterlaufen. Ich bin kein Pessimist, aber ich kann mich des Gedankens nicht erwehren, daß, falls die Bush-Regierung wirtschaftliche Fragen nicht ernsthaft in Angriff nimmt, ein weltweiter Zusammenbruch nicht nur eine Besorgnis, sondern eine sehr reale Möglichkeit ist." □

USA

Bush unterschreibt neues Ölbohr-Gesetz

US-Präsident George Bush erhob durch seine Unterschrift neue Beschränkungen für Ölbohrungen vor der Küste und Vorbereitungstätigkeiten, die einer Pacht vorausgehen, zum Gesetz, wodurch die Kapazität, in den Vereinigten Staaten Öl zu produzieren, weiter untergraben wird. Die Maßnahme legt Bohrungen und Schürfungen vor den Küsten von Kalifornien, einem Gebiet der äußeren Felsenplatte, das sich längs der mittelatlantischen Staaten, des östlichen Golf von Mexiko und der Florida Keys – Kette von kleinen Inseln vor der Südspitze von Florida – erstreckt, ein Stillhalteabkommen auf, bis eine Einsatzgruppe Studien über die Auswirkungen von Ölentwicklungen vor der Küste auf die Umwelt erstellt hat, was Monate oder Jahre dauern kann.

„Umweltbelange üben langsam eben soviel Einfluß auf die Ausgabenplanung aus, wie der Preis von Rohöl", berichtete das „Wall Street Journal". Die Zeitung zitiert Franco Reviglio, den Vorsitzenden der italienischen Ölgesellschaft ENI, der sagte, er suche nach umfassenden strukturellen Veränderungen in der Ölindustrie. Reviglio „nennt es eine ‚Revolution', die gewaltige Investitionen erfordert – als Folge der Umweltfragen".

I. C. Kerridge, Vizepräsident der in Houston ansässigen Baker Hughes Inc., die Berichte mit Zahlen von Bohrausrüstungen herausgibt, sagte, die geringfügige Vermehrung der Bohrausrüstungen, die bei der Suche nach Öl und Gas eingesetzt sind, macht den Niedergang in der Ölproduktion nicht wett. Im August 1989 waren in den Vereinigten Staaten fünf Prozent mehr Bohrtürme in Betrieb, also eine bescheidene Verstärkung in den Ölbohrungen. Im August 1988 belief sich der amerikanische Ausstoß jedoch auf 8079

Millionen Barrel pro Tag, im Vergleich zu lediglich 7545 Millionen Barrel im Jahr 1989. □

Thailand

Premierminister besuchte Rotchina

Thailands Premierminister Chatichai Choonhavan war zu einem dreitägigen inoffiziellen Besuch in China, wo er mit der chinesischen Führungsspitze zusammentraf, um bilaterale Probleme zu erörtern. Chaitichai plant, als Mittelsmann zwischen China und den USA zu fungieren. Wenn er wirklich Frieden im benachbarten Kambodscha vermitteln will, dann müßte er den Strom chinesischer Waffen zu den Roten Khmer stoppen, aber das wird er bei einer Vermittlung zwischen China und den USA bestimmt nicht tun. □

Drogen

Kissinger wieder einmal in Schwierigkeiten

Henry Kissingers brasilianischen Freunde werden wieder einmal mit Drogen in Verbindung gebracht. Im „Jornal do Brasil" erschien eine Artikelserie, in der die brasilianischen Netzwerke entlarvt werden, die den amerikanischen Drogenhändler William Reed Elswick schützen, der seiner Strafverfolgung in den USA nur dadurch entging, daß er Unternehmungen in Brasilien aufbaute. Zu diesen Unternehmungen gehörte die Gründung der Claymore International Bank auf den Cayman-Inseln unter Verwendung von Elswicks schmutzigen Geldern.

Der brasilianische Kongreßabgeordnete Hermes Zanetti verlangt eine parlamentarische Untersuchung der Beschuldigung, daß Elswicks Geld verwendet wurde, um Claymore International zu gründen.

„Claymore ist derzeit eine untätige Bank. Aber in ihrer Anfangsphase stützte sie sich auf bedeutende Namen in ihrem Vorstand", stellt das „Jornal do Brasil" fest. Der Präsident von Claymore International war Sergio Correa da Costa, brasilianischer Botschafter in den Vereinigten Staaten von 1985 bis 1987 und ehemaliger Partner Henry Kissingers in seiner Beratungsfirma in New York. Im gleichen Zeitraum war Correa da Costa auch Direktor der brasilianischen Zweigstelle der Bank of Credit and Commerce International (BCCI), die bereits zweimal von der US-Bundespolizei beschuldigt wurde, versucht zu haben, ungesetzlicherweise Dollar aus Brasilien herausgeschafft zu haben. Im vergangenen Jahr wurde BCCI of Miami beschuldigt, eines der führenden Institute zu sein, das von der Mafia durch illegalen Drogenhandel verdientes Geld wäscht.

Während Correa da Costa behauptete, er sei niemals Präsident von Claymore International gewesen, antwortete das „Jornal do Brasil": „Tatsächlich gehören Zweidrittel des stimmberechtigten Kapitals von BCCI do Brasil, wo Sergio Correa da Costa Vorsitzender des Vorstands ist, formell Brasilianern, aber ihr Präsident ist der Engländer Ashley Jenner und 50 Prozent ihres Finanzkapitals stammt von der Bank of Credit and Commerce International of London." □

Äthiopien

Dritte Hungersnot in fünf Jahren

Die dritte Hungersnot in fünf Jahren taucht nun drohend über Äthiopien auf, berichtete die UN-Food and Agriculture Organization (FAO). In Eritrea gab es eine fast völlige Mißernte mit einem Ertrag von nur einem Fünftel des normalen Ertrages und die Dürre hat die Provinz Tigre hart getroffen. Eine Million Menschen brauchen in diesem Jahr Nahrungshilfe, und ihre Zahl dürfte sich schnell auf zwei Millionen erhöhen. Es gibt keine größeren Lebensmittelbestände in Äthiopien, teilte die FAO mit.

Die Nahrungsmittelkrise verschlimmert sich auch in Lateinamerika. Protein-Kalorienverbrauch in Venezuela fielen bis auf den Stand von 1949 ab. Wie ein Sprecher der venezolanischen Kammer der Nahrungsmittelindustrie CAVIDEA mitteilte, ist die Kaufkraft dramatisch nach unten gegangen.
Laut DANE, dem kolumbianischen Amt für Statistik, sind 42 Prozent der Kolumbianer unterernährt. Mehr als eine Million Kleinkinder sind mangels ausreichender Nahrung geistig zurückgeblieben, und schätzungsweise 4400 Kinder sterben jedes Jahr als unmittelbare Folge des Nahrungsmittelmangels, berichtete das staatliche Gesundheitsinstitut. □

Mexiko

Hungern für die Staatsschulden

Die ärmsten Schichten der Bevölkerung können nicht weiter ausgequetscht werden, um zur Rückzahlung der Staatsschulden beizutragen, räumt die Weltbank ein. In einer umfangreichen Studie über Mexikos Nahrungsmittel- und Ernährungslage berichtete die Weltbank, daß die Kapazität der ärmsten Leute ihren Lebensunterhalt weiter einschränken, um mit der Wirtschaftskrise fertig zu werden, „fast völlig ausgeschöpft ist".

Seit 1983 ist der Preis für Tortillas im Verhältnis zum Mindestlohn um 70 Prozent, Bohnen um 80 Prozent, Milch um 30 Prozent, Eier um 94 Prozent, Zukker um 67 Prozent und Salatöl um 35 Prozent gestiegen. □

Mexiko

Kissinger wirbt für die Regierung

Der Washingtoner Korrespondent für die mexikanische Tageszeitung „La Jornada" berichtete, daß Alan Stoga Präsident der privaten Beratungsfirma Henry Kissingers, Kissinger Associates, von der Regierung des Präsidenten Carlos Salinas de Gortari angeworben wurde, um in den Vereinigten Staaten für Mexiko Lobbydienste zu leisten.

„Stoga ist die Kontaktstelle für alles Wirtschaftliche und Finanzielle für die Regierung von Mexiko. Er repräsentiert sie oder ‚leistet Lobby-Dienste' in der amerikanischen Regierung und im Kongreß für Mexiko. Aus diesem Grund wird er häufig zusammen mit mexikanischen Beamten gesehen, hauptsächlich dem zweiten und dritten Sekretär Jaime Serra Puche und Pedro Aspe Armella."

Die Beauftragung von Kissingers Firma durch die mexikanische Regierung ist Teil ihrer Entscheidung, „die Zurückhaltung und Vorsicht ihrer Vorgänger über Bord zu werfen, um das politische Spiel ‚auf amerikanische Weise' betreiben zu können, und die ‚Eroberung ihres Nachbarn, der Vereinigten Staaten, auf breiter Basis einzuleiten, beginnend mit dem Versuch ‚Leute mit Einfluß' auf ihre Seite zu bringen".

Stoga soll gesagt haben: „Wir müssen es Japan gleichtun, dessen Industrien Produkte aus den Ländern Südostasiens bekommen. Wir müssen das gleiche tun, aber mit Mexiko – nicht nur wegen des Vorteils der niedrigen Löhne, sondern um die exportfreundliche Struktur dieses Landes ausnutzen zu können."□

USA

An der Hilfe für Israel wird nicht gespart

Lobbyisten der zionistischen Fragen wurden vor einigen Wochen durch die Gegend gescheucht, als US-Präsident George Bush quer durch den amerikanischen Haushalt gehende Einsparungen anordnete, um das Ziel der Verringerung des Haushaltsdefizits für das Steuerjahr 1990 einzuhalten. Israel soll 141 Millionen von den drei Milliarden Dollar an Militär- und Wirtschaftszuwendungen, die jedes Jahr vom amerikanischen Steuerzahler aufgebracht werden, verlieren. Aber führende Persönlichkeiten des US-Kongresses haben den besorgten Lobbyisten versichert, daß Israel von den obligatorischen Einsparungen ausgenommen werde. □

Briefe

Betr.: David Irving „Wahrheit macht frei", Nr. 12/89

Die Revisionsberichte in Ihren letzten Code-Heften sind außerordentlich aufschlußreich. Traurig ist nur, daß diese deutsche Vergangenheitsbewältigung ausschließlich von Ausländern entdeckt, erforscht und recherchiert wurde (David Irving, Prof. Faurisson, Fred A. Leuchter und Ernst Zündel) und von denselben seitdem auch mit Energie verteidigt und propagiert wird, während unsere deutschen Historiker Augen und Ohren vor der Wahrheit verschließen.

Zur Abrundung der Berichte fehlt eigentlich noch das Buch von Walter N. Sanning „Die Auflösung" (aus dem Grabert-Verlag), auf das ich Interessierte hinweisen möchte.

Der Autor dieses Buches untersucht – als Amerikaner – in fleißiger Arbeit die Anteile jüdischer Bevölkerung in Polen und anderen osteuropäischen Staaten, die während des Krieges von 1939 bis 1943 selbst geflohen oder aber von Stalin nach Rußland verschleppt worden sind. Die Zahl der von Stalin verschleppten Juden betrug etwa 2,5 Millionen, von denen rund eine Million durch Hunger, schlechte Ernährung, Krankheiten und Kriegswirren (die Männer in der Roten Armee und in Partisanenverbänden, die Frauen in Fabriken) umgekommen sind.

Am Schluß seines Buches vergleicht der Autor noch die Zahlen der jüdischen Gesamtbevölkerung auf der Welt und gibt an:
für 1939 15.840,532 Millionen
für 1945 14.750,000 Millionen.

Das heißt, daß es rund eine Millionen Juden auf der Welt nach dem Krieg weniger gab und diese Million entspricht ungefähr der in Rußland gestorbenen Juden. Da der Autor seine Zahlen auf jüdische Quellen stützt, kann man ihm wohl keine Manipulation unterstellen.

Dr. Winfried Hellemann, Bonn

Betr.: Bonn „Die Presse-‚Un'freiheit", Nr. 1/90

Die Siegermächte sind, was die Kontrolle der Unterworfenen anbelangt, vom Besatzungsregiment allmählich zu einer nachsichtigen Bevormundung übergegangen; und da kommt es ihnen recht gelegen, wenn möglichst viele Bürger des besiegten Landen den Interessen ihres Volkes den Rücken kehren und nur noch die eigenen pflegen. Mit ihnen als Egoisten und sei deren Zahl auch noch so groß, können sie nach Belieben schalten; mit ihnen als einem Volk können sie das nicht.

Sie sind also daran interessiert, daß der Egoismus im besiegten Volk gedeiht, einerseits; andererseits aber darf das System, das diesen Egoismus am Leben hält, durch ihn nicht zu Schaden kommen. Der Bürger mußte daher so umerzogen werden, daß er zwar in wirtschaftspolitischer Hinsicht verantwortungsbewußt bleibt, seinem Volk gegenüber aber verantwortungslos wird.

Dieser Zustand ist in der BRD inzwischen weitgehend erreicht. Die Politiker dort sprechen nur noch den Einzelnen an, zum Beispiel die vielen einzelnen Wohnungs- und Arbeitsuchenden, reden aber möglichst nicht mehr von nationalen Belangen, außer dann, wenn darauf verzichtet werden soll.

Das Volk wird so zu einer abzählbaren Menge von gesättigten Konsumenten. Ein gut funktionierende, sehr behutsame Nachrichten- und Meinungszensur sorgt dafür, daß der einfache Bürger so gut wie nichts mehr von der Existenz einer deutschen Nation erfährt, es sei denn durch Verächtlichmachung der deutschen Vergangenheit oder im Zusammenhang mit Kriegsschuld und Kriegsgreueln.

Wenn den Bürgern eines Landes aber immer wieder vorgeführt wird, wie bequem der Einzelne dort leben kann, solange er sein Volk verleugnet, wie gut er als Politiker ohne den nationalen Ballast vorankommt, und welchen Verfolgungen andererseits der ausgesetzt ist, der diesen bequemen Weg, „die breite Straße", verläßt, dann entsteht dort nach und nach ein Klima, in dem es niemand mehr für angebracht findet, ja, niemand mehr wagt, die nationalen Interessen des deutschen Volkes überhaupt zu erwähnen, und in dem sich jeder isoliert, der es tut.

In diesem Land gibt es dann auch bald nur noch wenige, sehr wenige, die bereit sind, die Interessen ihres Volkes dennoch zu vertreten. Da ihre Zahl aber sehr klein ist, lassen sie sich ohne Mühe isolieren und in die rechte Ecke abschieben, auf die sich die journalistischen Langrohrgeschütze längst eingeschossen haben. Sie werden „Faschisten" genannt, oder „Nazis", und damit für vogelfrei erklärt.

Für sie gelten von nun an einige der Grundrechte nur noch dem Namen nach; wie zum Beispiel die Redefreiheit, die beinhaltet, daß eine Rede nicht nur gehalten, sondern auch gehört werden kann; oder die Demonstrationsfreiheit, die jedem das Recht gibt, zu demonstrieren und seine Plakate zu zeigen, ohne von gut organisierten, liberal geschützten, Demonstrationssöldnern zusammengeschlagen zu werden.

Natürlich ist so eine ungesetzliche Behandlung eines politischen Gegners auch bei den etablierten Parteien verpönt, da sie selbst nicht wollen, daß ihnen so etwas einmal widerfährt. Deshalb muß so ein Vorgehen auch die Ausnahme bilden, und es muß deutlich zum Ausdruck kommen, warum es eine Ausnahme ist: Weil es sich nämlich um „Nazis" handelt, die in der Vergangenheit doch schon so viel Leid über die Menschheit gebracht haben und nun schon wieder das freche Haupt erheben. Da kann es für einen guten Demokraten nur heißen: „Wehret den Anfängen!", auch wenn dabei einige Grundrechte auf der Strecke bleiben.

Was die von allen Hunden gehetzten Streiter, deren Anliegen es ist, die Belange des Volkes über die Interessen des Einzelnen zu stellen, nun mit dem Nationalsozialismus zu tun haben, das braucht nicht groß erklärt zu werden; die Gewalt der Übermacht ist da Beweis genug.

Die Öffentlichkeitsarbeit ist ihnen somit weitgehend verwehrt. Bleibt noch das geschriebene Wort, durch das sie ihre Meinungen unter ihre Mitbürger bringen können. Und da sind nun tatsächlich einige Fußpfade entstanden, auf denen sie ihre verketzerten Gedanken durch die Meinungsblockade hindurchbringen können, als Konterbande sozusagen. Aber wie lange noch, bis auch diese Wege juristisch vermint werden?! Sie, die für den Bürger zur Zeit noch die letzte Verbindung zur Wahrheit über sein Volk und dessen Vergangenheit sind!

Wenn dieser Entwicklung nicht Einhalt geboten wird, dann ist das deutsche Volk bald völlig atomisiert, das heißt, aufgespalten in lauter einzelne Egoisten, in eine leicht formbare, leicht manipulierbare Masse. Es ist dann kein Volk mehr.

Richard Helm, München

Betr.: Hitler-Stalin-Pakt „Hoffnung auf sowjetische Annullierung", Nr. 10/89

Über das „Geheime Zusatzprotokoll" wird so viel Unsinn geschrieben und so viel hineingedichtet, daß man annehmen muß, daß niemand das Protokoll gelesen hat.

Das Deutsche Reich hatte mit Litauen am 22. März 1939 und mit Estland und Lettland am 7. Juni 1939 einen Freundschafts- und Nichtangriffs-Pakt geschlossen.

Ähnliche Verträge hatte auch die UdSSR mit den baltischen Staaten. Im „Geheimen Zusatzprotokoll" steht nur, daß das Deutsche Reich kein Interesse an den baltischen Staaten nördlich von Litauen hat. Das bedeutet doch nicht, daß Hitler die Russen aufgefordert hatte, die baltischen Staaten zu überfallen und ihre Führungsschicht grausam zu ermorden.

Dagegen schreibt Churchill in „Der zweite Weltkrieg", Seite 471: „Für russische Hilfe bei der Vernichtung Deutschlands, hatte England den Russen die baltischen Staaten versprochen.

Die Sowjet-Regierung stürzte sich nun mit wilder Gier auf die baltischen Staaten. Scharenweise verschwanden Leute. Eine erbarmungslose Liquidation aller antikommunistischen Elemente wurde durchgeführt und als „Beistandspakt" bezeichnet."

Auf Seite 449 schreibt Churchill, daß Rußland Hitler die Teilung Polens im Falle eines Krieges Polen/Deutschland vorgeschlagen hatte, Das entsprach dem englischen Plan, für die Beteiligung Rußlands am Überfall auf Deutschland eine gemeinsame deutsch-russische Grenze zu schaffen. Im Auftrage Hitlers hatte Ribbentrop dieses Zusatzprotokoll unterschrieben, weil er gehofft hatte, daß Polen, um seine Vernichtung zu vermeiden, auf den geplanten Überfall auf Deutschland verzichten werde.

Die Polen waren überzeugt, beim Überfall auf Deutschland, innerhalb von drei Tagen in Berlin zu sein und im Laufe einer Woche das ganze deutsche Volk vernichten zu können.

Der polnische General Rydz-Smigly sagte im Juni 1938: „Polen will den Krieg mit Deutschland und Deutschland wird es nicht vermeiden können." Im Sommer 1939 ließ er sich in Siegerpose, als Vernichter der Deutschen, vor dem Brandenburger Tor abbilden und gleichzeitig wurde die neue, von der „Großmacht Polen" geplante neue Europa-Karte veröffentlicht, auf der sogar die Nordsee als „Polnisches Meer" umbenannt wurde.

Vom März 1939 bis zum 31. August 1939 berichteten polnische Zeitungen und besonders der „Krakauer Ilustrany Kurjer" von militärischen Grenzverletzungen und Überfällen auf deutsches Gebiet, ohne daß Hitler es wagen würde, etwas dagegen zu unternehmen.

In seinen Kriegshetzerreden nannte Beck Hitler einen „feigen Österreicher", der es trotz der massiven Herausforderung Polens nicht wage, Polen anzugreifen (Foreign Relations of USA 1939 Vol. I. Seite 113-119). Da es den Polen nicht gelang, Hitler zum Angriff auf Polen zu zwingen, erfolgte der polnische Überfall auf Deutschland am 31. August 1939, 23 Uhr (Auswärtiges Amt 1939 Nr. 2 Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges, Seite 438, Nr. 349; David Hoggan, „Der erzwungene Krieg", Seite 425-426). Noch am 31. August vormittags bat Hitler den Schweden Birger Dahlerus nach London anzurufen und um Verhandlung mit Polen zu bitten. Die kurze Antwort aus London war: „Halts Maul!"

Herbert Biemann, Fellbach

Betr.: Europäische Gemeinschaft „Druck auf die USA!, Nr. 12/89

Da erscheinen zwei Artikel über das europäische Parlament mit wenig Abstand, je einer in „Der Republikaner" und in „CODE". Die Schreiber, Wolf Graf Yorck von Wartenburg und Oscar Boline, widersprechen sich aber nur scheinbar. Das verbindende Wort ist „paneuropäisch". Paneuropa, das geht zurück auf den Hochgrad und ersten Karlspreisträger Graf Coudenhove Kalergi und bedeutet Vermischung aller Völker und Rassen. Haben wir bei den nächsten Wahlen mit nationalen Finten der etablierten Parteien zu rechnen?

Joachim Specht, Krefeld